

MÜNSTERSCHE GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Peter Weber (Hrsg.)

PERIPHERE RÄUME

Strukturen und Entwicklungen
in europäischen Problemgebieten

SCHÖNINGH

Peter Weber (Hrsg.) · Periphere Räume

MÜNSTERSCHE GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Herausgegeben von den Hochschullehrern des Instituts für Geographie
der Westfälischen Wilhelms - Universität Münster

Wilfrid Bach · Hermann Hambloch · Heinz Heineberg · Ludwig Hempel

Ingrid Henning · Friedrich Karl Holtmeier · Cay Lienau · Alois Mayr

Karl-Friedrich Schreiber · Ulrich Streit · Peter Weber · Julius Werner

Schriftleitung: Alois Mayr

Heft 4

PERIPHERE RÄUME

Strukturen und Entwicklungen
in europäischen Problemgebieten

Peter Weber (Hrsg.)

FERDINAND SCHÖNINGH · PADERBORN · 1979

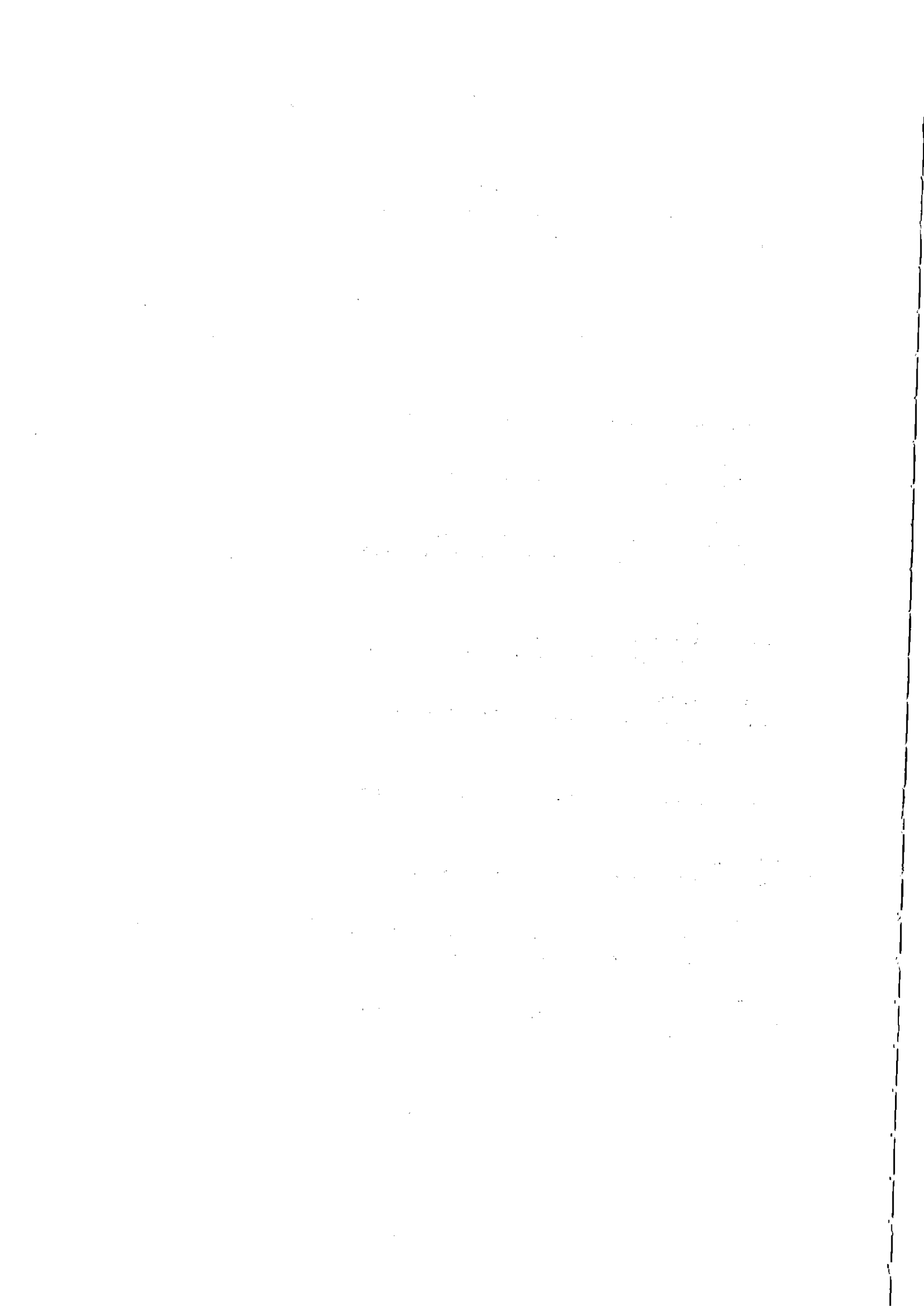
Alle Rechte, auch das der auszugsweisen photomechanischen Wiedergabe, vorbehalten.
© 1979 by Ferdinand Schöningh, Paderborn, ISBN - Nr. 3 - 506 - 73204 - 8

Druck: Phototechnische Zentralstelle der Universität Münster

Periphere Räume
Strukturen und Entwicklungen in europäischen Problemgebieten

I n h a l t

	Seite
Peter Weber Einleitung: Bemerkungen zur Peripherie als geographisches Problem	5
Bernhard Butzin Nordfinnland: Thesen zum Prozeß einer Peripherisierung	9
Hans Elsasser Die Förderung von Regionalzentren - Ein Beitrag zur Entwicklung von Peripherräumen? Eine empirische Untersuchung aus dem schweizerischen Alpenraum	21
Wilfried Heller Aspekte eines Vergleichs von regionalen Disparitäten in zwei Ländern unterschiedlicher sozial-ökonomischer Ordnung: Griechenland und Rumänien	37
Hartmut Hermanns / Cay Lienau Rückwanderung griechischer Gastarbeiter und Entwicklung ländlicher Räume in Griechenland	61
Rolf Lindemann Regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklungen und der Wandel landwirtschaftlicher Betriebsformen - am Beispiel Ostnorwegen	87
Hartmut Lücke Ursachen und Folgen junger Agrarkolonisationsvorgänge auf Korsika	101
Frank Norbert Nagel Innere Disparitäten und äußere Steuerungsmechanismen in französischen Wirtschaftsregionen: Das Beispiel Burgund (Bourgogne)	135
Wolfgang Taubmann Erscheinungsformen und Ursachen sozioökonomischer Disparitäten am Beispiel von Jütland / Dänemark	151



PETER WEBER

EINLEITUNG: BEMERKUNGEN ZUR PERIPHERIE
ALS GEOGRAPHISCHES PROBLEM

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Peter Weber
Institut für Geographie
der Universität Münster
Robert-Koch-Straße 26
D-4400 Münster

Die räumliche Differenzierung in zentrale und periphere Regionen ist eine Konsequenz unterschiedlicher Bewertung. Die Analyse des physischen Raumes kann immer nur Andersartigkeiten der Naturausstattung ermitteln, die ohne hierarchische Beziehungen bleiben. Auch in der Systematik des "Geographischen Formenwandels" von H. LAUTENSACH (1953) erfolgt in der "peripher-zentralen" Gliederung nur eine Beschreibung von Standorten nach ihrer Lage innerhalb von Festländern und Meeren.

Ökonomische Nutzungen tendieren dagegen von einer bestimmten Differenzierung an zur Erzeugung von Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen; bessere Erreichbarkeiten sichern im Tauschprozeß ökonomische Effizienz, schwierige Zugänglichkeiten behindern den wirtschaftlichen Kontakt und führen zur Isolierung. Daraus leiten sich räumliche Konzentration und räumliche Dekonzentrationen ab.

Der Prozeß der ungleichen regionalen Entwicklung ist kein Phänomen, das sich erst in der jüngeren Vergangenheit entwickelt hat. Sie tritt im historischen Werdegang dort auf, wo Gesellschaften aus der Geschlossenheit eines auf den lokalen Standort bezogenen Systems heraustreten und großräumigere Organisationen erscheinen.

Dieser Prozeß ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Stadt. Wo immer ein "Bedeutungsüberschuß" eines zentralen Ortes aufkommen konnte, ergab sich zugleich ein entsprechender Bereich, der abhängig und untergeordnet war.

Die innergeographische Auseinandersetzung mit der ungleichgewichtigen regionalen Entwicklung ist so alt wie diese wissenschaftliche Disziplin selbst. Die systematische Erfassung und Erklärung des Verhältnisses von Mensch und Raum hat allerdings im Laufe der Wissenschaftsgeschichte sehr unterschiedliche Ansätze und Schwerpunkte gefunden. Auffallend lange blieb die Behandlung ungleicher Raumstrukturen einem Erklärungsmodell verhaftet, das unterschiedliche menschliche Nutzung des Raumes vorwiegend aus andersartigen natürlichen Bedingungen ableitete.

Erst die funktionale Betrachtung von Räumen erbrachte eine neue Sichtweise, die die unterschiedlichen regionalen Ausstattungsverhältnisse in wechselseitiger Abhängigkeit sah.

Als bedeutendster Vertreter dieses funktionalen Konzepts entwickelte W. CHRISTALLER (1933) die "Zentrale-Orte-Theorie", worin er den systematischen Zusammenhang von Stadt und Umland erarbeitete. Hier wird das Begriffspaar von "Zentrum" und "Peripherie"

erstmalig zur Darstellung regional gegensätzlicher Strukturen herangezogen. Eine ökonomisch optimale Nutzung unterschiedlicher Versorgungseinrichtungen läßt nach W. CHRISTALLER Standortssysteme entstehen, die hierarchisch geordnet ein ausgewogenes Siedlungssystem aufbauen.

Zwar konnte W. CHRISTALLER das theoretisch geforderte optimal ausgewogene Raumnutzungsschema auch empirisch in Süddeutschland nachweisen, aber es zeigte sich doch sehr bald, daß dieser Nachweis auf historisch zufälligen Bedingungen beruhte, die auf der Konservierung von agrargesellschaftlichen Raumstrukturen basierte, die zum großen Teil bis nach dem 1. Weltkrieg in Süddeutschland bestanden hatten.

Die rein deskriptiv-formale Feststellung des Zentralitätsgefüges durch W. CHRISTALLER (mit Hilfe der Telefon-Methode) hatte den Blick für die eng begrenzte Gültigkeit des Zentrale-Orte-Modells verstellt. Die "Harmonie" in der Auflösung des Gegensatzes zwischen Zentrum und Peripherie durch eine geordnete Gleichverteilung hat der Zentralen-Orte-Theorie W. CHRISTALLERS eine kaum überzubewertende Bedeutung zukommen lassen, die weit über die Geographie hinaus eigentlich bis heute wirksam geblieben ist. GRAUHAN/LINDER (1974, S. 67) wiesen nach, daß die Übernahme und Aufrechterhaltung des Konzepts der zentralen Orte durch die staatliche Regionalpolitik im wesentlichen aus den Anforderungen demokratischer Legitimation erfolgte. Der staatliche Legitimationszwang war es, der dem raumplanerischen Konzept eines flächendeckenden Netzes zentraler Orte seine formale Aufrechterhaltung bescherte, obgleich seine Disfunktionalität längst erkannt war.

Es läßt sich zeigen, daß das Gleichverteilungsprinzip der "Zentrale-Orte-Theorie" zu seinem Gegenteil, nämlich zur Verstärkung städtischer Agglomerationsbildung pervertiert wurde.

Inzwischen hat sich längst deutlich gezeigt, daß sich die wünschbare Ausgewogenheit der Raumstruktur keineswegs im Prozeß der Selbstregulierung des Marktes einstellt. Agglomerations- und Führungsvorteile streben lokale und regionale Schwerpunktbildungen an, die einer homogenen und harmonischen Raumgliederung zuwider laufen. HEINZ/HOMANN/SCHÜBER (1975) haben gezeigt, wie die räumlichen Disparitäten in der BRD aufgrund "ungleichmäßig" ökonomischer und "ungleichzeitig" historischer Entwicklungsprozesse entstanden sind.

Selbst massive Steuerung und Eingriffe der Raumordnungspolitik vermögen nur ansatzweise den Prozeß der Auseinanderentwicklung von Zentrum und Peripherie aufzuhalten. R.R. GRAUHAN (1975) hat gezeigt, daß

wachstumsorientierte Strukturpolitik nur dem äusseren Schein nach mit dem System der flächendeckenden zentralen Orte in Einklang zu bringen ist: Da der Staat zur Selbsterhaltung auf den Wertschöpfungsprozeß angewiesen ist, kann er sich nur sehr bedingt gegen zunehmende Tendenzen der Kapitalkonzentration wenden und muß letztlich mit seinen Planungs-Instrumentarien marktkonform die Kapitalverwertungsbedingungen und damit die Wachstumszentren fördern und die peripheren Räume mindestens relativ weiter zurückfallen lassen.

Das Defizit an theoretischen Erklärungsansätzen räumlicher Disparitäten hat für die Geographie Tradition. Jüngere Bemühungen, diesem Mangel abzuheben und wenigstens aufbereitend die Erklärungsversuche anderer Wissenschaften einzubeziehen, haben dazu geführt, daß sich ein "Geographischer Arbeitskreis Entwicklungstheorien" gebildet hat, der sich bisher vor allem mit den Problemen der Unterentwicklung auseinandergesetzt hat, dabei aber auch die räumlichen Dimensionen problematisierte, wie sie in Zentrum-Peripherie-Modellen polit-ökonomischer Provinienz enthalten sind (HOTTES 1979).

Eine Theorie der ungleichen regionalen Entwicklung unter raumwissenschaftlichen Aspekt ist bisher nicht in Sicht. W. HEIN (1978) hat kürzlich den Entwurf einer solchen Theorie vorgelegt, die im wesentlichen vom Kapitalverwertungsprozeß ausgeht. Er bezieht sich dabei hinsichtlich der räumlichen Zusammenhänge auf die "Ökonomische Geographie" von G. SCHMIDT-RENNER (1966).

Wie kontrovers die innergeographische Diskussion zu dieser Thematik verläuft, kann auch den Bemerkungen von W.D. SCHMIDT-WULFEN (1978) entnommen werden.

Die in diesem Band vorgelegten Beiträge sind unter dem Thema "Aktuelle Prozesse der Raumbewertung und Raumnutzung in Periphereräumen" anlässlich des Deutschen Geographentages 1979 in Göttingen entstanden. Ihre Publikation kann eher als Dokumentation gegenwärtiger Auseinandersetzung innerhalb der Geographie mit dieser Thematik verstanden werden, denn als Beleg einer konzeptionell ausgereiften Behandlung peripherer Räume.

Man mag bedauern, daß der Zusammenhang der Themen ein mehr formaler ist, indem die verschiedenen Beiträge Konsequenzen der Randlage in unterschiedlichen Räumen der europäischen Peripherie behandeln, ohne auch nur in Grundzügen eine abgesprochen theoretische Basis zu haben und ohne systematisch den

Versuch zu machen, die raumdistanziellen Auswirkungen auf die Entwicklung von peripheren Verhältnissen zu bestimmen. Hier bieten sich der Geographie Aufgaben, denen sie sich in verstärktem Maße stellen muß, will sie nicht in Kauf nehmen, daß sie bei dieser wichtigen raumwissenschaftlichen Problematik noch stärker ins Abseits gerät.

Literatur

- CHRISTALLER, W.:
Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933.
- GRAUHAN, R.R. (Hrsg.):
Lokale Politikforschung 1 u. 2, Frankfurt 1975.
- GRAUHAN, R.R., LINDER, W.:
Politik der Verstädterung, Frankfurt 1974
(= FAT 4030).
- HEIN, W.:
Zur Theorie der regionalen Differenzierung kapitalistischer Gesellschaften in der Industriellen Revolution. In: ZANG, G. (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Frankfurt 1978, S. 31 - 133.
- HEINZ, W.R., HOHMANN, P. u. SCHÜBER, P.:
Zentrum und Peripherie: Die Bedeutung der ungleichzeitigen Entwicklung für die Entstehung von "rückständigen" Vierteln. In: Arbeitsgruppe Altstadtsanierung: Altstadtsanierung Regensburg. Vorbereitende Untersuchung im Sanierungsgebiet I, Sozialbericht (Teil 1), 1975, S. 35 - 43 (= Regensburger Geographische Schriften H. 6).
- HOTTES, K.-H. (Hrsg.):
Geographische Beiträge zur Entwicklungsländerforschung, Bonn (= DGFK-Hefte, Nr. 12, Mai 1979).
- LAUTENSACH, H.:
Der Geographische Formenwandel. Studien zur Landschaftssystematik, Bonn 1953 (= Coll. Geogr. Bd. 3).
- SCHMIDT-RENNER, G.:
Elementare Theorie der ökonomischen Geographie. Gotha/Leipzig 1966.
- SCHMIDT-WULFEN, W.D.:
"Theorien der Unterentwicklung" contra "Entwicklungsländerprobleme". In: Geographische Rundschau, 31, H. 4, 1978, S. 143 - 150.

BERNHARD BUTZIN

NORDFINNLAND: THESEN ZUM PROZESS EINER
PERIPHERISIERUNG

Anschrift des Verfassers:

Dr. Bernhard Butzin
Institut für Geographie
der Universität Münster
Robert-Koch-Straße 26
D-4400 Münster

Für die folgenden Ausführungen soll der Begriff der "Peripherie" zunächst grob umrissen werden. In räumlicher Hinsicht werden von den internationalen Peripherien (Entwicklungsländer) und intraregionalen Peripherien (Stadtumland und Hinterland) die hier interessierenden nationalen Peripherien im Sinne von entwicklungsmäßig zurückgebliebenen Räumen unterschieden.

Inhaltlich kann der Begriff in einer ersten vorläufigen Näherung bestimmt werden

- nach Strukturmerkmalen: In der Peripherie lassen sich vor allem natur- und wirtschaftsräumliche Strukturdefizite beobachten
- nach funktionalen Merkmalen: Die Peripherie ist von Zentralräumen abhängig und fremdbestimmt
- nach prozessualen Merkmalen: Die Peripherie unterliegt einer systematischen Verstärkung der Abhängigkeit und Strukturverkümmern.

1 Allgemeine Entwicklungsvoraussetzungen

Bereits der Einsatz der ersten "motorischen Industrie", der Holzverarbeitung, fand gegenüber Schweden verzögert statt und scheint schon in der Anfangsphase durch agrarsoziale, politische und weltwirtschaftliche Krisen (Lösung von Rußland, Krieg, Selbständigkeit, Pächterbefreiung, Kolonisation, später Weltwirtschaftsrezession) behindert worden zu sein. Durch diese Entwicklungsverzögerung konnte der Übergang vom motorischen Initialsektor Holz zum Folgesektor Metall bis zum 2. Weltkrieg nicht stattfinden. Entscheidende industrialisierungsbedingte Verstärkungsimpulse, wie sie z.B. in Schweden entstanden, sind damit ausgeblieben.

Zu Beginn der Nachkriegszeit stand Finnland in der Situation eines einseitig holzindustriell und spät entwickelten Landes, denn die vom Metallsektor getragene Aufschwungphase wurde erst durch die Reparationsforderungen der UdSSR nach dem 2. Weltkrieg initiiert. Sie konnte nur unter großen Schwierigkeiten wie Auslandsverschuldung und Facharbeitermangel in Gang gesetzt werden.

Als bevölkerungs- und bodenschatzarmes Land war und ist Finnland existenznotwendig auf Außenhandel angewiesen. Die Industrieentwicklung unterlag daher hohem internationalen Konkurrenzdruck und Weltmarktschwankungen und mußte so unter strengster Rationalisierung und räumlicher Konzentration an wenigen Gunststandorten im Süden erfolgen. Unter den Bedingungen eines generellen Mangels an den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital war Finnland über den metallindustriellen Aufbauzwang hinaus zu einer

umfassenden Agrarkolonisation in den mittleren und nördlichen Landesteilen gezwungen: 400 000 Karelier mußten umgesiedelt und integriert werden.

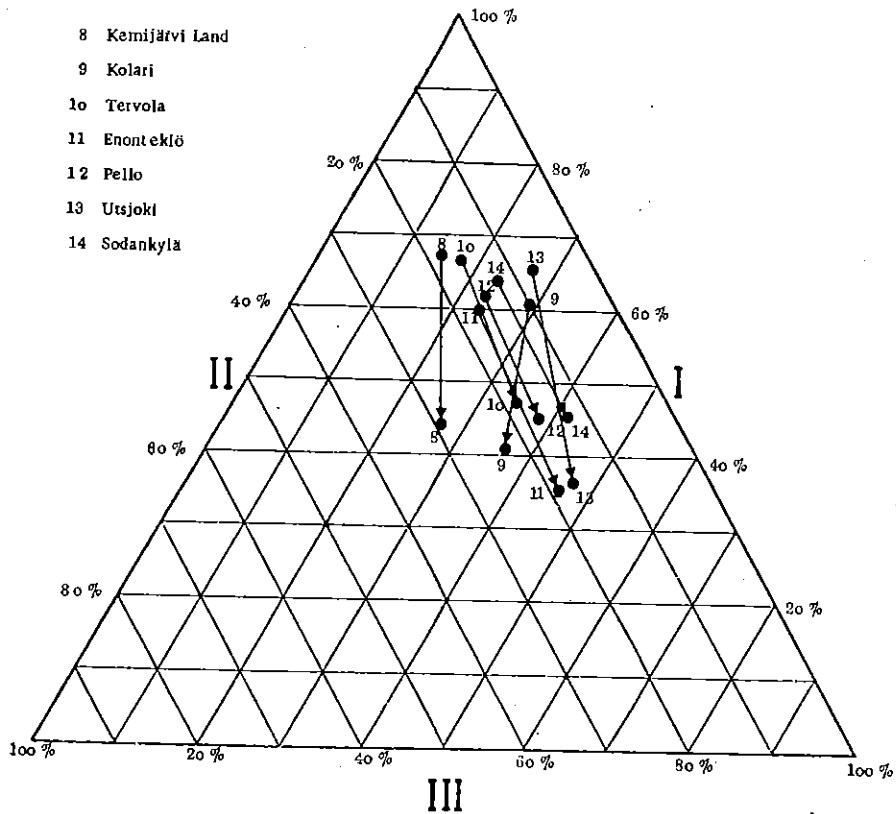
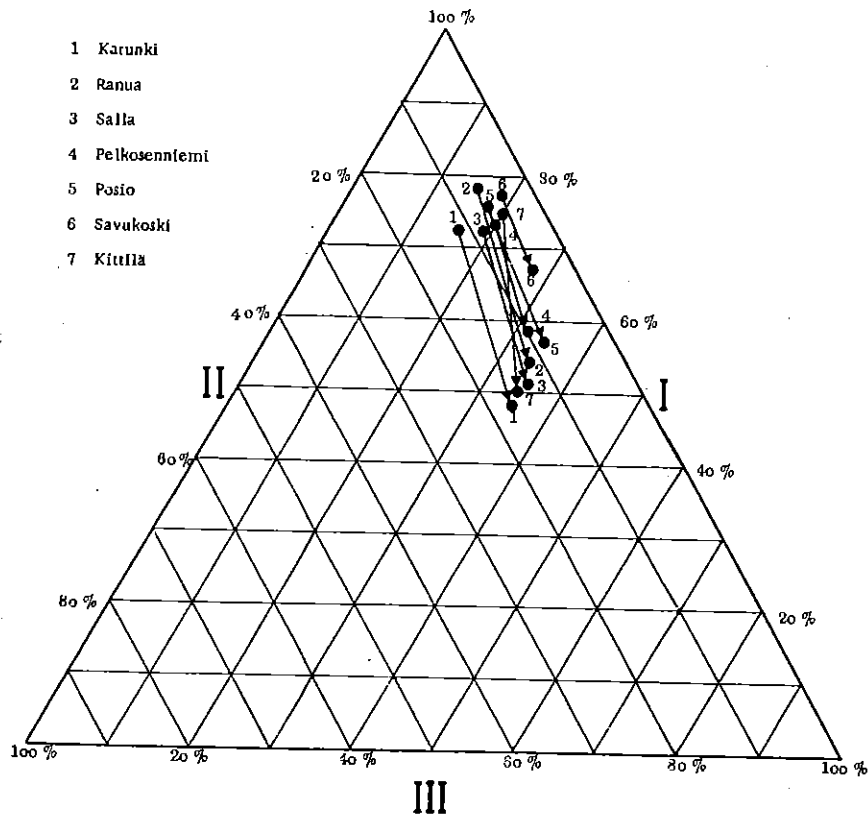
In diese räumlich und wirtschaftlich polarisierte Funktionszuweisung griffen nun zwei exogene und für die Peripherisierung zentrale Wandlungsimpulse ein: die räumlich gegenläufigen Entwicklungen einerseits der Kommunikations- und andererseits der Produktionsbedingungen: Während die geänderten Kommunikationsbedingungen (Massenmedien, Motorisierung) und mit ihnen tendenziell gleichartige "urbane" Einstellungs- und Anspruchsmuster der Bevölkerung einer räumlichen Diffusion unterlagen, haben die geänderten Produktionsbedingungen zu einer räumlichen Konzentration der Unternehmen geführt.

Tendenziell steht einem gleichartigen, ubiquitären Bedarfsmuster an Lebensqualität in Finnland dadurch ein monozentrisches Angebot im Ballungsraum Helsinki gegenüber.

Es werden folgende Thesen vertreten:

- A. Die Peripherisierung Nordfinlands steht in engem Zusammenhang mit einer exogen verursachten Überbevölkerung (Kolonisation und Kinderboom) und einem unreifen zentralörtlichen System. Die aus diesen Bedingungen entstandene Abwanderung unterliegt einem Prozeß der "kumulativ" negativen Verursachung". Eine Deagrarisierung ist hierbei nur von untergeordneter Bedeutung. Träger des Prozesses ist die Bevölkerung.
- B. Die Monopolisierung in Südfinnland ist als Folge der internen und externen Größenwirkungen des wirtschaftlichen Wachstums mit einer "kumulativ positiven Verursachung" aufzufassen. Träger des Prozesses ist das Kapital. Dieser Prozeß ist in Teilbereichen abhängig von und fremdbestimmt durch Weltmarkt- und Weltpolitikeinflüsse.
- C. Ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden kumulativen Entwicklungsprozessen besteht nicht:
 - Die bei der Peripherisierung freiwerdende Arbeitskraft kann nicht oder nur bedingt in positive Wachstumseffekte für den Zentralraum umgesetzt werden.
 - Die Wachstumseffekte des Zentralraumes können nicht oder nur bedingt auf die Peripherie übertragen werden.

Abb. 1: Gemeindetypisierung nach Wirtschaftssectoren 1960-1970



2 Der endogene Polarisierungsprozeß in Nordfinnland

Das nordfinnische zentralörtliche System war trotz erheblicher staatlicher Anstrengungen auf Grund seiner Strukturdefizite auf Dauer nicht in der Lage, den wachsenden Ansprüchen zu genügen.

Die Agrarentwicklung fand nach Maßgabe der Boden- und Verkehrsqualität in den Flußtäälern, d.h. im wesentlichen in bandförmigen bis linienhaften Mustern statt (vgl. BUTZIN 1977, S. 115 ff.). Da die Agrarbevölkerung entsprechend dem damaligen Entwicklungsstand nicht mehr autark wirtschaftete, war sie auf eine zentralörtliche Versorgung angewiesen. Es entstand eine sektoral polarisierte primär- und tertiärwirtschaftliche Beschäftigungsstruktur, in der der relative Anteil an Einzelhandel und haushaltsorientierten Dienstleistungen ständig zunahm. Der Anteil der Industriebeschäftigten blieb im wesentlichen bedeutungslos (vgl. Abb. 1).

Die möglichen Standorte der Versorgungseinrichtungen waren auf die natürlich vorgegebenen, weitständigen Knotenpunkte der Siedlungsbänder beschränkt: Nur in solchen Lagen überschritt der zur Existenz notwendige Kundeneinzugsbereich (Minimalgrenze) nicht den von der Bevölkerung noch akzeptierten Wegeaufwand (Maximalgrenze oder die Grenze des besiedelten Umlands) (Abb. 2).

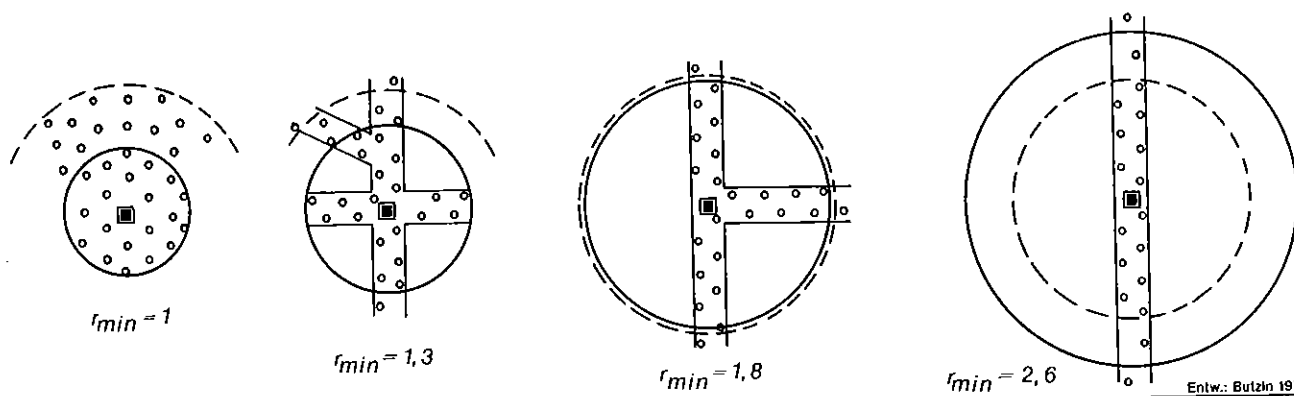
Im Zuge der Motorisierung dehnten sich zwar die Pendelreichweiten aus, jedoch nahm damit auch die relative Nähe der größeren Zentren und die Tendenz zum periodischen Großeinkauf in der Stadt, dem "one-stop-shopping" zu. Diesem Kaufkraftabfluß konnten die ländlichen zentralen Einrichtungen oft nicht durch eine Ausweitung ihrer Einzugsbereiche begegnen, ihre Kundenzahl sank unter das Existenzminimum, sie mußten aufgeben zugunsten stärkerer, i.a. städtischer Einrichtungen.

Einige solcher städtische Unternehmen errangen dadurch eine Wirtschaftskraft, die es ihnen erlaubte, innovatorisch tätig zu werden und die ländlichen Restmärkte durch mobile Verkaufsautos zu bedienen. Gerade in den dichter besiedelten, lohnenswerten Marktgebieten wurden dadurch den noch existierenden Geschäften entscheidende Kaufkraftanteile entzogen.

Derartige Monopolisierungseffekte, die auch das für den Lokalmarkt produzierende Handwerk erfaßten und durch die Konzentrationsprozesse im Gesundheits- und Schulwesen verstärkt wurden, sind in ihrer räumlichen Auswirkung im gesamten nordfinnischen Siedlungssystem festzustellen: Die Voraussetzungen für eine hierarchische funktionale Stufung der zentralen Orte, die arbeitsteilig eine gegenseitige Entlastungs- und Ergänzungsfunktion hätten übernehmen und vor allem Wachstumsimpulse hätten übertragen können, waren ent-

Abb. 2: Einzugsbereiche in Abhängigkeit vom Siedlungsmuster

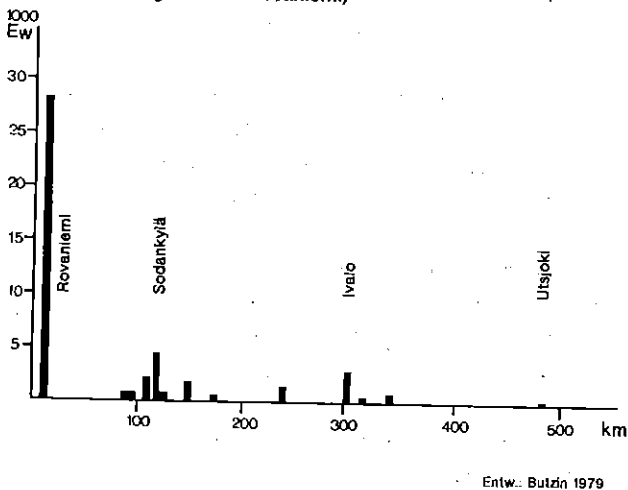
- Minimalgrenze (existenznotwendige Kundenbasis)
- - - Maximalgrenze (von Kunden akzeptierter Wegeaufwand)
- 50 Einwohner
- zentrale Einrichtung



zogen.

Es entstand ein defektes einpoliges Stadtsystem (Abb. 3) mit einem konkurrenzlos herrschenden Dienstleistungszentrum Rovaniemi und relativ funktionsentleerten Kleinzentren.

Abb. 3: Monopolares System der Zentralen Orte (Einzugsbereich Rovaniemi)



3 Der kumulative Schrumpfungsprozeß durch Abwanderung im Norden

Da mit Ausnahme einiger weniger standortgebundener Betriebe im sekundären Sektor kaum Beschäftigungsmöglichkeiten bestanden, sah sich die Nachkriegsgeneration - Ende der 60er Jahre mit neuen Anspruchsmustern im Berufs- und Familiengründungsalter stehend - zunächst zum Umzug in das wachsende Regionalzentrum gezwungen, da die täglichen Berufspendelmöglichkeiten durch die hohen Distanzen äußerst beschränkt waren. Nachdem die tertiäre Wachstumskapazität im Zentrum erschöpft war, wurden die Wanderungsströme umgeleitet und nach Schweden gelenkt, da der hohe Arbeitskraftbedarf im Landessüden vor allem auf qualifizierte Facharbeiter, nicht aber auf die schwach ausgebildete Bevölkerung des Landesnordens gerichtet war.

Durch diesen endogen verursachten Abwanderungsprozeß entstand nun ein "circulus vitiosus" mit einem vielfältigen Wirkungsspektrum, das die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Netzes weiter minderte (Abb. 4).

- Der quantitative und qualitative Bevölkerungsverlust führt zur Oberalterung und Senkung der Geburtenziffern, da die jungen Altersgruppen abwandern, die sozialen Kontakte unterbrochen werden, und insbesondere Frauen früher und, wegen des Arbeitskraftbedarfs im tertiären Sektor der Stadt, leichter abwandern.
- Für die Industriebetriebe bedeutet die Abwanderung der (wenigen) qualifizierten Kräfte eine Wachstumsbehinderung und hat u.a. eine Erhöhung des Rationalisierungsdrucks mit Einsparung von Arbeitsplätzen zur Folge.
- Die Wirkung im haushaltsorientierten Tertiärbereich wurde bereits skizziert. Die Schließung der Geschäfte bedeutet eine Verschlechterung der Versorgungssituation und somit einen verstärkten Abwanderungsdruck. Die zurückbleibende alte, z.T. auch durch Arbeitslosigkeit weniger mobile Bevölkerung findet sich zunehmend in eine Situation der sozialen Marginalisierung gedrängt.
- Die abnehmende Wirtschaftskraft schlägt sich unmittelbar auch in der Kommunalwirtschaft nieder: Erhöhten Pro-Kopf-Ausgaben für die Infrastruktur stehen schrumpfende Einnahmen gegenüber. U.a. aus diesem Grund sind die Strompreise im Erzeugungsgebiet Nordfinnlands höher als im Süden, der seine Energie z.T. aus dem Norden bezieht.

In den bis hierhin skizzierten Zusammenhängen erweist sich die Peripherisierung als endogen verursachte Verstärkung von Struktur- und Funktionsverkümmierungen im System der zentralen Orte und von Abwanderung.

4 Der kumulative Wachstumsprozeß durch Kapitalagglomeration im Süden

Zur These des kumulativen Konzentrationsprozesses des Kapitals gibt es eine Fülle von Literatur, die u.a. SCHILLING-KALETSCH (1976), BUTTLER, GERLACH, LIEPMANN (1977) aufgearbeitet haben, so daß an dieser Stelle einige Stichpunkte genügen können. Die Tatsache, daß Wettbewerbsvorteile aus betriebsinternem Größenwachstum resultierten, und daß sie das Hauptmotiv für Unternehmenszusammenschlüsse sind, ist bekannt. Großunternehmen können "eher als mittlere Unternehmen konjunkturelle, strukturelle und wettbewerbsmäßige Risiken durch organisatorische,

produktionswirtschaftliche und marktstrategische Maßnahmen ausgleichen" (GAEBE, 1978, S. 161). Solche Großunternehmen haben eine Tendenz, sich insgesamt oder nur in der Leitungs- und Verwaltungsfunktion in Zentralräumen zu konzentrieren. Externe Größenwirkungen, d.h. Agglomerationsvorteile, entstehen aus der "räumlichen Nähe zu anderen Unternehmen als Anbieter oder Nachfrager von Leistungen, Informationen oder Ideen und zu Einrichtungen der Infrastruktur". "Sie sind Ursache einer zunehmenden Verdichtung mit stabilisierender Wirkung auf das Standortsystem" (GAEBE 1978, S. 161).

Berücksichtigt man die in der Innovationsforschung ausreichend abgesicherte Beobachtung (WIRTH 1979, S. 204 und BUTTLER, GERLACH, LIEPMANN 1977, S. 71 ff.), daß sowohl mit der Betriebs- als auch Standortgröße die Kapazität für die Innovationsübernahme und damit für die Marktbeherrschung wächst, so wird der kumulative Konzentrationsprozeß im Zentralraum verständlich. Insbesondere produktions- und organisationstechnische Innovationen werden dabei schneller von ähnlich großen Betriebs- oder Standorteinheiten übernommen als von kleineren, so daß sich ein Wachstumseffekt sukzessiv über das hierarchisch geordnete Standort- bzw. Stadtsystem ausbreitet. Für die Ausbreitungsform ist dabei weniger die räumliche Nähe als die Adoptionsfähigkeit in Abhängigkeit von der Standort- und Betriebsgröße ausschlaggebend (vgl. Abb. 5, Typ b). Die Wirkungen der unternehmensrelevanten Innovationen insgesamt tendieren daher zu einem Ausbreitungs- und Wachstumsmuster, das der Struktur des hierarchisch geordneten Städtesystems entspricht. Hierfür ist u.a. auch die Tatsache verantwortlich, daß die Zahl und Bedeutung der sog. "foot-loose industries", d.h. der Industriezweige mit "machbaren" Standortansprüchen, auch in Finnland ständig gegenüber den standortgebundenen Industrien, die in den unterentwickelten Gebieten vorherrschen, gewachsen ist.

Denkt man an die in Nordfinnland durch die Agrarwirtschaft vorgegebene Siedlungsstruktur, so kann die These formuliert werden, daß im Norden die Entwicklung des Stadtsystems von der Wirtschaftsstruktur abhängig ist, während in Südfinnland die räumliche Entwicklung der Wirtschaft von der Struktur des Stadtsystems geprägt ist. Wie sich zeigt, ist die Struktur des Stadtsystems als Träger der wirtschaftlichen Entwicklung von zentraler Bedeutung.

5 Die Abhängigkeitsmechanismen durch selektive Innovationsausbreitung

Das südfinnische Stadtsystem ist trotz des alles beherrschenden Ballungsraumes Helsinki mit fast 1 Mio. Einwohnern relativ engmaschig und annähernd funktionsgerecht hierarchisiert. Entwicklungsimpulse können sich daher schnell in der Form von Zuliefer- und Absatzverflechtungen ausbreiten. So konnte ein 1974 in der Kleinstadt Uusikaupunki gegründetes Zweigwerk des schwedischen Autoherstellers SAAB bereits nach wenigen Jahren etwa die Hälfte seines Zulieferbedarfs aus finnischen Firmen bestreiten, die vorher zu der PKW-Branche keinerlei Beziehungen hatten.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Innovation von Produktionstechnologien einen wesentlichen Unterschied zu anderen, etwa Güterinnovationsprozessen aufweist: Hier werden nicht artgleiche Elemente oder Verhaltensweisen ausgebreitet, sondern von der Urinnovation prinzipiell verschiedene Impulse in Form von Zulieferbedarf weitergegeben. Über derartige Wachstumsimpulse werden spezifische Abhängigkeitsverhältnisse vom Innovationszentrum geschaffen. Wie sich zeigen wird, sind sie jedoch im Gegensatz zu den Abhängigkeitsmechanismen im Norden weniger folgenschwer.

Der weitaus größte Teil der bedeutenderen Industriebetriebe im finnischen Norden liegt am nordöstlichen Ende des Bottnischen Meerbusens (zwischen Raahelä-Oulunkemi-Tornio) und besteht aus rohstofforientierten (Zweig-)Werken der papier- und metallherstellenden Industrie. Sie stehen teilweise in unmittelbarer betriebsorganisatorischer Abhängigkeit von den (z.T. staatlichen) Stammwerken oder von der Leitzentrale im Landessüden. Nun läßt sich eine Tendenz feststellen, daß die Wirkungen konjunkturellen Niedergangs, wie etwa schlechte Auftrags- oder Absatzlage, zuerst auf diese peripheren Zweigwerke übertragen werden, da die schrumpfende Auftragsdecke für die Stammwerke im Süden erhalten wird. Der umgekehrte Fall tritt beim Konjunkturaufschwung ein: Die eintreffenden Aufträge werden zuerst an die südlichen und kostengünstiger produzierenden Werke verteilt, so daß die Wirkungen des Konjunkturaufschwungs relativ spät in den Zweigwerken Nordfinnlands durchschlagen. Diesen Zweigwerken wird damit allem Anschein nach eine Art Sicherungsfunktion zugewiesen, die es erlaubt, zur Zeit der Hochkonjunktur dem Spitzenbedarf nachzukommen und bei schlechter werdender Auftragslage die Kapazitäten im Süden noch voll auszunutzen.

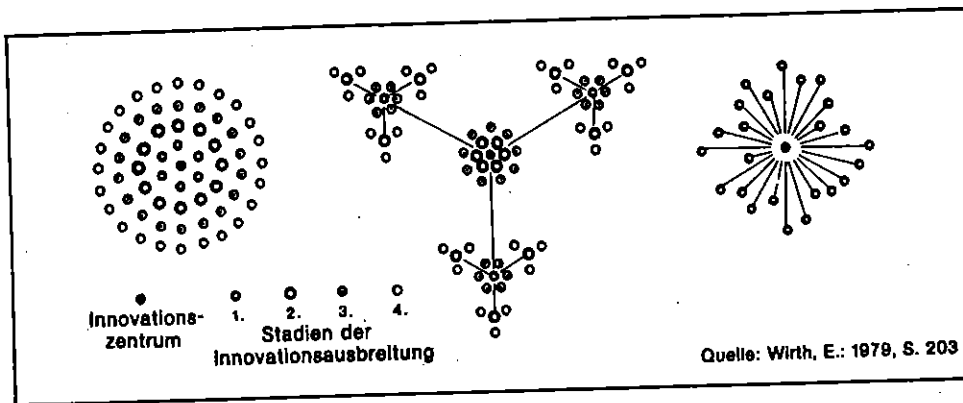
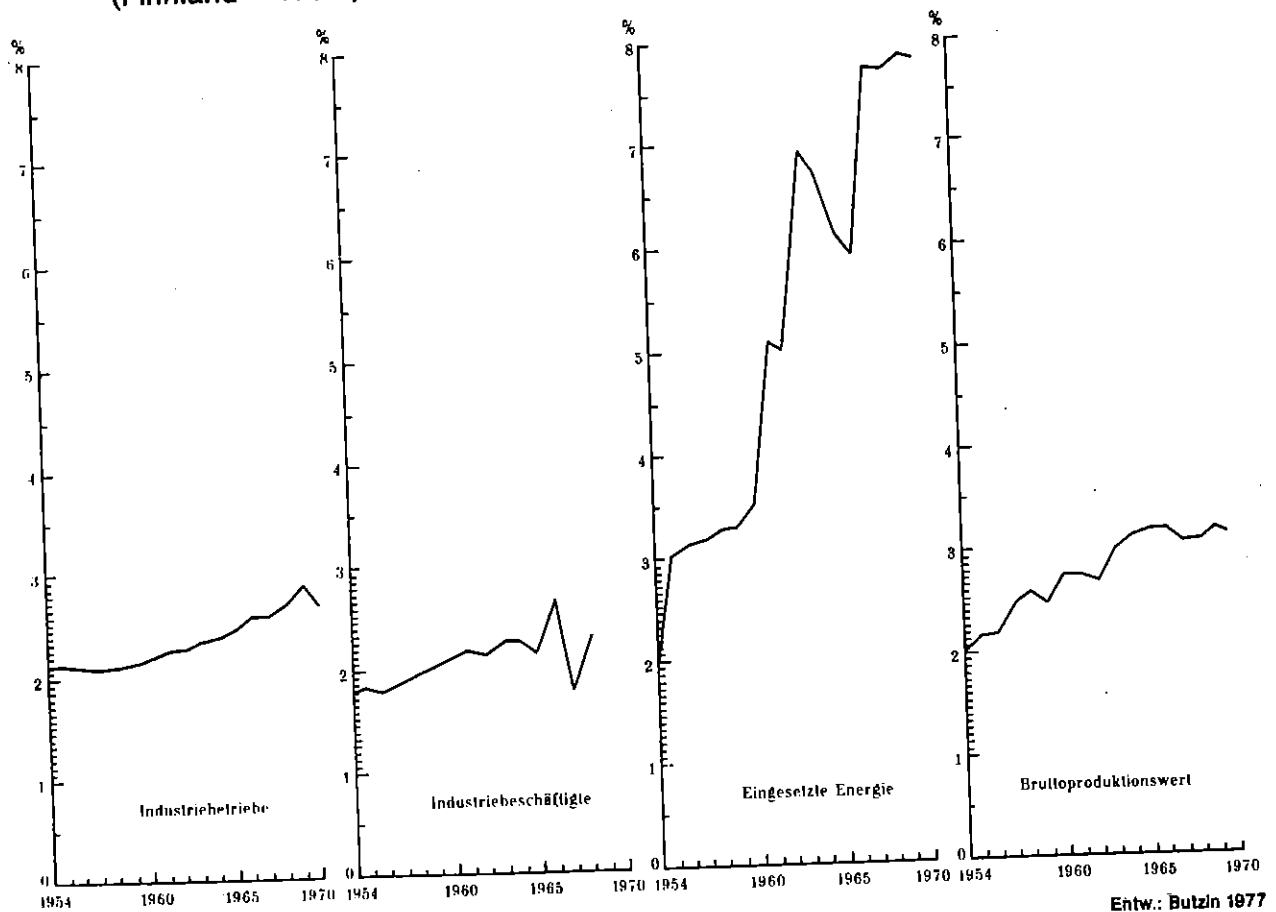


Abb. 5: Unterschiedliche Typen der Innovationsausbreitung

Abb. 6: Industrielle Entwicklungsmerkmale Lapplands im Vergleich zu Finnland (Finnland = 100%)



Die Konjunktursensibilität der Industrieräume in Nordfinnland ist damit nicht nur deutlich höher als die des Südens, sondern die konjunkturellen Wachstumsimpulse für den Absatzmarkt bleiben darüber hinaus systematisch gering: Während allgemein zu Zeiten schwacher Auftragslage die Tendenz besteht, die Kosten zu minimieren, d.h. für Nordfinnland, Arbeitskräfte freizusetzen, sofern nicht staatliche Stützungsmaßnahmen ergriffen werden, bevorzugt man in der ohnehin verkürzt übermittelten Aufschwungphase vornehmlich kapazitätserweiternde Maßnahmen durch Kapitaleinsatz anstelle von Arbeitskräfteeinsatz. Das Mißverhältnis zwischen dem relativ zu Gesamtfinnland stark zunehmenden Energieeinsatz in Lappland und dem stagnierenden Arbeitskraftanteil ist offenkundig (vgl. Abb. 6). Auf diese Weise werden konjunkturelle und strukturelle Schrumpfungsphasen unmittelbar auf den Arbeitsmarkt im Landesnorden übertragen, während sich die Wachstumsprozesse hier nicht oder unbedeutend auswirken.

Auf Grund der speziellen Struktur- und Funktionszuweisung der nordfinnischen Industrie ist daher im Gegensatz zu Südfinnland nur ein schwaches standortgebundenes Wachstum die Regel, das auf Grund der Produktionsstruktur keine Impulse auf regionale Zulieferer ausüben kann. Die Industriestandorte blieben isolierte Oasen im Siedlungssystem, und ihre Entwicklung ist systematisch gegenüber dem Landessüden benachteiligt. Sie weisen so klare Unterschiede zu den Prozessen in dem Periphererraum auf, daß sie als eigener "Regionstyp" anzusehen sind.

Die Unterentwicklung findet in diesen Industrieräumen in Abhängigkeit von Zentren statt und wird vermittelt über kontrollierte Entwicklungsimpulse, deren Wachstumseffekte vorwiegend dem Zentralraum zugute kommen.

Indirekt wird jedoch auch ein Abhängigkeitsverhältnis zum eigentlichen Periphererraum hergestellt: Die Höfe Nordfinnlands sind in aller Regel agrar-holzwirtschaftliche Mischbetriebe, die auf saisonale Waldwirtschaft und auf Holzverkauf angewiesen sind. Durch neue waldwirtschaftliche Entwicklungen wie halbautomatisches Fällen, Entästen, Schälen und Transportieren wurde der Bauer in seiner Funktion als Waldarbeiter weitestgehend verdrängt; die verdienstträchtige winterliche Arbeit wurde von werkseigenen Spezialkolonnen übernommen. Viele Höfe sanken dadurch unter ihr Existenzminimum und die Bauern sahen sich auf staatliche Notstandsarbeiten u.a. im Wege- und Straßenbau verwiesen.

Eine weitere indirekte Abhängigkeit wurde durch eine staatlich gesteuerte Funktionsvorenthaltung übermittelt: Als Folge einer mangelhaft regionalisierten Bildungspolitik war das Angebot an Berufs- und Fachschulen in Nordfinnland völlig unzureichend geblieben. Die Nachkriegsgeneration blieb dadurch im Norden auf einem relativ schwachen Ausbildungsniveau. Der Bedarf an qualifizierten Facharbeitern kann im Süden dagegen bis heute noch nicht abgedeckt werden.

6 Bestimmungsversuch des Begriffes "Peripherie"

Abschließend soll ein inhaltlicher Bestimmungsversuch unternommen werden, der im Gegensatz zur geläufigen Zweiteilung im "Zentrum-Peripherie-Modell" eine Differenzierung in drei Regionstypen sinnvoll erscheinen läßt und der - ebenfalls im Gegensatz - die These einer Peripherisierung durch Funktionenentzug für Finnland ablehnt: Vielmehr werden bestimmte Funktionen vorenthalten (z.B. qualifizierte Berufsausbildung) und andere zugewiesen (z.B. Agrarentwicklung).

1. Innerhalb des Periphererraums soll mit "Peripherie i.e.S." der Raum bezeichnet werden, der auf Grund siedlungsräumlicher Strukturdefizite aus der Sicht des unternehmerischen Kapitals keine innovatorische Adoptionsfähigkeit besitzt und der auf Grund einerseits endogener Monopolisierungswirkungen und andererseits kumulativer Schrumpfungsprozesse aus der Sicht der Wohnbevölkerung im Lohn-, Wohn- und Freizeitwert verkümmert. Diese Prozesse stehen nicht in unmittelbarer Abhängigkeit vom Zentralraum.
2. Von der "Peripherie i.e.S." ist ein Regionstyp zu unterscheiden, dessen Innovations- und Wachstumskapazität abhängig ist und der spezielle, vom Zentralraum überlassene oder zugewiesene industrielle Funktionen zu übernehmen hat. Er könnte in seiner fremdbestimmten Hilfsfunktion für den Zentralraum als "Subsidiärraum" bezeichnet werden.
3. Das Wachstum des Zentralraums ist eine Folge seiner Monopolstellung in der produktionstechnischen und organisatorischen Innovationskapazität und der daraus resultierenden Wirtschaftskraft. Der Zentralraum selbst ist in seinen Wachstumsmechanismen nicht auf Funktionenentzug aus dem Periphererraum angewiesen. Er installiert und kontrolliert im Gegenteil Subsidiärräume, die teils der Ressourcenausbeutung der Peripherie dienen (Bo-

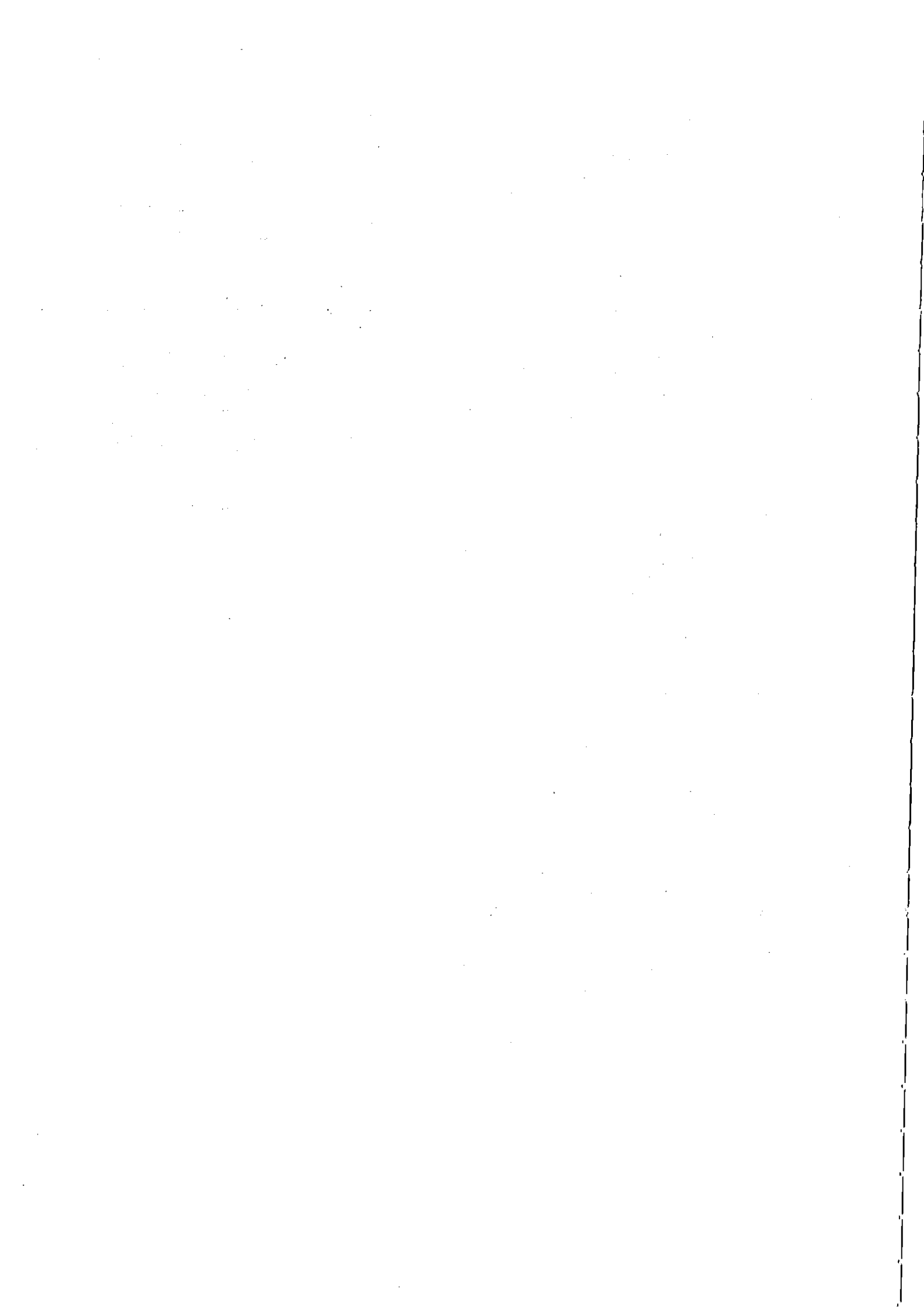
denschätze, Energie, Arbeitskraft), teils eine Funktion als stabilisierende Kapazitätsreserve zu Unternehmen haben. Ihnen werden die wachstumsträchtigen Entscheidungs-, Verwaltungs- und wirtschaftsnahen Dienstleistungsfunktionen des sog. quartären Sektors systematisch vorenthalten.

4. Eine unmittelbare Austauschbeziehung zwischen den beiden gegenläufigen kumulativen Entwicklungsprozessen in der Peripherie und im Zentrum besteht nicht. Die bei der Peripherisierung freiwerdende Arbeitskraft kann wegen mangelnder Ausbildung nur sehr bedingt in den Wachstumsprozeß des Zentralraumes integriert werden. Deswegen Wachstumsimpulse können dagegen auch im Sinne "gradueller Sickereffekte" nur in den "Subsidiärraum" eindringen, nicht aber auf die Peripherie übertragen werden. Auch in dieser - für Finnland entwickelten - These wird ein wesentlicher Unterschied zu den polarisationstheoretischen und neoklassischen wirtschaftstheoretischen Ansätzen gesehen, sofern die These einer Dualisierung moderner kapitalistischer Wirtschaften vertreten wird, d.h. eine Spaltung der Wirtschaftsstruktur in einen "stabilen Kernbereich relativ konjunkturunabhängiger, standardisierter Massenproduktion durch marktregulierende Konzerne und in einen peripheren Bereich, in welchem konkurrierende Klein- und Mittelbetriebe die schwankende Residualproduktion übernehmen und damit den Kernbereich sozusagen abschirmen" (BUTTLER, GERLACH, LIEPMANN 1977, S. 68). Zur Übernahme bzw. zum Entzug derartiger Funktionen bietet der nordfinnische Periphererraum keine Voraussetzungen.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß in Nordfinnland über Industrialisierungsmaßnahmen weder nachhaltige noch weiträumige Entwicklungsimpulse erzeugt werden können, da das zentralörtliche System als Träger unternehmerischer Innovation und damit wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt, defekt ist. Die gegenwärtig in Nordfinnland verfolgte Entwicklungsstrategie bleibt solange erfolglos, wie sie nicht auf ihre Voraussetzungen, auf die Entwicklung eines funktionsfähigen Stadtsystems, also auf eine konsequente Urbanisierungspolitik gerichtet ist.

Literatur

- BUTTLER, F., GERLACH, K. und LIEPMANN, P.:
Grundlagen der Regionalökonomie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1977, 190 S.
- BUTZIN, B.:
Die Entwicklung Finnisch-Lapplands. Ansatz zu einem Modell des regionalen Wandels. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1977. XIII, 169 S. = Bochumer Geographische Arbeiten 30.
- GAEBE, W.:
Erklärungsversuche industrieller Standortentscheidungen. In: Seminarberichte 13. Heidelberg: Gesellschaft für Regionalforschung 1978. S. 161 - 184.
- SCHILLING-KALETSCHEK, I.:
Wachstumspole und Wachstumszentren. Untersuchungen zu einer Theorie sektoral und regional polarisierter Entwicklung. Hamburg: Wirtschaftsgeographische Abteilung des Instituts für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg 1976. 206 S. = Arbeitsberichte und Ergebnisse zur wirtschafts- und sozialgeographischen Regionalforschung Bd. 1.
- WIRTH, E.:
Theoretische Geographie. Grundzüge einer Theoretischen Kulturgeographie. Stuttgart: Teubner 1979. 336 S. = Teubner Studienbücher Geographie.



HANS ELSASSER

DIE FÖRDERUNG VON REGIONALZENTREN - EIN
BEITRAG ZUR ENTWICKLUNG VON PERIPHERRÄUMEN?
EINE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG AUS DEM
SCHWEIZERISCHEN ALPENRAUM

Anschrift des Verfassers:

**Privat-Dozent
Dr. Hans Elsasser**

**Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung
CH-8049 Zürich-Hönggerberg**

Einleitung

Der alpine Raum zählt in mancher Hinsicht zu den Problemräumen Europas. Der ökonomische Rückstand, die (selektive) Migration und die damit verbundene Abnahme der Bevölkerungszahl in zahlreichen alpinen Talschaften sowie die Vergandung u.a.m. zählen zu den dringenden Problemen der Raumordnungspolitik aller Alpenländer. Die Grundschemata und Wirkungsmechanismen dieser Entwicklungen unterscheiden sich häufig nicht wesentlich von denjenigen in andern Periphereräumen. Sie erfahren aber durch die spezifische naturgeographische Situation (Höhenlage, Relief, Klima usw.) ihre besondere Ausprägung (1).

Das schweizerische Alpengebiet wurde seit langer Zeit als regionalpolitischer Problemraum erkannt. Die politischen Vorstöße und Maßnahmen zu Gunsten der Bergbevölkerung reichen bis zum Beginn unseres Jahrhunderts zurück (2). Kennzeichnend dafür ist ihre landwirtschaftliche, d.h. sektorale Ausrichtung (3). Diese Maßnahmen vermochten wohl den Niedergang der Berglandwirtschaft - von Ausnahmen vor allem in den Alpensüdtälern abgesehen - zu verhindern, das Abwanderungsproblem vermochten sie jedoch nicht zu lösen (4).

Aus dieser Situation heraus entwickelte sich das Bestreben, die Berggebietsförderung auf die Gesamtwirtschaft auszudehnen. Das bedeutet nun aber nicht, daß das Instrumentarium ausgeweitet und verfeinert wurde, denn bereits beim bestehenden landwirtschaftlichen Maßnahmenpaket wurde bemängelt, daß die Hilfen zu stark zersplittert und deshalb teilweise uneffizient seien (5).

Am 5. Mai 1971 beschloß der Bundesrat (Exekutive) aufgrund des Expertenberichtes Flückiger (6) das Gesamtwirtschaftliche Entwicklungskonzept für das Berggebiet. Wesentlich sind dabei folgende vier Grundsätze, welche für die neuen Maßnahmen der Berggebietsförderung wegweisend sein sollen (7):

- Regionalisierung der Förderungspolitik:

Da nicht das gesamte Berggebiet förderungsbedürftig ist, soll die Förderungspolitik auf regionaler Ebene ansetzen, damit den regional unterschiedlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten besser Rechnung getragen werden kann.

- Gesamtwirtschaftliche Förderung:

Alle beeinflussbaren Bereiche sollen den Ansatzpunkt der Förderungspolitik bilden und nicht bloß die Landwirtschaftspolitik, da die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Probleme mit einer beinahe ausschließlich auf die Landwirtschaft ausgerichteten Hilfe nicht zu lö-

sen sind. Der wichtigste Pfeiler der Wirtschaftsförderung im Berggebiet soll die Infrastrukturpolitik sein.

- Wirtschaftlichkeit:

Die sog. komparativen Kostenvorteile sind zu nutzen. Das bedeutet, daß das Schwergewicht der Förderung auf jene Bereiche zu legen ist, deren Entwicklungsvoraussetzungen und Zukunftsaussichten am besten sind.

- Konzentration des Aufwandes bei breiter Streuung des Nutzens:

"Die begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel sollen möglichst konzentriert eingesetzt werden, um der Region einen starken und nachhaltigen Wachstumsimpuls zu vermitteln. Es sind daher geeignete Ortschaften als Regionalzentren vorzusehen, in denen die erforderlichen Investitionen der öffentlichen Hand hauptsächlich zu tätigen sind. Dies gilt insbesondere für die wachstumsrelevanten Investitionen. ... Es kann aber nicht darum gehen, nur der Bevölkerung in den regionalen Zentren Unterstützung zu bieten. Gerade den Randgemeinden fällt es häufig besonders schwer, den Bedarf an öffentlichen Einrichtungen und die Erschließung zu finanzieren. Zahlreiche Investitionen sind zu tätigen, die höchstens sehr indirekte und bescheidene Wachstumseffekte zeitigen. Wasserversorgung, Schule, Verkehrserschließung gehören zum sogenannten Zwangsbedarf der Gemeinde. Solche Werke sollen in Randgemeinden, die es zu erhalten gilt, gefördert werden können. ... Der zielgerechte Einsatz der wachstumswirksamen Investitionen in den Regionskernen soll jedoch auch den in den Randgemeinden lebenden Bevölkerungsteilen zugute kommen." (8)

Das Entwicklungskonzept für das Berggebiet mündete einerseits in das Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete vom 28. Juni 1974 (kurz Investitionshilfegesetz oder IHG), welches am 1. März 1975 in Kraft getreten ist, und andererseits in die Leitlinien für die Berggebietsförderung (9), d.h. in detaillierte Anleitungen zur Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte.

Das Investitionshilfegesetz ermöglicht die Gewährung, Vermittlung oder Verbürgung von Darlehen zu zinsgünstigeren als den marktüblichen Bedingungen und, soweit erforderlich, die Übernahme von Zinskosten durch den Bund für die Restfinanzierung förderungswürdiger Infrastrukturprojekte. Diese Infrastrukturprojekte müssen Bestandteil eines genehmigten regionalen Entwicklungskonzeptes sein. Für den Ausbau der Infrastruktur gemäß den regionalen Entwicklungskonzepten sind für 8 Jahre - in Form von Darlehen - 500 Millionen Franken vorgesehen. Die Rückzahlungen von Darlehen sowie die Darlehenszinse fließen in den Fonds zurück (Fonds de roulement). Durch die 500 Millionen Franken soll ein Investitionsvolumen von rund 3 bis 3,5 Milliarden Franken ausgelöst werden. Die Infrastrukturmaßnahmen des Investitionshilfegesetzes werden ergänzt durch die Förderung der Landwirtschaft

(10), des Fremdenverkehrs und des Gewerbes (11) sowie der Raumplanung: "Regionalstrukturpolitik und Raumplanung greifen wie Zahnräder ineinander. Sie sind die beiden tragenden Säulen der Raumordnungspolitik" (12).

Bis zum Oktober 1979 sah der Stand der Arbeiten gemäß IHG folgendermaßen aus (13):

- Vorgesehene Entwicklungsregionen	52
- Vom Bund bisher anerkannte Regionen	50
- Regionen, deren Entwicklungskonzepte beim Bund zur Prüfung eingereicht wurde	41
- Regionen, deren Entwicklungskonzept vom Bund genehmigt wurde	33

Durch das Investitionshilfegesetz wird folgendes Gebiet der Schweiz abgedeckt (14):

Tab. 1: Das Gebiet des Investitionshilfegesetzes

	Schweiz	Alle Entwicklungskonzepte	Übriges Gebiet	
Fläche km ²	41'000	29'000	71 %	12'000 29 %
Einwohner Mio.	6.3	1.5	24 %	4.8 76 %
Bev.dichte E/km ²	154	52		400
Gemeinden	3'058	1'230	40 %	1'828 60 %
Bev. pro Gemeinde	2'100	1'300		2'600

Bisher (Stand 1. März 1979) wurden für 272 Infrastrukturprojekte Investitionshilfe in der Höhe von Fr. 74'030'000,-- gewährt. Dadurch wurde ein Investitionsvolumen von Fr. 487'075'000,-- ausgelöst. Tabelle 3 vermittelt einen Überblick über diese Investitionshilfe, differenziert nach verschiedenen Infrastrukturbereichen (15).

Der Grundsatz "Konzentration des Aufwandes bei breiter Streuung des Nutzens"

Die Forderung nach Konzentration des Aufwandes bei breiter Streuung des Nutzens bildet einen wichtigen Grundsatz der Entwicklungspolitik für das schweizerische Berggebiet. Eine genauere Analyse zeigt, daß eine solche Konzentrationspolitik recht unterschiedliche Aspekte beinhaltet, wobei zwischen diesen Aspekten zahlreiche Interdependenzen bestehen.

Eine erste Unterscheidung muß zwischen der sachlichen und räumlichen Konzentration getroffen werden. Bereits im Flückiger-Bericht (16) wird für eine Zu-

sammenfassung und Konzentration der Mittel auf wenige Maßnahmen, die dafür entsprechend gezielt eingesetzt werden könnten, plädiert. Auch Art. 17 Abs. 2 des Investitionshilfegesetzes, welcher sagt, daß nur förderungswürdigen Projekten, welche Bestandteil eines genehmigten Entwicklungskonzeptes bilden, Investitionshilfe gewährt werden kann, weist auf diese sachliche Konzentration des Mitteleinsatzes hin.

Noch entscheidender aber als diese sachliche Konzentration ist die räumliche Konzentration des Maßnahmenbündels. LEIBUNDGUT (17) unterscheidet vier Aspekte der räumlichen Konzentrationspolitik im Berggebiet:

Aspekte der räumlichen Konzentrationspolitik im Berggebiet

(nach LEIBUNDGUT, teilweise ergänzt)

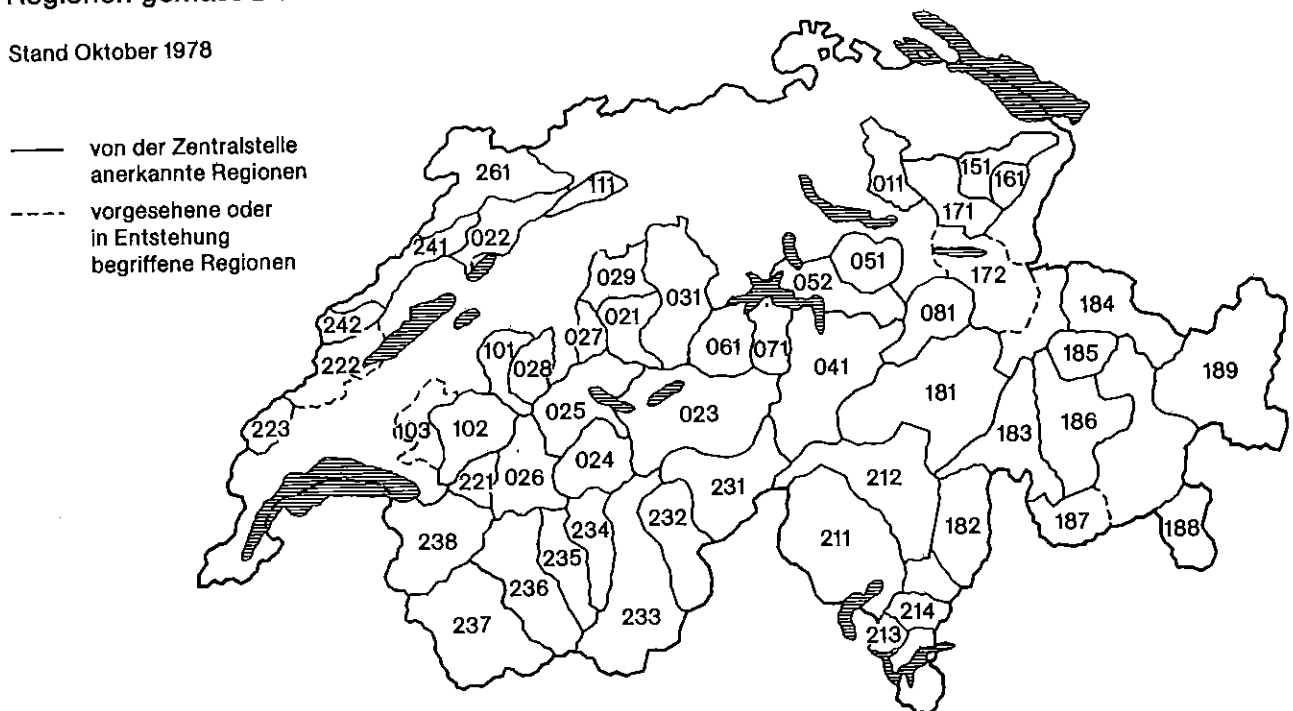
- Konzentration als bewußte Selektion
Selektion von geeigneten und weniger geeigneten Gebieten innerhalb einer Region, analog der Bestimmung der entwicklungsfähigen Regionen; aktive Sanierung der geeigneten, passive Sanierung der weniger geeigneten Gebiete; keine starke Verdichtung von Bevölkerung und Wirtschaft in Zentren.
- Konzentration in zentralen Orten
Konzentration als Mittel der Versorgungspolitik; Förderung von Kleinzentren (1'500 Einwohner im Zentrum, 5'000 - 10'000 im Einzugsbereich); innerregionale Konzentration in Schwerpunkten.
- Konzentration in Wachstumszentren
Konzentration als Mittel der Wirtschaftsförderungspolitik; Schaffung von "Agglomerationseffekten"; touristische Zentren (mind. 1'500-2'000 Einwohner), industriell-gewerbliche Zentren (mind. 20'000 Einwohner); innerregionale Konzentration.
- Konzentration als temporäre Staffellung
Selektion von zeitlich bevorzugten Gebieten entsprechend ihrer Förderungsbedürftigkeit; keine

Tab. 2: Die Regionen des Berggebietes
 * Regionen mit genehmigtem Entwicklungskonzept (Stand Mai 1979)

011	Zürcher Oberland	182	Moesano *
021	Oberes Emmental *	183	Heinzenberg-Domleschg/Hinterrhein *
022	Jura-Sud-Bienne	184	Prättigau *
023	Oberland-Ost *	185	Schanfigg *
024	Kandertal *	186	Mittelbünden
025	Thun-Innertport *	187	Bergell
026	Obersimmental-Saanenland *	188	Puschlav
027	Kiesental *	189	Untere Engadin-Münstertal *
028	Schwarzwasser *	211	Locarno e Valli
029	Trachselwald *	212	Regione Tre Valli *
031	Luzerner Berggebiet *	213	Malcantone
041	Uri *	214	Valli di Lugano
051	Einsiedeln *	221	Pays-d'Enhaut
052	Innerschwyz *	222	Nord Vaudois
061	Sarneraatal *	223	Vallée de Joux
071	Nidwalden *	231	Goms *
081	Glarner Hinterland-Sernftal *	232	Brig-östlich Raron *
101	Sense *	233	Visp-westlich Raron *
102	Gruyère *	234	Leuk *
103	Glâne et Veveyse	235	Sierre
111	Thal *	236	Sion
151	Appenzell Ausserrhoden	237	Martigny
161	Appenzell Innerrhoden	238	Chablais valaisan et vaudois
171	Toggenburg *	241	Centre Jura
172	Sarganserland-Walensee	242	Val de Travers
181	Surselva *	261	Jura

Abb. 1: Karte der Berggebietsregionen
 Regionen gemäss BG über Investitionshilfe für Berggebiete

Stand Oktober 1978



Quelle: BIGA, Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung

starke Verdichtung von Bevölkerung und Wirtschaft in Zentren.

Tab. 3: Infrastrukturinvestitionshilfe gemäß IHG nach Sachbereichen (Stand 1.3.1979)

Sachbereich	Projekte		Investitionsvolumen			Investitionshilfe			
	Anzahl	%	in 1000 Fr.	%	Ø pro Projekt in 1000 Fr.	in 1000 Fr.	%	Ø pro Projekt in 1000 Fr.	% des Inv.volumens
Mehrbereichsprojekt	6	2.2	5041	1.0	840	1225	1.7	204	24.3
Kultur	7	2.6	14707	3.0	2101	2487	3.4	355	16.9
Bildung	35	12.9	95374	19.6	2725	17184	23.2	491	18.0
Gesundheit	6	2.2	54408	11.2	9068	6981	9.4	1163	12.8
Ver-, Entsorgung	86	31.6	122272	25.1	1422	17803	24.0	207	14.6
Erholung, Sport, Freizeit	31	11.4	111797	23.0	3606	15135	20.4	488	13.5
Öffentl. Verwaltung	8	2.9	11035	2.3	1379	1580	2.1	197	14.3
Verkehr	66	24.3	57189	11.7	867	8972	12.1	136	15.7
Konsummöglichkeiten	1	0.4	433	0.1	433	65	0.1	65	15.0
Schutz vor Elementarschäden	26	9.6	14816	3.0	570	2599	3.5	100	17.5
Total	272	100.0	487075	100.0	1791	74030	100.0	272	15.2

Eine Auswertung der für die schweizerische Berggebietsförderung wichtigen Grundlagenberichte zeigt, daß alle vier Aspekte der räumlichen Konzentrationspolitik eine wesentliche Rolle spielen:

Gesamtwirtschaftliches Entwicklungskonzept für das Berggebiet (1970)

"Zudem kann in den zu fördernden Gebieten nicht jede Gemeinde und jeder Betrieb nachhaltig durch die öffentliche Hand unterstützt werden. Nur durch gezielte finanzielle Unterstützung jener Ortschaften und Projekte, welche geeignete Voraussetzungen bieten, können die Maßnahmen für eine wirtschaftliche Entwicklung mit vertretbaren Erfolgsaussichten rechnen" (S. 347).

"Wenn es gelingt, die zentralen Orte noch attraktiver zu gestalten, steigen auch die Überlebenschancen der umliegenden Kleingemeinden" (S. 382).

Stellungnahme der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Berggebiet" zum Gesamtwirtschaftlichen Entwicklungskonzept für das Berggebiet (1970)

"Der Mitteleinsatz muß möglichst konzentriert an den bestgelegenen Orten erfolgen, dagegen sollte die Nutzendiffusion möglichst breit sein" (S. 8).

Grundlagen zu den Leitlinien für die Berggebietsförderung (1972)

"Damit die gesamten Infrastrukturaufwendungen von Bund, Kantonen und Gemeinden ein volkswirtschaftlich

tragbares Maß nicht übersteigen, müssen diese angesichts der steigenden quantitativen und qualitativen Ansprüchen notgedrungen räumlich konzentriert (aber auch zeitlich gestaffelt) eingesetzt werden" (S. 29).

"Normalregionen" im Berggebiet: Bevölkerungszahl 30'000 - 50'000 (absolut untere Grenze 20'000); Regionalzentrum von mindestens 5'000 Einwohnern (S. 92 ff.).

"Das Konzept muß vielmehr auf eine gedeihliche Entwicklung der Region und weniger der einzelnen Gemeinden ausgerichtet sein ..." (S. 289 f.).

Leitlinien für die Berggebietsförderung (1973)

"Das Schicksal einer Region entscheidet sich vor allem im Regionskern. Seiner Funktionsfähigkeit ist deshalb ganz besondere Beachtung zu schenken. Je deutlicher ein effektiver oder potentieller Regionskern sein Hinterland überragt, desto leichter ist für das betreffende Gemeinde- oder Agglomerationsgebiet der Durchbruch zu einem funktions- und leistungsfähigen Regionalzentrum, desto wirkungsvoller sind seine positiven Ausstrahlungen auf die ganze Region. Ein potentieller Zentralort, der via Förderung erst noch über die kritische Grenze emporgehoben werden muß, wird diesen Status vermutlich nur mit allergrößter Mühe zu erreichen vermögen" (S. 43).

"Zu den tragenden Grundprinzipien der Regionalpolitik gehört der Grundsatz der Konzentration. Für die Infrastrukturpolitik, die stets für eine angemessene Auslastung der erstellten Anlagen und zu diesem Zweck für eine genügende Ballung der entsprechenden Nachfragen zu sorgen hat, gilt er in ganz besonderem Maße. Folge wird sein, daß die geförderte Region

nicht gleichmäßig mit Infrastruktureinrichtungen dotiert werden kann, sondern daß sich diese schwerwichtig im Regionszentrum oder doch in den Gemeinden höherer Zentralörtlichkeit befinden werden. Aus dieser funktionellen Notwendigkeit kann sich nun aber leicht eine Tendenz zur weiteren Entleerung der Randgebiete ergeben; es droht derart eine Entwicklung, die über den innerregionalen Ausgleich der Lasten und des Nutzens in die Schranken zu weisen ist" (S. 137).

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über Investitionshilfe für Berggebiete vom 16. Mai 1973

Vgl. dazu Einleitung

Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete vom 28. Juni 1974

Art. 10 Abs. 2:
Innerhalb der Region sind durch die kantonale Behörde Orte zu bezeichnen, die sich als Wachstumskerne eignen und, soweit nötig, hierzu ausgebaut werden sollen.

Dieser Grundsatz der räumlichen Konzentration des Aufwandes bei breiter Streuung des Nutzens wurde aber nicht nur im Zusammenhang mit der Berggebietsförderung erhoben, sondern auch im Rahmen der Erarbeitung schweizerischer Raumordnungskonzepte, wobei allerdings aber die Konzentration in zentralen Orten sowie in sog. Entlastungszentren und nicht sosehr ein Wachstumszentren-Konzept im Vordergrund der Diskussion stand:

Bericht "Raumplanung Schweiz" (1970) (18)

"Die zentralen Einrichtungen und Dienstleistungen sind auf regionale Sammelstandorte zu konzentrieren; diese aber sind über das ganze Land angemessen zu verteilen" (S. 82).

Landesplanerische Leitbilder der Schweiz (1971) (19)

Strukturierung des gesamten Gebietes der Schweiz mit Zentren nach dem System der zentralen Orte.

Raumplanerisches Leitbild der Schweiz CK-73 (1973)

(20)

"Die Erhöhung der Zahl der Groß- und Mittelstädte im Mittelland sowie der Kleinstädte im Berggebiet hat zum Ziel, zentrale Dienste ländlichen Gebieten näher zu bringen" (S. 22) (21).

Bundesgesetz über die Raumplanung vom 4. Oktober 1974

Art. 1 Abs. 2c:

Sie (die Raumplanung) fördert die Dezentralisation der Besiedlung mit regionalen und überregionalen Schwerpunkten und hat die Entwicklung der großen Städte auf dieses Ziel hinzulenken.

In der Volksabstimmung vom 13. Juni 1976 wurde das Raumplanungsgesetz knapp abgelehnt. Im Entwurf (Entwurf vom 27. Februar 1978) zum neuen Raumplanungsgesetz findet sich kein entsprechender Passus mehr.

Diese Zitate zeigen deutlich, daß den Regionalzentren im Berggebiet zwei unterschiedliche Hauptaufgaben zugeordnet sind:

1. Die Aufgabe von zentralen Orten, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.
2. Die Aufgabe von Wachstumszentren, um die Entwicklung der regionalen Wirtschaft zu fördern.

Auch wenn zwischen diesen beiden Aufgaben enge Beziehungen bestehen, gilt es, zwischen Wachstumszentren und Zentralen Orten deutlich zu unterscheiden: "Der wichtigste Unterschied ergibt sich aus den verschiedenen Funktionen, die beide ausüben. Während ein Zentraler Ort durch die Funktion der Versorgung seines Ergänzungsgebietes mit zentralen Gütern bestimmt ist, wird ein Wachstumszentrum charakterisiert durch seine Fähigkeit, ökonomische Entwicklung zu stimulieren und in seine unmittelbare regionale Umgebung weiterzugeben. Ein weiterer Unterschied liegt darin, daß ein Zentraler Ort ein Standort tertiärer Aktivitäten (Handel, Dienstleistungen etc.) ist, deren "Güter" am Standort ihres Entstehens nachgefragt werden müssen, während ein Wachstumszentrum vorwiegend in seiner Eigenschaft als Standort industrieller Aktivitäten, deren Produkte zentral, aber auch ebenso dispers nachgefragt werden können, zu sehen ist" (22).

Auf die großen theoretischen Schwierigkeiten der Integration der Zentrale-Orte-Theorie und des Wachstumszentren-Konzeptes weist SCHILLING-KALETSCH hin (23).

Die räumliche Konzentration in den regionalen Entwicklungskonzepten

Das Vorliegen eines regionalen Entwicklungskonzeptes, d.h. eines die regionalen Probleme, Ziele und Maßnahmen umfassenden generellen Entwicklungsplanes für die einzelnen Bergregionen, bildet die Grundvoraussetzung für die spätere Gewährung der Investitionshilfe durch den Bund. Das Entwicklungskonzept dient der geordneten systematischen Erschließung der in der Region vorhandenen Entwicklungsreserven; es enthält die durch die Investitionshilfe zu erreichenden Ziele und einen Etappenplan zu ihrer Verwirklichung; es hat Gewähr dafür zu bieten, daß die anzustrebenden Ziele mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand erreichbar sind und im Gesamtinteresse liegen.

Das Entwicklungskonzept wird grundsätzlich durch die Region, d.h. aufgrund eines Auftrages des regionalen

Entwicklungsträgers, erarbeitet. Der Bund stellt zur Förderung der Konzeptbearbeitung nach einheitlichen Kriterien Richtlinien auf. Der Kanton, in welchem die betreffende Region liegt, hat das Entwicklungskonzept zu genehmigen, die Investitionshilfesuche zu prüfen sowie für die Koordination der regionalen Entwicklungskonzepte mit den übrigen kantonalen Aufgabenplanungen zu sorgen. Der Bund, der Geldgeber der Investitionshilfe, unterzieht schließlich das Entwicklungskonzept einer Endprüfung.

Diese föderalistische Regelung bringt sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich (24):

Vorteile:

Durch dieses Vorgehen wird die Regionsbevölkerung gezwungen, sich aktiv mit den anstehenden Problemen und Möglichkeiten der Regionsentwicklung auseinanderzusetzen. Sofern die Richtlinien nicht zu starr und schematisch angewendet werden, können die regionalen Besonderheiten und Eigenarten angemessen berücksichtigt werden (25).

Nachteile:

Die Überprüfung der Entwicklungskonzepte durch den Bund beschränkt sich schwergewichtig auf formelle Aspekte. Materiell, d.h. bei der regionalen Zielsetzung, der Bestimmung von Wichtigkeit und Dringlichkeit der einzelnen Infrastrukturprojekte, besitzen die Regionen einen großen Ermessensspielraum. Die dadurch geförderte regionale Selbständigkeit ist zu begrüßen. Die Gefahr, daß übergeordnete, überregionale, gesamtschweizerische Gesichtspunkte dabei zu kurz kommen, ist aber nicht von der Hand zu weisen. Ähnlich wie bei der kantonalen Wirtschaftsförderung ist ferner zu befürchten, daß sich die Regionen durch den forcierten Infrastrukturausbau - insbesondere beim Wahlbedarf - in unerwünschtem Ausmaß konkurrenzieren, ohne daß allfällige interregionale Disparitäten abgebaut würden.

Für die Untersuchung über die räumliche Konzentration in den regionalen Entwicklungskonzepten standen Angaben von 31 Entwicklungskonzepten bzw. Regionen zur Verfügung. Die bevölkerungsmäßige Größe dieser Regionen schwankt zwischen 99'200 Einwohnern (Thun-Innertport) und 4'500 Einwohnern (Pays d'Enhaut); der Mittelwert beträgt 26'300 Einwohner, der Medianwert 25'000 Einwohner. 12 Regionen besitzen eine Bevölkerungszahl von weniger als 20'000, d.h. unter dem gemäß den Leitlinien für die Berggebietsförderung wünschbaren Minimum. Die Größe der Regionszentren (inkl. Doppel- und Mehrfachzentren) schwankt zwischen 59'500 Einwohnern (Thun, Steffisburg, Spiez) und 300 Einwohnern (Tiefencastel). Die durchschnittliche Einwohnerzahl in diesen Zentrumsgemeinden - wobei die Bevölkerung von Doppel- oder Mehrfachzentren zusammengefaßt wurde - beträgt 8'400 Einwohner, der Medianwert 5'800

Einwohner. In 13 Regionen erreicht die Zentrumbevölkerung den in den Leitlinien geforderten Minimalwert von 5'000 Einwohnern nicht. Diese Werte liegen wesentlich tiefer als ausländische Vorstellungen über die minimale Größe eines entwicklungsfähigen Kerns und einer Entwicklungsregion. "Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß in einem Bundesstaat wie dem schweizerischen mit ausgeprägter kommunaler und gliedstaatlicher Autonomie (und nicht bloß Selbstverwaltung) die Mindestgröße lebensfähiger politischer Einheiten tiefer liegt" (27).

Die nachfolgende Tabelle (Tab. 4) enthält für die 31 Regionen folgende Angaben, welche den Berichten und Unterlagen der Entwicklungskonzepte entnommen wurden:

1. Offizielle Nummer und Name der Entwicklungsregion.
2. Bevölkerung der Entwicklungsregion. Diese Werte beziehen sich nicht auf einen einheitlichen Zeitpunkt, sondern dieser muß mit "erste Hälfte der siebziger Jahre" umschrieben werden.
3. Name des/der Regionalzentrums(en). In Zweifelsfällen wurden mehrere Zentrumsgemeinden angenommen.
4. Bevölkerung des/der Regionalzentrum(en) (erste Hälfte der siebziger Jahre).
5. Anzahl Gemeinden. Diese Angabe dient zur weiteren Charakterisierung der Größe der Entwicklungsregionen.
6. Vorgesehene Bruttoinvestitionen in der Region während der kommenden fünf Jahre gemäß Detailprogramm der einzelnen Entwicklungskonzepte. Bei den Bruttoinvestitionen handelt es sich um die Investitionskosten ohne Subventionen von Bund, Kanton oder Beiträge von Dritten. Es sind die Bruttoinvestitionen, wie sie in den Detailprogrammen für die regionalen Entwicklungskonzepte ausgewiesen werden. Die Detailprogramme umfassen eine Fünf-Jahresperiode: 1976/78-1980/82.
7. Vorgesehene Bruttoinvestitionen in den Regionszentren während der kommenden fünf Jahre gemäß Detailprogramm der einzelnen Entwicklungskonzepte.
8. Vorgesehene Bruttoinvestitionen pro Kopf und Jahr in der Region.
9. Vorgesehene Bruttoinvestitionen pro Kopf und Jahr in den Regionszentren.

1977 wurde von ROSSI eine ähnliche Tabelle für 17 Regionen zusammengestellt (28). Es handelt sich somit bei der nachfolgenden Tabelle auch um eine Erweiterung der Zusammenstellung von ROSSI um 14 Regionen. Durch die Untersuchung dieser zusätzlichen Entwicklungskonzepte wurden die Ergebnisse von ROSSI vollumfänglich bestätigt und erhärtet:

- Zwischen der Bevölkerungszahl einer Region und den Bruttoinvestitionen pro Kopf und Jahr besteht eine negative Korrelation. Die Aussage von ROSSI, daß in bevölkerungsmäßig kleineren Regionen größere Pro-Kopf-Investitionen notwendig sind, muß aller-

Tab. 4: Bruttoinvestitionen gemäß Entwicklungskonzepten (Forts.)

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
231 Goms	4,8	Fiesch	0,6	23	217,3	20,1	9,0	6,5
232 Brig-östlich Raron								
233 Visp-westlich Raron	27,7	Visp	5,3	33	313,0	38,3	2,3	1,5
234 Leuk	10,0	Leuk	2,8	16	70,0	17,2	1,4	1,2
235 Sierre								
236 Sion								
237 Martigny								
238 Chablais valaisan et vaudois								
241 Centre Jura								
242 Val-de-Travers								
261 Jura	67,5	Delémont, Porrentruy, Saignelégier	21,4		307,7	141,2	0,9	1,3

dings etwas relativiert werden: Die Größe der Investitionen in einer Region ist nicht nur von der Bevölkerungszahl abhängig. Gerade in den Infrastrukturbereichen der Ver- und Entsorgung, des Verkehrs und des Schutzes vor Elementarschäden spielen die flächenmäßige Größe und die naturgeographischen Gegebenheiten eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob gewisse Entwicklungsregionen nicht zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden sollen. Die mögliche Benachteiligung von regionalen Minderheiten spricht aber eher gegen eine solche Lösung (29).

- Zum Problem der räumlichen Konzentration der Bruttoinvestitionen schrieb ROSSI (30): "Bien que le principe de la concentration, et en particulier celui de la concentration des moyens, soit inclus dans la nouvelle conception de la Confédération, et bien que l'évidence statistique à disposition témoigne de son importance, on a l'impression que ce principe ait été un peu oublié dans la préparation des programmes de développement, du moins jusqu'ici." Diese Aussagen wurden durch die Entwicklung während der beiden letzten Jahre nicht widerlegt.

Einen zusammenfassenden Überblick über die Bruttoinvestitionen, wie sie in den 5-Jahres-Detailprogrammen der 31 untersuchten Entwicklungskonzepte ausgewiesen sind, vermittelt nachfolgende Tabelle (Tab. 5). Dabei wird deutlich, daß die Bruttoinvestitionen pro Kopf und Jahr in den Zentrumsgemeinden niedriger sind als in den übrigen Gemeinden. Das Verhältnis zwischen

den Zentrumsgemeinden und den übrigen Gemeinden bezüglich dieser Kenngröße beträgt 1 : 1,27.

Die Ursachen für diese Abweichung vom Grundsatz der räumlichen Konzentration des Mitteleinsatzes in den Entwicklungskonzepten sind verschiedener Natur:

Zwangsbedarf, Wahlbedarf, Standortprobleme:

Nur ein Teil der Infrastrukturinvestitionen, welche durch die Investitionshilfe mitfinanziert werden sollen, kann überhaupt sinnvollerweise in den Zentrumsgemeinden lokalisiert werden (vgl. Tab. 6). Ein Großteil der Infrastrukturprojekte muß dem Zwangsbedarf zugeordnet werden und kann deshalb nicht zentrumsorientiert eingesetzt werden. Die Zentrumsgemeinden sind gerade bezüglich des Zwangsbedarfes besser ausgerüstet als die übrigen Gemeinden. Vor allem die übrigen Gemeinden weisen einen großen Nachholbedarf auf.

Es ist allerdings denkbar, daß zu einem späteren Zeitpunkt, d.h. nach der Befriedigung des Zwangs- und Nachholbedarfs, die dann zu tätigen Infrastrukturvorhaben stärker konzentriert werden. Die Aussichten für eine künftig wesentlich stärkere räumliche Konzentration der Infrastrukturinvestitionen, welche durch das Investitionshilfegesetz unterstützt werden sollen, dürfen nicht überschätzt werden. Eine Zusammenstellung von BORELLA (31) über die gemäß 15 Entwicklungskonzepten vorgesehenen Infrastrukturinvestitionen in den nächsten 15 Jahren (bis 1990) zeigt, daß ein Großteil dieser längerfristigen Infrastrukturvorhaben nicht zentrumsorientiert ist. Knapp die Hälfte all jener Infrastrukturinvestitionen stammt aus den Bereichen Verkehr, Land- und Forstwirtschaft sowie Abwasserreinigung.

Tab. 5: Bruttoinvestitionen gemäß Entwicklungskonzepten nach Gemeindetypen
(für 31 Entwicklungsregionen)

	Total		Zentrumsgemeinden		übrige Gemeinden	
Bevölkerung (in 1000)						
- total	814	100 %	262	32 %	552	68 %
- Ø pro Region	26.2		8.4		17.8	
Bruttoinvestitionen (in Mio Fr.) (5-Jahres-Detailprogramm)						
- total	5326	100 %	1378	26 %	3948	74 %
- Ø pro Region	172		45		127	
Bruttoinvestitionen pro Kopf und Jahr (in 1000 Fr.)	1.3		1.1		1.4	

Tab. 6: Infrastruktureinrichtungen und Standort

Infrastruktur (gemäß IHG *)	möglicher Standort
- Verkehrserschließung (Straßen, Parkgelegenheiten, Güter-, Wald- und Wanderwege, Betriebe der gewerbemäßigen und regelmäßigen Personen- und Güterbeförderung, deren Verkehrsleistung nicht durch die übrige Bundesgesetzgebung gesichert ist)	Zentrumsgemeinden und übrige Gemeinden (insbesondere bei den Güter-, Wald- und Wanderwegen)
- Öffentliche Versorgung (Elektrizität, Gas, Wasser, ausgenommen Anlagen der PTT)	Alle Gemeinden
- Entsorgung (Gewässerschutz, Lufthygiene, Kehrichtbeseitigung)	Standort wird bestimmt durch Umweltschutz und entsorgungstechnische Aspekte (Abwasserreinigungsanlage am tiefst gelegenen Punkt einer Region)
- Anlagen der schulischen und beruflichen Ausbildung	Primarschule Unterstufe: alle Gemeinden Höhere Schulen (Oberstufe, Mittel-, Berufsschule): Zentrumsgemeinden
- Einrichtungen zur Förderung und Verbesserung des Gesundheitswesens, der Fürsorge und Pflege	Zentrumsgemeinden
- Anlagen für die Pflege der Kultur	Zentrumsgemeinden
- Sport- und Erholungsanlagen	Zentrumsgemeinden
- Kurortsanlagen, sofern sie öffentlichen Zwecken dienen	Fremdenverkehrs-, Kurortsgemeinden
- Einrichtungen zur Sicherstellung der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs	Alle Gemeinden
- Bauten und Anlagen zum Schutz vor Elementarschäden	Alle Gemeinden

*) Verordnung über Investitionshilfe für Berggebiete vom 9. Juni 1975, Art. 2.

Politische Gründe

Ein regionales Entwicklungskonzept muß von der Mehrzahl der Regionsgemeinden - im Idealfall von allen - unterstützt und getragen werden, und zwar sowohl bei der Konzepterarbeitung als auch bei der langfristigen, etappenweisen Realisierung. Eine Konzentration des Infrastrukturausbaus in den Zentrumsgemeinden hätte nun zur Folge, daß Gemeinden, welche davon nicht direkt profitieren, gegen ein solch zentrumsorientiertes Entwicklungskonzept stark opponieren würden. Eine effektive zentrumsorientierte Infrastrukturpolitik bedeutet für gewisse Klein- und Randgemeinden eine passive Sanierung, d.h. im Klartext, gewisse Ortschaften und Gemeinden müßten aufgegeben werden. Aus politischen Gründen dürfte in der Schweiz eine solch explizite passive Sanierung - auch wenn es sich um eine sog. passive Sanierung im kleinen handelt (32) - ausgeschlossen sein. Auch im Jahre 2000 wird die Schweiz noch rund 3000 politische Gemeinden zählen. Der politische Druck erzwingt somit eine räumliche (und sachliche) Gießkannenförderung.

Die räumliche Konzentration der bisherigen Investitionshilfe

Bei den nachfolgenden Angaben (vgl. Tab. 7) (33) handelt es sich um die aggregierten Werte von 26 Regionen, denen bisher Investitionshilfe zugesichert wurde. Nur in zwei Regionen liegt eine größere Anzahl (mehr als 40) von unterstützten Investitionshilfe-Projekten vor. Für die übrigen Regionen liegt der Durchschnitt bisher bei etwa 8 Projekten. In mehr als 12 Regionen wurde überhaupt noch kein Projekt im Regionszentrum mit Investitionshilfe unterstützt. In

einem anderen Fall flossen 74 % der Investitionshilfe ins Zentrum, bei jedoch nur 4 Projekten insgesamt, davon 2 im Zentrum. Wegen der geringen Grundgesamtheit von 272 Projekten und des unterschiedlichen Standes der Realisierungsarbeiten in den einzelnen Regionen ist deshalb eine Disaggregation der Angaben über Investitionsvolumen und Investitionshilfe nach einzelnen Regionen vorläufig wenig sinnvoll und könnte zu voreiligen Schlüssen führen.

Trotz dieser Einschränkungen lassen sich einige vorläufige Aussagen machen:

- Lediglich 14 Prozent der Infrastrukturprojekte sind in den Zentrumsgemeinden lokalisiert.
- Diese Projekte sind aber - gemessen am Investitionsvolumen - mehr als doppelt so groß wie die Projekte in den übrigen Gemeinden. Deshalb entfällt mehr als ein Viertel des Investitionsvolumens auf die Zentrumsgemeinden. Der Anteil der Zentrumsgemeinden am Investitionsvolumen ist praktisch gleich groß wie ihr Anteil an den Bruttoinvestitionen gemäß 5-Jahres-Detailprogramm, nämlich 27 Prozent gegenüber 26 Prozent (vgl. Tab. 5).
- Von der Investitionshilfe profitieren die übrigen Gemeinden in etwas stärkerem Ausmaße als die Zentrumsgemeinden, denn der Anteil der Investitionshilfe am Investitionsvolumen ist in den übrigen Gemeinden um rund ein Viertel höher als in den Zentrumsgemeinden.
- Bezüglich des Grundsatzes der räumlichen Konzentration des Aufwandes besteht zwischen den Angaben in den Entwicklungskonzepten und den bisher durch das IHG unterstützten Infrastrukturprojekten keine Differenz, d.h. in beiden Fällen wird

Tab. 7: Infrastrukturinvestitionshilfe gemäß IHG nach Gemeindetypen (Stand 1.3.1979)

	Total		Zentrumsgemeinden		übrige Gemeinden	
Anzahl Projekte	272	100 %	38	14 %	234	86 %
Investitionsvolumen (in Mio Fr.)						
- total	487	100 %	131	27 %	356	73 %
- Ø pro Projekt	1.8		3.4		1.5	
Investitionshilfe (in Mio Fr.)						
- total	74	100 %	16.2	22 %	57.8	78 %
- Ø pro Projekt	0.3		0.4		0.25	
- % des Investitionsvolumens	15 %		12 %		16 %	

diesem Grundsatz nicht die Beachtung geschenkt, wie es aufgrund der Grundlagenberichte zu erwarten wäre.

Regionalpolitische Folgerungen

Durch die bisherige Förderungspolitik im Berggebiet gemäß Investitionshilfegesetz findet zumindest vorläufig keine spezielle Förderung der Regionalzentren in den Regionen der Alpen, der Voralpen und des Juras statt. Auch in nächster Zeit dürfte sich daran nichts ändern: Vom Grundsatz der Konzentration des Aufwandes bei breiter Streuung des Nutzens überwiegt bei der Realisierung eindeutig der zweite Teil: 'breite Streuung des Nutzens'.

Der Infrastrukturausbau gemäß Investitionshilfegesetz steht im Zeichen der Versorgungspolitik und nicht so sehr im Zeichen der Förderung von Wachstumszentren. Zwischen der Versorgungs- und der Wachstumspolitik bestehen allerdings komplexe Beziehungen: So bildet der Ausbau der Bildungsinfrastruktur, welche der Versorgungsinfrastruktur zugerechnet werden kann, eine wichtige Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum und die regionale Entwicklung. Allerdings müssen dann in der Region dem verbesserten, erhöhten Bildungsniveau angemessene Arbeitsplätze geschaffen werden können. Aufgrund der theoretischen Erkenntnisse sowie der Erfahrungen im Ausland müßte eine eventuelle Wachstumszentrenpolitik nicht bei den Kleinzentren, sondern bei den überregionalen Hauptzentren, wie Chur für den Kanton Graubünden oder Sion-Sierre für den Kanton Wallis, ansetzen. Der forcierte Ausbau dieser Zentren könnte aber zu unerwünschten innerkantonalen Konzentrationen und Disparitäten führen. Bereits die bisherige, regionalpolitisch unbeeinflusste Entwicklung dieser Hauptzentren gibt zu gewissen Befürchtungen in dieser Richtung Anlaß. Die Richtlinien zur Regierungspolitik des Kantons Wallis für die Periode 1975-1978 enthalten deshalb auch den Grundsatz der Dezentralisation nach Schwerpunkten innerhalb der Regionen, um die andauernde innerkantonale und innerregionale Abwanderung zu bremsen (34). Die Infrastrukturhilfe allein würde aber für eine solche Wachstumszentrenstrategie bei weitem nicht genügen (35).

Für die Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung im Berggebiet ist ein weiterer Infrastrukturausbau notwendig (36). Dabei müssen die haushaltsbezogenen Aspekte gegenüber den unternehmensbezogenen sowie die sozialen und wohlfahrtspolitischen Überlegungen gegenüber den ökonomischen und wachstumsorien-

tierten überwiegen. Ein wesentliches politisches Motiv für die Berggebietsförderung beruht nicht auf dem Wunsch nach einer interregionalen Angleichung der demographischen und ökonomischen Wachstumsraten, sondern auf dem von breiten Volkskreisen getragenen Willen, dem Berggebiet Hilfe zur Bewahrung und Weiterentwicklung eigenständiger Kultur und zur Pflege der Kulturlandschaft zu leisten (37).

Die gezielte Förderung der Versorgungsinfrastruktur darf sich aber nicht allein auf die technische Infrastruktur beschränken, sondern muß auch die soziale Infrastruktur einbeziehen. Ferner muß durch diese Hilfe nicht nur die Errichtung der Infrastruktur, sondern auch deren Betrieb gesichert und nötigenfalls unterstützt werden. Dieses Problem stellt sich teilweise bereits heute in den infrastrukturell relativ gut ausgerüsteten Regionen des Juras, da durch das Investitionshilfegesetz wohl die Errichtung, nicht aber der Betrieb finanziell unterstützt wird. Die Zentrenförderung würde nur so weit unterstützt, wie sie aufgrund der Versorgungspolitik notwendig wäre. Aber auch in diesem Falle dürfte die räumliche Schwerpunktbildung nicht allein aufgrund betriebswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Überlegungen und Kriterien erfolgen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der schulischen Versorgung und der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Dieser versorgungspolitisch orientierte Infrastrukturausbau und der Verzicht auf eine umfassende Förderung von Wachstumszentren im Berggebiet - auf die Vor- und Nachteile der räumlichen Konzentration und Schwerpunktbildung im Fremdenverkehr soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden (38) - bildet eine wichtige Basis, um die bisher dominierende, einseitig ökonomische Betrachtungsweise bei der Berggebietsförderung durch die vermehrte Berücksichtigung von gesellschaftlichen, volkskundlichen und historischen Aspekten zu ergänzen, zu relativieren und teilweise abzulösen. Der Gefährdung der spezifischen kulturellen Werte der Berggebiete durch die unkritische Übernahme von allochthonen Wert-, Entwicklungs- und Planungsvorstellungen muß nicht nur im Interesse der im Berggebiet ansässigen Bevölkerung, sondern auch der Gesamtbevölkerung entgegengetreten werden. Eine vermehrte Berücksichtigung von außerökonomischen Problemen ist auch notwendig, um die Berggebietsförderung noch besser bei der betroffenen Bevölkerung zu verankern, damit nicht nur die Konzeptarbeit, sondern auch die langfristige, etappenweise Realisierung der Entwicklungskonzepte sichergestellt ist. In Ergänzung der Ausführungen von DANZ zur Funktion des Alpenraumes

muß gefordert werden, daß bei unlösbaren Zielkonflikten nicht nur den ökologischen Aspekten, sondern ebenso sehr den sozio-kulturellen gegenüber den ökonomischen der Vorrang einzuräumen ist und daß nicht allein die wirtschaftliche und ökologische, sondern auch die soziokulturelle Basis der einheimischen Bevölkerung langfristig und nachhaltig gesichert werden muß (39). Diese Forderung ist ansatzweise bereits in der Motion DANIOTH/BROSI (1966) enthalten, welche den politischen Anstoß zur Erarbeitung des Gesamtwirtschaftlichen Entwicklungskonzeptes bildete, wird doch darin nicht nur eine intensivere gesamtwirtschaftliche, sondern auch kulturelle und soziale Förderung der Gebiete mit erschwerten Existenzbedingungen verlangt (40). Der Alpenraum ist nicht nur Wirtschaftsraum, sondern in erster Linie Lebensraum.

Den Regionalzentren im Berggebiet kommt in erster Linie die Funktion von Versorgungsschwerpunkten zu. Die Zentrumsförderung muß somit soweit unterstützt werden, wie sie aufgrund der Versorgungspolitik notwendig ist, wobei aber nicht nur Wirtschaftlichkeitskriterien maßgebend sein dürfen. Eine nicht so sehr wachstums-, sondern versorgungspolitisch orientierte Infrastrukturhilfe und Förderung von Regionalzentren bildet einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung eines eigenständigen Alpenraumes.

Zusammenfassung

Der Versuch, das Wachstumszentrenkonzept auf das schweizerische Berggebiet zu übertragen, muß als gescheitert betrachtet werden. Obwohl dem Grundsatz der räumlichen Konzentration des Aufwandes bei breiter Streuung des Nutzens in den Grundlagenberichten zur schweizerischen Berggebietsförderung eine zentrale Stellung zukommt, wird ihm weder bei der Erarbeitung der regionalen Entwicklungskonzepte noch bei der Realisierung, d.h. bei den bisherigen Investitionshilfen für Infrastrukturvorhaben, nachgelebt. Dafür sind verschiedene Gründe verantwortlich:

- Naturgeographische Voraussetzungen:
Topographie, feingliedrige Kammerung.
- Demographische Voraussetzungen:
Geringe Bevölkerungsdichte der Regionen; geringe Bevölkerungszahl der Regionen und Regionalzentren.
- Sozio-kulturelle Voraussetzungen:
Sprach- und Konfessionsgrenzen erschweren die Bildung und politische Konsolidierung von größeren Entwicklungsregionen.
- Politische Voraussetzungen:
Entsprechend den natur- und anthropogeographischen Voraussetzungen feingliedriger föderalistischer Aufbau des Staatswesens; keine realistischen Möglichkeiten der expliziten passiven Sanierung.
- Nachholbedarf:
Besonders in kleineren Berggemeinden besteht bezüglich der infrastrukturellen Grundausrüstung ein echter Nachholbedarf.

Anmerkungen

- 1) Einen Überblick über die aktuellen Probleme des Alpenraumes vermitteln (Auswahl): DANZ, W.: Zur Funktion des Alpenraums in der europäischen Raumordnung. Schriftenreihe des Alpeninstituts H. 11, München 1979; DANZ, W. (Hrsg.): Die Zukunft der Alpen I. Schriftenreihe des Alpeninstituts H. 4, München 1975; LEIBUNOGUT, H.: Die wirtschaftliche Lage im zentraleuropäischen Alpengebiet. ORL-Bericht Nr. 19, Zürich 1972; LICHTENBERGER, E.: The Eastern Alps, London 1975; RÖDER, Ch. und ENGSTFELD, P. (Hrsg.): Probleme der Alpenregion. Hanns Seidel-Stiftung Bildungswerk, Schriften und Informationen Bd. 3, München 1977; WICHMANN, H. (Hrsg.): Die Zukunft der Alpenregion?, München 1972.
- 2) Als Beispiel sei genannt: BERNHARD, H. u.a.: Studien zur Gebirgsrentvölkerung. Beiträge zur Agrargeographie Nr. 4, Bern 1928.
- 3) Einen Überblick gibt: LEUENBERGER, A.: Maßnahmen des Bundes zur Förderung und Erhaltung der Bergbevölkerung im allgemeinen und der Berglandwirtschaft im besonderen. Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Bergbauern (SAB) H. 87, Brugg 1969.
- 4) Vgl. dazu HAAG, F. u.a.: Interregionale Wanderungen in der Schweiz. ORL-Bericht Nr. 37 a, b, Zürich 1978.
- 5) Einen anschaulichen Überblick über die Bedeutung der Landwirtschaftssubventionen für das Berggebiet und deren teilweise Zersplitterung gibt FLOCKIGER, H.: Gesamtwirtschaftliches Entwicklungskonzept für das Berggebiet, Bern 1970, insbesondere S. 247-341.
- 6) FLOCKIGER, H.: a.a.O.
- 7) Vgl. dazu Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über Investitionshilfe für Berggebiete vom 16. Mai 1973, insbesondere S. 6-11.
- 8) Botschaft über Investitionshilfe für Berggebiete, a.a.O., S. 7 f.
- 9) Arbeitsgruppe Stocker: Leitlinien für die Berggebietenförderung, Bern 1973 mit laufenden Ergänzungen. Vgl. auch Arbeitsgruppe Stocker: Grundlagen zu den Leitlinien für die Berggebietenförderung, Bern 1972 mit Ergänzungen.
- 10) Vgl. dazu die Diskussion über die Flächenbeiträge: Expertenkommission Popp: Ausgleichszahlungen an die schweizerische Landwirtschaft, Bern 1973.
- 11) Vgl. dazu WALTHER, B.: Regionalpolitik im Berggebiet: Förderung von Hotellerie und Gewerbe. Die Region H. 1, 1978; Kantonalbank von Bern (Hrsg.): Berggebietenförderung im Kanton Bern. Wirtschaftsbulletin Nr. 19 (1976), insbesondere S. 49 ff.
- 12) Botschaft über Investitionshilfe für Berggebiete, a.a.O., S. 13.
- 13) Angaben der Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung Bern. Die Region H. 3, 1979.
- 14) Nach FREY, R.L.: Die Infrastruktur als Mittel der Regionalpolitik, Basel 1979, S. 10, ergänzt.
- 15) Angaben der Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung Bern. Die Region H. 1, 1979.
- 16) FLOCKIGER, H.: a.a.O., S. 367 f und S. 413.
- 17) LEIBUNOGUT, H.: Konzentrierte Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum. In: LENDI, M. (Hrsg.): Der ländliche Raum - eine Aufgabe der Raumplanung. ORL-Schriftenreihe Nr. 28, Zürich 1977; LEIBUNOGUT, H.: Gesichtspunkte der regionalen Konzentrationspolitik im Berggebiet. Informationen der Bündner Vereinigung für Raumplanung Nr. 2, 1977.
- 18) Arbeitsgruppe des Bundes für Raumplanung: Raumplanung Schweiz, Hauptbericht, Bern 1970.
- 19) ORL-Institut: Landesplanerische Leitbilder der Schweiz. Schlußbericht. ORL-Schriftenreihe Nr. 10, Zürich 1971, Bd. I, S. 312.
- 20) Delegierter für Raumplanung: Raumplanerisches Leitbild der Schweiz, Bern 1973.
- 21) Vgl. dazu auch RINGLI, H.: Die Zentrale-Orte-Struktur im Leitbild CK-73. ORL-DISP Nr. 46 (1976).
- 22) SCHILLING-KALETSCHE, I.: Wachstumspole und Wachstumszentren. Untersuchung zu einer Theorie sektoral und regional polarisierter Entwicklung. Arbeitsberichte und Ergebnisse zur wirtschafts- und sozialgeographischen Regionalforschung 1, Hamburg 1976.
- 23) Vgl. dazu SCHILLING-KALETSCHE, I.: a.a.O., insbesondere die Ausführungen über das Konzept der lokalisierten Wachstumspole und der polarisierten Region nach Boudeville, S. 64 ff sowie S. 172 ff.
- 24) Vgl. dazu LEIBUNOGUT, H.: Regionale Wirtschaftsförderung als Bestandteil der Raumordnungspolitik für das Berggebiet - Entwicklung und Stand der Planung in der Schweiz. In: Probleme der Alpenregion, a.a.O., insbesondere S. 149 f.
- 25) Vgl. dazu auch ELSASSER, H.: Probleme und Perspektiven der Entwicklungspolitik in den Schweizer Berggebieten. Geographische Zeitschrift H. 1, 1978, insbesondere S. 66 f.
- 26) Vgl. dazu auch ELSASSER, H.: Wirtschaftsgeographische Probleme und Strukturen der Schweiz. Geographische Rundschau 1979 (im Druck).
- 27) FREY, R.L.: Die Infrastruktur ... a.a.O., S. 125.
- 28) ROSSI, A.A.: Expériences suisses en matière de développement régional dans les régions de montagne. Exposé au congrès de la FIHUAT à Genève, 8 septembre 1977 (Vervielfältigung).
- 29) Vgl. dazu LEIBUNOGUT, H.: Regionale Wirtschaftsförderung als Bestandteil ..., a.a.O., S. 146 ff.
- 30) ROSSI, A.A.: a.a.O., S. 12.
- 31) BORELLA, P.: Aufteilung der Investitionskataloge von 15 Entwicklungskonzepten (Vervielfältigung).
- 32) FREY, R.L.: Die Infrastruktur ... a.a.O., S. 141 f.: "Einen Kompromiß zwischen der aktiven und der passiven Sanierung stellt die Dezentralisierung mit Schwerpunkt (dezentralisierte Konzentration) dar: passive Sanierung im Kleinen, aktive Sanierung im Großen".
- 33) Diese Angaben wurden freundlicherweise von der Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes Bern zur Verfügung gestellt. Für die bereitwillige Auskunftserteilung sei an dieser Stelle der Zen-

- 33) Fortsetzung
tralstelle und ihrem Leiter, Herrn Simon Huber, bestens gedankt.
- 34) Kanton Wallis, Bericht des Staatsrates an den Großen Rat über die Richtlinien der Regierungspolitik und den Rahmen der Finanzpolitik 1975-1978. Vgl. dazu auch MEIER, R. und ELSASSER, H.: Die Industriepolitik im Wallis. ORL-DISP Nr. 53 (1979).
- 35) Vgl. dazu FREY, R.L.: Die Infrastruktur ... a.a.O.
- 36) Vgl. als Beispiel in diesem Zusammenhang: Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (Hrsg.): Versorgung entwicklungsschwacher Gebiete mit Gütern des täglichen Bedarfs, Bern 1975.
- 37) Nach LEIBUNDGUT, H.: Notwendigkeit und Grenzen der Förderung von Regionalzentren im Berggebiet. ORL-DISP Nr. 38 (1975), S. 25.
- 38) Vgl. dazu Grundlagen zu den Leitlinien für die Berggebietsförderung. Ergänzungen 2. Anleitung zur Erarbeitung eines regionalen touristischen Teilkonzeptes, Bern 1976.
- 39) DANZ, W.: Zur Funktion des Alpenraumes ... a.a.O., S. 31 f.
- 40) FLÜCKIGER, H.: a.a.O., S. 3 f.

Literatur

(zusätzliche, in den Anmerkungen nicht aufgeführte Literatur; Auswahl)

- FISCHER, G.:
Praxisorientierte Theorie der Regionalforschung.
Tübingen 1973.
- HEER, E.:
Auswirkungen der Hauptzentrenverteilung im Leitbild CK-73. ORL-DISP Nr. 43 (1976).
- LEIBUNDGUT, H.:
Die Zukunft des Berggebietes - Möglichkeiten der Raumplanung im Lichte neuerer wirtschaftlicher Entwicklungstendenzen. Schweizerische Zeitschrift für das Forstwesen 1979 (im Druck).
- LEIBUNDGUT, H.:
Raumordnungspolitische Aspekte der Wirtschaftsförderung im schweizerischen Berggebiet. ORL-Schriftenreihe Nr. 27, Zürich 1977.
- LENDI, M., ELSASSER, H. u. LEIBUNDGUT, H.:
Raumordnung in der Schweiz. Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (im Druck).
- RINGLI, H.:
Aufgaben der nationalen Raumplanung. ORL-DISP Nr. 44 (1977).
- Studienkommission für Preis-, Kosten- und Strukturfragen:
Studien zur Regionalpolitik. Bern 1972.
- WITTMANN, W.:
Eine zweigeteilte Schweiz. Eidgenössische Zukunft H. 14, Bern 1976.

WILFRIED HELLER

ASPEKTE EINES VERGLEICHS VON REGIONALEN DISPARITÄTEN
IN ZWEI LÄNDERN UNTERSCHIEDLICHER SOZIAL-ÖKONOMISCHER
ORDNUNG: GRIECHENLAND UND RUMÄNIEN

Anschrift des Verfassers:

Privat-Dozent
Dr.W.Heller

Geographisches Institut
der Universität Göttingen

Goldschmidtstraße 5
D-3400 Göttingen

1 Das Forschungsobjekt

Etwa seit dem Ende des 2. Weltkrieges erleben die Länder Südosteuropas einen Wandel von agrarisch zu stärker industriell bestimmten Staaten, einen Wandel, der nicht einheitlich, sondern in Abhängigkeit von der jeweiligen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und von den naturräumlichen Gegebenheiten im Rahmen der ökonomischen Bedingungen verläuft. Dieses Referat setzt sich zum Ziel, die durch die unterschiedliche Entwicklung entstandenen verschiedenen regionalen Disparitäten in markt- und planwirtschaftlich orientierten Staaten, die zu Beginn des 2. Weltkrieges ein ähnliches Ausgangsstadium hatten, anhand einiger Merkmale darzustellen.

Unter regionalen Disparitäten werden hier räumliche Unterschiede hinsichtlich der ökonomischen, sozialen und infrastrukturellen Verhältnisse zwischen den einzelnen administrativen Einheiten innerhalb der Staaten im Sinne von Ungleichwertigkeiten verstanden.

Der Wirtschaftswissenschaftler F. RONNEBERGER weist darauf hin, daß heute eine neue soziale Grenze den Raum Südosteuropas durchzieht, eine Grenze, die alle Chancen habe, eine Kulturgrenze zu werden (1969, S. 58). Der Wandel in den ländlichen sozialisierten Gebieten gehe wesentlich schneller und umfassender vor sich als in den nichtsozialisierten, freilich auf Kosten der freien Selbstbestimmung der Menschen.

Auf die unterschiedliche Entwicklung in Südosteuropa in Abhängigkeit vom politischen und ökonomischen System machen wohl alle Wissenschaftler aufmerksam, die vergleichend arbeiten, wie z.B. der Geograph G.W. HOFFMAN (1967, 1971, 1972), der Wirtschaftswissenschaftler T.D. ZOTSCHEW (1972) oder der Bevölkerungswissenschaftler A. BOHMANN (1969).

Ihre statistischen Angaben beruhen jedoch im wesentlichen auf einem Vergleich der statistischen Mittelwerte ausgewählter ökonomischer, sozialer und infrastruktureller Merkmale auf Staatsebene oder sie gehen über eine Differenzierung nach großen geographischen Regionen (wie bei HOFFMAN) wegen der Zielsetzung der Überblicksarbeiten kaum hinaus.

Von daher ergibt sich als ein Forschungsansatz die Frage, ob sich anhand der statistischen Mittelwerte die Realität in den Räumen Südosteuropas gleichermaßen ausreichend beschreiben läßt. Sollten nicht etwa die statistischen Mittelwerte eher den Verhält-

nissen in sozialistischen Gebieten gerecht werden, in denen durch die staatstragende Ideologie angeblich eine Nivellierung angestrebt wird, als den Verhältnissen in nichtsozialisierten Gebieten, in denen die Entwicklung wegen der fehlenden oder schwachen staatlichen Planung anders verläuft?

Das Königreich bzw. die Republik Griechenland (9,2 Mio. Einwohner im Jahre 1976) und die Sozialistische Republik Rumänien (21,5 Mio. Einwohner 1976) sollen hierbei die Untersuchungsbeispiele abgeben, und zwar deshalb, weil in beiden Staaten vor etwa 30 Jahren eine ähnliche sozioökonomische Ausgangslage für die darauffolgende unterschiedliche Entwicklung bestand.

2 Die Raumordnungskonzepte

Die unterschiedliche sozioökonomische Entwicklung wird bewirkt durch Institutionen, Konzepte und Maßnahmen der Raumordnung und Raumentwicklung, die zwischen den beiden Staaten verschieden sind. In beiden Staaten werden aber gleichermaßen raumordnerische Aktivitäten des Staates für notwendig gehalten, da sich ansonsten die bestehenden ungleichwertigen Lebensbedingungen zwischen den expandierenden Verdichtungsräumen einerseits und den unterentwickelten ländlichen Räumen andererseits noch weiter verschärfen würden. Als hierfür geeignetes therapeutisches Mittel wird allgemein die Industrialisierung in peripheren Räumen betrachtet.

In Griechenland gibt es bis 1960 nur zaghafte Ansätze von räumlicher nationaler Entwicklungsplanung. Seither werden vom Koordinationsministerium Fünfjahrespläne aufgestellt, die aber für die Wirtschaft unverbindlich sind. Im Unterschied zu den Mehrjahresplänen der sozialistischen Wirtschaftssysteme sind sie nicht Grundlagen für eine staatliche Lenkung der Wirtschaftsprozesse. Auch die neuesten Entwicklungspläne, nämlich der Fünfzehnjahresplan von 1972 bis 1987 und die ihn verfeinernden Fünfjahrespläne, jährlichen Entwicklungsprogramme und Schwerpunktprogramme für Sektoren und Regionen sind im wesentlichen nur indikative Pläne für die Privatwirtschaft, obwohl die staatliche Beteiligung am Aktien- bzw. Anlagekapital der Industrie, wozu in Griechenland die Bereiche Energie, Bergbau und Verarbeitung zählen, nicht unbedeutend ist: sie wird auf mindestens ein Drittel des gesamten Anlagekapitals geschätzt (LASOS 1975, S. 32). Der Staat soll nur Projekte initiieren, wenn sie von fundamentaler Bedeutung für die industrielle Entwicklung des Staates sind und wenn die Privatwirtschaft kein Interesse an ihnen hat. Im all-

gemeinen hilft er nur mit Steuererleichterungen und Investitionskrediten, die z.B. von den Banken für die Entwicklung der Industrie (ETBA) und der Landwirtschaft (Agrotiki Trapeza) vergeben werden (vgl. die Darstellung über die Bedeutung des Kreditystems für die Entwicklungspolitik Griechenlands bei GOT-SIS 1972).

Unter den Banken ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes die ETBA am wichtigsten. Sie wurde 1964 durch die Fusion mehrerer Kreditorganisationen gegründet, gehört gänzlich dem Staat und ist als Aktiengesellschaft des Privatrechts tätig (vgl. GOT-SIS 1972, S. 57 und Gesetzes-Dekret Nr. 1369/1973). Sie finanziert nicht nur Industrieunternehmen, sondern beteiligt sich auch an ihnen. Der ETBA geht es im Grundsatz um die Gewinnung und Förderung griechischer und ausländischer Investoren in ungenügend entwickelten Industriezweigen und Basissektoren. Dabei hilft der Staat durch gesetzgeberische Maßnahmen. Die wichtigsten betreffen Vergünstigungen zur regionalen Entwicklung (Gesetzes-Dekrete Nr. 2176/1952, 3213/1955, 1078/1971, 1312/1972, 1377/1973, 289/1976, 849/1978).

Folgende Maßnahmen sollen in Griechenland die räumliche Verteilung der Industrie beeinflussen:

1. Um die Konzentration des wirtschaftlichen Wachstums im Raum von Groß-Athen zu dämpfen, wurde das Land in fünf Gebiete (A-E) eingeteilt, für die unterschiedlich große Vergünstigungen hauptsächlich steuerlicher und kreditpolitischer Art gelten (vgl. Abb. 1). Die Vergünstigungen sind besonders groß in den Gebieten C, D und E, also in der Peripherie Griechenlands.
2. Ein weiteres Organisationsinstrument zur Ankerbelung der wirtschaftlichen Entwicklung in Griechenland bilden die sog. Industriegebiete, von denen die ersten Ende der 60er Jahre (durch Gesetzes-Dekret Nr. 4458/1965) an der Peripherie der Städte Saloniki, Patras, Volos, Kavalla und Heraklion (Kreta) geschaffen bzw. geplant wurden. Die ETBA hat die Organisation und den Betrieb dieser Industriegebiete übernommen. Betriebe, die sich dort niederlassen, finden nicht nur die notwendige materielle Infrastruktur vor, sondern erhalten auch noch besondere Krediterleichterungen und Steuervergünstigungen. Inzwischen wurden noch zusätzliche Industriegebiete angelegt bzw. geplant (bei den Städten Chania, Prewesa, Kalamata und im Gebiet von Tanagra).

Neben den Förderungsmaßnahmen zur industriellen Entwicklung sind noch diejenigen zur touristischen zu nennen. Durch das Gesetzes-Dekret Nr. 1267/1973 wurden vier Regionen (A-D) geschaffen, denen in bezug auf die Investitionstätigkeit im touristischen Sektor der Vorrang gegeben wird (Abb. 2).

Abgesehen von der Förderung des Tourismus erinnern die Entwicklungsmaßnahmen in Griechenland an die Entwicklungskonzepte von Polarisierungstheoretikern wie etwa PERRÔUX (1955, 1964), BOUDEVILLE (1966, 1972) oder HIRSCHMAN (1958), die eindeutige oder relativ wenige urbane Zentren als Entwicklungspole in den peripheren Regionen fordern. Durch die Konzentration der ökonomischen Aktivitäten in sektoraler und/oder in räumlicher Hinsicht soll wirtschaftliches Wachstum ausgelöst werden. Aus der nachbarschaftlichen Lage ergeben sich Standortvorteile, welche die Lokalisationsersparnisse für die beteiligten Unternehmen induzieren. Dadurch wird die ungleichgewichtige Entwicklung im Raum verstärkt. Andererseits entstehen nach Auffassung von Polarisierungstheoretikern, insbesondere von HIRSCHMAN, durch die ungleichgewichtige Entwicklung nicht nur positive Effekte für die Zentren, sondern auch solche für deren Peripherie, und zwar insofern, als die Peripherie am Wachstum der Zentren partizipiert; vom Zentrum aus werden Innovationen in die Peripherie hineinsickern.

Während in Griechenland die regionale Entwicklung letzten Endes durch die Standortentscheidungen der privaten Unternehmer bestimmt wird, die nur bedingt von staatlicher Seite beeinflusst werden können, so hängt sie in Rumänien ab von den Entscheidungen der zentralen Planungs- und Lenkungsorgane.

Im Jahre 1948 wurde in Rumänien eine staatliche Planungskommission gegründet, die der Kommunistischen Partei und der Regierung über die Wirtschaft zu berichten und die wirtschaftliche Planung und Koordination zu organisieren hatte. Nach den Wiederaufbauplänen für die Jahre 1949 und 1950 werden jeweils für Fünfjahresperioden (z.Z. 1976-80) Pläne ausgearbeitet, die nach Branchen und Jahren sehr differenziert sind. Darüber hinaus werden zusätzlich zu den Fünfjahresplänen für jedes einzelne Jahr der Periode Pläne erstellt, welche die Fünfjahrespläne korrigieren und ergänzen. Diese Pläne bilden den Rahmen, in welchen die Ministerien und die Exekutivkomitees und Volksräte der großen Verwaltungsregionen des Landes und des Munizipiums Bukarest ihre Detailpläne einzupassen haben.

Die höchste Planungskommission ist der Oberste Rat für soziale und ökonomische Entwicklung. Dieses Organ ist letztlich auch zuständig für die gesamte sog. Systematisierung des Landes. Die Systematisierung umfaßt die Erneuerung und Neuplanung von ländlichen und städtischen Siedlungen, die räumliche Ordnung der Wirtschaft und die Gliederung des Landes nach den großen Verwaltungsregionen (Judeţe). Diese Verwaltungsregionen (insges. 39 ohne Bukarest) wurden im Jahre 1968 bei der letzten Gebietsreform geschaffen. Bei ihrer Gründung wurde beachtet, daß die Hauptstädte und damit auch Entwicklungszentren möglichst von allen Grenzen gleichweit entfernt liegen sollen, von Ausnahmen abgesehen. Die Verwaltungsregionen sollen nach rumänischer Vorstellung zum einen ganzheitlichen Regionen nahekommen, zum anderen sich harmonisch in das arbeitsteilige System des ganzen Staates einpassen (vgl. HELLER 1974).

Die staatlichen Entwicklungspläne Rumäniens sind - zumindest in ihren publizierten Teilen - allerdings nur ausführlich in bezug auf wirtschaftliche Branchen und infrastrukturelle Bereiche und nicht hinsichtlich der räumlichen Entwicklung. Auch in den Direktiven der Parteitage kommen diesbezüglich nur allgemein gehaltene Aussagen vor, etwa dergestalt, daß der ländliche Bereich in sozialer und kultureller Hinsicht auf das städtische Niveau gehoben werden soll, daß die räumlichen Ungleichheiten allmählich beseitigt und eine vollkommene Gleichwertigkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Landesteilen geschaffen werden soll, daß sich die Verwaltungsregionen harmonisch und vielseitig entwickeln sollen, daß die Bevölkerungszuwanderung in die großen Städte aufgehalten werden soll, daß der Urbanisierungsprozeß gesteigert werden soll (vgl. z. B. POPOVICI u.a. 1977, S. 5), daß eine immer größere Anzahl von Ortschaften zu leistungsfähigen ökonomischen und sozialen Zentren ausgebaut werden soll (Ceaşescu auf der Landeskonferenz der RKP 1977, Bukarest 1978, S. 40), daß der Industrialisierungsprozeß in weniger entwickelten Ortschaften und Verwaltungsregionen "akzentuiert" werden soll (Landeskonferenz der RKP 1977, Bukarest 1978, S. 400). Es gibt also auch in Rumänien wie in anderen sozialistischen Ländern nur eine Liste von Entwicklungsgrundsätzen, aber kein kohärentes sozialistisches Raumordnungskonzept (vgl. auch BUCHHOFER 1976).

Fast möchte man die rumänischen Aussagen zur räumlichen Entwicklung der Gleichgewichtstheorie zuordnen. Es besteht nämlich Übereinstimmung insofern, als der Staat die materiellen und immateriellen Vorbedingun-

gen (einschließlich der siedlungsstrukturellen) für ein harmonisches Wachstum aller Landesteile schaffen möchte. Andererseits werden aber auch immer wieder Maßnahmen zur Kostensenkung in den Bereichen "Investitionen", "Produktion" und "Transport" für notwendig erachtet und auch durchgeführt (vgl. z.B. Landeskonferenz 1977). Man fragt sich, wie diese Ziele und Maßnahmen miteinander vereinbart werden können, da das Ziel "Kostensenkung" mit den Zielen der harmonischen und vielseitigen Entwicklung aller Landesteile und der Angleichung von Stadt und Land konkurriert. Die beiden letzteren würden auf eine Dispersion der ökonomischen Aktivitäten hindeuten, das Ziel "Kostensenkung" jedoch auf eine Agglomeration.

Wie die räumliche Entwicklung in Rumänien tatsächlich in den letzten Jahrzehnten verlaufen ist und wie sie sich von derjenigen in Griechenland unterscheidet, soll in der folgenden Analyse anhand ausgewählter Beispiele gezeigt werden.

3 Regionale Disparitäten

3.1 Aufgabenstellung

Dabei soll zweierlei versucht werden:

1. soll anhand der entstandenen regionalen Disparitäten überprüft werden, inwiefern die raumordnungspolitischen Deklarationen mit den realen Verhältnissen übereinstimmen,
2. sollen regionale Disparitäten der beiden Staaten miteinander verglichen werden, und zwar
 - a) im Hinblick darauf, ob sie im sozialistischen Rumänien eher nivelliert werden als in Griechenland,
 - b) in bezug auf die Frage, ob es sich um grundsätzliche oder nur um graduelle Unterschiede im Sinne der bekannten Konvergenztheorie handelt.

Diese Fragen sollen nicht getrennt voneinander beantwortet werden, sondern in Verbindung miteinander, da die angesprochenen Sachverhalte eng zusammenhängen.

Nicht eingegangen wird auf die unterschiedliche Einbindung der beiden Staaten in das Weltwirtschaftssystem, die für die Erklärung der Entstehung und Ausprägung von regionalen Disparitäten mit zu berücksichtigen wäre. Es soll nur soviel gesagt werden, daß sie für

Griechenland eine wesentlich größere Rolle als für Rumänien spielt.

3.2 "Veränderung der Einwohnerzahl" als Indikator

Als ein Indikator für die Veränderung der regionalen Disparitäten soll die Veränderung der Einwohnerzahl verwendet werden.

In Griechenland nahmen nach dem Krieg in den meisten Verwaltungsregionen (Nomoi) die Einwohnerzahlen mehr oder minder ab, nämlich zwischen 1951 und 1971 in 34 von 51. Seit den 60er Jahren treten die räumlichen Unterschiede noch deutlicher hervor. So gibt es zwischen 1961 und 1971 Bevölkerungszunahmen nur in Groß-Athen, im restlichen Attika und in den Verwaltungsregionen Böotien, Thessaloniki, Imathia, Achaia und Heraklion (Kreta). Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß sich die Unterschiede vor allem seit den 60er Jahren verschärft haben, ein Vorgang, welcher der verstärkten Industrialisierung der städtischen Zentren in diesem Zeitraum entspricht.

In Rumänien dagegen verzeichnen alle 40 Verwaltungsregionen einen absoluten Zuwachs der Einwohnerzahl, wenn auch in unterschiedlichen Ausmaßen.

Noch stärker prägt sich das Bild der Bevölkerungskonzentration in Griechenland ein, wenn man berücksichtigt, wie sich der Anteil der Einwohnerzahl einer Verwaltungsregion im Verhältnis zu allen Einwohnern des Landes verändert hat. Zur Verdeutlichung dient die unten folgende Tabelle.

Abgesehen von Groß-Athen, vom übrigen Attika und von der Verwaltungsregion Thessaloniki, wo die Anteile wuchsen, und von der Verwaltungsregion Imathia, wo der Anteil gleich blieb, nahm in jeder einzelnen der übrigen 48 Verwaltungsregionen der Anteil der Einwohnerzahl ab.

Auch in Rumänien ist der Anteil der Bevölkerung der Hauptstadt an der gesamten Bevölkerungszahl Rumäniens gewachsen, und zwar in den 30 Jahren von 1948 bis 1977 von 6,7 % auf 9,0 %, was einem absoluten Wachstum von 1,067 Mio. auf 1,934 Mio. Einwohner entspricht.

Jedoch ist in Rumänien die räumliche Entwicklung der Bevölkerungsverteilung nicht durch so extreme Unterschiede charakterisiert wie in Griechenland. Allerdings muß einschränkend hinzugefügt werden, daß bei dem Vergleich die größeren Flächen und Einwohnerzahlen der rumänischen Verwaltungsregionen mit in Betracht ge-

zogen werden müssen. Eine flächenmäßig ähnliche administrative Aufgliederung des rumänischen Staatsgebietes wie diejenige in Griechenland würde größere Unterschiede zeigen, ohne allerdings eine so starke Ausprägung wie in Griechenland zu erreichen. Dies ist schon allein aus den dominierenden Stellungen von Athen und Saloniki abzuleiten.

Wenn man die Veränderung der Einwohnerzahlen auf der Ebene von Gemeinden in ausgewählten Verwaltungsregionen beider Länder betrachtet, so zeigt es sich, daß sich die räumlichen Unterschiede nicht nur zwischen den Verwaltungsregionen, sondern auch innerhalb der einzelnen Verwaltungsregionen verschärfen.

Bei den ausgewählten griechischen Verwaltungsregionen (Abb. 3) handelt es sich um diejenigen von Attika (3.776 qkm) und Thessaloniki (3.501 qkm), also um Gebiete, welche die größten Städte Griechenlands als Zentren haben. In beiden Regionen sind vor allem die kleinen und peripheren Gemeinden von der Bevölkerungsabnahme betroffen.

Korrelationsanalysen haben ergeben, daß größere und großstadtnahe Gemeinden eher Bevölkerungszuwachs erhalten. Es besteht guter Grund zu der Annahme, daß sich zwischen ihnen und dem großstädtischen Zentrum eher und mehr personale Interaktionen ergeben, so daß sie auch eher sozioökonomische Innovationen aufnehmen (nach HÄGERSTRAND 1967), die dann ihre Attraktivität als Bevölkerungszuzugsgemeinden verstärken. Sowohl in Attika als auch in der Verwaltungsregion Thessaloniki korreliert die Veränderung der Einwohnerzahl einer Gemeinde hochsignifikant negativ mit der Distanz zur Großstadt und positiv mit der Größe der Einwohnerzahl einer Gemeinde.

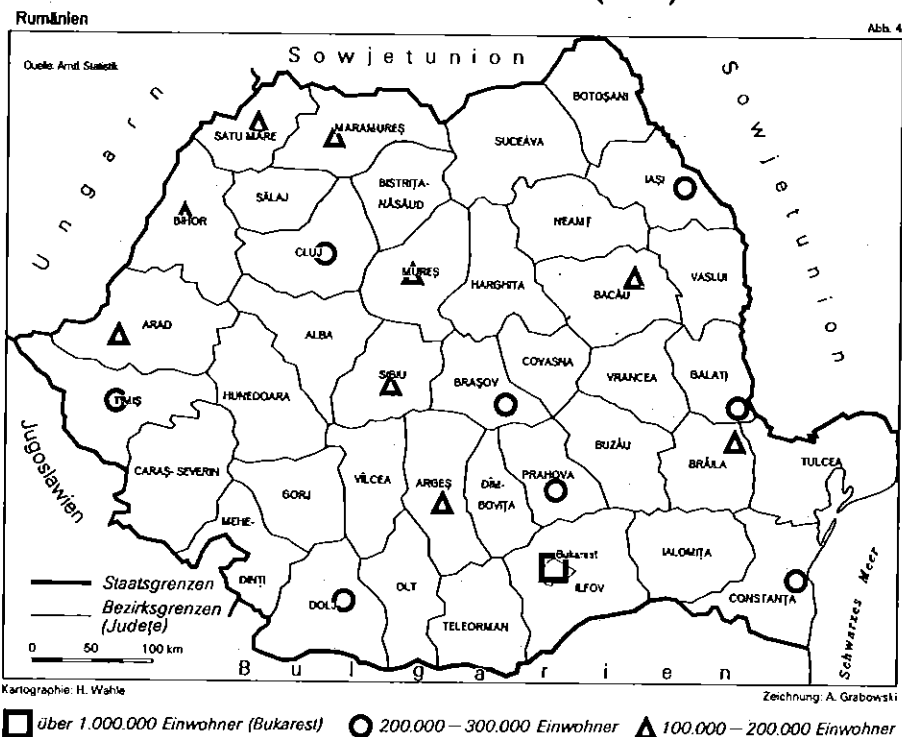
Bei den drei ausgewählten rumänischen Verwaltungsregionen (Abb. 4) handelt es sich um Ilfov (8.225 qkm) mit Bukarest als Verwaltungssitz, das aber nicht zu Ilfov gehört, sondern eine eigene Verwaltungsregion bildet, um Argeş (6.801 qkm) mit der aufstrebenden "Erdölstadt" Piteşti als Zentrum und um Braşov (5.351 qkm) mit der alten Handels- und Industriestadt Kronstadt (Braşov) als Regierungshauptstadt. In bezug auf die Veränderung der Einwohnerzahlen nach Gemeinden gilt in den rumänischen Verwaltungsregionen die gleiche Regel wie in den griechischen Gebieten, also ihre Abhängigkeit von der Distanz der Gemeinde zu der nächsten Großstadt und von der Größe der Gemeinde (nach der Einwohnerzahl gemessen).

Außerdem lassen sich in den rumänischen Verwaltungsregionen drei Abschnitte der räumlichen Bevölkerungs-

Großstädte in Griechenland (1971)



Großstädte in Rumänien (1977)



entwicklung erkennen:

1. Zunahme der Bevölkerungszahl der meisten Gemeinden (etwa 90 % der Gemeinden) in den ersten Nachkriegsjahren (zwischen den Volkszählungsjahren 1948 und 1956), wohl vor allem durch das natürliche Bevölkerungswachstum bedingt.
2. Zwischen den Zählungen von 1956 und 1966 entspricht die Zahl der abnehmenden Gemeinden etwa derjenigen der zunehmenden. Die Attraktivität der Städte hat die Abwanderung vom Lande verstärkt.
3. Zwischen den Zähljahren 1966 und 1970 wird bei der Mehrheit der Gemeinden eine Tendenz zur Zunahme sichtbar. Es liegt damit der Schluß nahe, daß spätestens seit Mitte der 60er Jahre in Rumänien die staatlichen Steuerungsmechanismen im Hinblick auf eine Vermeidung allzu großer Bevölkerungskonzentration in den Städten wirksam werden. Solche Steuerungsmechanismen sind Zugzugsrestriktionen für die großen Städte und Investitionen in den Infrastruktur- und Produktionsbereichen von Provinzstädten und ländlichen Gemeinden.

Die Unterschiede zu Griechenland liegen darin, daß im ländlichen Bereich Rumäniens die Entwicklung mehr durch Bevölkerungszunahme als durch -abnahme charakterisiert ist und die Extremwerte enger zusammenliegen.

3.3 Andere Merkmale

Mit dem Merkmal "Veränderung der Einwohnerzahl" korrelieren in positiver oder negativer Weise eine Reihe von statistischen Merkmalen aus dem ökonomischen, sozialen oder infrastrukturellen Bereich. Für die Be-

rechnungen wurden u.a. die folgenden Merkmale verwendet:

Anteile der Beschäftigten in den drei großen Wirtschaftssektoren

Anteil der unbezahlten mitarbeitenden Familienmitglieder an allen Beschäftigten

Analphabetenquote

Bevölkerungsanteil mit Sekundarstufenausbildung

städtischer Bevölkerungsanteil

Scheidungsquote

Quote des natürlichen Bevölkerungswachstums

Mobilitätsquote

Einrichtungen für die Gesundheit und Elemente der Haushaltsausstattung, jeweils bezogen auf die Bevölkerungszahl einer Verwaltungsregion bzw. deren städtischen und ländlichen Bereich.

Auf eine Darstellung der regionalen Disparitäten anhand dieser Merkmale soll hier verzichtet werden, da sie im Rahmen einer größeren Arbeit an anderer Stelle erfolgen soll (in den Göttinger Geographischen Abhandlungen).

Als Ergebnis soll jedoch festgehalten werden:

In Griechenland zeigt sich in den letzten Jahrzehnten sowohl zwischen Stadt und Land als auch zwischen den zentralen und peripheren Verwaltungsregionen eine Verschärfung der regionalen Disparitäten. Die ökonomischen Verhältnisse in den peripheren und ländlichen Räumen Griechenlands haben sich nicht nur in Relation zu den zentralen Gebieten, sondern auch in absoluter Hinsicht verschlechtert, obwohl sie sich im statistischen Landesdurchschnitt verbessert haben. Nur in wenigen Bereichen sind in absoluter Hinsicht allgemein Verbesserungen zu beobachten, näm-

Tab.: Anteil der Einwohnerzahl der Verwaltungsregionen an allen Einwohnern Griechenlands 1951 und 1971

	1951		1971	
	%	Bev.zahl	%	Bev.zahl
Griechenland	100.0	7 632 801	100.0	8 768 641
Groß-Athen	18.1	1 378 586	29.0	2 540 241
übriges Attika	2.3	177 443	2.9	257 608
Verwaltungsregion Thessaloniki	6.0	459 956	8.1	710 352
" Imathia	1.3	96 439	1.3	118 103
übriges Griechenland	72.3	5 520 377	58.7	5 142 337

(errechnet nach: Statistical Yearbook of Greece 1976, S. 18 f.)

lich z.B. in der Bildung und in der Haushaltsausstattung. Die Urbanisierung konzentriert sich auf wenige regionale Zentren.

Im Unterschied zu Griechenland sind in allen Verwaltungsregionen Rumäniens Verbesserungen der ökonomischen Verhältnisse in absoluter Hinsicht erkennbar. Jedoch bestehen immer noch große räumliche Unterschiede, die kaum abgebaut werden. Ein regionaler Ausgleich zwischen der Hauptstadt und den fortgeschrittenen Gebieten Siebenbürgens und des Banats einerseits und den rückständigen Regionen der Walachei und der Moldau andererseits zeichnet sich nur sehr zögernd ab, am ehesten noch im ökonomischen Bereich, nämlich durch eine Industrialisierung, die aber auch im allgemeinen nur dort mit Nachdruck betrieben wird, wo sie große ökonomische Effizienz verspricht. Weniger oder gar nicht bemerkbar macht sich ein regionaler Ausgleich hinsichtlich der sozialen Merkmale der Bevölkerung und hinsichtlich der infrastrukturellen Ausstattung, obwohl auch in diesen beiden Bereichen Verbesserungen in absoluter Hinsicht angezeigt werden. Die Abstände zwischen den traditionell industriell und agrarisch orientierten Verwaltungsregionen haben sich sogar teilweise vergrößert.

3.4 Darstellung von regionalen Disparitäten mit Hilfe multivariater Methoden

Die Untersuchungsergebnisse sollen unterstützt werden durch die Resultate, die mit dem Einsatz multivariater Methoden erzielt werden. Dabei werden eine Reihe von ökonomischen, sozialen, demographischen und infrastrukturellen Merkmalen verarbeitet.

Zunächst soll durch eine Korrelationsanalyse die strukturelle Ähnlichkeit der Verwaltungsregionen mit der jeweiligen Landeshauptstadt festgestellt werden. Als Bezugsgröße werden die Hauptstädte gewählt, weil sie die stärksten urbanisierten Raumeinheiten ihrer Länder darstellen. Bei dieser Analyse werden die Raumeinheiten gleichsam als Variable miteinander korreliert. "Der Korrelationskoeffizient ist dann ein Maß für die Stärke des Zusammenhanges bzw. die Ähnlichkeit der beiden Raumeinheiten unter Zugrundelegung einer Anzahl von Merkmalen" (BAHRENBURG/GIESE 1975, S. 156).

Die Produktmoment-Korrelationen (vgl. Abb. 5 und 7) zeigen, daß die Ähnlichkeiten der Verwaltungsregionen mit der Hauptstadt und untereinander in Rumänien viel größer sind als in Griechenland. Denn in Rumänien gibt es neben der Hauptstadt noch sieben Städ-

te mit mehr als 200.000 und zehn Städte mit zwischen 100.000 und 200.000 Einwohnern. Diese siebzehn Städte liegen in siebzehn verschiedenen Verwaltungsregionen. Sie sind als Entwicklungsschwerpunkte des Landes zu betrachten. In Griechenland dagegen gibt es neben den großen Agglomerationen von Athen und Saloniki nur noch eine Stadt, die mehr als 100.000 Einwohner zählt (Patras).

Ein exakter quantitativer Vergleich zwischen beiden Ländern anhand der Korrelationsanalyse ist natürlich nicht möglich, weil mit Probanden verschiedener Größe und mit Merkmalen verschiedener Art und aus verschiedenen Jahren gerechnet werden mußte. Jedoch können mit dieser Methode Grundzüge der räumlichen Verhältnisse beleuchtet werden.

Zusätzlich zu dieser Methode werden noch mit dem Ziel, graduelle Unterschiede zwischen den Raumeinheiten herauszuarbeiten, Hauptkomponenten-Analysen angewandt. Die meisten Variablen, mit denen die Berechnungen durchgeführt wurden, indizieren in positiver oder negativer Weise Urbanisierung, Stagnation oder Rückgang. Durch die Hauptkomponenten-Analyse sollen die zahlreichen Variablen zu möglichst wenigen untereinander nicht korrelierenden Faktoren zusammengefaßt werden, die für möglichst viele Unterschiede zwischen den Raumeinheiten verantwortlich sind. Es kommt darauf an, daß der erste Faktor, der durch den Rechenvorgang extrahiert wird (dabei wurde das Programm PA 1 des SPSS verwendet), einen möglichst großen Anteil der Gesamtvarianz erklärt. Der erste Faktor wird "Urbanisierungsfaktor" genannt, wobei statt "Urbanisierung" auch "Entwicklung in einer fortgeschrittenen sozioökonomischen Situation" stehen könnte. Dann wird der Wert des Faktors (factor score) für jede einzelne Raumeinheit errechnet, damit ein genaues Bild der räumlichen Unterschiede entsteht. Je größer der Faktorwert, desto weiter ist die Entwicklung fortgeschritten. Für diese Berechnung wurden die Faktoren nicht rotiert, um zu verhindern, daß Kombinationen einiger weniger hoch positiv oder negativ ladender Merkmale sich bilden, deren räumliche Verteilung nicht den räumlichen Unterschieden des komplexen Phänomens der Urbanisierung entspricht.

Die Darstellungen (Abb. 6 und 8) für Griechenland und Rumänien unterstreichen die angesprochenen regionalen Disparitäten. Der erste Faktor, der extrahiert worden ist, leistet sowohl für Griechenland (59,2 % bei 12 Variablen und 52 Probanden) als auch für Rumänien (62,7 % bei 10 Variablen und 40 Probanden) einen sehr hohen Beitrag zur Varianzerklärung.

Abb. 5

Griechenland Produktmoment-Korrelationen 1971 (52 Probanden, 12 Variable)

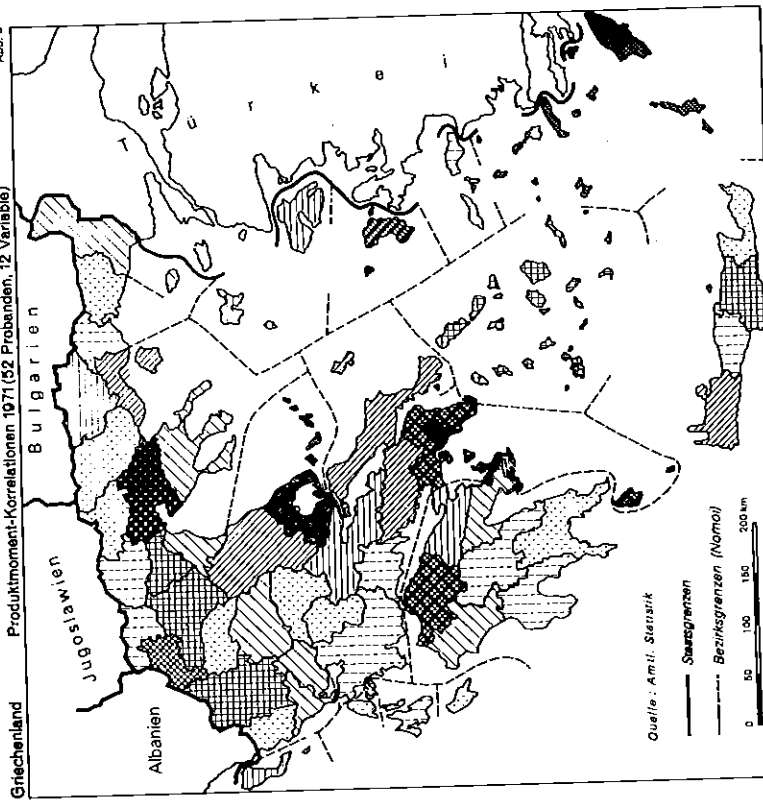
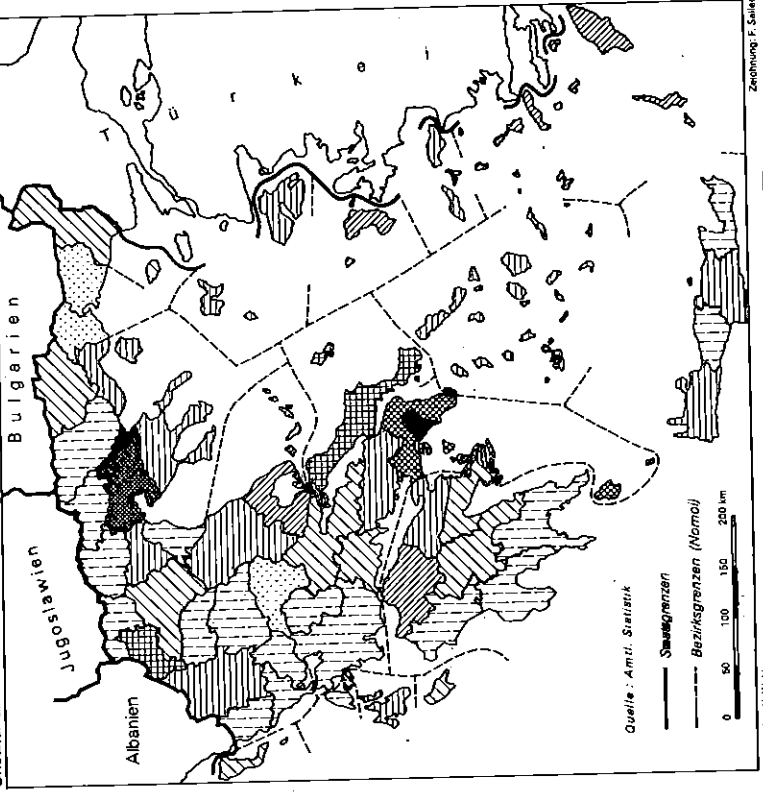
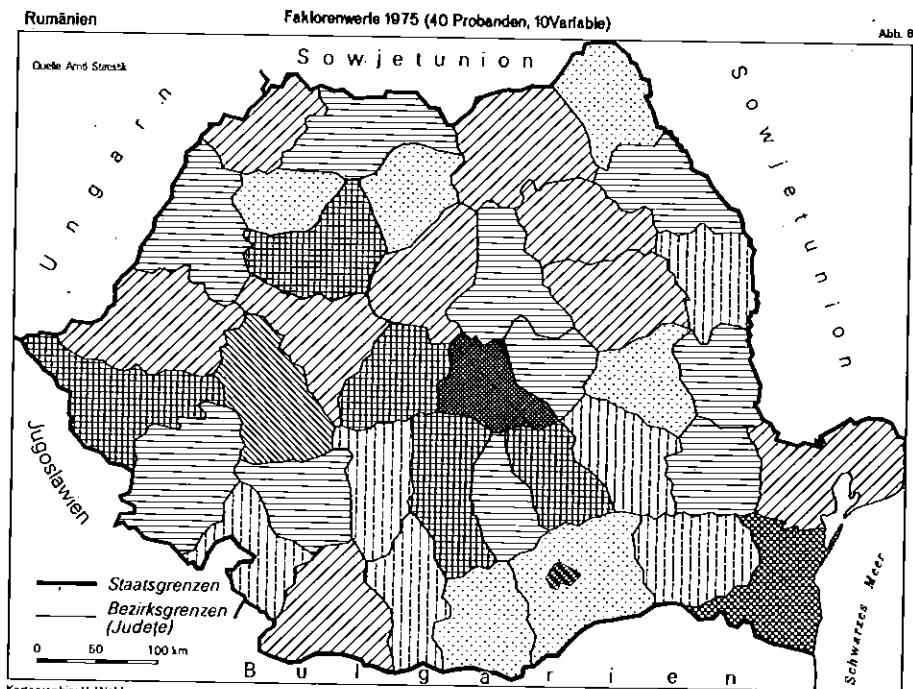
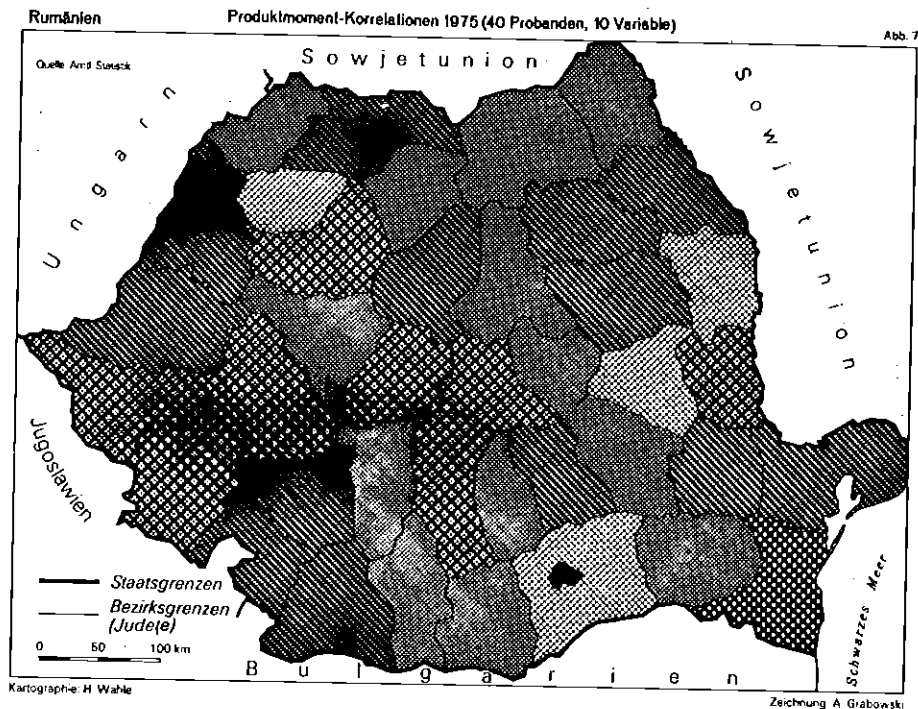


Abb. 6

Griechenland Faktorenwerte 1971 (52 Probanden, 12 Variable)



Faktor: Urbanisierung (59,2% der Gesamtvarianz)
 Lohn- und Gehaltsabhängigen (Ladung 0,96240)
 tertiärer Wirtschaftssektor (0,90777)
 Sekundarstufenausbildung (0,89252)
 sekundärer Wirtschaftssektor (0,83255)
 geschiedene Frauen (0,81651)
 jurbare Bevölkerung (0,72920)
 Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren (0,57800)
 Zunahme ↓ Abnahme
 Bevölkerung im Alter bis zu 14 Jahren (-0,53093)
 Analphabeten (-0,67764)
 unbezahltes mitarbeitende Familienmitglieder (-0,80773)
 primärer Wirtschaftssektor (-0,96240)



Faktor (Urbanisierung) (62,7% der Gesamtvarianz):
Lohn- und Gehaltsempfänger (Ladung: 0,96063)
verkaufte Kleinhandelswaren (0,95622)
urbane Bevölkerung (0,94194)
Trinkwasserverbrauch aus Leitungen (0,90500)
Industrie-Beschäftigte (0,84858)
Telephon-Abonnements (0,83315)
Krankenhausbetten (0,730700)
Investitionen im sozialistischen Sektor (0,62281)
Bevölkerungszunahme 1966-75 (0,55935)

Mit Hilfe dieser beiden multivariaten Methoden wurde auch eine räumliche Differenzierung der fünf ausgewählten Verwaltungsregionen nach Gemeinden durchgeführt. (Die Einzelheiten werden ebenfalls in der geplanten Arbeit in den Göttinger Geographischen Abhandlungen dargestellt). Als allgemeines Ergebnis kann festgehalten werden, daß im marktwirtschaftlichen Griechenland die großstadtnahen und großen Gemeinden wegen ihrer Standortvorteile stärker und die abgelegenen und kleinen Gemeinden schwächer entwickelt sind als die entsprechenden Gemeinden im sozialistischen Rumänien. Jedoch ist auch in Rumänien die Entwicklung von einem regionalen Ausgleich noch weit entfernt, und zwar von einem Ausgleich im Sinne des sozialistischen Anspruchs auf die Annäherung des Landes an die Stadt.

4 Ergebnisse

Insgesamt kann also auf Grund der Untersuchung der räumlichen Differenzierung gesagt werden, daß die statistischen Mittelwerte der sozioökonomischen Merkmale zwar eher in Rumänien als in Griechenland der Realität entsprechen, sie aber hier wie dort stark wirklichkeitsverfälschend sind.

Wie in Griechenland so ist auch in Rumänien für die Entwicklung einer Region in erster Linie das Prinzip der ökonomischen Effizienz wirksam. Daneben werden aber auch unterentwickelte Gebiete durch staatliche Investitionen gefördert, jedoch in nicht so starkem Maße, als daß dadurch ein entscheidender Beitrag zur Aufhebung des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis geleistet werden könnte.

In Griechenland gelten bisher selbst die sog. Industriegebiete, die vom Staat am Rand von einigen Städten ausgewiesen worden sind und in denen sich niederlassende Industriebetriebe besonders vorteilhafte Bedingungen infrastruktureller, kreditpolitischer und steuerlicher Art vorfinden, als erfolglos, abgesehen von denjenigen von Saloniki und Volos, also von Städten, in denen die Industrialisierung ohnehin begünstigt wird.

In Rumänien dominieren ebenfalls im Zielkonflikt zwischen einem möglichst raschen Wirtschaftswachstum und der sozialpolitischen Forderung nach interregionalem Ausgleich der Lebensbedingungen die Interessen der Wirtschaft, und zwar der staatlichen Wirtschaft, nicht der genossenschaftlichen (Die genossenschaftlichen Betriebe auf dem Lande und unter diesen insbesondere die nicht-landwirtschaftlichen Nebenbetrie-

be der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bemühen sich durch materielle Anreize die Arbeitskräfte von der Abwanderung in die Städte abzuhalten). Das wirtschaftliche Wachstum konzentriert sich auf die Hauptstadt und einige regionale Zentren unter Hintanstellung der ländlichen und peripheren Gebiete. Allerdings partizipieren in Rumänien erheblich mehr Städte neben der Landeshauptstadt an der Industrialisierung als in Griechenland, auch in Relation zur Bevölkerungszahl des Landes gesehen.

Der Unterschied zwischen Griechenland und Rumänien hinsichtlich der räumlichen Entwicklung ist aber nicht als ein grundsätzlicher, sondern als ein gradueller anzusprechen. Er liegt darin begründet, daß in Griechenland noch wesentlich weniger von staatlicher und (privat)wirtschaftlicher Seite für die benachteiligten Gebiete unternommen worden ist, auch weil die institutionellen Voraussetzungen weitgehend fehlen. Darüber hinaus besteht in Rumänien nicht die Freizügigkeit des Wohn- und Arbeitsortwechsels wie in Griechenland, wodurch in Rumänien die Entwicklung räumlicher Unterschiede gebremst wird.

Literatur

- Agricultural Bank of Greece:
Research and Programming Service. Athen 1975.
- Anuarul statistic al
Republicii Socialiste România. Bukarest (1970-
1977).
- BAHRENBERG, G. und GIESE, E.:
Statistische Methoden und ihre Anwendung in
der Geographie. Stuttgart 1975.
- BOHMANN, A.:
Bevölkerung und Nationalitäten in Südosteuropa.
Köln 1969.
- BOUDEVILLE, J.R.:
Problems of Regional Planning. Edinburgh 1966.
- BOUDEVILLE, J.R.:
Aménagement du territoire et polarisation.
Paris 1972.
- BUCHHOFER, E.:
Strukturwandel des Oberschlesischen Industrie-
reviers unter den Bedingungen einer soziali-
stischen Wirtschaftsordnung. In: Kieler Geo-
graphische Schriften 46, 1976.
- BUTTLER, F.:
Entwicklungspole und räumliches Wirtschaftswachstum. Tübingen 1973.
- Center of Planning and Economic Research:
Planning the Development of the National Net-
work of Urban Centers. Athen 1967.
- CUCU, V.:
Sistemizarea teritoriului și localităților din
România. Bukarest 1977.
- GOTSIS, Ch.:
Das Kreditsystem als Instrument der Entwick-
lungspolitik in Griechenland. Diss. Marburg
1972.
- HAGERSTRAND, T.:
Innovation Diffusion as a Spatial Process. Chi-
cago 1967.
- HELLER, W.:
Zum Studium der Urbanisierung in der Soziali-
stischen Republik Rumänien (ein Literaturbe-
richt). In: Die Erde 1974, H. 2, S. 179 - 199.
- HIRSCHMAN, A.D.:
The Strategy of Economic Development. New Haven
und London 1958.
- HOFFMAN, G.W.:
The Problem of the Underdeveloped Regions in
Southeast Europe. A Comparative Analysis of Ro-
mania, Yugoslavia, and Greece. In: Annals of
the Association of American Geographers, vol.
57, 1967, S. 637 - 666.
- HOFFMAN, G.W.:
Regional Development Processes in Southeast Eu-
rope: A Comparative Analysis of Bulgaria and
Greece. In: Eastern Europe: Essays in Geographi-
cal Problems. London 1971, S. 431 - 490.
- HOFFMANN, G.W.:
Regional Development Strategy in Southeast Eu-
rope: A Comparative Analysis of Albania, Bul-
garia, Greece, Romania and Yugoslavia. New York,
Washington, London 1972.
- Landeskongferenz der
Rumänischen Kommunistischen Partei. Bukarest 1977.
- LASOS, V.:
Die staatliche Entwicklungspolitik in Griechen-
land zwischen 1942 und 1972: Erfolge und Fehlent-
wicklungen - Ansatzpunkte einer kritischen Diag-
nose - . Diss. Berlin 1975.
- Ministère de la coordination:
Plan de développement économique de la Grèce
1968-72. Athen 1968.
- PERROUX, F.:
Note sur la Notion de pôle de croissance. In:
Économie Appliquée. Paris 1955.
- PERROUX, F.:
La notion de développement. In: PERROUX, F.:
L'économie du XXIème siècle. Paris 1964.
- POPOVICI, I., CRĂNGU, A., MĂNESCU, L.:
Répartition géographique de l'industrie et dé-
veloppement équilibré des départements de la
République Socialiste de Roumanie. In: Revue
Roumaine de géologie, géophysique et géographie.
Tom. 21, 1977, S. 3 - 14.
- RAUSSER, V.:
Repertizarea teritoriala a industriei. Bukarest
1977.
- RONNEBERGER, F.:
Wandlungen der Agrargesellschaft der südosteu-
ropäischen Staaten. In: Die wirtschaftliche und
soziale Entwicklung Südosteuropas im 19. und 20.
Jahrhundert. München 1969, S. 46 - 58.
- Statistical Yearbook of Greece:
(Bde. 1970-1977), Athen.
- Zentrum für Planung und ökonomische Forschung
(griech. Abk.: KEPE):
Bericht der Kommission für das nationale Ent-
wicklungsmodell. Plan des langfristigen Entwick-
lungsmodells für Griechenland (2 Bde.). Athen
1972 (in Neugriechisch).
- ZOTSCHEW, T.D.:
Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft
Südosteuropas. Eine sozial-ökonomische und sta-
tistische Analyse anlässlich des 20-jährigen Be-
stehens der Südosteuropa-Gesellschaft. In: Süd-
osteuropa-Studien 20. München 1972.

HARTMUT HERMANS und CAY LIENAU

RÜCKWANDERUNG GRIECHISCHER GASTARBEITER UND
ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME IN GRIECHENLAND

" Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Sie versteht sich als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren.

Diese Grundhaltung dient langfristig den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und denen der Heimatländer. "

Vorlage der Bund-Länder-Kommission vom 28.2.1977 zur Ausländerbeschäftigungspolitik.

Gastarbeiter-Rotation

"... So könnten sie z.B. den deutschen Tourismus in ihrem Land organisieren, mit deutschem Kleingärtnerfleiß Früchte ziehen, die in ihrer Heimat ohne Erdöl an der Sonne reifen und die sie hier verkaufen könnten, und warum sollten sie nicht in der Lage sein, kleine Werkstätten zu errichten und all das zu tun, was wir in Jahrhunderten ohne Entwicklungshilfe und ohne Vorbild getan haben und worauf unser Wohlstand beruht?"

M.K. Leserbrief in der FR vom 24.8.79

Anschrift der Verfasser:

Hartmut Hermann
Wiss. Mitarbeiter
Prof.Dr.Cay Lienau
Institut für Geographie
der Universität Münster
Robert-Koch-Straße 26
D-4400 Münster

1. Zum Wesen der internationalen Arbeiterwanderung

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in den westeuropäischen Industriestaaten - vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich - gehört zu den wichtigsten Merkmalen der Arbeitsmarktentwicklung im Europa der Nachkriegszeit. Seit Mitte der 50er Jahre, verstärkt seit etwa 1960, haben Millionen von Menschen aus den Mittelmeerländern ihre Heimat verlassen, um in den Industrieländern des Nordens ein besseres Auskommen zu finden; in vielen Fällen auch nur, um das Überleben zu sichern. Jenseits der Einzelschicksale und der individuellen Motivationen für die Arbeitsaufnahme im Norden wird in den Arbeiterwanderungen ein internationales System sichtbar, das die Entsende- und Aufnahmeländer in einer Art internationaler Funktionsteilung verbindet: Die Entsendeländer "produzieren" billige Arbeitskräfte, die für einen begrenzten Zeitraum zur Verwertung in die Aufnahmeländer exportiert werden, die aus der Beschäftigung der Arbeitskräfte Nutzen für ihr eigenes Wirtschaftswachstum ziehen. Nach einem mehr oder weniger langen Zeitraum schicken die Aufnahmeländer einen großen Teil der ausländischen Arbeitskräfte in die Heimatländer zurück, die - notgedrungen - bereitstehen, um die im Ausland nicht mehr verwertbaren bzw. nicht mehr benötigten Arbeitskräfte wieder zu integrieren und damit die Aufnahmeländer von den sozialen Folgekosten der Ausländerbeschäftigung zu entlasten.

Einem Großteil der wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich mit der internationalen Wanderung von Arbeitskräften befassen, verbirgt sich das Wesen dieses Systems ebenso wie den Beteiligten selbst, die "freiwillig" und zu ihrem eigenen Nutzen zu gehen meinen und vielfach ebenso "freiwillig" zurückkehren. Die Zahl der Arbeiten über die Ursachen und Folgen der Arbeiterwanderungen, ihre spezifischen Probleme und Formen in Entsende- und Aufnahmeländern ist Legion (vgl. H. HERMANN, C. LIENAU u. P. WEBER 1979). Ihre vorwiegende Orientierung am Gleichgewichts-Paradigma der neo-klassischen Wirtschaftswissenschaft (vgl. A. KRUSE 1961, S. 503 ff.) oder der struktur-funktionalistischen Soziologie¹⁾ läßt die Wanderungen von Millionen von Menschen über Ländergrenzen hinweg als Prozesse erscheinen, in denen sich bestehende Ungleichgewichte auf eine quasinatürliche Weise ausgleichen und so zu einem neuen Gleichgewicht beitragen. Die Ungleichgewichte erscheinen einerseits als solche wirtschaftlicher Natur wie Lohnunterschiede, Produktivitätsunterschiede, Unterschiede im Industrialisierungsniveau und im Arbeitsplatzangebot

(vgl. W. R. BÖHNING 1970, S. 193 ff.; M. ALLAYA 1973, S. 27 ff.) etc., andererseits als solche gesellschaftlicher Natur wie ungleiche Verteilung sozialer Macht, Statusspannungen zwischen verschiedenen sozialen Schichten (vgl. HOFFMANN-NOWOTNY 1973), soziale Auseinandersetzungen oder politische Repression etc. Es werden "push"- und "pull"-Faktoren identifiziert und in einer Art gesamtwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Buchhaltung die Vor- und Nachteile der Arbeiterwanderungen für die beteiligten Länder bilanziert (für Griechenland vgl. G. S. SIAMPOS 1976, S. 138f.). Diese Sichtweise führt zu dem Ergebnis, daß sowohl für die Entsendeländer als auch für die Aufnahmeländer mittel- und langfristige Vorteile überwiegen. Für die Entsendeländer werden vor allem folgende vorteilhafte Auswirkungen der Arbeitsmigration angenommen²⁾:

- Verbesserung der chronisch defizitären Zahlungsbilanz durch die Rücksendungen der Arbeitsmigranten (vgl. z. B. G. S. SIAMPOS 1976, H. SCHRETTENBRUNNER 1971, S. 115, I. BAUCIC 1972, S. 22)
- Kapitalbildung aus den transferierten Ersparnissen (vgl. G. S. SIAMPOS 1976, E. N. BOTSAS 1969, S. 127 ff.)
- Verbesserung der beruflichen Qualifikation durch die Arbeit in hochtechnisierten Industriebetrieben (G. S. SIAMPOS 1976, W. R. BÖHNING 1975, S. 251 ff.)
- Anpassung an industriegesellschaftliche Normen und Werthaltungen, die im Falle der Rückkehr für den sozialen Wandel in traditional ausgerichteten ländlichen Gesellschaften fruchtbar gemacht werden können (vgl. F. P. CERASE 1972, S. 245 ff.)
- Steigerung der Binnenkaufkraft als Voraussetzung für einen beschleunigten Industrialisierungsprozeß in den Entsendeländern (vgl. G. S. SIAMPOS 1976, K. GRIF-FIN 1976, S. 353 ff.)
- Abbau der Unterbeschäftigung in der Landwirtschaft und Produktivitätssteigerung als Folge des Abzugs von überflüssigen Arbeitskräften (vgl. G. S. SIAMPOS 1976)

Vielfältige empirische Befunde haben inzwischen den ideologischen Charakter der am Gleichgewichts-Paradigma orientierten Forschungen über internationale Arbeiterwanderungen enthüllt und die Notwendigkeit einer Erklärung der im Prozeß der Arbeiterwanderungen auftretenden Verstärkungen der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Entsende- und Aufnahmeländern unterstrichen (vgl. N. ABADAN-UNAT, P. KELES, R. PENNINX et al. 1976, M. NIKOLINAKOS 1971, S. 782 ff., W. F. HEINEMELJER, J. M. M. van AMERSFOORT, W. ETTEMA et al. 1976). Statt sich mit der Auflistung von "push"- und "pull"-Faktoren zu begnügen, ist nach den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen zu fragen,

- die einerseits in den Entsendeländern die Voraussetzungen für die Freistellung von Arbeitskräften geschaffen haben
- die andererseits im Gefolge der Arbeiterwanderungen in den Entsendeländern in Gang gesetzt wurden und dort zu einer Vertiefung der strukturellen Ursachen

für die Abwanderung geführt haben

- und die schließlich im Falle der Rückkehr von Arbeitsemigranten in ihre Heimatländer den Reintegrationsprozeß und seine Auswirkungen auf die Regionalentwicklung der Herkunftsregionen determinieren.

1.1. Das Konzept der abhängigen Entwicklung

Gemeinsames Merkmal aller Entsendeländer ist ihre "Unterentwicklung" oder "Rückständigkeit" gegenüber den Aufnahmeländern. Das läßt sich an einer Vielzahl von Indikatoren des Lebensstandards oder der wirtschaftlichen Potenz wie Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitsplatzangebot, Infrastrukturausstattung etc. messen. Die Entwicklungsländerforschung hat zahlreiche weitere Phänomene zur Erfassung des Entwicklungsstandes auch der Mittelmeerländer zusammengetragen (für Griechenland vgl. W.WAPENHANS 1962).

Um jedoch die Ursachen für den unterschiedlichen Entwicklungsstand und den fortschreitenden Prozeß der Unterentwicklung in seinen Folgen für die betroffenen Menschen erkennen und ihm entgegenwirken zu können, genügt es nicht, eine "Phänomenologie der Unterentwicklung" zu entwerfen in der Hoffnung, damit zugleich eine Theorie ihrer Überwindung zur Verfügung zu haben, ein Trugschluß, der typisch für die herrschenden Entwicklungstheorien der 50er und frühen 60er Jahre war. Vielmehr ist es notwendig, Unterentwicklung als notwendige Folge eines systematischen Zusammenhanges zu begreifen, in den Entsende- und Aufnahmeländer einbezogen sind. Dieser Zusammenhang läßt sich in deskriptiven Kategorien als ein System von Zentrum-Peripherie-Relationen fassen, in dem die unterentwickelten Mittelmeerländer Peripherieräume und die hochindustrialisierten Aufnahmeländer der Arbeiterwanderung Zentralräume oder Metropolen darstellen.

Ohne hier weiter auf die diversen Konzepte von Zentrum-Peripherie-Relationen eingehen zu können (vgl. z.B. J.GALTUNG 1972, S.29 ff.), sind doch einige Punkte festzuhalten, die für die Funktionsbestimmung der Peripherien bedeutsam sind (wir folgen hier im wesentlichen C.LEGGWIE 1975, S.13 ff. und D.SENGAAS 1974, S.15 ff.):

1. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Entwicklung der westeuropäischen Metropolen und der Unterentwicklung der mittelmeerischen Peripherie. Er wurde und wird konstituiert durch ein Verhältnis von **A b h ä n g i g k e i t** zwischen beiden Regionen, bei dem die Metropolen in der Lage sind, Entwicklung und Expansion der Peripherie zu steuern und auf ihre Interessen hin auszurichten.
2. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die Formen der Kapitalakkumulation in der Peripherie

können unter dem Begriff der "abhängigen Reproduktion" gefaßt werden. "Abhängige Reproduktion" bedeutet Entwicklung nur einiger Wirtschaftszweige, ungleiche Handelsbeziehungen, ungleiche Konkurrenz zwischen nationalem und internationalem Kapital, exzessive Ausbeutung der einheimischen Arbeitskraft - gemeint ist damit, daß die Arbeitskräfte so ruinös im Arbeitsprozeß eingesetzt werden, daß ihre Gesundheit in kurzer Zeit zerstört ist - etc.

3. Die abhängige Reproduktion führte und führt in den Peripherieländern zur Ausbildung und Festigung einer deformiert-kapitalistischen Wirtschaftsstruktur, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:
 - Stagnierende Produktivität, geringe Marktorientierung, hohe Unterbeschäftigung sowie unzureichende Einkommen im nicht-exportorientierten Landwirtschaftssektor
 - Produktivitätssteigerungen im exportorientierten Sektor der Landwirtschaft mit wiederholten Absatzkrisen, verursacht durch die gleichzeitige Abhängigkeit von Nachfrageentwicklungen auf den Exportmärkten
 - Stagnation im Produktionsgütersektor, der die Ausrüstung für die Produktion von Konsumgütern, von Zwischenprodukten und Produktionsmitteln bereitstellen könnte, einschließlich der Ausrüstungsgüter für die Landwirtschaft
 - Nebeneinanderbestehen von exportorientierten, hochproduktiven Industrien und einem stagnierenden unproduktiven kleingewerblichen und handwerklichen Sektor, der die Masse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte bindet
 - Generelle Orientierung des anlagesuchenden Kleinkapitals auf nicht-produktive Wirtschaftsbereiche wie Dienstleistungen und Bauwirtschaft mit der Folge einer Hypertrophierung des tertiären Sektors.
4. Die wenig produktiven Wirtschaftsbereiche der Peripherieökonomien (nicht-exportorientierte Landwirtschaft, Kleingewerbe und Handwerk), in denen die Masse der Erwerbstätigen beschäftigt ist, haben für die Reproduktion der Peripheriegesellschaften u.a. zwei Funktionen (vgl. D.SENGAAS 1977, S. 192 f.):
 - Exzessive Ausbeutung (Oberausbeutung) der vorhandenen Arbeitskräfte in der Nahrungsmittelproduktion sichert ein niedriges Lohnniveau der Gesamtwirtschaft, da über niedrige Nahrungsmittelpreise die zu zahlenden Löhne gering gehalten werden können.

Die Oberausbeutung hat verschiedene Erscheinungsformen: Im Falle der familienbewirtschafteten Kleinstbetriebe, die im östlichen Mittelmeerraum dominieren, kann das zum Leben erforderliche Mindesteinkommen nur durch Ausdehnung des Arbeitstages und durch die Einbeziehung von Kindern und Alten in den Arbeitsprozeß erwirtschaftet werden. Im Bereich der Latifundien (Teile von Spanien und Italien) kommt sie darin zum Ausdruck, daß der Lohn der - in der Regel nur saisonal beschäftigten - Landarbeiter ihre ganzjährige Reproduktion nicht sichert, so daß sie auf das Fortbestehen einer subsistenzorientierten Hauswirtschaft angewiesen sind (vgl. H.BERGER, M.HESSLER u. B.KAVEMANN 1978, S. 76 ff.)

- Produktion von billigen Arbeitskräften für den Exportsektor allgemein, für die in den städtischen Zentren gelegenen Industrien und schließlich für den Export in die Industrieländer. Der Transfer aus der Landwirtschaft wird dabei garantiert durch die sich ständig verschlechternden Einkommensbedingungen in der nicht-exportorientierten Landwirtschaft einerseits und durch die

"Freisetzung" von Arbeitskräften in der Folge von Absatzkrisen in Teilen der exportabhängigen Landwirtschaft andererseits.

Die Art der Beziehungen zwischen Metropolen und Peripherien führt insgesamt zu einer Fremdsteuerung der sozio-ökonomischen Entwicklung in den Peripherieländern, und zwar nicht nur in den "modernen" außenorientierten dynamischen Wirtschaftsbereichen, sondern ebenso in den "rückständigen" Bereichen Subsistenzlandwirtschaft und Handwerk/Kleingewerbe.

1.2. Zirkulierende Wanderarbeit

In der Bundesrepublik Deutschland als einem der wichtigsten Aufnahmeländer für Arbeitsemigranten trat eine massive Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften zu dem Zeitpunkt ein, als die inländischen Arbeitsmarktreserven mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung erschöpft waren und zugleich der Zustrom von Flüchtlingen aus der DDR mit dem Mauerbau zum Erliegen gekommen war (vgl. A.KRUSE 1966, S.428).

Industrielles Wachstum war in dieser Phase der Wirtschaftsentwicklung gekennzeichnet durch Erweiterungsinvestitionen auf gleichbleibendem technologischen Niveau, so daß die auftretende Arbeitskräfteverknappung zunächst nicht grundlegend von Rationalisierungsinvestitionen aufgefangen wurde (vgl. M.NIKOLINAKOS 1973).

Der dem deutschen Kapital zugängliche Arbeitsmarkt mußte erweitert werden. Dies geschah nach Süden in die Mittelmeerländer, mit denen seit 1960 in schneller Folge Anwerbeverträge abgeschlossen wurden (mit Italien bereits 1956). In diesen Ländern standen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, die bereit waren, ihre meist sehr ungünstigen Existenzbedingungen in den Herkunftsregionen aufzugeben und in den Industriebetrieben des Nordens Arbeit aufzunehmen.

Allerdings waren von der Nachfrageseite her die Interessen an den anzuwerbenden Arbeitskräften wohl definiert. Gefragt waren Arbeitskräfte, die sich durch vier Eigenschaften auszeichneten:

1. Es mußte sich um **billige** Arbeitskräfte handeln. Billige Arbeitskräfte fanden sich vor allem in den rückständigsten Sektoren der Landwirtschaft und im Heer der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in den Städten dieser Länder. Sie waren gerne bereit, auch zu vergleichsweise niedrigeren Löhnen zu arbeiten, bedeuteten doch diese Löhne - gemessen an den Verdienstmöglichkeiten in der Heimat - immer noch eine wesentliche Erhöhung ihrer Einkommen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet wurden mit dem Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte zugleich die Produktionskosten für diese Arbeitskräfte (Aufzucht, Ausbildung etc.) auf die Herkunftsländer abgewälzt³).
2. Es mußte sich um **willige** Arbeitskräfte

handeln, die einerseits reibungslos in eine ihnen fremde Produktion eingliederbar waren, die sich andererseits für schmutzige, gefährliche und vergleichsweise schlecht bezahlte Arbeiten zur Verfügung stellten; Arbeitskräfte, die sich mit skandalösen Unterbringungen zufrieden gaben und darüber hinaus gerne bereit waren, Überstunden zu leisten, um eventuelle Produktionsengpässe schnell zu beseitigen. Das Interesse der Nachfrageseite traf in besonderem Maße zusammen mit der individuellen Motivlage der Arbeitsemigranten, für einen vorübergehenden Zeitraum alle Kräfte anzustrengen, um genügend Geld zu sparen, mit dem sie nach ihrer Rückkehr in der Heimat eine bessere ökonomische Existenz für sich und ihre Familien aufbauen konnten. Für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft waren sie bereit, Unbill und Belastungen zu ertragen.

3. Es mußte sich um **junge** Arbeitskräfte handeln. So ließ sich gewährleisten, daß sie die kräfte- und nervenzehrenden Arbeiten in den stark technisierten und arbeitsteiligen Produktionsprozessen ertragen und für volle acht Stunden pro Tag ihre Arbeitskraft einsetzen konnten. Gleichzeitig bedeuteten junge Arbeitskräfte in der Regel auch unverheiratete Arbeitskräfte, so daß die sozialen Folgekosten der Ausländerbeschäftigung zunächst gering blieben: Die Arbeiter konnten in Massenunterkünften statt Wohnungen untergebracht werden; Möglichkeiten des Kindergarten- und Schulbesuchs mußten nicht zur Verfügung gestellt werden, solange keine Kinder da waren; geringere Krankheitsanfälligkeit bedingte niedrigere Kosten für Krankenkassen und medizinische Versorgung.
4. Die Arbeitskräfte mußten **abschiebbar** sein, um im Falle von Konjunkturreinbrüchen als Konjunkturpuffer wirken zu können. Diese Eigenschaft ergab sich aus der rechtlichen Stellung, die für die ausländischen Arbeitnehmer vorgesehen war: die Koppelung der Aufenthaltsberechtigung an die Arbeits-erlaubnis gestattete es mühelos, bei längerer Arbeitslosigkeit die ausländischen Arbeitskräfte abzuschicken, wenn sie nicht freiwillig zu einer Rückkehr bereit waren. Gleichzeitig konnte durch die Verweigerung einer völligen rechtlichen Gleichstellung mit den einheimischen Arbeitskräften erreicht werden, daß die Arbeitsemigranten auf ihren Herkunftskontext verwiesen blieben, innerhalb der Betriebe eine Solidarisierung mit den deutschen Kollegen erschwert wurde und nur in geringerem Umfang Ansprüche an eine bessere Integration im Arbeits- und Wohnbereich gestellt wurden. Zudem garantierte die Aufrechterhaltung der Bindungen an das Herkunftsland, daß die Arbeitsemigranten regelmäßige Geldüberweisungen zur Unterstützung ihrer Verwandten tätigen, ihre Ersparnisse - z.T. wenigstens - in die Volkswirtschaften der Herkunftsländer einspeisten und so einen - von den herrschenden Eliten der Herkunftsländer dringend erwünschten - Beitrag zum Zahlungsbilanzausgleich leisteten. Mit der Abschiebbarkeit ließ sich außerdem noch verhindern, daß im Falle von längeren Krankheiten und Berufsunfähigkeit das Sozialversicherungssystem der Aufnahmeländer übermäßigen Belastungen ausgesetzt war. Die Kosten für die Ernährung und Unterbringung von verbrauchten Arbeitskräften konnte so - wie schon im Falle der Aufzucht und Ausbildung - auf die Herkunftsländer abgewälzt werden, d.h. vor allem auf die Hauswirtschaften der nicht-dynamischen Wirtschaftssektoren in den Herkunftsländern.

Individuelle Motivation der Arbeitsemigranten und Interessenlage der Aufnahmeländer verbanden sich so in einem System **zirkulierender Wanderarbeit** mit geregelter Anwerbeverfahren, wie es von seiten der Bundesrepublik in den meisten Gastarbeiter-Herkunftsländern zu Beginn der 60er Jahre

eingerichtet und bis 1973 praktiziert wurde. Allerdings ist seine reinste Form, die Rotation, in der Bundesrepublik trotz mannigfacher Forderungen, nicht zur Anwendung gekommen (vgl. W.W.PULS 1975, S. 49 ff.)⁴⁾

1.3. Arbeitsemigration und Regionalentwicklung

Die Abwanderung der Arbeitskräfte in die Industriegebiete Mitteleuropas betraf die Teilräume der mediterranen Entsendeländer nicht gleichmäßig. Vielmehr zeigten die einzelnen Entsendeländern regionale stark unterschiedliche Emmigrationsraten und unterschiedliche Akzentuierungen der Arbeitsemigration (vgl. R.KING 1976, S.66 ff.). Ein enger Zusammenhang von Arbeitsemigration und regionaler Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung kann jedoch in allen Entsendeländern konstatiert werden. Er läßt sich unter dem Begriff der Fremdsteuerung fassen, die im mediterranen Raum auf dreifache Weise in den sozio-ökonomischen Entwicklungsprozeß eingegriffen hat:

1. Die Deformation der Produktivkräfte in den Entsendeländern, die seit dem - im 17. und 18. Jahrhundert beginnenden - Eindringen des westeuropäischen Kapitals in diese Länder⁵⁾ zu ihrer einseitig an den politischen und ökonomischen Interessen der europäischen Metropolen ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur geführt hat, schuf die Voraussetzungen für die massive Freisetzung von Arbeitskräften für den Export: Dominanz des Agrarsektors mit hoher Unterbeschäftigung und einer sich ständig am Rande des Existenzminimums dahinschleppenden Agrarbevölkerung; unzureichende Ausstattung mit industriellen Arbeitsplätzen mit der Folge von Arbeitslosigkeit und Hypertrophierung eines marginalen Dienstleistungssektors - für den Besucher mediterraner Großstädte schon im Straßenbild augenfällig an der Unzahl von Menschen, die als Losverkäufer, Schuhputzer, Kofferträger bzw. mit anderen gering bezahlten Gelegenheitsarbeiten beschäftigt sind.

Die in Westeuropa gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften erfaßte seit Anfang der 60er Jahre diesen Raum und bewirkte den in die Millionen gehenden Abzug von Arbeitskräften.

2. Die unmittelbaren Folgen der Arbeitsemigration stellen eine weitere Form der sozio-ökonomischen Fremdsteuerung für die Herkunftsregionen dar. Statt, wie erhofft, die Entsendeländer lediglich von ihren "überschüssigen" Arbeitskräften zu entlasten, setzte der Migrationsprozeß sich stetig fort und griff - sich ständig selbst verstärkend - in immer weitere Wirtschaftsbereiche und Teilräume ein, so daß nach wenigen Jahren über Arbeitskräftemangel und ernsthafte Folgen für die nationale Bevölkerungsentwicklung Klage geführt werden mußte.⁶⁾

Die Selbstverstärkung war im wesentlichen eine Folge der Informationsübermittlung. Informationsträger waren die in ihre Heimatdörfer zurückkehrenden Arbeitsemigranten, deren Briefe und schließlich eine schnell wachsende Zahl von namentlichen Anforderungen bei den Anwerbekommissionen. Die Konsequenzen in den Herkunftsregionen nahmen zum Teil katastrophale Formen an: Arbeitskräftemangel in den Spitzenbedarfszeiten der Landwirtschaft (z.B. Ernte); Extensivierungserscheinungen im Agrarbereich; Verbiegungen des Bevölkerungsaufbaues in den Heimatgemeinden, in denen zunehmend nur noch Kinder und Alte anzutreffen waren; rasante Bevölkerungs-

abnahme in den Herkunftsregionen; Infrastrukturausbau und schließlich - als Folge der Rimesen - Inflationsschübe, da der gestiegenen Kaufkraft keine entsprechende Ausweitung der binnenländischen Produktion gegenüberstand.

3. Schließlich bedeutet die Rückwanderung der Arbeitsemigranten eine dritte Form von Fremdsteuerung. Je nach Konjunkturverlauf und Arbeitsmarktentwicklung in den Aufnahmeländern sind die Entsendeländer im Verlauf des Migrationsprozesses mit plötzlichen Rückwanderungswellen konfrontiert, auf deren Umfang und Dauer sie kaum Einfluß haben, mit deren Folgen für die Regionalentwicklung aber ihre eigenen regionalen Entwicklungsprogramme - sofern überhaupt vorhanden - Makulatur werden.

Darüber hinaus ergeben sich aus den Spezifika der Rückwanderung einige weitere entwicklungshemmende Folgen, die weiter unten näher beleuchtet werden sollen.

1.4. Das Beispiel der griechischen Rückwanderung

Die bisher notwendig allgemein gehaltenen Bemerkungen zur Charakteristik der Arbeitsemigration hatten die Aufgabe, den theoretischen Rahmen abzustecken, innerhalb dessen unsere empirischen Untersuchungen zum Migrationsprozeß angelegt waren. Sie sollen nun am Beispiel der Rückwanderung von griechischen Gastarbeitern und den Auswirkungen auf die Regionalentwicklung ländlicher Räume Griechenlands konkretisiert werden. Dabei beschränken wir uns auf die Rückwanderung, lassen also die Untersuchung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse aus, die die Voraussetzungen für die Arbeitsemigration in Griechenland geschaffen haben. Die unmittelbaren Folgen der Arbeitsemigration für die sozio-ökonomische Entwicklung der Herkunftsräume behandeln wir auch nur insoweit, als sie zum Verständnis der Rückwanderungsprobleme notwendig sind. Schließlich klammern wir hier auch die Betrachtung der Konsequenzen für die urbanen Räume Griechenlands aus, obwohl sie für einen Großteil der Rückwanderer nach der Rückkehr in ihr Heimatland zum endgültigen Wohnort werden. Unser Interesse konzentriert sich vor allem auf die ländlichen Räume, weil aus ihnen die große Masse der Arbeitsemigranten ursprünglich abgewandert ist und sich hier auch letztlich entscheidet, ob die Rückwanderung für die Regionalentwicklung positive Auswirkungen haben kann.

Die Untersuchungen stützen sich auf empirische Erhebungen, die im Sommer 1977 im ostmakedonischen Nomos Drama durchgeführt wurden, einem Bezirk, der besonders stark von der Abwanderung in die Bundesrepublik betroffen ist. In acht Gemeinden wurden die wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Ursachen und Folgen der Arbeitsemigration analysiert. Gegenwärtig wird versucht, durch eine Ausweitung der Untersuchung auf weitere Bezirke Griechenlands (Thesprotia, Trikala, Pieria und Evros) die empirische Grundlage für ein besseres

Verständnis des Rückwanderungsprozesses zu verbreitern.⁷⁾ Ergänzt werden die Untersuchungsergebnisse durch solche aus dem Nomos Elis im Westpeloponnes.

2. Rahmenbedingungen für die Rückwanderung

Die Voraussetzung für die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland haben sich seit 1973 wesentlich geändert (für andere westeuropäische Aufnahmeländer gilt ähnliches). Die Energiekrise als Folge des Ölembargos der arabischen Ölförderländer und die sich anschließende wirtschaftliche Krise mit ihren hohen Arbeitslosenzahlen dienten als Begründung für den Erlaß des Anwerbstopps, mit dem die Bundesregierung im November 1973 den weiteren Zustrom von ausländischen Arbeitskräften in die Bundesrepublik unterband. Fragt man nach den Ursachen für die veränderte Arbeitsmarktpolitik, so zeigt sich, daß einerseits tiefgreifende wirtschaftliche Strukturveränderungen dahinter stehen, daß andererseits die in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer sich nicht mehr durch die Eigenschaften auszeichnen, die bei ihrer und für ihre erstmalige Anwerbung bedeutsam erschienen. Sie waren nicht mehr billig, willig und jung. Viele waren inzwischen gewerkschaftlich organisiert, zeigten sich nicht mehr ohne weiteres bereit, jede Arbeit, und sei sie noch so schlecht bezahlt, anzunehmen, hatten inzwischen Familien gegründet, Verwandte nachgezogen, Kinder gezeugt und stellten immer lautstarker Forderungen nach Gleichberechtigung und Integration auf. Hinzu kamen wachsende Restriktionen von seiten der Regierungen der Entsendeländer, die von den negativen Auswirkungen der Arbeitsemigration für ihre nationalen Volkswirtschaften nicht länger die Augen verschließen konnten. Auch traf die Abschiebbarkeit der ausländischen Arbeitnehmer auf wachsende politische Durchsetzungsschwierigkeiten, weil eine kritisch gewordene Öffentlichkeit auf die diskriminierenden Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitsimmigranten aufmerksam geworden war und den Gastarbeitern mit einer veränderten Haltung begegnete. Die Revision hatte sich bereits in den Jahren vor 1973 angekündigt, als zunehmend das Problem der Infrastrukturbelastung durch die Ausländerbeschäftigung in die öffentliche und wissenschaftliche Debatte eingeführt wurde.

Parallel zu den Veränderungen in der Struktur und politischen Stellung der ausländischen Arbeitnehmer-

schaft vollzogen sich in der Bundesrepublik Strukturwandlungen in der Produktion, die zu einer veränderten Nachfrage nach Arbeitskräften führten.

Die gegen Ende der 60er Jahre beginnende Verlagerung von lohnintensiven Betriebsteilen in sogenannte Billiglohnländer setzte sich Anfang der 70er Jahre endgültig in großem Maßstab durch. Sie war verbunden mit einer qualitativen Veränderung im Investitionsverhalten der Unternehmen, die sich nun zunehmend auf Rationalisierungsinvestitionen beschränkten und somit langfristige Strukturveränderungen in Umfang und Qualität der nachgefragten Arbeitskräfte bewirkten (vgl. F.FRÜBEL, J.HEINRICHS u. O.KREYE 1977).

Ausländische Arbeitnehmer wurden in wachsendem Maße dysfunktional, und so suchte man nach politischen Maßnahmen, die geeignet waren, ihre Rückkehr in die Herkunftsländer zu beschleunigen. Rückkehrprämien, rigorose Anwendung des Ausländerrechts sowie umfangreiche Rückwanderungshilfen wie Investitionsbeihilfen und Umschulungen sollten dazu beitragen, den hohen Anteil von ausländischen Arbeitnehmern in der Bevölkerung der Bundesrepublik zu vermindern. Den Maßnahmen waren nur geringe Erfolge beschieden. Der Anwerbstop von 1973 hatte nämlich tiefgreifende Auswirkungen auf die Rückkehrbereitschaft der Arbeitsimmigranten: war bis 1973 die Rückkehr in die Heimat (man rechnete für Griechenland mit einem jährlichen Anteil von 30% Rückwanderern an den Auswanderern) ein Entschluß, der - im Falle, daß die Reintegrationspläne im Herkunftsland scheiterten - leicht revidiert werden konnte, so bedeutet Rückkehr seit 1973 im Regelfall den Zwang zur endgültigen Niederlassung im Herkunftsland und den Verzicht auf eine erneute Auswanderung in die Bundesrepublik. Für einen möglichen Rückwanderungsentschluß ist folglich eine möglichst realistische Einschätzung der im Herkunftsland vorfindlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu einer wesentlichen Entscheidungsdeterminante geworden. Wie Befragungen der letzten Jahre zeigen, fällt diese Einschätzung in wachsendem Maße negativ aus. Die Tendenz, in der Bundesrepublik, im "Gastland", für immer zu bleiben, nimmt unter den ausländischen Arbeitnehmern zu⁸⁾. Als wichtigste Gründe gegen eine Rückkehr werden angegeben: Fehlende Arbeitsplätze in der Heimat, ungenügende Verdienstmöglichkeiten und noch nicht abgeschlossene Schulausbildung der Kinder.

Gleichzeitig verstärken sich jedoch die Schwierigkeiten, mit denen sich Arbeitsemigranten in der Bundesrepublik konfrontiert sehen, vor allem wenn es um eine gute Schulausbildung für ihre Kinder und um Arbeitsplätze für die heranwachsende zweite Generation geht.

Das Spektrum der Probleme reicht für diese zumeist in der Bundesrepublik geborenen oder aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen von der kaum bewältigten Zweisprachigkeit über mangelhafte Schulbildungsangebote bis hin zu vielfältigen Diskriminierungen bei der Suche nach einem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz (vgl. F. RONNEBERGER 1976, S.19 ff.). Befragungen unter Rückkehrern zeigen denn auch, daß die meisten von ihnen als Rückkehrgrund Schwierigkeiten mit der Familie respektive den Kindern angeben (vgl. I. MAGGANA 1973 nach VUISDAKIS 1977).

So ist die Frage nach Bleiben oder Rückkehr für einen Großteil der ausländischen Arbeitnehmer ein äußerst widersprüchliches Problem. Es steht zu erwarten, daß diese Widersprüchlichkeit Auswirkungen darauf hat, wer zurückkehrt und wer bleibt. Für die Reintegrationschancen im Herkunftsland ergeben sich daraus weitgehende Folgen, denn Bereitschaft zur produktiven Reintegration und Innovationsbereitschaft dürften wesentlich auch davon abhängen, ob die Rückwanderung als das Ergebnis eines individuellen Scheiterns oder als Vollzug eines selbstgesetzten Ziels erlebt wird.

2.2. Umfang und Struktur der Rückwanderung nach Griechenland

Betrachten wir zunächst die Wanderungsstatistik, um ein Bild vom Umfang der Rückwanderung nach Griechenland zu gewinnen:

Tab.1 Griechische Auswanderung und Rückwanderung 1968 - 1976

Jahr	Auswanderung ¹⁾			Rückwanderung ²⁾		
	insgesamt	Deutschland	%	insgesamt	v. Deutschland	%
1968	50 866	20 201	39,7	18 882	8 867	47,0
1969	91 552	59 449	64,9	18 132	9 093	50,2
1970	92 681	65 285	70,4	22 665	11 553	51,0
1971	61 745	40 052	65,0	24 709	11 803	47,8
1972	43 397	26 683	61,5	27 522	13 535	49,2
1973	27 448	12 838	46,8	22 235	11 539	51,9
1974	24 448	8 259	33,8	24 476	15 414	63,0
1975	20 330	7 338	36,1	34 214	24 534	71,7
1976	20 374	6 829	33,5	32 067	22 436	70,0

Quelle: Stat. Yearbook of Greece, div. Jge., eig. Berechnung

1) nur permanente Auswanderung, (d.h. Abwesenheit länger als 1 Jahr)

2) nur griech. Staatsbürger

Die quantitative Entwicklung der Auswanderung nach Deutschland (BRD und DDR, wobei die DDR faktisch keine Rolle spielt) spiegelt deutlich die Nachfrageabhängigkeit der Arbeitsemigration. 1968, noch unter dem Eindruck der Rezession von 1967, liegt die Zahl der länger als ein Jahr Auswandernden bei 20 201, sie erreicht 1970 eine Spitze von 65 000, um dann vor allem nach 1972 rapide zurückzugehen. Die Zahlen nach 1973 stellen im wesentlichen nur noch Auswanderungsfälle dar, in denen Familienangehörige nach Deutschland nachgezogen wurden. Die Entwicklung der Rückwanderungszahlen verläuft in etwa spiegelbildlich, allerdings mit einer Verschiebung von 2 Jahren: erst 1975 setzt in verstärktem Umfang die Rückwanderung aus Deutschland ein. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß viele Arbeitsemigranten im Falle von Arbeitslosigkeit zunächst noch Arbeitslosengeld erhalten konnten und erst nach einer gewissen Orientierungsphase die Bundesrepublik verlassen haben. Als ein weiterer wichtiger Faktor muß sicher auch die Tatsache gewertet werden, daß im Herbst 1974 die Militärdiktatur in Griechenland zu Ende ging und damit viele Griechen, die aus politischen Gründen noch nicht zurückgekehrt waren, nun erst in ihr Heimatland zurückgingen.

Analysiert man die Altersstruktur der Rückwanderer und vergleicht sie mit der Altergliederung der Gesamtbevölkerung Griechenlands (Zensus 1971), so fallen interessante Unterschiede ins Auge:

Tab.2 Altergliederung der Rückwanderer 1976

Altersgruppe	Rückwanderer		Gesamtbevölkerung	
	Anzahl	%	Anzahl	%
0 - 9	3 650	11,8	1 499 172	17,1
10 - 14	1 935	6,3	724 732	8,3
15 - 29	8 652	27,9	1 806 712	20,6
30 - 44	11 365	36,7	1 916 876	21,9
35 - 64	4 383	14,2	1 863 764	21,2
65 + ält.	957	3,1	957 116	10,9
Zusammen	30 942 ¹⁾	100,0	8 768 372	100,0

Quelle: Stat. Yearbook 1977, S. 29 und 69, eig. Berechnung

1) nur Rückwanderer mit Altersangabe

Das Hauptkontingent der Rückwanderer stellt die Altersgruppe der 30-44-jährigen. Sie ist weit über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten. Aber auch die Altersgruppe der 15-29-jährigen ist noch überproportional unter den Rückwanderern vertreten. In die letztere Gruppe fallen einerseits

solche Arbeitsemigranten, die als junge Menschen für einen kurzen Zeitraum in die Bundesrepublik gingen, andererseits Kinder von Arbeitsemigranten, die in der Bundesrepublik geboren wurden und dort bereits eine Schulausbildung absolviert haben. Insgesamt zeigt die Altersstruktur der Rückwanderer, daß bei der Auswanderung eine altersmäßige Selektion stattgefunden hatte. Vor allem die jüngeren Arbeitskräfte hatten eine Chance, erfolgreich die Anwerbekommissionen zu passieren.

Der Arbeitsaufenthalt in Deutschland ist in vielen Fällen mit einer längeren Trennung von der eigenen Familie verbunden, so daß zu erwarten steht, daß bei den Rückwanderern die Gliederung nach dem Familienstand deutliche Abweichungen von der Gesamtbevölkerung zeigt. Dies gilt vor allem für die Scheidungshäufigkeit, die laut empirischer Erhebungen bei den Arbeitsemigranten höher ist als bei der Gesamtbevölkerung (vgl. G.SYPRIS 1967, S.74). Ein Vergleich des Familienstandes zwischen Rückwanderern und Gesamtbevölkerung in der Altersgruppe der 30-44-jährigen bestätigt diese Vermutung (s. Tab.3).

Die Abweichung des beobachteten Scheidungswertes bei Rückwanderern vom Erwartungswert ist eindeutig, der Zellen-Chiquadrat steht für 98,5% des gesamten Chiquadrates. Auch für rückwandernde Frauen in der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren gilt, daß bei ihnen die Anzahl der Scheidungen größer ist als in der Vergleichsgruppe der Gesamtbevölkerung (vgl. Tab. I im Anhang.). Doch tritt bei den Frauen noch eine höhere Zahl von Witwen auf als in der Vergleichsgruppe, so daß die anteiligen Chiquadrate am Gesamt-Chiquadrat niedriger liegen (Scheidungen: 62,9%; Witwen: 30,4%).

Von besonderer Bedeutung für die Art der Reintegration und die möglichen Auswirkungen auf die Regionalentwicklung ist die nach der Rückwanderung aufgenommene Erwerbstätigkeit. Die vom griechischen Statistischen Amt veröffentlichten Zahlen sind von nur geringem Aussagewert, da die zugrundeliegenden Befragungen beim Grenzübertritt der Rückwanderer erfolgen. Es ist zu vermuten, daß sich in diesen Zahlen eher die Wünsche der Rückwanderer abbilden als die tatsächlich aufgenommene Erwerbstätigkeit. Realitätsnähere Analysen der

Tab.3 Familienstand der Männer in der Altersgruppe 30-44 Jahre in der Gesamtbevölkerung 1971 und unter den Rückwanderern 1976

Männer Gesamtbevölkerung 1971	unverheiratet	verheiratet	verwitwet	geschieden	Zusammen
Beobachtung B	133 452	776 608	1 884	6 532	918 476
Erwartung E	133 369,7	776 514,9	1 882,9	6 708,4	
Abweichung B-E	+ 82,3	+ 93,1	+ 1,1	- 176,4	
$Chi^2 = \frac{(B-E)^2}{E}$	0,051	0,0112	0,001	4,638	
<hr/>					
Männer Rückwanderer 1976					
B	844	5 300	12	233	6 379
E	926	5 391,1	13,1	46,6	
B-E	- 82,3	- 93,1	- 1,1	+ 176,4	
$Chi^2 = \frac{(B-E)^2}{E}$	7,31	1,607	0,092	667,7	
	134 292	781 908	1 896	6 755	924 855
df = 3	$Chi^2 = 677,768$		$Chi^2_{0,999} = 16,3$		

Quelle: Stat. Yearbook 1977, S. 30 u. 68; eig. Berechnung

1) Es wird davon ausgegangen, daß die ganz überwiegende Zahl das Land vor 1971 verlassen hat und somit in den Zahlen der Bevölkerung 1971 nicht enthalten ist.

Erwerbstätigkeit sind auf empirische Erhebungen in den Wohnorten der Rückwanderer angewiesen. Aus der Fülle des vorliegenden empirischen Materials, auch aus anderen Entsendeländern, kann zunächst generell geschlossen werden, daß die Rückwanderer, wenn sie überhaupt eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und es nicht vorziehen, von ihren Ersparnissen einschließlich der Rentenabfindung als "Frührentner" zu leben, vor allem selbständige Existenzen favorisieren, sei es als Taxibesitzer, Fuhrunternehmer, Kaffeehausbesitzer oder Einzelhändler (vgl. K. SCHAHBAZIAN u. H. WILKE 1971, S. 757 ff.; N. ABDAN 1972, S. 278 ff.). Doch müssen solche generellen Aussagen stark relativiert werden, da die Wahl der Erwerbstätigkeit in hohem Maße von den differierenden wirtschaftlichen Möglichkeiten in den Zielräumen bestimmt wird. Aus einer Befragung von 500 Rückwanderern, die 1976 in nordgriechischen Bezirken durchgeführt wurde, ergab sich folgende Berufsstruktur:

Tab.4 Berufsstruktur von Rückwanderern 1976

	Abs.	%
Landwirte	90	18,0
abhängig Beschäftigte	101	20,2
Selbständige	51	10,2
Arbeitslose	67	13,4
Hausfrauen	165	33,0
andere und k.A.	26	5,2

Quelle: T.A. COLLAROS u. L.M. MOUSSOUROU 1978, S.30

Hinter diesem Ergebnis verbergen sich jedoch noch starke regionale Unterschiede, deren Kenntnis Voraussetzung für eine Beurteilung des Rückwanderungsprozesses im Hinblick auf seine regionalen Auswirkungen ist.

Eigene Befragungen in acht Dörfern des nordgriechischen Bezirks Drama zeigten, daß zwar die Mehrzahl der Rückwanderer in der Landwirtschaft arbeitete, dies jedoch gezwungenermaßen tat, weil außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze in erreichbarer Nähe nicht vorhanden waren. Die Analyse der Erwerbstätigkeit von insgesamt 1 437 Rückwanderern im Bezirk Drama erbrachte folgende Ergebnisse:

- Von den in ihre Heimatdörfer zurückgekehrten Arbeitsemigranten arbeiteten 60% als Landwirte, 4% waren abhängig beschäftigt, 18% als Selbständige, 3,6% waren arbeitslos und der Rest verteilte sich auf Hausfrauen, Schüler und Rentner.
- Von den Rückwanderern, die nicht in die Heimatdörfer zurückgekehrt waren, sondern ihren Wohnsitz in einer Stadt (im wesentlichen in Thessaloniki und im

Bezirkshauptort Drama) gewählt hatten, waren dagegen 5% Landwirte, 32% abhängig Beschäftigte, 33% Selbständige, 9% Arbeitslose und der Rest wiederum Hausfrauen, Schüler und Rentner.

Es ist also Skepsis angebracht gegenüber der immer wieder empirisch belegten "Vorliebe" von Gastarbeitern für den Aufbau selbständiger Existenzen in nicht-landwirtschaftlichen Betrieben. Vielmehr spiegelt die Struktur der Erwerbstätigkeit eher objektive ökonomische Möglichkeiten (bzw. Nicht-Möglichkeiten) in den Herkunftsregionen wider als eine individuelle oder kollektive Neigung zum Händlerdasein. Geringe Verdienstmöglichkeiten in der Landwirtschaft und fehlende industrielle Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen zwingen Rückwanderer geradezu, in einer zweiten Land-Stadt-Wanderung die Herkunftsdörfer zu verlassen und im Dienstleistungssektor der Städte Arbeit zu suchen, ein nahezu aussichtsloses Unterfangen, bedenkt man, wie stark dieser Sektor bereits mit randständigen Betrieben besetzt ist.

2.3. Der Reintegrationshintergrund

Die Rückwanderer treffen auf sozio-ökonomische Bedingungen, die in erheblichem Ausmaß vom Auswanderungsprozeß beeinflußt sind. Diese Bedingungen bilden ihrerseits den objektiven Rahmen, der die Art der Reintegration und ihren möglichen Beitrag zur Regionalentwicklung begrenzt. Im folgenden sollen einige dieser Rahmenbedingungen in Griechenland skizziert werden.

Im Zeitraum 1961 - 1971, dem Zeitraum, in dem Griechenland von der Arbeitsemigration nach Westeuropa am stärksten berührt war und in dem die Nettoemigration das natürliche Bevölkerungswachstum überstieg, haben sich in der Wirtschaftsstruktur Griechenlands bedeutsame Veränderungen vollzogen, wie dieses Tabelle 5 verdeutlicht.

Die Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen hat sich zwischen 1961 und 1971 um rund ein Drittel vermindert. Damit hat dieser Sektor seine führende Stellung nach der Zahl der Erwerbstätigen an den Dienstleistungssektor verloren. Die Abnahme ist verbunden mit einer Zunahme der Erwerbstätigen im produzierenden Sektor um 11%, im Dienstleistungssektor sogar um 20%. Da die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um rund 350 000 (-10%) abgenommen hat, sank insgesamt der Anteil der Erwerbstätigen bei gleichzeitigem Anwachsen der Gesamtbevölkerung. Die Erwerbsquote fiel von 43% im Jahr 1961 auf 37% im Jahr 1971 (vgl. Tab. II im Anhang).

Tab.5 Erwerbstätige Bevölkerung nach Wirtschaftssektoren (in 1000)

	1951		1961		1971		Veränd. 61-71	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
Landwirtschaft	1 367	48,1	1 960	53,9	1 330	40,5	- 630	- 32,1
Industrie	450	15,9	488	13,4	540	16,4	- 52	+ 10,7
Dienstleistung	1 023	36,0	1 189	32,7	1 414	43,1	+ 225	+ 19,9
zusammen	2 840	100,0	3 637	100,0	3 284	100,0	- 353	- 9,7

Quelle: Stat. Amt von Griechenland; zit. in A.PEPELASIS 1978

In diesen Kennziffern werden Eigenschaften eines wirtschaftlichen Strukturwandels deutlich, die darauf schließen lassen, daß die massive Abnahme von Erwerbstätigen in der Landwirtschaft nur ungenügend durch Zunahme der Beschäftigung im verstärkt industrialisierten sekundären Sektor ausgeglichen wurde. Ein Großteil der Arbeitskräfteverschiebungen kam dem hypertroph ausgebildeten tertiären Wirtschaftssektor zugute, ein weiterer beträchtlicher Teil der Arbeitskräfte wurde ins Ausland abgezogen.

Im folgenden sollen die Besonderheiten des griechischen Industrialisierungsprozesses⁹⁾ vor allem im Hinblick auf die Aufnahmemöglichkeiten für Rückwanderer näher beleuchtet werden. Der Industriesektor könnte aus der Rückwanderung Nutzen ziehen, sofern in ihm genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stünden; dies gilt umso mehr, als die meisten Arbeitsemigranten in Deutschland in Industriebetrieben gearbeitet haben. Daher sind ihre Erwartungen an Verdiensthöhe und Arbeitsbedingungen wesentlich durch diese Erfahrungen geprägt.

Die Arbeitsemigranten treffen im Falle ihrer Rückkehr in Griechenland auf eine Industrie, die seit 1960 grundlegende Strukturveränderungen durchlaufen hat: konnte man bis 1960 kaum von Industrie im westeuropäischen Sinne sprechen - es fehlten nahezu vollständig Großbetriebe, der Technisierungsgrad war unterentwickelt, ein Großteil der Produktion verharrte auf handwerklichem Entwicklungsniveau - so sind mit dem Zustrom von ausländischem Kapital und vor allem amerikanischem Know-how nach 1960 bedeutende Industriekomplexe der Schwerindustrie und metallverarbeitenden Industrie, der Erdölindustrie und der chemischen Industrie entstanden (vgl. G.SPENTAS 1978, S.83, T.G.PANGALOS 1975, S.191). Auch entstanden eine Reihe größerer Betriebe mit arbeitsintensiver Produktion im Bereich der Leichtindustrie (synthetische Fasern, Leder, Möbel, elektrische Haushaltsgeräte, Bekleidung). Gemeinsames Merkmal all dieser Betriebe ist, daß sie entweder Filialen multinationaler Konzerne oder aber zumindest stark von ausländischem Kapital abhängig sind.

Als Folge der Strukturveränderungen wuchs der Anteil des produktiven Wirtschaftssektors am Bruttoinlandsprodukt von 14,3% im Jahr 1960 auf 22% im Jahr 1976, der Anteil von Fertigprodukten und Halbfertigwaren am Exportvolumen verändert sich von 10,2% im Jahr 1965 auf 52,1% im Jahr 1976. Dies sind Anzeichen dafür, daß die traditionelle Dominanz des Agrarsektors im griechischen Außenhandel zugunsten des produzierenden Sektors zurückgedrängt wurde.

Doch sind die eindrucksvollen Kennziffern, die so manchen von einem griechischen Wirtschaftswunder sprechen lassen, von der Fortdauer der für die griechische Industrie typischen Strukturdefekte begleitet:

- Dominanz von Klein- und Kleinstbetrieben
- geringe vertikale Integration der Produktion
- geringer Spezialisierungsgrad.

Statt einer durchgreifenden Industrialisierung des Landes hat sich in Griechenland ein Prozeß durchgesetzt, der auch in anderen Peripherieländern in diesem Zeitraum zu beobachten war und der als Anpassung der außengesteuerten Peripherieökonomie an die veränderten Bedürfnisse der neuen internationalen Arbeitsteilung gekennzeichnet werden kann: "Europa verlagert seine luftverschmutzenden, großflächigen und arbeitsintensiven Industrien an die direkte Peripherie nach Südeuropa" (T.G.PANGALOS 1975, S.192). Wie wenig dieser Prozeß von griechischem Kapital getragen wurde, macht die Tatsache deutlich, daß im Zeitraum 1960 - 1975 der größte Teil der Binnenersparnisse in den Wohnungsbausektor floß, der ein Drittel des Bruttoanlagevermögens und 40% der privaten Investitionen auf sich zog. Diese Verteilung führte zu Finanzierungsengpässen bei direkten produktiven Investitionen, so daß hier das ausländische Kapital günstige Anlagemöglichkeiten fand (vgl. G. SPENTAS 1978, S.94).

Die Folgen für die griechische Wirtschaft lassen sich abschätzen: Fortbestand eines unproduktiven kleingewerblichen Sektors, der dem griechischen Kapital überlassen bleibt und Schaffung von wenig integrierten Enklavenökonomien, die direkt oder indirekt von ausländischem

dischem Kapital gesteuert sind (vgl. N.MOUZELIS 1978, S.27 f.). Ihre Ausstattung mit neuen Arbeitsplätzen ist in der Grundstoffindustrie und den Industrien der ersten Bearbeitungsstufe bei der Aufbereitung von einheimischen Bodenschätzen (Aluminium, NE-Metalle) gering und in den arbeitsintensiven Sektoren (Bekleidung, Möbel, elektrische Haushaltsgeräte) weitgehend von exogenen Faktoren gesteuert. Hinzu kommt eine erhebliche Konzentration der neuen Betriebe in den urbanen Zentren des Landes, allen voran Groß-Athen und Thessaloniki, so daß für den größten Teil des Landes die drückende Abhängigkeit von der Landwirtschaft erhalten geblieben ist.

Die Landwirtschaft hat im Zeitraum 1961 - 1971 630 000 Arbeitskräfte verloren, die Zahl der Betriebe ging um 78 600 (-7%) zurück, die bewirtschaftete Fläche der Betriebe erfuhr einen Rückgang um rund 87 000 ha (-2,4%). Doch bestehen die Strukturprobleme im wesentlichen weiter.

An erster Stelle ist die ungünstige Betriebsgrößenstruktur zu nennen. Rund 80% der Betriebe verfügten 1961 ebenso wie 1971 über weniger als 5 ha Betriebsfläche (vgl.Tab.6). Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich nur unwesentlich von 3,18 ha (1961) auf 3,46 ha (1971) verbessert. Daraus resultieren ein geringer Mechanisierungsgrad, ungenügende Kapitalausstattung, unproduktive Bearbeitungsmethoden etc. Infolge der ungünstigen Strukturvoraussetzungen ist dieser Wirtschaftssektor gleichzeitig wenig attraktiv für Investitionen. Hier blieb der absolute Betrag von 1965 bis 1975 im wesentlichen konstant zwischen 6 und 8 Bill. Drachmen.

Gemessen am Gesamtinvestitionsvolumen (private und öffentliche Investitionen) hat sich ihr Anteil von 12,2% im Jahr 1965 auf 9,1% im Jahr 1975 verringert (vgl. A.PEPELASIS 1978, S.147). Selbst die in der Landwirtschaft erwirtschafteten Ersparnisse werden offensichtlich nur ungern produktiv investiert, wie eine Bemerkung von A.PEPELASIS (1978, S.155) verdeutlicht: "Savings in the primary sector have doubled in less than a year. From 10 bil. in 1975 they surpassed 20 billion drachmes. It took only a slight campaign to attract savings from the sector."

Gegenüber diesen, auf Gesamtgriechenland bezogenen Aussagen gilt es jedoch Einschränkungen zu machen. Die regionalen Unterschiede in der Arbeitsplatzstruktur, in der Verteilung der Bevölkerung und - in Verbindung damit - in der Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen sind groß. Die sozio-ökonomischen Strukturbedingungen, auf die die Rückwanderer treffen, differieren insgesamt stark.

Die Auswanderung von tausenden von Arbeitskräften nach Westeuropa war in Griechenland im Zeitraum 1961-1971 mit massiven Binnenwanderungsprozessen verbunden, u.a. eine Folge der sich in der Zeit von 1961-1971 zuspitzenden Einkommensunterschiede zwischen Land und Stadt (vgl. Tab.7).

In Wirklichkeit sind die Disparitäten noch schärfer, da darüberhinaus die ländliche Bevölkerung zwischen 1961 und 1971 abnahm (-16,1%), während die städtische Bevölkerung stark zugenommen hat (+28,7%). Die Binnenwanderung führte zu einer wachsenden Konzentration der Bevölkerung in wenigen Zentren (vor al-

Tab.6 Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft 1961 und 1971

Betriebsgröße in Stremma (0,1 ha)	1961		1971	
	%	kumulativ	%	kumulativ
1 - 9	24,1	24,1	21,8	21,8
10 - 29	36,9	61,0	37,1	58,9
30 - 49	20,1	81,1	20,2	79,1
50 - 99	14,9	96,0	15,9	95,0
100 - 199	3,4	99,4	4,1	99,1
200 - 499	0,5	99,9	0,8	99,9
größer 500	0,1	100,0	0,1	100,0

Quelle: Stat. Yearbook 1967, S.154 f., A.PEPELASIS, 1977, S.173, eig. Berechnung

tem in Groß-Athen und in Thessaloniki) und zur Entleerung weiter Landstriche. So wuchs der Anteil der Agglomeration Athen an der Gesamtbevölkerung des Landes von 18% (1951) über 22% (1961) auf 29% (1971), derjenige von Thessaloniki von 6% (1951) über 6,5% (1961) auf über 8% (1971).

Tab. 7 Pro-Kopf-Einkommen auf dem Land und in der Stadt 1961 und 1971 (in Drachmen zu konstanten Preisen 1970)

	1961	1971
Gesamtbevölkerung	17 000	31 415
Ländliche Bevölkerung	10 040	15 770
Städtische Bevölkerung	22 420	39 770
Verhältnis: Einkommen ländliche Bevölkerung/ Einkommen städtische Bevölkerung	44,8	39,6

Quelle: Nationales Stat. Amt, zitiert in A. PEPELASIS 1977, S. 175; eigene Berechnung

Doch zeigt der Konzentrationsprozeß der Bevölkerung in Nord- und Südgriechenland charakteristische Unterschiede. Während sich in Südgriechenland der Bevölkerungsschwerpunkt - er fällt etwa auf die südliche Grenze von Attika und Korinth - in Richtung auf Athen verschoben hat, bleibt er in Nordgriechenland (Epirus, Makedonien, Thrakien) nahezu konstant auf einem Punkt an der östlichen Stadtgrenze von Thessaloniki.

Eine Berechnung der Entwicklung der Standarddistanzen¹⁰⁾ unterstreicht diese Unterschiede:

Tab. 8 Standarddistanzen der Bevölkerung 1951-1971

	Gesamtgriechenland	Südgriechenland	Nordgriechenland
1951	4,9447	4,6658	5,5127
1961	4,8156	4,5000	5,4516
1971	4,5935	4,1821	5,4845

In Südgriechenland hat sich im Zeitraum 1951-1971 der räumliche Konzentrationsprozeß der Bevölkerung verstärkt, während dies im Norden in nur geringem Ausmaß der Fall war. Hier deutet sich zweifellos eine unterschiedliche Dynamik von Norden und Süden an.

In ähnlicher Weise verläuft die Konzentration von Industrie und Gewerbe, die z.B. am Wachsen des industriellen Stromverbrauchs ablesbar ist (vgl. Tab. 9).

Im Zeitraum 1960 bis 1975 hat sich die führende Stellung Zentralgriechenlands (das Groß-Athen einschließt) mit leicht abgeschwächter Tendenz gehalten. Immer noch entfallen über zwei Drittel des industriellen Stromverbrauchs auf den Großraum Athen. Eine deutlich veränderte Stellung nimmt Makedonien ein, hier vor allem bedingt durch die heftige Industrialisierung von Thessaloniki. Die anderen Regionen mit überdurchschnittlichem Wachstum (Epirus und Thrakien) konnten ihren relativen Anteil jedoch kaum vergrößern.

Die großen relativen Unterschiede in der Konzentration und Entwicklung industrieller Arbeitsplätze in Griechenland mit den daraus folgenden regional stark differenzierenden Verdienstmöglichkeiten haben ein Wachsen der Unterschiede im Lebensstandard der Bevölkerung zur Folge, allerdings mit bedeutsamen Eigenheiten. Um die regionalen Unterschiede in der Ausstattung der Bezirke mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und das unterschiedliche Lebensniveau der Bevölkerung in ihrer zeitlichen Entwicklung zu messen, haben wir für die Variablen Ärzte je Einwohner und Stromverbrauch in Privathaushalten je Einwohner den Pearson'schen Variationskoeffizienten berechnet, der in Abhängigkeit von der Standardabweichung die Veränderung in der Streuung der Variablen anzeigt¹¹⁾ (Abb. 1 und 2).

Die regionalen Unterschiede in der Ausstattung mit Ärzten haben sich offensichtlich im Zeitraum 1964-1976 verstärkt, während die regionalen Unterschiede im privaten Stromverbrauch im gleichen Zeitraum abnahmen. Die Elektrifizierung der Haushalte hat in diesem Zeitraum das ganze Land erfaßt und die vorher bestehenden Unterschiede zwischen den städtischen Agglomerationen und weiten Landstrichen ohne oder mit nur geringer Elektrifizierung abgebaut.

Für die Remigranten und ihre regionale Reintegrationsmöglichkeiten ergibt sich aus dem bislang skizzierten Bild der sozio-ökonomischen Bedingungen in den Regionen, daß die - relativ - günstigsten Chancen für eine erfolgreiche Reintegration in den städtischen Räumen zu suchen sind, aber:

- die soziale Entwurzelung der Remigranten würde bei einer Rückwanderung in städtische Räume gefördert, da zu diesen Räumen nur geringe persönliche Bindungen bestehen
- die Agglomerationsnachteile insbesondere in Athen und Thessaloniki würden stärker wachsen (Luftverschmutzung, z.T. katastrophale Wohnverhältnisse, unlösbare Verkehrsprobleme etc.).

Aus der Sicht der sozialen und wirtschaftlichen Regionalentwicklung der ländlichen Räume ist eine pro-

Tab.9 Industrieller Stromverbrauch nach Regionen 1960 und 1975

Regionen	Stromverbrauch				Veränderung in %
	1960		1975		
	abs. (1000 kWh)	%	abs. (1000 kWh)	%	
Zentral- griechenland	679 409	76,7	5 346 980	67,9	+687,0
Peloponnes	68 926	7,8	413 460	5,3	+499,9
Ionische Inseln	1 981	0,2	11 597	0,1	+485,4
Thessalien	42 748	4,8	397 778	5,1	+830,5
Makedonien	77 083	8,7	1 589 002	20,2	+1961,4
Epirus	2 129	0,2	25 099	0,3	+1078,9
Thrakien	868	0,1	12 478	0,2	+1337,6
Ägäische Inseln	7 163	0,8	34 435	0,4	+380,7
Kreta	5 463	0,6	38 068	0,5	+796,8
Total	885 770		7 868 897		+788,4

Quelle: Stat. Yearbook 1961, S.210, 1976, S.262; eig. Berechnung

Abb. 1: VARIATIONSKOEFFIZIENT
Ärzte / Einwohner 1964 - 1976

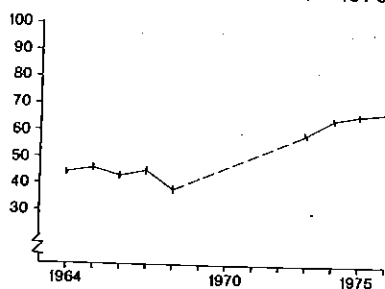
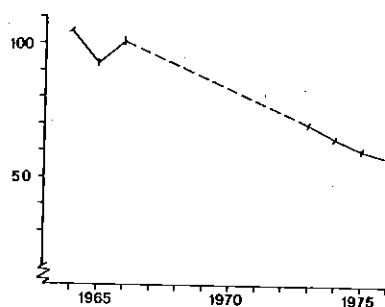


Abb. 2: VARIATIONSKOEFFIZIENT
Stromverbrauch in
Privathaushalten / Einwohner
1964 - 1976



duktive Rückkehr der Rückwanderer in ihre Heimatgemeinden wünschenswert, zumal sie günstige psychologische Voraussetzungen bieten, sind doch die persönlichen Bindungen der einzelnen Rückwanderer an gerade diese Räume, aus denen sie ursprünglich nach Deutschland abwanderten, besonders stark.

Durchführbar erscheint eine produktive Reintegration in ländlichen Räumen allerdings nur, wenn die Unterstützungsmaßnahmen nicht allein auf eine Förderung der Landwirtschaft beschränkt werden, sondern wenn gleichzeitig versucht wird, mit mehr Erfolg als bisher, der Konzentration von nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen auf die wenigen Agglomerationen gegenzusteuern.

3. Die Rückwanderer als "aktive Entwicklungshelfer"?

Bei der Beschäftigung mit der Rückwanderung von Arbeitsemigranten in ihre Heimatländer widmete sich die sozialwissenschaftliche Forschung vor allem der Frage, welche Vor- und Nachteile die Arbeitsemigration für die Entsendeländer bringt. In diesem Kontext stellte die Rückwanderung der Arbeitsemigranten ein wichtiges Glied in der Argumentationskette dar, mit deren Hilfe versucht wurde, die positiven Auswirkungen für den Entwicklungsprozeß der Entsendeländer zu begründen. Nachdem in jüngerer Zeit die sozialen, demographischen und ökonomischen Nachteile der Arbeitsemigration empirisch immer wieder belegt wurden, ist der Entwicklungseffekt der Rückwanderung zur einzig verbliebenen Hoffnung geworden.

Die Hoffnung gründet sich vor allem auf drei Bereiche:

1. Durch ihre jahrelange Spartätigkeit, ihre anspruchslose Lebensweise und ihre ausgeprägte Hoffnung auf eine Verbesserung der sozialen Stellung im Falle einer Rückkehr verfügt die Mehrzahl der Arbeitsemigranten über erhebliche Ersparnisse, die volkswirtschaftlich weitgehend ungenutzt auf Bankkonten in der Bundesrepublik oder in Griechenland ruhen. Eine Einspeisung dieser Gelder in die produktiven Sektoren der griechischen Volkswirtschaft könnte ein Beitrag zur Minderung der typischen Kapitalknappheit der einheimischen Industrie sein.
2. Die Arbeitsemigranten, die mehrheitlich aus ländlichen Räumen stammen, haben durch ihre Tätigkeit in Industriebetrieben der Bundesrepublik Erfahrungen und Kenntnisse mit einer hoch technisierten und hoch produktiven Industriearbeit erworben, die sie befähigen könnten, als Facharbeiter in griechischen Industriebetrieben zu arbeiten und so das zur Steigerung der Produktivität dringend benötigte qualifizierte Personal zu verstärken.
3. Da die Arbeitsemigranten in den Aufnahmeländern gezwungen waren, sich an völlig andersartige soziale und kulturelle Normen und Werthaltungen anzupassen, hofft man, daß sie im Falle einer Rückwanderung zu Trägern des sozialen Wandels in den noch stark traditionell bestimmten ländlichen Herkunftsräumen werden könnten.

Soweit die Hoffnungen. Ihr Realitätsgehalt ist jedoch nach den bisher vorliegenden Befunden eher skeptisch zu beurteilen. Schon 1971 bezeichnete KAYSER die Rückkehrhoffnungen als Mythos¹²⁾ und es scheint so, daß sich inzwischen kaum grundlegende Wandlungen vollzogen haben. Die Gründe sind in einer für die produktive Reintegration fatalen Kombination von Reintegrationshemmnissen in den sozialen und ökonomischen Bedingungen der Herkunftsräume einerseits und in den psychischen Dispositionen der Remigranten andererseits zu suchen.

Folgt man einer Typologie der Rückwanderer, wie sie P.CERASE 1974 für Rückwanderer aus den USA nach Süditalien aus empirischen Befunden entwickelt hat¹³⁾, so lassen sich vier Grundtypen feststellen:

1. Rückwanderer, die nach kurzem Auslandsaufenthalt in die Heimat zurückkehren, weil sie die Anpassungsschwierigkeiten im Zielland nicht meistern konnten. Diese Rückwanderer stellen den Typus der "returnees of failure" dar; Es sind vor allem Menschen aus der Landwirtschaft, die im Aufnahmeland die schlechtesten Tätigkeiten ausgeübt haben und die noch Familie und andere persönliche Bindungen im und an den Herkunftsraum haben. Sie schlüpfen zurück in den heimatlichen Kontext, so als ob sie nie gewandert wären. CERASE rechnet für diesen Typus von Rückwanderern mit einem Auslandsaufenthalt von ein bis fünf Jahren (vgl. P.CERASE 1976, S.327 ff.).
2. Eine zweite Gruppe umfaßt Rückwanderer, die die Anpassungsschwierigkeiten im Aufnahmeland überwunden haben und für einen längeren Zeitraum im Aufnahmeland bleiben. Sie integrieren sich jedoch nicht in die Aufnahmegesellschaft, sondern bleiben

in ihrer Lebensführung und in ihren Bindungen auf die Heimat orientiert, in die sie zurückkehren, sobald sie die notwendigen Ersparnisse für den Haus- oder Landkauf angesammelt haben. Der Kauf eines Hauses oder eines Stücks Land dient in erster Linie der eigenen Statusverbesserung innerhalb der dörflichen Gesellschaft. CERASE nennt diesen Typ "returnee of conservatism", da die Wertorientierung und die Form der Reintegration eben den gesellschaftlichen Kontext zur Voraussetzung hat, aus dem sie einst ausgewandert sind. Ihre Rückkehr stärkt das traditionale Normensystem der Heimatgesellschaft, das von den Rückwanderern selbst durch ihre Form der Reintegration befestigt wird: Eine Statuserhöhung über Hauskauf oder Landwerb setzt den Fortbestand eines Wertsystems voraus, in dem diese Handlungen als statuserhöhend angesehen werden. Für diesen Typ von Rückwanderern rechnet CERASE mit einem Auslandsaufenthalt von 6-15 Jahren.

3. Haben die Auswanderer die Anfangsschwierigkeiten der Anpassung überwunden, sich auch erfolgreich in die neue Umwelt integriert, so wird ein gewisser Teil von ihnen überhaupt nicht mehr zurückwandern. Ein anderer Teil wird sich, wenn er älter geworden ist und die Erinnerungen an die alte Heimat wieder stärker auftreten, zur Rückkehr entschließen, um im scheinbar vertrauten Kreis der alten Freunde und Bekannten den Lebensabend zu verbringen. CERASE nennt diesen Typ "returnee of retirement" mit einer Emigrationsdauer von über 30 Jahren.
4. Schließlich bleibt eine kleine Gruppe von Rückwanderern übrig, die CERASE als "returnee of innovation" bezeichnet und die solche Rückwanderer umfaßt, die sich erfolgreich in der Aufnahmegesellschaft angepaßt haben, eine volle Integration aber nicht erreicht haben. Diese Rückwanderer, voller Innovationsgeist und ökonomisch-rationaler Denkweise, kommen in ihre Heimat zurück, um ein neues Leben aufzufangen. Ihre Präferenzen zielen auf Arbeitsplätze in der Industrie oder auf die Gründung eines eigenen kleinen Geschäftes als Führunternehmer oder in der Verarbeitung von Agrarprodukten. Ihre Aufenthaltsdauer im Ausland legt CERASE auf 16-30 Jahre.

Nach dieser Typologie ist eine Innovationsbereitschaft lediglich von der vierten Gruppe, der "returnees of innovation" zu erwarten. Sie ist zahlenmäßig klein und trifft zudem in den Herkunftsgemeinden auf Strukturen, von denen CERASE sagt: "...we find that their economic structure has undergone relatively very little change..." (vgl. P.CERASE 1974, S.258). In vielen Fällen resultiert daraus eine weitere Wanderung innerhalb des Herkunftslandes, nämlich vom Land in die Stadt, wo sich weniger starke Widerstände gegen die Realisierung der wirtschaftlichen Pläne auftun.

Nun ist die Typologie von CERASE nur bedingt übertragbar auf das binneneuropäische Migrationssystem. Zum einen sind die durchschnittlichen Verweilzeiten im Ausland wesentlich kürzer; auch sind die individuellen Motive der Migranten nach Westeuropa auf ein zeitlich begrenztes Vorhaben mit begrenzten Zielen gerichtet, während die überseeische Emigration in

ihrem jetzigen Entwicklungsstadium eher auf Dauer angelegt ist¹⁴⁾.

Wichtiger erscheint jedoch der Unterschied im rechtlichen und politischen Rahmen dieser Wanderungstypen. Während Erfolg oder Mißerfolg im Falle der überseeischen Emigration in starkem Maße von der individuellen Anpassungsfähigkeit des Migranten abhängen, ist das binneneuropäische Migrationssystem geradezu definiert durch fortgesetzte staatliche Interventionen, die bei der staatlich gesteuerten Anwerbung anfangen, gesetzliche Maßnahmen zur Verweigerung einer vollen Integration im Aufnahmeland umfassen und schließlich in staatlichen "Rückwanderungshilfen" enden, mit denen die mehr oder weniger freiwillige Rückkehr der Arbeitsemigranten gefördert wird.

So ist es z.B. denkbar, daß ein Grieche, der seit 15 Jahren in der Bundesrepublik arbeitet, der seine Familie nachgeholt hat, seinen Kindern eine gute Schulausbildung ermöglicht, im Betrieb unter seinen Kollegen und Vorgesetzten angesehen ist und der noch wenige Jahre in der Bundesrepublik bleiben will, bis er das für die Modernisierung und Vergrößerung des elterlichen Bauernhofes benötigte Geld zusammenspart hat, durch eine rezessionsbedingte längere Arbeitslosigkeit gezwungen werden kann, in seine Heimat zurückzukehren. Ein Arbeitsemigrant also, der alle Chancen hatte, in der Typologie von CERASE ein "returnee of innovation" zu werden. Nun aber muß er in sein Heimatdorf zurückkehren, verbittert - ein "returnee of conservatism"? Mit Sicherheit ein "returnee of failure", der entweder die wahren Gründe für sein Scheitern verdrängt und an ihrer Stelle individuell und sozial akzeptierbare Scheingründe entwickelt; oder aber seine Abschiebung als individuelles Versagen interpretiert und gleichzeitig - in einer Art Überkompensation - die Verhältnisse, die schließlich zu seiner Abschiebung geführt haben, idealisiert und der scheinbar miserablen Wirklichkeit seines Dorfes entgegenhält. Die Folgen sind resignative Reintegration und soziale Selbstisolation. Viele Beobachtungen, die wir während der empirischen Untersuchungen zum Rückwanderungsproblem in Griechenland gemacht haben, deuten darauf hin, daß dieser Fall nicht selten eintritt. Er entzieht sich allerdings den üblicherweise benutzten Befragungsverfahren. Über die psychischen Deformationen, die die Arbeitsemigranten im Zusammenhang mit einer mehr oder minder erzwungenen Rückkehr erfahren, ist bislang so gut wie nichts bekannt. Ihre Einflüsse auf die Art der Reintegration dürften jedoch erheblich sein.

Unsere Beobachtungen werden gestützt durch empirische Befunde zu der Frage, für welche Zwecke die Rückwanderer ihre Ersparnisse nutzen (vgl. auch P.HOMMER u. M.SOYSAL 1979, S.315 ff.). Obereinstimmend wird die Präferenz für wirtschaftlich scheinbar unsinnige Anlageformen hervorgehoben. Da finden sich dann Häuser fernab jeglicher Siedlung, ausgestattet mit allem, was gehobenen mitteleuropäischen Wohnstandards entspricht, wie zwei Toiletten, Badezimmer, breite Veranden mit Holzverschalung im alpenländischen Stil, Garagen etc., allerdings oft ohne Wasseranschlüsse und ohne asphaltierten Zufahrtsweg, so daß im Winter der - meist deutsche - Mittelklassewagen im Schlamm versinkt.

Weiterhin ist in Griechenland der Kauf von Eigentumswohnungen bedeutsam, die als Brautpreis dienen¹⁵⁾ - sie werden vor allem in den größeren Städten wie Thessaloniki oder Athen erworben - und der Kauf langlebiger Konsumgüter wie Fernsehapparate, Wohnzimmereinrichtungen, Elektrogeräte etc. (vgl. I.BAUCIC 1975, S.296).

Der Sinn dieser unproduktiven Geldanlage wird klarer, wenn man sie als "Demonstrationskonsum" begreift, mit dem der Rückwanderer seiner heimatlichen Umwelt den Erfolg seines Auslandsaufenthaltes belegen will. Diesem Zweck dienen vor allem solche Güter, die für Symbole von Modernität, Überfluß und westlicher Lebensart gehalten werden¹⁶⁾.

Die skizzierten Hindernisse für eine produktive Reintegration, die sich aus der psychischen Situation der Rückwanderer ergeben, finden ihre Entsprechung und Reaktion auf der Seite der aufnehmenden Gesellschaft, vor allem der einheimischen Eliten, die mit Neid und Abwehr auf die Rückwanderer reagieren. Da die Eliten aber gleichzeitig in vielen Fällen den Zugang zu Arbeitsplätzen und Investitionen kontrollieren, ist ihre negative Grundhaltung gegenüber den Rückwanderern gleichbedeutend mit einer weiteren Verstärkung von Isolation und Resignation auf Seiten der Rückwanderer.

Das Ergebnis ist in vielen Fällen eine erneute Abwanderung in die anonymere städtische Gesellschaft, ein Selektionsprozeß, durch den wiederum die traditionelle Gesellschaftsstruktur des ländlichen Raumes befestigt wird.

4. Das regionale Verteilungsmuster der Rückwanderung

Vor dem Hintergrund und der regional stark unterschiedlichen sozio-ökonomischen Strukturbedingungen in den potentiellen Aufnahmeräumen steht zu erwarten, daß die praktizierten Formen der Reintegration regional unterschiedlich ausfallen. Die Kenntnis des regionalen Verteilungsmusters der Rückwanderung ist eine wichtige Voraussetzung, um die Rückwanderungsformen und die Reintegrationsprobleme richtig einschätzen zu können.

4.1. Dominanz der Herkunftsräume

Aus dem Charakter der binneneuropäischen Arbeitsemigration als zirkulierender Wanderarbeit folgt zunächst eine enge funktionale Verknüpfung von Herkunftsräumen und potentiellen Zielräumen der Rück-

wanderung. Die während der Abwesenheit im Ausland aufrechterhaltenen persönlichen Bindungen der Arbeitsemigranten an ihre Heimatgemeinden, häufige Besuche in den Ferien etc. bewirken, daß die Herkunftsgemeinden das Erfahrungsfeld bilden, auf dem sich die individuellen Entscheidungen, wohin im Falle einer Rückkehr gewandert wird, abspielen. Zunächst werden in den Heimatgemeinden Häuser gebaut, bestehende Gebäude renoviert und ausgebaut, Verwandte unterstützt, Kontakte zu den lokalen Behörden gepflegt, kurz, die Arbeitsemigranten bleiben rechtlich und auch sozial Bürger ihrer Heimatgemeinden (vgl. Abb.3). Die Folge ist in vielen Fällen, daß die Herkunftsräume (Heimatgemeinden und -bezirke) im Falle einer Rückwanderung zunächst auch wieder aufgesucht werden, soweit eine Bewertung der sozio-ökonomischen Bedingungen dieser Räume eine Niederlassung als aussichtsreich erscheinen läßt.

Abb. 3

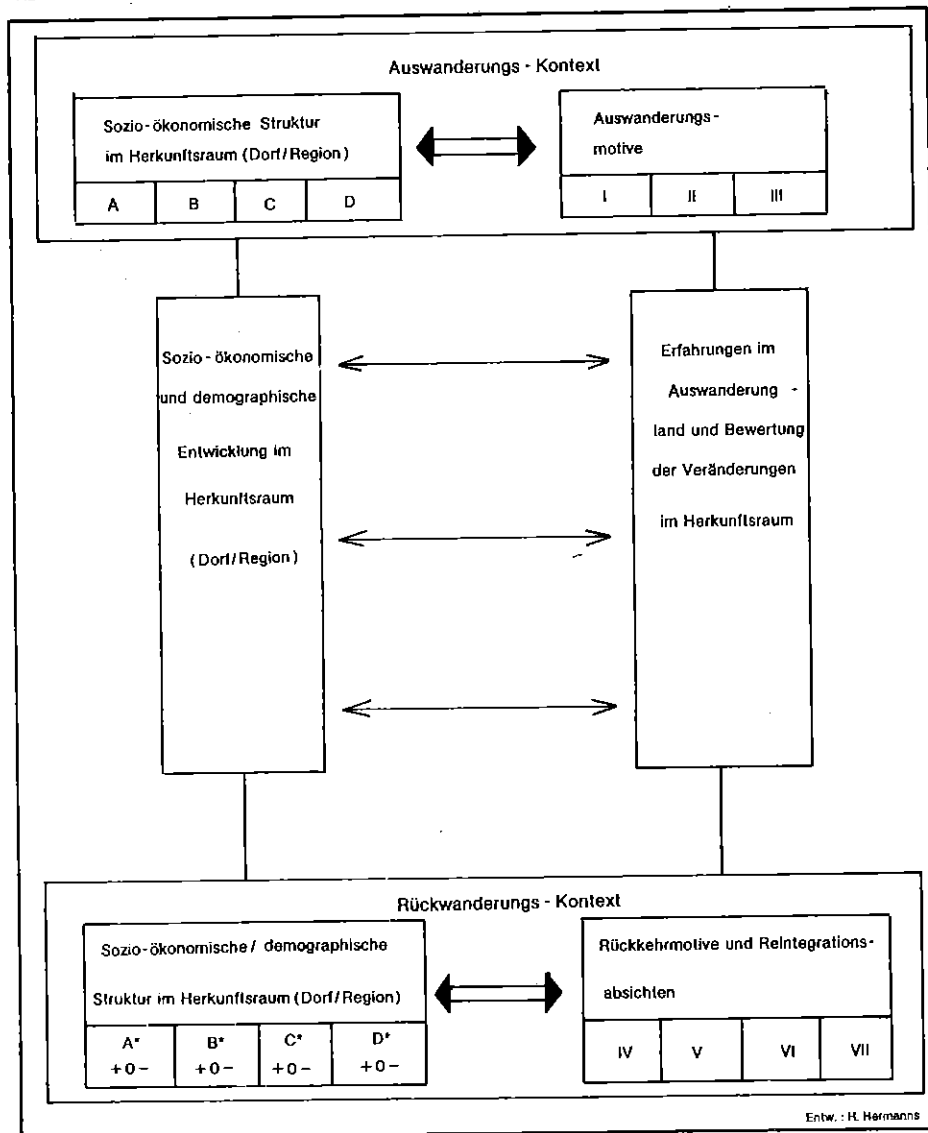


Abb. 4

GRIECHENLAND

Rückwanderung von Griechen
aus dem Ausland nach
Griechenland 1975

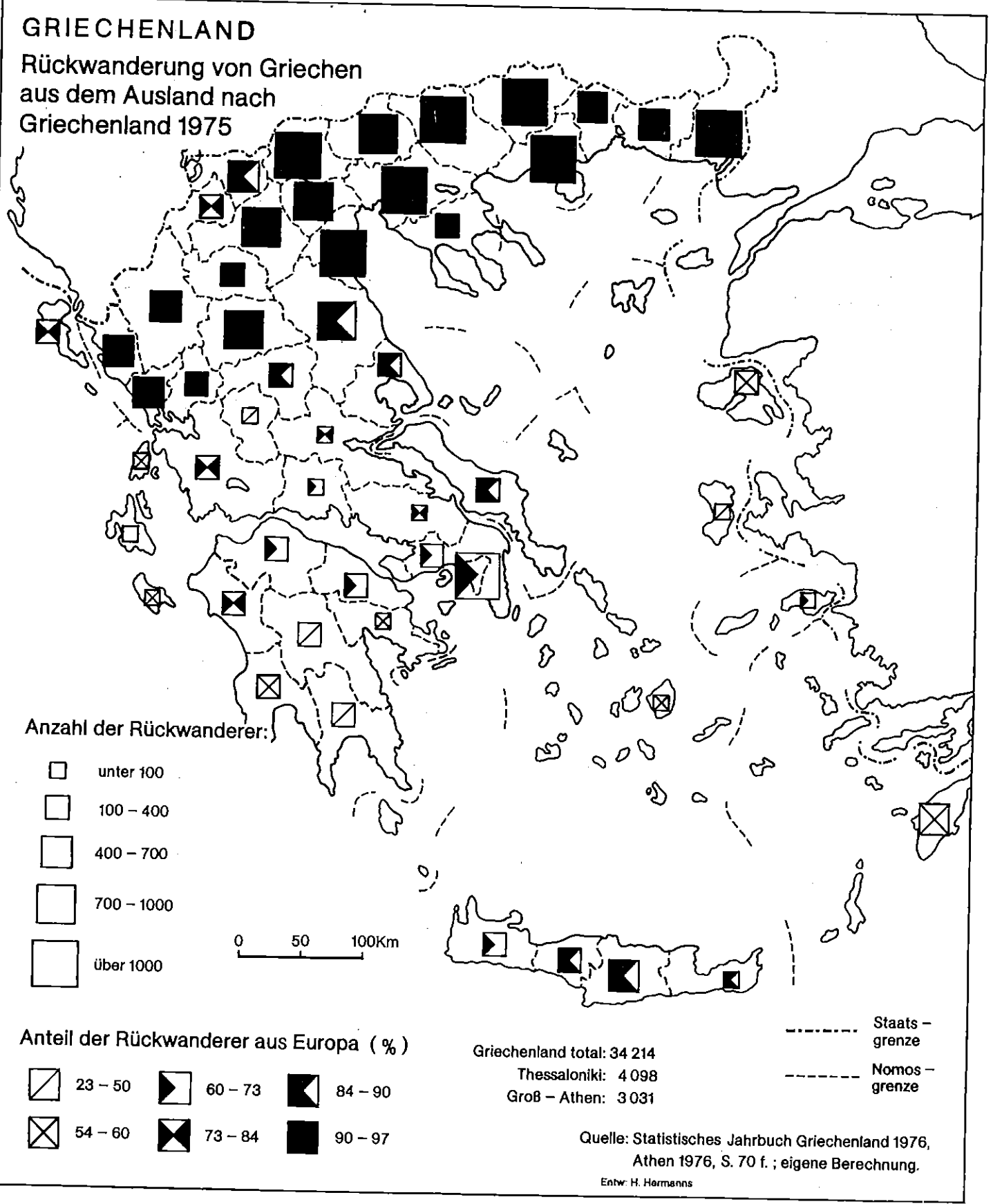
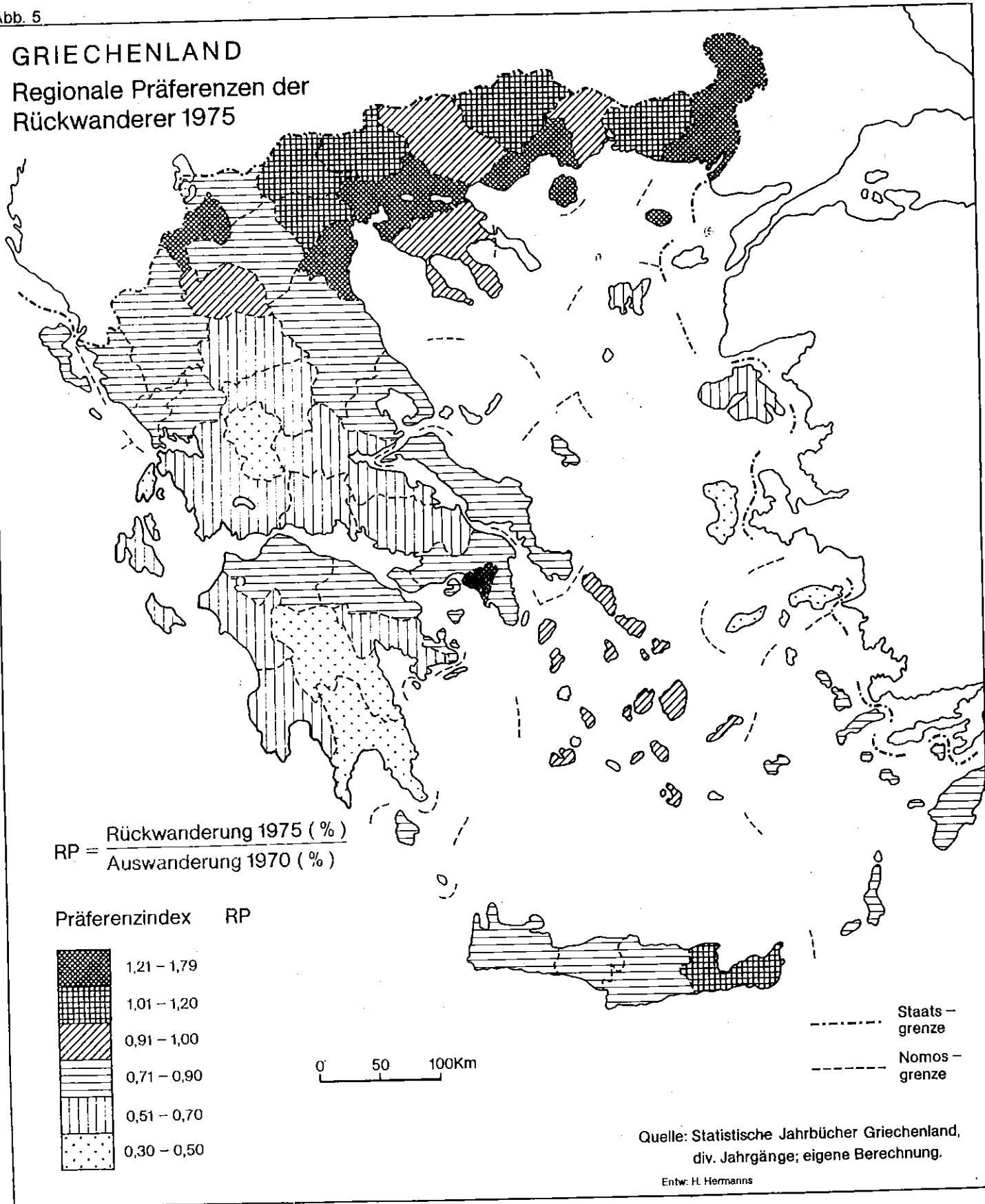


Abb. 5

GRIECHENLAND

Regionale Präferenzen der Rückwanderer 1975



Untersucht man das regionale Verteilungsmuster der Rückwanderung anhand der vom Statistischen Amt Griechenlands veröffentlichten Zahlen, so wird diese Hypothese bestätigt (vgl. Abb. 4 und 5).

Hervorstechend sind die hohen Absolutzahlen in den nordgriechischen Bezirken, allen voran Makedonien und Thrakien, aber auch Epirus. Hier handelt es sich um die Herkunftsräume der binneneuropäischen Arbeitsmigration. Die südlichen Landesteile sind aufgrund ihrer längeren Emigrationstradition eher überseeisch orientiert, ein Faktum, das sich in dem hohen Anteil von Rückwanderern aus Übersee niederschlägt. Die Frage nach der Aufteilung auf Dörfer und Städte läßt sich allerdings noch nicht beantworten. Dafür müssen noch weitere Analysen erfolgen.

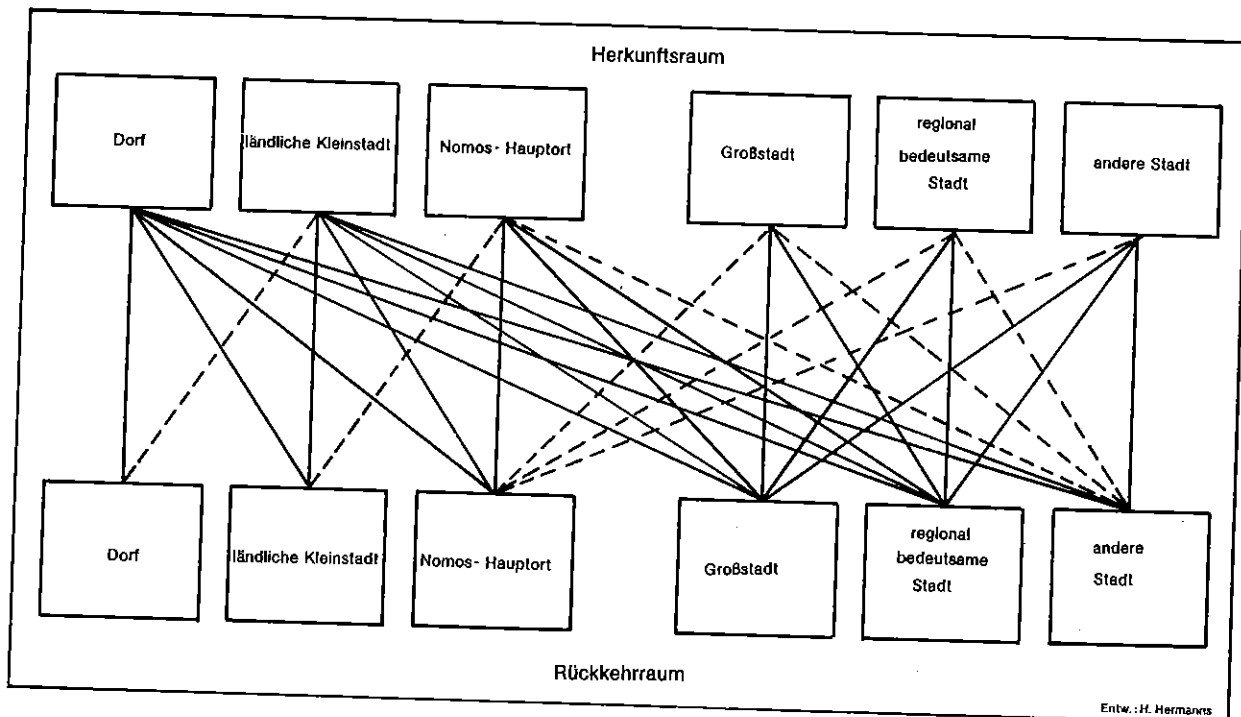
4.2. Stadt oder Land

Die Frage, ob die ländlichen Herkunftsgemeinden, aus denen die Mehrzahl der Arbeitsemigranten ursprünglich abgewandert ist, auch die Mehrzahl der Rückwanderer wieder anziehen können, hat für die Effekte der Rückwanderung auf die Regionalentwicklung erhebliche Bedeutung. Anzunehmen ist, daß die Rückwanderung in ländliche Räume von einer widersprüchlichen Bedingungs-

konstellation bestimmt wird: einerseits stellen die engen persönlichen Bindungen an die Heimatgemeinden einen starken Anziehungsfaktor dar, andererseits kann der lange Aufenthalt in städtischer Umgebung während der Arbeitstätigkeit in Westeuropa eher eine Präferenz für städtische Räume begründen. Hinzu kommen die für eine innovative oder produktive Reintegration hinderlichen sozio-ökonomischen und sozialen Bedingungen in den Herkunftsgemeinden, so daß selbst im Falle einer anfänglichen Niederlassung im Heimatdorf nach einiger Zeit häufig doch die Abwanderung in eine Stadt erfolgt.

Faßt man die möglichen Raumbeziehungen zwischen Auswanderungs- und Rückwanderungskontext systematisch zusammen (vgl. Abb.6), so kann eine eindeutige Asymmetrie in Richtung städtischer Räume erwartet werden: zum einen kehrt die zahlenmäßig kleine Gruppe derjenigen, die ursprünglich aus einer Stadt abgewandert sind, entweder in die gleiche Stadt oder aber in eine andere Stadt zurück, wobei angenommen werden kann, daß sich eine in der Siedlungsgrößenordnung nach oben gerichtete Tendenz ergeben wird; zum zweiten werden solche Rückwanderer, deren Reintegration in Siedlungen des ländlichen Raumes (Dörfer und ländliche Kleinstädte) nicht erfolgreich verläuft oder erst gar nicht versucht worden ist, sich ebenfalls in einer größeren Siedlung niederlassen¹⁷⁾.

Abb. 6:



Tab.10 Rückwanderung und Siedlungsgröße 1975

Region	Siedlungsgröße			städtisch			halb-städtisch			dörflich		
	(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
Groß-Athen	100	100	1,00	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zentralgriechenland + Euböa	27,4	27,0	1,01	22,5	27,2	0,83	50,1	45,8	1,09			
Peloponnes	35,4	29,8	1,19	11,6	12,4	0,93	53,0	57,8	0,92			
Ionische Inseln	19,1	17,0	1,12	13,9	17,4	0,80	67,0	65,6	1,02			
Epirus	13,6	23,7	0,57	5,5	8,2	0,67	80,9	68,1	1,19			
Thessalien	28,9	35,8	0,81	13,6	15,8	0,86	57,5	48,4	1,19			
Makedonien	38,6	46,0	0,84	10,8	15,0	0,72	50,6	39,0	1,30			
Thrakien	23,4	29,4	0,79	8,8	12,7	0,69	67,8	57,9	1,17			
Agäische Inseln	31,1	24,8	1,25	23,1	21,9	1,05	45,8	53,3	0,86			
Kreta	36,0	33,5	1,07	9,9	10,7	0,92	54,1	55,8	0,97			

(1) - Anteil der Remigranten 1975 in den Siedlungsgrößenklassen (%)

(2) - Anteil der Bevölkerung 1971 in den Siedlungsgrößenklassen (%)

(3) - Attraktivitätskoeffizient (1) : (2)

Quelle: Stat. Jahrbuch 1976, S. 20 und 67; eig. Berechnung

Vergleicht man die Verteilung der Gesamtbevölkerung von 1971 mit der der Rückwanderer 1975 auf die Siedlungsgrößen städtisch, halb-städtisch und dörflich¹⁸⁾, so ergibt sich das in Tab. 10 dargestellte Bild.

Der siedlungsgrößenbezogene Attraktivitätskoeffizient weist bei dörflichen Siedlungen vor allem in den Regionen Makedonien (1,30), Epirus (1,19), Thessalien (1,19) und Thrakien (1,17) stark positive Werte auf. Das bedeutet, daß dort ein über dem Bevölkerungsanteil liegender Anteil der Rückwanderer in Dörfer zurückkehrt. Da es sich bei diesen Regionen um typische Herkunftsräume der Arbeitsemigration handelt und hier der Anteil der Rückwanderer aus Westeuropa besonders hoch ist, läßt sich schließen, daß im Falle der Rückwanderung von Arbeitsemigranten aus Westeuropa die Dörfer als Rückwanderungsziele attraktiv sind. Die städtischen Siedlungen dagegen sind vor allem in den südgriechischen Regionen und den Inseln bevorzugte Rückwanderungsziele. Hier aber liegt der Anteil der Rückwanderer aus Übersee bedeutend höher als im Norden, so daß die direkte Stadtrückwanderung ein Kennzeichen von überseeischen Rückwanderern zu sein scheint. Jedoch hat die Analyse zwei Schwächen: erstens reicht die regionale Differenzierung nach Regionen noch nicht aus, um das tatsächliche regionale Verteilungsmuster auf Bezirks- und sogar auf Gemeindeebene abschätzen zu können; zweitens geben die Zahlen lediglich das Bild zum Zeitpunkt des Grenzübertritts wieder, bei dem die einreisenden Rückwanderer nach ihren Zielen in Griechenland gefragt werden.

Ob sie sich tatsächlich dort niederlassen, darüber geben diese Zahlen keinen Aufschluß. Es ist anzunehmen, daß viele Rückwanderer beim Grenzübertritt einfach ihren Heimatort, in dem sie Bürgerrecht und eine Adresse haben, angeben, ohne Rücksicht auf ihre tatsächlichen Ziele. Ein Teil ist u.U. noch unentschlossen und fährt zunächst in den Heimatbezirk. Dies ist überdies notwendig, um dort die Arbeitslosenunterstützung für eine Übergangszeit von 6 Monaten empfangen zu können, außerdem wird die Rentenabfindung ebenfalls über die Heimatbezirke abgewickelt.

Darüber hinaus ergeben sich, wenn man den Zusammenhang von Siedlungsgröße und Rückwanderung nach Altersgruppen differenziert untersucht, erhebliche Abweichungen von dem oben skizzierten Verteilungsmuster (vgl. Tab. III-VI im Anhang):

- In der Altersgruppe der 15-44-jährigen läßt sich in den nordgriechischen Regionen Epirus, Makedonien und Thrakien ein überproportionaler Anteil der Rückwanderer in dörflichen Siedlungen nieder. Dagegen sind die dörflichen Siedlungen auf den Agäischen Inseln, in Kreta und auf dem Peloponnes vor allem für ältere Rückwanderer (über 44 Jahre) bevorzugte Orte der Niederlassung. Da es sich hierbei um die klassischen Herkunftsräume der überseeischen Emigranten handelt, steht zu vermuten, daß die aus Übersee zurückkehrenden Griechen sich an ihrem Lebensabend bevorzugt wieder in Dörfern niederlassen.
- Auffällig ist die Präferenz für nicht-dörfliche Siedlungen in den Herkunftsregionen in der Altersgruppe über 44 Jahre. Hierin spiegelt sich die Tatsache wider, daß ältere Arbeitsemigranten, die in der Regel einer längeren Aufenthalt in Westeuropa hinter sich haben, ihre entsprechend höheren Ersparnisse günstiger in Städten anlegen können (in Form

von Häusern, Wohnungen, Geschäften etc.) und für ihr in Westeuropa erworbenes Anspruchsniveau bezüglich Arbeits- und Lebensbedingungen im städtischen Milieu offensichtlich bessere Voraussetzungen finden.

Zusammenfassend läßt sich für das regionale Verteilungsmuster der Rückwanderung auf der Ebene der Regionen feststellen, daß sich erhebliche alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede im Zielverhalten ergeben, je nachdem um welchen Typus von Wanderungen es sich handelt: Im Falle der überseeischen Migration, deren Rückwanderungsräume in Südgriechenland liegen, strebt ein überproportionaler Anteil der älteren Rückwanderer überproportional die Städte aufsuchen. Das Verteilungsmuster in der Altersgruppe (Rückwanderungsräume in Nordgriechenland) die älteren Rückwanderer überproportional die Städte aufsuchen; Das Verteilungsmuster in der Altersgruppe der 15-44jährigen ist hingegen umgekehrt: Im Falle der Rückwanderung gehen Arbeitsemigranten überproportional in Dörfer, während Rückkehrer aus Übersee die Städte bevorzugen.

4.3. Empirische Befunde aus dem Nomos Drama

Um die regionale Verteilung der griechischen Rückwanderer und damit ihre mögliche Auswirkung auf die Regionalentwicklung im Detail zu untersuchen, wurde im Herbst 1977 in acht ausgewählten Gemeinden des Nomos Drama (Ost-Makedonien) der Auswanderungs- und Rückwanderungsprozeß anhand der Gemeinderegister analysiert¹⁹). Insgesamt wurden 3 983 Emigrations- und 1 437 Remigrationsfälle erfaßt. Die Untersuchungsgemeinden unterscheiden sich hinsichtlich ihrer agrarstrukturellen und demographischen Gegebenheiten deutlich voneinander. Sie sind repräsentativ für die in diesem Gebiet vorkommenden Gemeindetypen. Die in den Beispielgemeinden gewonnenen empirischen Befunde können deshalb für den jeweiligen Gemeindetyp im wesentlichen generalisiert werden: für die Tabakanbaugemeinden des östlichen und westlichen Beckenrandes wurden die Beispielgemeinden Kokkinógeia, Kýria, Plataniá und Ypsēlĕ Ráchē ausgewählt, für die Berggemeinden die Ortschaften Granītēs und Libaderōn und für die Ebenengemeinden die Orte Sitagroí und Fōtolĭbos.

Wie aus Tab. 11 ersichtlich, wurden zu einem frühen Zeitpunkt der Bevölkerungsabwanderung ins Ausland vor allem die Tabakgemeinden von der Auswanderungswelle erfaßt, die insgesamt (incl. Binnenabwanderung) Bevölkerungsverluste zwischen 46 % und 39 % hinnehmen mußten. Zwar liegt die negative Bevölkerungsentwicklung bei den Berggemeinden noch höher (Libaderōn:

60 %), doch ist hier die Abnahme überwiegend Resultat der Binnenwanderung. Dagegen sind die Gemeinden in der Ebene in der Anfangsphase der Arbeitsemigration wenig betroffen. Sie werden von der Auswanderungswelle erst um 1964/65 erfaßt.

Tab.11 Kenndaten zur Bevölkerungsstruktur der Untersuchungsgemeinden

Gemeinde	Bev.1961 am Ort	Bev.1971 am Ort	Veränderung 1961-1971
Tabakgemeinden			
Kýria	4 076	2 448	- 39,1
Plataniá	1 479	802	- 45,8
Ypsēlĕ Ráchē	805	507	- 37,0
Kokkinógeia	1 912	1 138	- 40,5
Berggemeinden			
Granītēs	191	103	- 46,1
Libaderōn	359	143	- 60,2
Ebenen-Gemeinden			
Sitagroí	1 078	836	- 22,4
Fōtolĭbos	2 095	1 820	- 13,1
Nomos Drama	121 006	91 009	- 24,8

Quelle: Bevölkerungszählungen 1961 und 1971; eig. Berechnung

Tab.12 Kenndaten zur Entwicklung der Landwirtschaft in den Untersuchungsgemeinden

	Entwicklung der LN 61-71	Entwicklung d.Getreide- fläche 64-73 (ohne Mais)	Entwicklung d.Betriebe 61-71
	%	%	%
Tabakgemeinden			
Kýria	- 28,6	+ 85,1	- 41,5
Plataniá	- 5,1	+ 16,8	- 54,1
Ypsēlĕ Ráchē	- 1,8	+ 41,5	- 35,9
Kokkinógeia	+ 1,7	+ 58,3	- 53,3
Berggemeinden			
Granītēs	- 33,3	kein Getreide- bau	- 41,7
Libaderōn	- 77,9	kein Getreide- bau	- 57,0
Ebenengemeinden			
Sitagroí	- 9,5	- 19,7	- 26,1
Fōtolĭbos	+ 6,3	- 13,0	- 15,5

Quelle: Agrarzählung 1961; Landwirtschaftsamt Drama, unveröff. Daten; eig. Berechnung

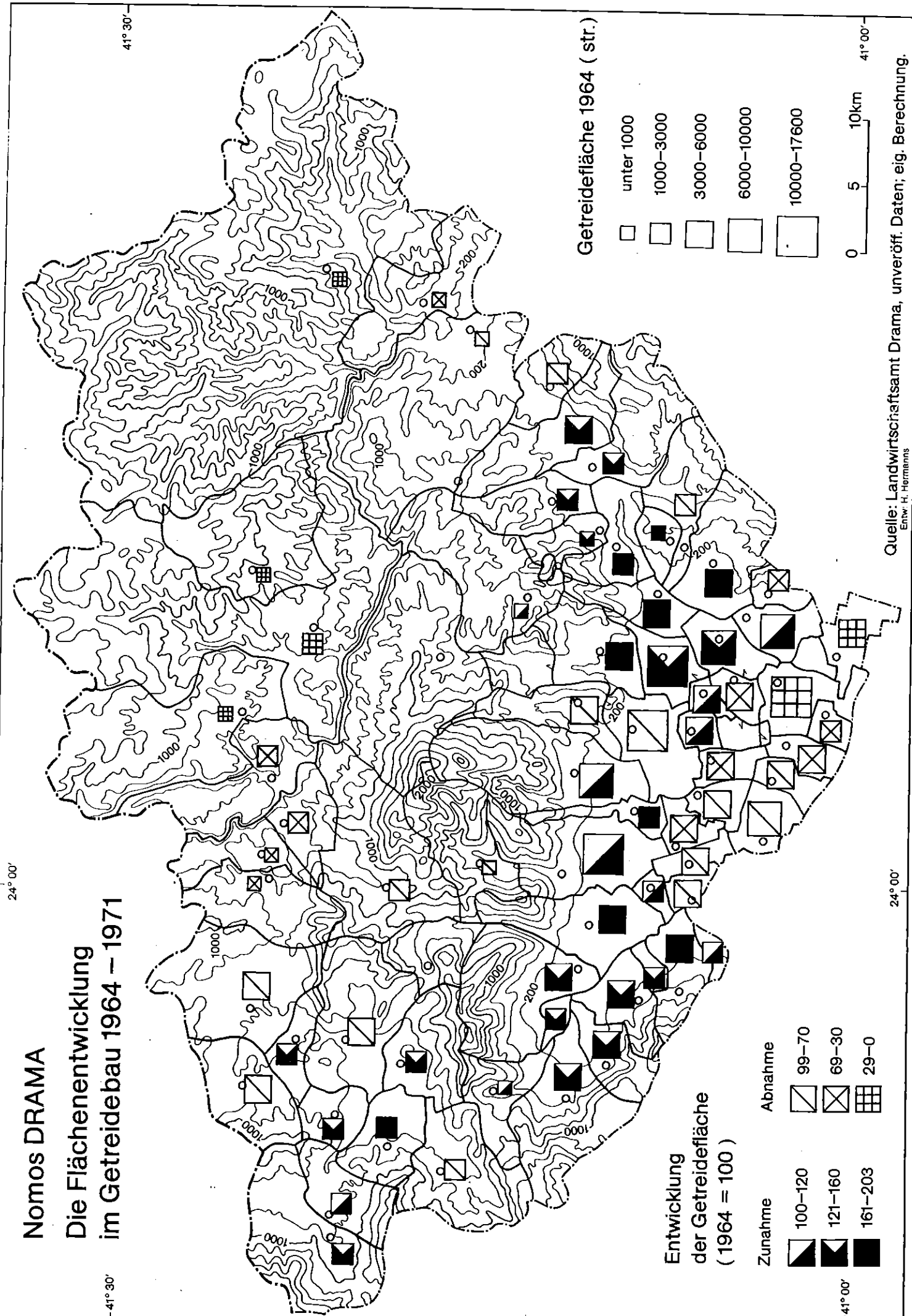
Der massive Abzug von Menschen im erwerbsfähigen Alter- insgesamt haben im Zeitraum 1960-1973 41 149 Personen den Nomos in Richtung Ausland verlassen, von denen ein Teil allerdings mehrmals ausgewandert und wieder zurückgekehrt ist- hat einschneidende Auswirkungen auf die Landwirtschaft des Bezirkes gehabt (vgl. Tab. 12). Die von der Abwanderung besonders stark betroffenen Tabakgemeinden zeigen eine deutliche Zunahme der Getreideflächen, eine Folge des wachsenden Arbeitskräftemangels, der zu einer Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion führte (vgl. Abb. 7 und 8).

Die Analyse des Rückwanderungsprozesses in den Untersuchungsgemeinden macht deutlich, daß zwischen den Gemeinden erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Charakters von Auswanderung und Rückwanderung sowie in der regionalen Zielwahl bestehen.

1. Das Verhältnis von Ausgewandertenzahl und Rückwandererzahl in den Gemeinden ist unterschiedlich: Während in den Berggemeinden und den Tabakgemeinden nur zwischen 34% und 35% der Ausgewanderten wieder nach Griechenland zurückgekehrt sind, liegt dieser Wert bei den Ebenengemeinden bei 44%. Das bedeutet, daß in solchen Gemeinden, in denen die Verdienstmöglichkeiten in der Landwirtschaft, der einzigen wirtschaftlichen Basis dieser Gemeinden, nach wie vor schlecht sind (Fortbestand der Auswanderungsgründe) oder aber sich sogar verschlechtert haben (Folge der Auswanderung), die große Mehrheit der Ausgewanderten noch nicht zurückgekehrt ist, während die Auswanderer aus den agrarisch günstiger ausgestatteten Ebenengemeinden zu einem erheblichen Teil bereits wieder zurückgekommen sind.
 2. Auch in der Emigrationsdauer finden sich deutliche Unterschiede: Rückwanderer aus den Ebenen- und Berggemeinden waren zu rund einem Drittel nur kurz in Deutschland (5 Jahre und weniger), während dies bei den Rückwanderern aus den Tabakgemeinden nur 15% waren. Im Gegensatz dazu sind aus den Ebenengemeinden nur 25% der Rückwanderer länger als 10 Jahre im Ausland gewesen, während dieser Wert bei den Tabakgemeinden 45% erreicht. Mit anderen Worten: Bewohner aus den Tabakgemeinden sind früher nach Deutschland abgewandert, länger dort geblieben und zu einem geringeren Anteil wieder zurückgekehrt als die Bewohner der Ebenengemeinden. Es steht zu vermuten, daß die Abwanderer aus den Tabakgemeinden unmittelbar ökonomischen Zwängen gefolgt sind, deren Ursachen nach wie vor fortbestehen oder sich sogar verstärkt haben, so daß eine Rückkehr wenig attraktiv erscheint, während die Rückwanderer aus den agrarisch günstigeren Ebenengemeinden nur mittelbar aus ökonomischen Zwängen heraus abgewandert sind, der Herkunftsraum während der Abwesenheit durchaus attraktiv blieb und eher wieder aufgesucht wurde, wenn sich dort günstige Lebensbedingungen anboten.
 3. Hinsichtlich der Zielwahl bei der Rückwanderung ergeben sich besonders folgenreiche Unterschiede zwischen den Gemeindetypen: Rückwanderer aus den Ebenengemeinden sind zu 65% wieder in ihre Heimatorte zurückgekehrt; bei den Tabakgemeinden erreicht dieser Wert 44% und bei den Berggemeinden 26%. Den Bezirkshauptort Drama (1971 30 627 E.) bevorzugen besonders Rückwanderer aus den Berggemeinden (59%), während sich aus den Tabakgemeinden 12% und aus den Ebenengemeinden 3% in Drama niedergelassen haben. Der hohe Wert für die Berggemeinden erklärt sich aus der Tatsache, daß durch seit langem bestehende Binnenwanderung die Rückwanderer in Drama viele persönlichen Kontakte besitzen (Familienangehörige etc.), die dort eine Integration erleichtern. Die großen Städte Thessaloniki und (nachrangig) Athen wurden vor allem von Rückwanderern aus den Tabakgemeinden (23%) und aus den Ebenengemeinden (28%) gewählt. Aus den Berggemeinden ließen sich nur 7% in den Großstädten nieder.
4. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Zielwahl und Emigrationsdauer, so zeigt sich, daß die Heimatorte vor allem von solchen Rückwanderern gewählt werden, die nur für kurze Zeit im Ausland weilten, während mit wachsender Emigrationsdauer die Großstädte attraktiver werden, ein Zusammenhang, der sich bereits auf der Ebene der Regionen andeutete. Mit längerer Emigrationsdauer scheint die Abneigung gegen eine Reintegration in den traditionellen gesellschaftlichen Kontext der Heimatgemeinden zu wachsen.
- Zusammenfassend läßt sich für den Charakter der Rückwanderung und die regionale Zielwahl sagen: Nur die Gemeinden der Ebene mit günstigeren Verdienstmöglichkeiten in der Landwirtschaft ziehen eine Mehrheit der Rückwanderer wieder an, so daß nur hier in nennenswertem Umfang Entwicklungseffekte erwarten werden könnten. Die übrigen Gemeinden (Tabak- und Berggemeinden) können auch bei Rückwanderung die erlittenen Bevölkerungsverluste nur beschränkt ausgleichen. Ihre Rückwanderer gehen zu einem hohen Prozentsatz für die Entwicklung der Gemeinden verloren. Da aber, in absoluten Zahlen ausgedrückt, die Anzahl der am Migrationsprozeß Beteiligten aus den Ebenengemeinden gering ist und zudem die Vermutung nahe liegt, daß hinter der durchschnittlich kürzeren Emigrationsdauer aus diesen Gemeinden sich ein Typus von Rückwanderern verbirgt, der in der Typologie von CERASE als "returnee of failure" bezeichnet wird, von dem keine innovativen Impulse für den sozialen Wandel in den Heimatgemeinden erwartet werden kann, dürfte der tatsächliche Entwicklungsbeitrag dieser Rückwanderer in den Ebenengemeinden geringer als erhofft sein. Eine Überprüfung soll weiter unten am Beispiel der in der Ebene liegenden Gemeinde Sitagroí erfolgen.
5. "Produktive" Reintegration in der Landwirtschaft?
- Die Rückwanderer, die in ihre Heimatgemeinde zurückkehren, können, wenn sie überhaupt wieder erwerbstätig werden, im wesentlichen nur in der Landwirtschaft aktiv werden, da außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze außerhalb der Städte nur in ganz geringer Zahl vorhanden sind und die Aufnahmekapazität der Dörfer für Handels- und Dienstleistungsbetriebe naturgemäß sehr gering ist. Sie treffen aber in der Landwirtschaft ihrer Heimatdörfer auf Voraussetzungen, die einer produktiven Reintegration wenig förderlich sind. Neben den allgemeinen Strukturschwächen, wie sie weiter oben für

Nomos DRAMA

Die Flächenentwicklung im Getreidebau 1964 – 1971



41° 30'

24° 00'

41° 30'

41° 00'

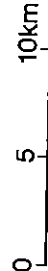
24° 00'

Entwicklung
der Getreidefläche
(1964 = 100)

Zunahme	Abnahme
100-120	99-70
121-160	69-30
161-203	29-0

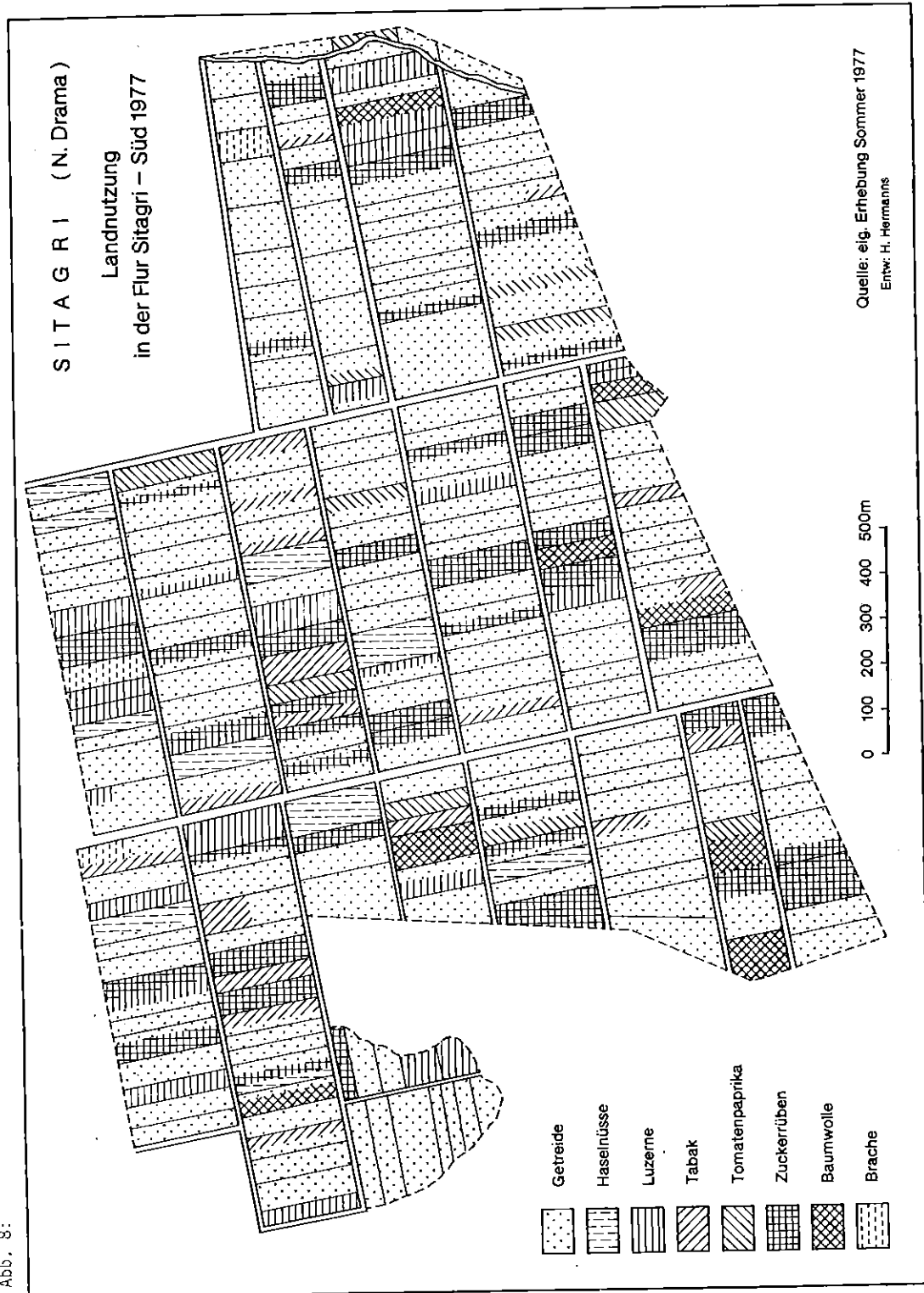
Getreidefläche 1964 (str.)

	unter 1000
	1000-3000
	3000-6000
	6000-10000
	10000-17600



Quelle: Landwirtschaftsamt Drama, unveröff. Daten; eig. Berechnung.
Entw. H. Hermanns

Abb. 8:



die Landwirtschaft Griechenlands skizziert wurden, treten in den von der Arbeitsemigration besonders betroffenen Räumen einige weitere Strukturschwächen auf, die als Folge der Arbeitsemigration zu einer Vertiefung der ursprünglichen Emigrationsursachen geführt haben:

- Dominanz arbeitsextensiver Landnutzungen als Folge des Arbeitskräftemangels;
- geringe Bodenmobilität, da der Landbesitz für die noch im Ausland weilenden Dorfbewohner als eine Art Rückversicherung für den Fall beibehalten wird, daß sie gezwungen sind, Deutschland zu verlassen; ein Zusammenhang im Übrigen, an dem deutlich wird, welche unmittelbaren Auswirkungen die Politik der Integrationsverweigerung in der Bundesrepublik auf die Entwicklungschancen der Herkunftsdörfer der Arbeitsemigranten hat. Wenn Land veräußert wird, so nur zu sehr hohen Preisen, während bei Pachtland aufgrund der kurzfristigen Pachtzeiten besonders extensive Nutzungen festzustellen sind.

Eine Erläuterung der hinderlichen Strukturbedingungen in der Landwirtschaft sei am Beispiel der Gemeinde Sitagroï gegeben. Sitagroï ist eine Gemeinde, die in vielen Punkten eine ähnliche Struktur und damit ähnlich Rahmenbedingungen für eine Reintegration rückkehrender Gastarbeiter aufweist wie die als Beispiel untersuchte Gemeinde Epitálion bei Pyrgos im W-Peloponnes (vgl. C.LIENAU 1975, 1976).

Die Gemeinde Sitagroï liegt ca. 11 km südwestlich des Hauptortes Drama an der Hauptstraße, die Drama mit dem Nachbarbezirk Serres verbindet. Das Dorf wurde nach 1923 auf dem Gebiet des ehemaligen Minaret Tschiftliks mit der Ansiedlung von 200 Familien gegründet, die im Zuge des zwangsweisen Bevölkerungsaustausches zwischen Griechenland und der Türkei aus dem türkischen Schwarzmeergebiet zugewandert waren. Der Ort hatte 1971 836 Einwohner. Neben der Landwirtschaft gibt es keine nennenswerten Verdienstmöglichkeiten.

1963 wurde in der östlichen Flurhälfte eine Flurberreinigung durchgeführt. Sie war verbunden mit der Anlage eines Bewässerungsnetzes, so daß die für die griechische Landwirtschaft typischen Strukturmängel Besitzersplitterung und mangelnde Bewässerungsmöglichkeit hier nicht mehr gegeben sind.

Tab. 13 Betriebsgrößenstruktur 1977 in Sitagroï

Größe in stremma	Anzahl der Betriebe abs.	%
0 - 10	30	12,0
11 - 29	200	80,0
30 - 50	45	18,0

Quelle: Landwirtschaft Drama, unveröff. Daten

Die Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Sitagroï 1977 zeigt das absolute Vorherrschen von Kleinstbetrieben (unter 3 ha) mit einem Anteil von 92%. Bei der geringen durchschnittlichen Betriebsgröße sollte man erwarten, daß die kleinen Flächen in einer besonders intensiven Weise landwirtschaftlich genutzt werden. Das Gegenteil ist der Fall: wie die Auswertung der Landnutzung von 90, in einer Zufallsstichprobe gewählten Betrieben ergab, dominiert ähnlich wie in Epitálion/Peloponnes (LIENAU 1975 und 1976) im Bereich der bereinigten Flur der Getreidebau (vgl. Tab. VII im Anhang). Dieses erstaunliche Ergebnis erklärt sich daraus, daß im Getreidebau bei geringem Arbeits-Input ein zwar minimales, aber gesichertes Geldeinkommen erwirtschaftet werden kann, da das Getreide zu Garantiepreisen vom Staat aufgekauft wird. Der in größerem Maße von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt abhängige Tabakanbau (in Sitagroï der als Fülltabak Verwendung findende Kaba-Koulak) nimmt nur einen ganz kleinen Teil der LN der Betriebe ein, ebenso der für den Export bestimmte Tomatenpaprika-Anbau, der zwar einen guten Geldertrag bringt, jedoch nach Auskunft der Bauern noch zu stark von Schädlingsbefall und Wittereinflüssen beeinträchtigt wird. Ein gesichertes Einkommen kann aus dem Anbau von Zuckerrüben gewonnen werden, für die mit der Zuckerfabrik in Xanthi Anbauverträge bestehen. Mais und Luzerne dienen in erster Linie als Futtermittel für die wenigen Rinder und Schweine, die jeder Betrieb hält.

Auffallend in der Flur von Sitagroï, aber auch in anderen Gemeinden des Beckens von Drama, sind die Haselnuß-Plantagen, die in unserer Stichprobe immerhin 7% der LN einnehmen. Die Haselnußkulturen sind typisch für Gebiete mit massiver Arbeitskräfteabwanderung. Sie erfordern eine hohe Anfangsinvestition, die mit Ersparnissen aus der Arbeit im Ausland aufgebracht werden können, sichern nach einigen Jahren einen regelmäßigen und guten Geldertrag und haben gleichzeitig einen niedrigen Arbeits-Input. Im Nomos Drama hat die Haselnuß in größerem Umfang erst nach 1965 Einzug gehalten, zu einem Zeitpunkt, als die Auswanderung ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Bei den geringen Betriebsgrößen der landwirtschaftlichen Betriebe in Sitagroï und bei gleichzeitiger Abwesenheit eines großen Teils der Bevölkerung (insgesamt haben 206 Personen den Ort in Richtung Ausland verlassen) könnte man vermuten, daß die am Ort befindlichen Betriebe ihre Nutzflächen durch Zupacht erheblich vergrößern könnten. In unserer Stichprobe waren 34,8% der Betriebsflächen Pachtland. Doch untersucht man die Frage, ob sich die Nutzungsmuster auf Pacht- und Eigenland unterscheiden, so zeigt sich, daß auf

Pachtland das Land noch extensiver genutzt wird als auf Eigenland: vorherrschend ist Getreideanbau mit einem Anteil von 61,5% (vgl. Tab VII im Anhang).

Von den 206 insgesamt ausgewanderten Bewohnern von Sitagroí waren im September 1977 95 Personen zurückgekehrt (46%), davon 54 (57%) in den Ort. Von den am Ort lebenden Rückwanderern betätigten sich zum Untersuchungszeitpunkt 10 Personen als Landwirte. Die landwirtschaftlichen Betriebe, deren Eigentümer oder nahe Verwandte in Deutschland gearbeitet haben, zeigen jedoch hinsichtlich ihrer Landnutzung keine besonderen Abweichungen gegenüber den Betrieben ohne Einfluß der Arbeitsemigration. Limitierender Faktor für eine intensivere Nutzung ist in beiden Fällen das in den Spitzenbedarfszeiten verfügbare Arbeitskräftepotential. Es kann durch die Beschäftigung von Tagelöhnern nur in begrenztem Umfang ausgedehnt werden, weil die zu zahlenden Löhne (800 - 1000 Drs. pro Tag für Männer) durch die hohen Einkommen vor allem in der Bauwirtschaft ein Niveau erreicht haben, das den Einsatz von Tagelöhnern unwirtschaftlich macht. Stattdessen begnügen sich die Betriebe in beiden Fällen mit einer Einschränkung der arbeitsintensiven Kulturen und einem Ausbau des Getreidebaus.

Die Flächen, deren Eigentümer sich noch in Deutschland aufhalten oder die außerhalb von Sitagroí in einem anderen Ort Griechenlands wohnen, werden entweder von Familienangehörigen - im Regelfall von den Eltern - mitbewirtschaftet oder aber verpachtet. In beiden Fällen herrschen arbeitsexensive Landnutzungen vor.

Zusammenfassend zeigt das Beispiel Sitagroí, daß für eine produktive Reintegration der Rückwanderer die ökonomischen Voraussetzungen in der Landwirtschaft nicht förderlich sind, daß zum anderen aber auch das konkrete Verhalten der Rückwanderer als Ausfluß ihrer individuellen Motive eher als ein nahtloses, wenig Änderung bewirkendes "return of failure" (nach der Typologie von CERASE) erscheint, denn als ein Beitrag zur Innovation. Der letzte Aspekt ist von besonderer Bedeutung, weil er darüber Auskunft geben kann, welche Chancen Rückwanderungsprogramme und Reintegrationshilfen in der Landwirtschaft haben. Bedenkt man, daß für viele Rückwanderer die Erwerbstätigkeit nach der Rückkehr eine eher marginale Bedeutung hat, da sie in ihrer Lebensführung, nur beschränkt von Einkommen aus Erwerbstätigkeit abhängen, so läßt sich abschätzen, daß selbst bei günstigeren strukturellen Voraussetzungen von den Rückwanderern nur geringe Bereitschaft zur Innovation erwartet werden kann. Eine ähnliche Beobachtung wird im übrigen aus jugoslawi-

schen Betrieben berichtet, die mit Hilfe von Gastarbeiterkapital gegründet wurden und in denen Rückwanderer mit ihrer Investition das Recht auf einen Arbeitsplatz erworben haben. Hoher Krankenstand, häufige Fehlzeiten und geringe Arbeitsproduktivität beeinträchtigen eine optimale Nutzung der Betriebe. Sie erklären sich aus dem vorherrschenden Interesse der Rückwanderer an Kranken- und Sozialversicherung. Die Mehrzahl verfügt über so hohe Ersparnisse, daß sie auf den Verdienst aus der Fabrikarbeit nicht angewiesen ist²⁰). Die Mehrzahl der von uns befragten Landwirte in den Untersuchungsgemeinden des Nomos Drama berichtete, daß sie eine Arbeit in Fabriken vorziehen würde, vor allem wegen der geregelten Arbeitszeit und der gesicherten Krankenversicherung!

6. "Produktive" Reintegration außerhalb der Landwirtschaft?

Die Untersuchungen zur Reintegration von Rückwanderern in die Landwirtschaft ihrer Heimatgemeinden zeitigte wenig optimistisch stimmende Ergebnisse. Nun wandert die zahlenmäßige Mehrheit der Rückwanderer entweder direkt oder nach einer kurzen Zwischentappe in die Städte, um dort an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen zu arbeiten. Zu fragen ist, welche Erwerbstätigkeit sie dort aufnehmen und wie sie ihre Ersparnisse nutzen.

Die Antwort soll anhand dreier Fallbeispiele gegeben werden, da systematische und statistisch abgesicherte Ergebnisse für Griechenland bislang nur wenig vorliegen.

Fall 1

G.K., 43 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, wohnhaft in Drama. G.K. ist 1963 aus dem Dorf Exoché an der bulgarischen Grenze nach Deutschland ausgewandert und hat insgesamt 12 Jahre im Raum Stuttgart gearbeitet, zuerst als Hilfsarbeiter in einer Maschinenfabrik. Durch den Besuch von Abendkursen verbesserte er seine Berufsqualifikation, so daß er einen besser bezahlten Arbeitsplatz in einer Pumpenfabrik in E. bekommen konnte. Nach 2 Jahren Aufenthalt in Deutschland holte er seine Frau nach, die Arbeit als Putzfrau fand. Seine Kinder sind in Deutschland aufgewachsen. 1975 ging er nach Griechenland zurück, wie er sagt, mit der Absicht, nach einem längeren Aufenthalt in Griechenland wieder in seine alte Firma zurückzukehren. Da aber die Papiere "verloren gegangen sind", konnte er nicht zurück und ließ sich in Drama nieder. Dort bewohnt er heute eine kleine Dreizimmerwohnung zur Miete. Von seinen Ersparnissen kaufte er einen "halben" Bus, den er zusammen mit einem Kollegen, der die andere Hälfte gekauft hat, im Wechsel fährt. Nach seinen Angaben verdient er gut, doch auf die Frage, was denn im Falle einer größeren Reparatur mit dem Bus passieren würde, zieht er die Augenbrauen hoch: man wird sehen. Seine Wohnung ist mit Möbeln aus Deutschland ausgestattet: eine Schrankwand, ein Kaufhausbild, Nierentisch und mächtige Polstersessel. Er erzählt begeistert von Deutschland, seinem guten Kontakt zu den Vorgesetzten und hofft, daß sein "Chef" es bald schafft, für ihn eine Ausnahmegenehmigung zu bekommen, damit er wieder nach Deutschland

zurückkehren kann. Auf die Frage, warum er nicht mit seiner Berufsqualifikation in der modernen Papier- und Kartonagenfabrik von Drama arbeitet, zuckt er mit den Achseln und meint: "Da mußst du Beziehungen haben, wenn du niemand kennst...".

Fall 2

P.S., 47 Jahre, verheiratet, ein Sohn, wohnhaft in einem Dorf am östlichen Rand der Ebene von Drama. P.S. wanderte 1961 nach Deutschland aus, nachdem der elterliche Bauernhof in Not geraten war, weil die Tabakernte nicht verkauft werden konnte. P.S. arbeitete zunächst in mehreren Betrieben als angelernter Arbeiter, fand dann eine Arbeit als Friseur im Stuttgarter Hauptbahnhof, wo er insgesamt 12 Jahre tätig war. Er kehrte 1976 nach Griechenland zurück, weil er, wie er sagt, genügend gespart hatte und sich in seinem Heimatdorf eine neue Existenz aufbauen konnte. Außerhalb des Dorfes auf eigenem Land, auf dem früher Tabak angebaut wurde und das nun brach liegt, baute er eine große Diskothek - mit 400 Sitzplätzen, Innenhof, modernster Ton- und Lichttechnik etc.. Die Geräte und Einrichtungsgegenstände sind aus Deutschland importiert und in Eigenarbeit installiert. Er ist stolz auf seine Firma, die nach seinen Aussagen eine der besten Diskotheken in ganz Ost-Makedonien ist, in die die Gäste an Wochenenden selbst aus Kavalla kommen. Er betreibt die Diskothek als Familienbetrieb, seine Frau bedient, sein Sohn legt die Platten auf und er sieht nach dem Rechten. Gleichzeitig besitzt er noch einen Mähdrescher, mit dem er in der Erntezeit im Lohnrusch ein zusätzliches Einkommen erwirtschaftet. Er scheint mit seinem Leben zufrieden zu sein, eine Rückkehr nach Deutschland kommt für ihn nicht in Frage, höchstens als Tourist, um seine Bekannten in Stuttgart zu besuchen.

Fall 3

Eine deutsche Kleiderfabrik, 8 km außerhalb von Drama, einziger Industriebetrieb am Ort, in der 80 Frauen in einer niedrigen Baracke an Nähmaschinen, die gebraucht aus Deutschland herangebracht wurden, Kleidungsstücke zusammennähen, die zugeschnitten aus der Bundesrepublik angeliefert werden und nach der Fertigstellung wieder in die Bundesrepublik transportiert werden. Der Betriebsleiter berichtet, daß die Vorarbeiter und ein Stamm von Näherinnen früher in Deutschland gearbeitet haben. Er ist mit ihrer Arbeit sehr zufrieden, weil sie ein wenig Deutsch verstehen und an deutsche Arbeitsnormen und an deutsches Arbeitstempo gewöhnt sind und so ihren Kolleginnen ein gutes Vorbild sein können. Die Frauen selbst sind ebenfalls mit der Arbeit zufrieden. Sie bringt zusätzliches Bargeld in die Familienkassen, die außerdem noch aus Erträgen der Landwirtschaft gespeist wird. Die Tatsache, daß sie nicht kranken- und sozialversichert sind, stört sie nicht. Die Möglichkeit, überhaupt Geld verdienen zu können, wiegt mehr.

7. Schlußbetrachtung

Die empirischen Befunde aus den Gemeinden des Nomos Drama und die anderen vorliegenden Erkenntnisse über die Formen der Reintegration von rückwandernden Gastarbeitern lassen die Erwartung, die Gastarbeiter könnten als eine Art Entwicklungshelfer den Entwicklungsprozeß ihrer Heimatländer beschleunigen, als wenig begründet erscheinen. Dies gilt in besonderem

Maße für die Entwicklung der Rückkehrgemeinden. Im gesamtstaatlichen Maßstab lassen sich noch am ehesten Belege für die Richtigkeit der Erwartung finden. Bei den Individuen sind Enttäuschung, Unzufriedenheit und soziale Entwurzelung festzustellen. Auf gesellschaftlicher Ebene lassen sich Vergeudung von finanziellen und menschlichen Ressourcen konstatieren. Diese Kombination droht in wachsendem Maße zu einem sozialen und politischen Sprengsatz zu werden. Hier sind gezielte und verstärkte Maßnahmen zur Unterstützung der rückwandernden Gastarbeiter dringend geboten, sowohl von Seiten der griechischen Regierung als auch und in erster Linie von Seiten der deutschen Regierung, deren Land über viele Jahre hinweg einseitig einen Nutzen aus der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern gezogen hat. Sinnvoller erscheint allerdings eine Änderung der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik. Solange die in der Bundesrepublik noch anwesenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien durch eine Politik der Integrationsverweigerung von ihrem heimatlichen wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund abhängig bleiben, wird der Entwicklungsprozeß dort behindert und blockiert. Es ist an der Zeit, die Tatsache anzuerkennen, daß nach 19 Jahren Arbeitskräfteimport die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden ist, und es sind die rechtlichen und politischen Konsequenzen daraus zu ziehen, nicht zuletzt im Interesse der Heimatländer.

Zusammenfassung

Die Rückwanderung griechischer Gastarbeiter wird als ein Beispiel sozio-ökonomischer Fremdsteuerung der Herkunftsräume dargestellt. Mit empirischen Belegen aus Gemeinden des ostmakedonischen Nomos Drama wird das regionale Verteilungsmuster der Rückwanderung sowie spezifische Reintegrationshemmnisse, denen die Rückwanderer in ihren Heimatgemeinden begegnen, analysiert und im Hinblick auf die Frage geprüft werden, ob die Rückwanderer als aktive Entwicklungshelfer zu einer Beschleunigung des Entwicklungsprozesses ihrer Heimatländer beitragen können. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist überwiegend negativ. Verstärkte staatliche Hilfsmaßnahmen für die rückwandernden Gastarbeiter erscheinen dringend geboten, nicht zuletzt von Seiten der deutschen Bundesregierung.

Summary

The remigration of greek migrant workers from West Germany to their home country is analyzed as an example of socio-economic determination of the regional development by the sending countries. The regional pattern of remigration within Greece and the difficulties for a productive reintegration in the rural sending areas are demonstrated by empirical evidence from communities in the Nomos of Drama (E-Macedonia). The question, whether the returning migrants can play an active role in the developing process of their home areas, is denied and further help by government programs for a successful reintegration of the returnees is demanded.

Περίληψη

Ο έπαναπατρισμός Έλλήνων Έργατών εξετάζεται σαν ένα παράδειγμα ξενοκίνητου κοινωνικο-οικονομικού χειρισμού των χώρων προέλευσής των.

Με βάση εμπειρικά στοιχεία από Κοινότητες του Νομού Δράμας στην Ανατολική Μακεδονία αναλύεται το πρότυπο της τοπικής κατανομής των έπαναπατριζόμενων καθώς και τα ιδιαίτερα εμπόδια της επανενομάτωσης, τα οποία συναντούν οι έπαναπατριζόμενοι στις ιδιαίτερες πατρίδες τους. Το όλο θέμα εξετάζεται επίσης κάτω από την προοπτική του αν οι έπαναπατριζόμενοι σαν δραστηριοποιημένα στοιχεία μπορούν να συμβάλουν σε μια επιτάχυνση των διαδικασιών ανάπτυξης στις πατρίδες των.

Τα κύρια συμπεράσματα αυτών των Έρευνών είναι αρνητικά. Ένισχυμένα λοιπόν μέτρα βοήθειας για τους έπαναπατριζόμενους Έργατες όχι μόνο από τη πλευρά του Έλληνικού Κράτους αλλά κ' απ' αυτή την Όμοσπονδιακή Κυβέρνηση θεωρούνται έπειγόντως αναγκαία.

Anmerkungen

- 1) Eine allgemeine Wanderungstheorie, die sich am Gleichgewichtsparadigma der struktur-funktionalistischen Soziologie orientiert, entwirft G. ALBRECHT 1972. Eine Anwendung dieses Paradigmas auf die Einwanderung von Arbeitskräften findet sich bei HOFFMANN-NOWOTNY 1973.
- 2) Aus der Fülle der Literatur, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Gastarbeiterwanderungen auf die Entsendeländer beschäftigt, seien einige - vor allem kritische - Arbeiten angeführt: H. HARBACH 1976, S. 190 ff., R. LOHRMANN u. K. MANFRASS (Hg.) 1974, G.P. TAPINOS 1974, S. 186 ff., G. SCHILLER 1971.
- 3) Den Aspekt der Abwälzung von Produktionskosten der importierten Arbeitskräfte auf die Entsendeländer stellte P. CINANNI 1970 in den Mittelpunkt seiner Kritik.
- 4) Die Schweiz praktiziert derzeit eine andere Variante der Rotation: die Arbeitskräfte erhalten nur noch für acht Monate eine Aufenthaltserlaubnis und müssen dann bis zum nächsten Jahr in ihre Heimatländer zurückkehren. Diese rigideste Form der Wanderarbeit, die saisonale Pendelwanderung, vereinigt alle Vorteile auf der Seite des Aufnahmelandes, während die Folgekosten für das Aufnahmeland minimiert werden. Ähnlich auch schon in der Frühzeit der Arbeitskräftewanderungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich im Ausgang des 19. Jahrhunderts, vgl. R. BECKER, G. DÜRR u. K.-G. TJADEN 1971, S. 741 ff.
- 5) Einen Gesamtüberblick über die Geschichte der Deformation Südosteuropas findet sich bei L.S. STAVRIANOS 1958; die zwangsweise Öffnung des Osmanischen Reiches für westliche Fertigwaren und die daraus resultierenden Unterentwicklungsprozesse werden dargestellt bei H. KESKIN 1978, S. 11 - 24 und bei N. MOUZELIS 1978, insbes. S. 3 - 12.
- 6) Zum Selbstverstärkungseffekt vgl. N. ABADAN-UNAT et al. 1976, S. 384; D. BARTELS 1968, S. 313 ff.; die im Zuge der Auswanderung rasch auftretende Arbeitskräfteverknappung wird für Griechenland dokumentiert bei A. PEPELASIS 1963. Der gleiche Autor hatte 1962 noch einen Arbeitskräfteüberschuß in der griechischen Landwirtschaft konstatiert.
- 7) Die Untersuchungen werden von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert. Ihr sei an dieser Stelle für die Unterstützung gedankt.
- 8) vgl. Befragung ausländischer Arbeitnehmer durch das baden-württembergische Sozialministerium, Frankfurter Rundschau vom 21.8.79. Ähnliche Ergebnisse zeigte die umfangreiche Befragung griechischer Gastarbeiter, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden ist (schriftl. Mitteilung).
- 9) Wir folgen hier im wesentlichen G. SPENTSAS 1978, S. 81 ff.; W. HELLER u. F. SAUERWEIN 1979; D. GERMIDIS u. M. NEGREPONTI-DELIVANIS 1975.
- 10) Die Standarddistanz ist ein normiertes Streuungsmaß, mit dessen Hilfe sich die Gleichmäßigkeit räumlicher Verteilung und ihre Veränderungen im Zeitvergleich beurteilen lassen. Sie ist definiert als die Wurzel aus der mittleren quadratischen Entfernung der Punkte von ihrem arithmetischen Mittelzentrum (vgl. G. BAHRENBERG u. E. GIESE 1975, S. 50).
- 11) vgl. G. BAHRENBERG u. E. GIESE 1975, S. 43; ein Anwendungsbeispiel findet sich bei S.R. SACKS 1976, S. 59 ff.
- 12) B. KAYSER 1971, S. 121 ff.; ähnlich auch I. BAUCIC 1975, S. 111: "So wie die Wanderung heute vor sich geht, gesteuert vom Eigennutz der ökonomisch stärkeren und besser organisierten Partner, sind die Fehler, die von den Wanderarbeitern selbst gemacht werden, und die unzulängliche, schlecht organisierte Wiedereingliederung in das Wirtschaftsgefüge ihrer Heimat kennzeichnend."
- 13) P. CERASE 1974, S. 245 ff. Eine Zusammenfassung der Typologie von CERASE findet sich bei R. KING 1978, S. 178.
- 14) In der Frühphase der griechischen Auswanderung nach Amerika lassen sich ähnliche Merkmale feststellen. Ein Großteil der Auswanderer verließ Griechenland mit begrenzten Zielen und kehrte nach wenigen Jahren zurück, vgl. TH. SALUTOS 1956.
- 15) Gleichzeitig ist bei Befragungen die Mehrheit der griechischen Rückwanderer (62 %) für die Abschaffung des Brautpreises; vgl. T.A. COLLAROS u. L.M. MOUSSOUROU 1978, S. 55.
- 16) Da diese Güter häufig im Entsendeland nicht produziert werden, führt die Nachfrage nach dergleichen Gütern zu einem steigenden Import aus den Industrieländern, so daß die Zahlungsbilanzeffekte der Rückreisen gemindert werden; vgl. M. NIKOLINAKOS 1971, S. 782 ff.
- 17) vgl. auch H. ALVAREZ 1967, zit. nach R. KING 1978, S. 177. Das Modell der Raumbeziehungen von ALVAREZ verknüpft die Geburtsorte der Emigranten (A), die letzten Aufenthaltsorte vor der Auswanderung (B) sowie die Orte der Niederlassung nach der Rückwanderung (C):
 - (1) $A = B, B = C$: der Fall eines Migranten, der aus seinem Geburtsort ausgewandert ist und in diesen zurückkehrt ist;
 - (2) $A = B, B \neq C$: der Fall des Migranten, der zwar aus seinem Geburtsort ausgewandert ist, jedoch in diesen nicht zurückkehrt;
 - (3) $A \neq B, A = C$: der Fall eines Migranten, der vor der Auswanderung in einen anderen Ort seines Landes gewandert ist, nach der Auswanderung jedoch wieder in seinen Geburtsort zurückkehrt ist;
 - (4) $A \neq B, B = C$: der Fall eines Migranten, der in den Ort, aus dem er ins Ausland abgewandert ist und der nicht sein Geburtsort ist, zurückkehrt;
 - (5) $A \neq B, B \neq C$: der Fall eines Migranten, der vor seiner Auswanderung einen Ortswechsel vorgenommen hat und der nach seiner Rückkehr aus dem Ausland in einen anderen Ort zurückkehrt.
- 18) städtisch: Siedlungen mit 10.000 u.m. Einwohnern
 halbstädtisch: Siedlungen mit mehr als 2.000 und weniger als 10.000 Einwohnern
 dörflich: Siedlungen mit weniger als 2.000 Einwohnern
- 19) Zum Verfahren vgl. B. KAYSER, P.-Y. PECHOUX u.

- 19) (Forts.)
 M. SIVIGNON 1971. Die Auswertung der Gemeinde-register erfolgte mit wesentlicher Unterstützung der Ratsschreiber und Bürgermeister in den Untersuchungsgemeinden. Ihnen sei besonders herzlich gedankt.
 Eine neuere Arbeit zur Rückwanderung griechischer Gastarbeiter ist die Dorfstudie von E. KOLODNY 1979.
- 20) mündliche Mitteilung von Prof. BAUCIĆ, Zagreb.
- Literatur
- ABADAN, N.:
 Le non-retour à l'industrie, trait dominant de la chaîne migratoire turque. *Sociologie du Travail* 14, 1972, S. 278 - 293.
- ABADAN-UNAT, N.; KELES, R.; PENNINX, R. et al.:
 Migration and development. A study of the effects of international labor migration on Bogazliyan District. Ankara o.J. (1976).
- ALBRECHT, G.:
 Soziologie der geographischen Mobilität. Stuttgart 1972.
- ALLAYA, M.:
 Essai d'analyse des facteurs explicatifs de l'émigration internationale des travailleurs dans le Bassin Méditerranéen. *Options Méditerranéennes* 1973, Nr. 22, S. 27 - 41.
- ALVAREZ, H.:
 Return migration to Puerto Rico. Berkeley 1967.
- BAHRENBERG, G.; GIESE, E.:
 Statistische Methoden und ihre Anwendung in der Geographie. Stuttgart 1975.
- BARTELS, D.:
 Türkische Gastarbeiter aus der Region Izmir. *Erdkunde* 22, 1968, S. 313 - 324.
- BAUCIĆ, I.:
 The effects of emigration from Yugoslavia and the problems of returning workers. *European Demographic Monographs* 2. Den Haag 1972.
- BAUCIĆ, I.:
 Internationale Migration - ein Negativfaktor bei der wirtschaftlichen Integration. *Europäische Rundschau* 1975, 4, S. 105 - 112.
- BAUCIĆ, I.:
 Die jugoslawische Auswanderung im Lichte des Nord-Süd-Konfliktes. In: LEGGIEWIE, C.; NIKOLINAKOS, M. (Hrsg.): *Europäische Peripherie. Die Dritte Welt, Sonderheft*. Meisenheim/Glan 1975, S. 286 - 301.
- BECKER, R.; DÖRR, G. und TJADEN, K.-H.:
 Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus. *Das Argument* 13, 1971, H. 9/10, S. 741 - 756.
- BERGER, H.; HESSLER, M. und KAVEMANN, B.:
 "Brot für heute, Hunger für morgen". Landarbeiter in Spanien. Frankfurt/M. 1978, S. 76 ff.
- BÖHNING, W.R.:
 The differential strength of demand and wage factors in intra-European labour mobility. *International Migration* 8, 1970, S. 193 - 202.
- BÖHNING, W.R.:
 Some thoughts on emigration from the Mediterranean Basin. *International Labour Review* 111, 1975, S. 251 - 277.
- BOTSAS, E.N.:
 Emigration and capital formation: the case of Greece. *Balkan Studies (Thessalonike)* 10, 1969, S. 127 - 134.
- CERASE, P.:
 Expectations and reality: a case study of return migration from United States to Southern Italy. In: *International Migration Review (New York)* 8, 1974, S. 245 - 262.
- CERASE, P.:
 Su una tipologia di emigranti ritornati: il ritorno di investimento. *Studi Emigrazione* 10, 1976, S. 327 ff.
- CINANNI, P.:
 Emigration und Imperialismus. Zur Problematik der Arbeitsemigranten. München o.J. (ca. 1970).
- COLLAROS, T.A. u. MOUSSOUROU, L.M.:
 The return home. Athen 1978.
- FRÜBEL, F.; HEINRICHS, J. u. KREYE, O.:
 Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek 1977.
- GALTUNG, J.:
 Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: SENGHAAS, D. (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt*. Frankfurt/M. 1972.
- GERMIDIS, O. u. NEGREPONTI-DELIVANIS, M.:
 Industrialisation, Employment and Income Distribution in Greece. A case study. Paris: OECD 1975.
- GRIFFIN, K.:
 On the emigration of peasantry. In: *World Development* 4, 1976, 5, S. 353 - 361.
- HARBACH, H.:
 Internationale Schichtung und Arbeitsmigration. *rororo Studium Sozialwissenschaften*, Bd. 99. Hamburg 1976.
- HEINEMEIJER, W.F.; AMERSFOORT, J.M.M.VAN; ETTEMA, W. et al.:
 Weggaan om te blijven - Een onderzoek naar de gevolgen van Gastarbeid op het marokkaanse platteland. *Sociaal-Geografisch Instituut, Universiteit van Amsterdam Publikatie no. 2*. Den Haag 1976.
- HELLER, W. u. SAUERWEIN, F.:
 Industrialisierung Griechenlands. *Ztschr. f. Wirtschaftsgeographie* 23, 1979, 1, S. 1 - 10.
- HERMANN, H.; LIENAU, C. u. WEBER, P.:
 Arbeiterwanderungen zwischen Mittelmeerländern und den mittel- und westeuropäischen Industrieländern. Eine annotierte Auswahlbibliographie unter geographischem Aspekt. München, New York, London, Paris 1979.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.J.:
 Zur Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Stuttgart 1973.
- HOMMER, P. u. SOYSAL, M.:
 Investitionsverhalten ausländischer Arbeitnehmer in ihrem Heimatland. Die Türkei als Beispiel. *Geographische Rundschau* 31, 1979, S. 315 - 318.
- KAYSER, B.:
 Mythes et réalités de l'émigration. *Espaces et Sociétés* Nr. 4, 1971, S. 121 - 129.
- KAYSER, B.; PÉCHOUX, P.-Y. u. SIVIGNON, M.:
 Exode rural et attraction urbaine en Grèce. Athen 1971.

- KESKIN, H.:
Die Türkei. Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat - Werdegang einer Unterentwicklung. Berlin o.J. (1978).
- KING, R.:
The evolution of international labour migration movements concerning the E.E.C. Tijdschr. v. econom. en soc. Geogr. 67, 1976, S. 66 - 82.
- KING, R.:
Return migration, a neglected aspect of population geography. Area 10, 1978, S. 175 - 182.
- KOLODNY, E.:
Neokaisaria (Pièrie): Exemple d'émigration massive récente à partir d'un village de Macédoine Occidentale vers l'Allemagne Fédérale. Aix-en-Provence 1979.
- KRUSE, A.:
Internationale Wanderungen. In: Handwb. d. Sozialwiss. Bd. 11, 1961, S. 503 - 523.
- KRUSE, A.:
Der Deutsche Arbeitsmarkt und die Gastarbeiter. In: Schmollers Jahrbuch 86, 1966, S. 423 - 434.
- LEGGEWIE, C. u. NIKOLINAKOS, M.:
Europäische Peripherie. Zur Frage der Abhängigkeit des Mittelmeerraumes von Westeuropa. Tendenzen und Entwicklungsperspektiven. Die Dritte Welt, Sonderheft. Meisenheim am Glan 1975.
- LIENAU, C.:
Mehrfachnutzung von Land und Mischkulturen im westlichen Peloponnes als Ausdruck der sozio-ökonomischen Situation. In: Atti del Convegno internazionale "I Paesaggi Rurali Europei", Perugia, 7-12 Maggio 1973. Perugia 1975, S. 331 - 339.
- LIENAU, C.:
Bevölkerungsabwanderung, demographische Struktur und Landwirtschaftsform im W-Peloponnes. Gießener Geographische Schriften Heft 37. Gießen 1976.
- LOHRMANN, R. u. MANFRASS, K. (Hrsg.):
Ausländerbeschäftigung und internationale Politik. Zur Analyse transnationaler Sozialprozesse. Schriften des Forschungsinstitutes der dt. Ges. f. ausw. Politik e.V. Bonn 35. München/Wien 1974.
- MAGGANARA, I.:
Die Rückkehr griechischer Auswanderer. In: Neue Horizonte, Juli-August 1973, S. 59 - 66.
- MOUZELIS, N.:
Modern Greece. Facets of underdevelopment. London 1978.
- NIKOLINAKOS, M.:
Zur Frage der Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern. Das Argument 13, 1971, S. 782 - 799.
- NIKOLINAKOS, M.:
Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus. Reinbek 1973.
- PANGALOS, T.G.:
Die Grenzen des Ausschlußcharakters der abhängigen kapitalistischen Entwicklung: Der Fall Griechenland. In: LEGGEWIE, C. u. NIKOLINAKOS, M. (Hrsg.): Europäische Peripherie, 1975.
- PEPELASSIS, A.:
Labor shortages in Greek agriculture 1963 - 1973. Athen 1963.
- PEPELASSIS, A.:
The structure of Greek agriculture and the expected impact upon entering the Community. In: La Grèce et la Communauté: Problèmes posés par l'adhésion. Colloque organisé les 5 et 6 mai 1977 par l'Institut d'Études européennes. Bruxelles 1978.
- PULS, W.W.:
Gastarbeiter oder Einwanderer? Geogr. Rundsch. 27, 1975, S. 49 - 60.
- RONNEBERGER, F.:
Allein zwischen Familie und Umwelt. Südosteuropa-Mitteilungen 16, 1976, S. 19.
- SACKS, S.R.:
Regional inequality in Yugoslav industry. The Journal of Developing Areas 11, 1976, S. 59.
- SALUTOS, Th.:
They remember America. The story of the repatriated Greek-Americans. Berkeley 1956.
- SCHAHBAZIAN, K. u. WILKE, H.:
Bewußtseinsselemente türkischer Arbeiter in der BRD. Das Argument 13, 1971, S. 757 - 763.
- SCHILLER, G.:
Europäische Arbeitskräftemobilität und die wirtschaftliche Entwicklung der Mittelmeerländer. Eine empirische Untersuchung über die Wirkungen der Gastarbeiterwanderungen auf die Abgabeländer. Darmstadt 1971.
- SCHRETTENBRUNNER, H.:
Gastarbeiter, ein europäisches Problem aus der Sicht der Herkunftsländer und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt 1971.
- SENGHAAS, D.:
Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus. In: ders. (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt/M. 1974.
- SENGHAAS, D.:
Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt /M. 1977.
- SIAMPOS, G.S.:
Emigration from Greece to industrialized Europe. In: L'emigrazione dal bacino mediterraneo verso l'Europa industrializzata. Mailand 1976.
- SPENTSAS, G.:
Le développement industriel en Grèce dans la perspective de l'adhésion. Brüssel 1978.
- STAVRIANOS, L.S.:
The Balkans since 1453. New York 1958.
- SYPRIS, G.:
Research in the province of Drame. In: Essays on Greek migration. Athen Social Sciences Centre 1967.
- TAPINOS, G.P.:
L'économie des migrations internationales. Fondation nationale des Sciences politiques. Paris 1974.
- VUISDAKIS, V.:
Tradition und sozialer Wandel auf Kreta. Studia Ethnologica. Band 9. Meisenheim/Glan 1977.
- WAPENHANS, W.:
Griechenland. Untersuchungen über die Wirtschaft eines kontinentaleuropäischen Entwicklungslandes. Gießen 1962.

Statistiken

Statistikē Upēresia tēs 'Ellādos (Statistisches Amt von Griechenland) (Hrsg.):

- Apotelēsmata tēs apografēs plēthusmoū - katoikōn tēs 19 Martiou 1961, deigmatolēptikē epexergasia (Results of the population and housing census of 19 March 1961, sample elaboration); teúhos 1: demografikā haraktēristikā (vol. 1: demographic characteristics), Athen 1962.
- Apotelēsmata tēs apografēs plēthusmoū - katoikon tēs 19 Martiou 1961, tōmos I, plēthusmōs katā geōgrafikās kai dioikētikās 'upodieirēseis (Results of the census of the population and of the housing effected on 19 March 1961, vol. I, population, par subdivision géographiques et administratives), Athen 1964 (zitiert als Bevölkerungsstatistik 1961).
- dto. tom. III. dēmografikā, koinōnikā kai oikonomikā haraktēristikā tou plēthusmoū sunthēkai stegaseos tōn noikokuriōn, súnolon 'Ellādos, geōgrafikā diamerismata katā periokās astikās, 'emiastikās kai agrotikās (Caracteristiques démographiques, sociales et économiques de la population, conditions de logement des ménages, Grèce entière; régions géographiques, circonscriptions urbaines; semiurbaines et rurales), Athen 1968.
- Statistikē tēs fusikēs kinēseōs tou plēthusmoū tēs 'Ellādos, étous 1968 (Mouvement naturel de la population de la Grèce en 1968), Athen 1970.
- Plēthusmōs tēs 'Ellādos katā tēn apografēn tēs Martiou 1971, pragmatikōs plēthusmōs katā nōmous, eparhīas, dēmous, koinōtētas kai oikismoús (Population de la Grèce au recensement de 14 Mars 1971, population de fait par départements, éparchies, communes-dèmes, communes et localités), Athen 1972.
- Apotelēsmata apografēs plēthusmoū - katoikōn tēs 14 Martiou 1971, deigmatolēptikē epexergasia (Results of the population and housing census of 14 March 1971, sample elaboration) teúhos 1: stoiheīa sunólou hōras, periohōn (astikōn - 'emiastikōn-agrotikōn) kai kuriōn poleodmikōn sugkrotēmātōn (Data on national level, areas (urban, semi-urban, rural) and main agglomerations), Athen 1973.
- Apotelēsmata tēs apografēs geōrgias - ktēnotrofiās tēs 19 Martiou 1961, tōmos I, pīnakes katā tōpon monīmu diamonēs tōn arhēgon (katōhōn) tōn ekmetalieúseōn, teúhos 3, Pelopōnnēsos (Results of the recensement de l'agriculture - élevage effectué le 19 Mars 1961, vol. I, tableaux par lieu domicile des chefs (possesseurs) des exploitations, fasc. 3, Péloponnèse), Athen 1964.
- Geōrgikē statistikē tēs 'Ellādos, ektāseis kaliērgieōn kai arithmōs dēndrōn (Agricultural statistics of Greece, crop areas and number of trees) 1961 - 1968, Athen 1963 - 1970.
- Prosōrinā apotelēsmata geōrgikēs statistikēs ereúnēs, étous 1970.
- Statistikē epeteris tēs 'Ellādos (Statistical Yearbook of Greece) 1961 - 1977, Athen.
- Agrarstatistik des Landwirtschaftsamtes in Drama (unveröffentlicht).

Tab.I Familienstand der Frauen in der Altersgruppe 30-44 Jahre in der Gesamtbevölkerung 1971 und unter den Rückwanderern 1976

Gesamtbevölkerung 1971		unverheiratet	verheiratet	verwitwet	geschieden	Zusammen
beobachteter Wert	B	107 316	856 316	1858	15 348	980 838
erwarteter Wert	E	107 212	856 259,3	1889,4	15 477,3	
B-E		+ 104	+ 56,7	- 31,4	- 129,3	
$\chi^2 = \frac{(B-E)^2}{E}$		0,1009	0,0038	0,5218	1,0802	
Rückwanderer 1976						
	B	441	4 296	41	208	4 986
	E	545	4 352,7	9,6	78,7	
B-E		- 104	- 56,7	+ 31,4	+ 129,3	
$\chi^2 = \frac{(B-E)^2}{E}$		19,8459	0,7386	102,7	212,4	
		107 757	860 612	1 899	15 556	985 824
df = 3		$\chi^2 = 337,4$	$\chi^2_{0,999} = 16,3$			

Quelle: Stat. Yearbook, S. 30 und 68; eig. Berechnung

Tab.II Erwerbsbeteiligung 1951 - 1971 (in 1000 und %)

	Gesamtbevölkerung	Erwerbstätige	%
1951	7 633	2 840	37,2
1961	8 389	3 637	43,4
1971	8 769	3 284	37,4

Quelle: Stat. Yearbook 1977, S. 15, Nat. Stat. Amt,
Zit. in A. PEPELASIS 1977, S. 176; eig. Berechnung

Tab.III Rückwanderer 1975 nach Geschlecht, Altersgruppe und Siedlungsgröße

		insgesamt %	0-14 Jahre %	15-44 Jahre %	45-64 Jahre %	über 64 Jahre %
Männer	städtisch	44,2	43,6	43,4	47,5	59,1
	halb-städt.	9,5	10,1	9,3	9,7	8,5
	dörflich	46,3	46,3	47,3	42,8	32,4
		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Frauen	städtisch	46,1	43,6	44,7	54,5	56,2
	halb-städt.	9,0	9,7	9,0	8,3	8,2
	dörflich	44,9	46,7	46,3	37,2	35,6
		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Zusammen	städtisch	45,1	43,6	44,0	50,7	57,4
	halb-städt.	9,3	9,9	9,1	9,1	8,3
	dörflich	45,6	46,5	46,9	40,2	34,3
		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Stat. Yearbook 1976, S. 67 eig. Berechnung

Tab.IV Rückwanderer 1975, Abweichungen der Verteilung auf Siedlungsgrößen nach Alter und Geschlecht von der Verteilung der Gesamtbevölkerung

		0-14 J.	15-44 J.	45-64 J.	über 64 J.
Männer	städtisch	-	-	+	+
	halb-städt.	+	-	+	-
	dörflich	0	+	-	-
Frauen	städtisch	-	-	+	+
	halb-städt.	+	0	-	-
	dörflich	+	+	-	-
Zusammen	städtisch	-	-	+	+
	halb-städt.	+	-	-	-
	dörflich	+	+	-	-

Tab.V Rückwanderer 1975 nach Altersgruppen, Siedlungsgröße und Region

		insgesamt	0-14 J.	15-14 J.	44-64 J.	über 64 J.
		%	%	%	%	%
Zentral-griechenland	städtisch	27,5	35,1	25,7	30,2	29,7
	halb-städt.	22,5	33,0	20,3	23,3	32,4
	dörflich	50,0	31,9	54,0	46,5	37,8
Peloponnes	städtisch	35,4	34,1	36,9	33,8	26,2
	halb-städt.	11,6	15,6	11,2	10,1	12,6
	dörflich	53,0	50,3	51,9	56,1	61,2
Ionische Inseln	städtisch	19,1	21,4	18,0	18,8	25,0
	halb-städt.	13,9	17,1	13,6	9,4	20,0
	dörflich	67,0	61,4	68,5	71,8	55,0
Epirus	städtisch	13,6	14,5	13,4	13,4	32,0
	halb-städt.	5,5	7,4	4,6	7,7	8,0
	dörflich	80,9	78,1	82,0	78,9	60,0
Thessalien	städtisch	28,9	32,7	27,6	32,8	41,2
	halb-städt.	13,6	13,6	13,5	13,9	5,9
	dörflich	57,5	53,7	58,9	53,2	52,9
Makedonien	städtisch	38,6	38,6	37,9	41,4	46,1
	halb-städt.	10,8	10,6	10,8	11,4	9,1
	dörflich	50,6	50,9	51,3	47,2	44,8
Thrakien	städtisch	23,4	24,5	23,4	22,7	35,3
	halb-städt.	8,8	9,9	7,9	11,6	5,9
	dörflich	67,8	65,6	68,7	65,7	58,8
Ägäische Inseln	städtisch	31,1	34,7	31,1	28,5	30,3
	halb-städt.	23,1	23,8	24,2	20,9	19,7
	dörflich	45,8	41,5	44,7	50,6	50,0
Kreta	städtisch	36,0	37,2	35,4	37,0	30,0
	halb-städt.	9,9	11,5	10,1	7,6	5,0
	dörflich	54,1	51,3	54,5	55,4	65,0

Quelle: Stat. Yearb. 1976, S. 67; eig. Berechnung

Tab.VI Rückwanderer 1975, Abweichungen der Verteilung auf Siedlungsgrößen nach Altersgruppen in den Nomoi von der Gesamtbevölkerung

	Altersgruppe 15-44 J.			Altersgruppe 45-64 J.			Altersgruppe über 64 J.		
	städt.	halb-städt.	dörflich	städt.	halb-städt.	dörflich	städt.	halb-städt.	dörflich
Zentralgriechenland	-	-	+	+	+	-	+	+	-
Peloponnes	+	-	-	-	-	+	-	+	+
Ionische Inseln	-	-	+	-	-	+	+	+	-
Epirus	-	-	+	0	+	-	+	+	-
Thessalien	-	0	+	+	+	-	+	-	-
Makedonien	-	0	+	+	+	-	+	-	-
Tharakien	0	-	+	-	+	-	+	-	-
Agäische Inseln	0	+	-	-	-	+	-	-	+
Kreta	-	+	+	+	-	+	-	-	+

Tab.VII Gemeinde Sitagroï (Nomos Drama):
Landnutzung 1977

	Eigenland (stremma)		Pachtland (stremma)		insgesamt (stremma)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Getreide	522,7	42,8	261,4	61,5	784,1	47,6
Mais	98,8	8,1	52,0	12,2	150,8	9,2
Haselnüsse	111,8	9,2	0,0	0,0	111,8	6,8
Luzerne	151,0	12,3	39,3	9,3	190,3	11,6
Tabak	83,3	6,8	19,0	4,5	102,3	6,2
Paprika	72,2	5,9	10,9	2,6	83,1	5,0
Zuckerrüben	144,2	11,8	32,9	7,7	177,1	10,7
Baumwolle	8,5	0,7	9,5	2,2	18,0	1,1
sonstiges	13,5	1,1	0,0	0,0	13,5	0,8
Brache	16,2	1,3	0,0	0,0	16,2	1,0
insgesamt	1222,2	100,0	425,0	100,0	1647,2	100,0

Quelle: Eigene Erhebung, Stichprobenumfang N = 90

ROLF LINOEMANN

REGIONAL UNTERSCHIEDLICHE BEVÖLKERUNGS-
WICKLUNGEN UND DER WANDEL LANDWIRTSCHAFT-
LICHER BETRIEBSFORMEN - AM BEISPIEL
OSTNORWEGENS

Anschrift des Verfassers:

Dr. Rolf Lindemann
Institut für Geographie
der Universität Münster
Robert-Koch-Straße 26
D-4400 Münster

RIDENG hat 1974 eine Klassifikation der norwegischen Gemeinden veröffentlicht, die allgemeine Anerkennung gefunden hat. Sie berücksichtigt die Beschäftigungsstruktur, den Grad der Urbanisierung und die Lage der Gemeinde im zentralörtlichen System Norwegens. Durch Vergleich dieser wichtigen sozioökonomischen Variablen mit der Bevölkerungsentwicklung können Aussagen getroffen werden über das Ausmaß des Zusammenhangs dieser Bestimmungsgrößen mit dem in Norwegen wie in allen Industriestaaten vor allem in der Nachkriegszeit zunehmend gravierender gewordenen Problem der Konzentration der Bevölkerung in einigen wenigen Gebieten und dem fühlbaren Sinken der Bevölkerungszahlen in großen Teilen des Landes.

In Tab. 1 wurde der Anteil, den alle Gemeinden eines Typs an der norwegischen Gesamtbevölkerung des Jahres 1950 hatten, gleich 100 gesetzt. Die weitere demographische Entwicklung dieser Gemeindetypen ergibt sich aus der Tabelle.

Sie zeigt in allen drei Teilen eine starke Umverteilung der norwegischen Bevölkerung in der Nachkriegszeit, mit Abwanderung aus den meisten und einer Konzentration in relativ wenigen Gemeindetypen. Teil A der Tabelle weist aus, daß der Anteil all jener Gemeinden, die durch den primären Sektor ganz oder teilweise bestimmt werden, zurückgeht, derjenige solcher Gemeinden, die durch Industrie oder den tertiären Sektor geprägt sind, dagegen steigt. Am stärksten sanken die kombinierten Gemeinden der Typen LF und FL ab. Der Gesamtanteil aller "Primär"-gemeinden an der Gesamteinwohnerzahl Norwegens sank von 28 % (1950) auf 22 % (1978) ab.

Aus Teil B der Tabelle läßt sich entnehmen, daß die Abwanderung umso stärker ist, je weniger Einwohner einer Gemeinde in Dichtorten wohnen. Je größer der Dichtortanteil, desto stärker die Zuwanderung. Wenn eine Gemeinde ihren Anteil halten will, also einen ausgeglichenen Wanderungssaldo aufweisen will, muß sie schon 50 - 60 % Dichtortbevölkerung haben, für norwegische Verhältnisse also schon recht stark urbanisiert sein.

Auch das Bild des Teils C der Tabelle ist eindeutig: Je weiter eine Gemeinde von einem Zentralort entfernt und je kleiner dieser Zentralort ist, desto stärker ist die Bevölkerungsabnahme dieser Gemeinde. Erst die Lage im Einzugsbereich eines Zen-

tralen Ortes der Stufe 2 (mehr als 10.000 E) führt zu einem Bevölkerungszuwachs. Am stärksten ist der Anstieg der Bevölkerung im Umkreis dieser Orte, wenn sie nicht im Tagesreiseabstand von Oslo oder eines anderen Landesteilzentrums liegen.

Die Auswertung der Tabelle muß zwei Kritikpunkte berücksichtigen:

- 1) Die Gemeinden wurden nach ihrer sozioökonomischen Struktur im Jahre 1970 klassifiziert. Diese Typisierung wurde auch für 1960 und 1950 angenommen. Dies ist unumgänglich, weil die große Kommunalreform Mitte der sechziger Jahre in Norwegen zahlreiche alte Gemeinden (Herreder) vor allem im Westen des Landes aufspaltete und zu neuen Kommunen zusammenfügte. Ein Vergleich statistischer Daten von vor und nach der Kommunalreform ist nicht möglich. Lediglich Angaben über die Einwohnerzahlen der Gemeinden in den Grenzen von 1970 liegen umgerechnet für 1950 und 1960 vor (NOS A 679).

Es bleibt also in der Tabelle unberücksichtigt, daß Gemeinden die Klasse gewechselt haben. Das wird z.B. bei den L- oder F-Gemeinden von 1970 kaum der Fall sein, wohl aber bei anderen Typen. Daran ist aus den angeführten Datengründen nichts zu ändern. Man gewinnt aber durch dieses Vorgehen den Vorteil, daß die gleichen Gemeinden im zeitlichen Längsschnitt in ihrer Entwicklung verfolgt werden können.

Zudem ist besonders der I-Typ unbefriedigend, weil hier expansive und regressive, mono- und polystrukturierte Industriegemeinden unter ein Dach gezwängt werden. HANSEN (1978) hat kürzlich gezeigt, welche unterschiedliche Entwicklung schon der Typ der "one-company town" durchlaufen kann.

- 2) Bei Klassifikation der Gemeinden kommen in grossem Umfang Überschneidungen vor. So gehören z.B. 63 der 195 Gemeinden des Zentrumnähetyps OB den Erwerbstypen L und LF an (RIDENG 1974, S. 33). Das macht deutlich, daß die Abwanderung der Bevölkerung und damit die Herausbildung regionaler demographischer Disparitäten nicht mit einem sozioökonomischen Merkmal allein erklärt, ja nicht einmal beschrieben werden kann.

Tab. 1: Die Umverteilung der norwegischen Bevölkerung in der Nachkriegszeit

A. Relativer Anteil der Gemeinden verschiedener sozioökonomischer Typen an der Gesamteinwohnerzahl Norwegens

Typ	Zahl der Gemeinden	1950	1960	1970	1978
L	78	100,0	90,6	78,8	76,2
LF	10	100,0	86,0	69,3	63,2
LI	62	100,0	90,2	82,1	82,6
F	7	100,0	91,1	74,5	68,8
FL	11	100,0	87,5	71,5	64,9
FI	16	100,0	93,0	79,4	72,3
I	72	100,0	103,2	106,2	108,1
IL	45	100,0	92,9	89,7	90,5
IF	9	100,0	94,7	84,5	80,8
TP	38	100,0	93,5	88,5	90,1
TI	65	100,0	103,7	107,7	110,9
TT	30	100,0	105,5	109,8	107,3

Erläuterungen

Zugrundegelegt wird der Anteil der Erwerbstätigen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen (ohne Baugewerbe). Sind mehr Erwerbstätige im tertiären als im warenproduzierenden Gewerbe beschäftigt, so beginnt nach Gemeindekode mit T, im anderen Fall mit L (Landwirtschaft), F (Fischfang) oder I (Industrie). Sind mehr als 2/3 aller Erwerbstätigen einer Gemeinde im Fischfang, in der Landwirtschaft oder in der Industrie beschäftigt, so bekommt die Gemeinde das Kennzeichen F bzw. L oder I. Liegt der Anteil der Erwerbstätigen in der größten dieser drei Gruppen unter 2/3 aller Beschäftigten, so werden zwei Buchstaben verwendet.

Bei den Tertiärgemeinden werden reine Tertiärgemeinden (mehr als 2/3 im tertiären Sektor tätig) mit TT bezeichnet. TP bedeutet, daß der zweitwichtigste Sektor der primäre ist (unspezifiziert).

B. Relativer Anteil der Gemeinden verschiedener Dichtortstypen an der Gesamteinwohnerzahl Norwegens

Typ	Zahl der Gemeinden	1950	1960	1970	1978
0	114	100,0	87,6	74,8	73,4
1	44	100,0	90,1	81,0	82,1
2	51	100,0	91,1	82,6	80,7
3	51	100,0	93,7	91,0	93,0
4	38	100,0	97,6	96,6	97,7
5	32	100,0	99,6	101,6	107,2
6	40	100,0	103,3	108,6	110,5
7	23	100,0	107,4	116,7	123,3
8	20	100,0	112,1	124,2	125,8
9	30	100,0	104,5	106,3	103,0

Erläuterungen

Eine Gemeinde bekommt die Kennziffer 0, wenn sie zwischen 0 und 10 % Dichtortsbevölkerung umfaßt, die Ziffer 1 bei 10-20 % usw. Unter Dichtort (tettsted) versteht man in Norwegen eine Siedlungsagglomeration mit mind. 200 Einwohnern. Die Häuser dürfen nicht mehr als 50 m auseinander liegen.

Tab. 1: Fortsetzung

C. Relativer Anteil der Gemeinden verschiedener Lagetypen zu den Zentralorten an der Gesamtbevölkerung Norwegens

Typ	Zahl der Gemeinden	1950	1960	1970	1978
0A	57	100,0	90,2	80,3	78,7
0B	195	100,0	92,6	83,2	80,6
1A	13	100,0	94,1	89,8	93,8
1B	18	100,0	99,6	95,9	95,9
2A	66	100,0	100,6	101,2	101,7
2B	23	100,0	107,4	113,1	115,9
3A	71	100,0	104,4	110,4	111,0

Erläuterungen

Lage zum nächsten zentralen Ort. RIDENG unterscheidet drei Stufen zentraler Orte. Solche der dritten (höchsten) Stufe sind Oslo, Kristiansand, Stavanger, Bergen und Trondheim. Darunter gibt es 28 Zentralorte der Stufe zwei und 43 der Stufe drei. Die Zahl im Kode gibt an, ob ein Zentralort der ersten (1), zweiten (2) oder dritten (3) Stufe, oder ob kein Zentralort (0) innerhalb einer akzeptablen Reisezeit mit einem öffentlichen Verkehrsmittel täglich erreicht werden kann. Ferner berücksichtigt RIDENG, ob ein Zentraler Ort dritter Stufe innerhalb eines Tages von der Gemeinde aus erreicht (A) oder nicht erreicht (B) werden kann. Diese zusätzliche Charakterisierung soll zeigen, ob die Einwohner der betreffenden Gemeinde höherrangige Ansprüche des seltenen gehobenen Bedarfs innerhalb einer Reisezeit von etwa 3 Stunden pro Weg decken können. Für nähere Einzelheiten sei auf RIDENGs Arbeit verwiesen.

Die vorgeführte Gemeindefklassifizierung ist deskriptiv. Sie kann lediglich Hinweise geben auf das Abwanderungsverhalten der Bevölkerung, dieses aber nicht "erklären". So wandert ja niemand ab, weil er in einer ländlichen Gemeinde wohnt, sondern deshalb, weil sein landwirtschaftlicher Betrieb nicht mehr genügend Verdienst abwirft. Daher muß das Verhältnis zwischen Verdienstmöglichkeit in der Landwirtschaft und in der Industrie, zwischen den Lebensverhältnissen im ruralen und im urbanen Raum, zwischen zentrumsnahe und zentrumsfernem Wohnort als Angebot und die Reaktion der Bevölkerung auf dieses Angebot im Mittelpunkt von Studien über die Entstehung und Vertiefung regionaler demographischer Disparitäten stehen.

II

Das Verhältnis zwischen landwirtschaftlichen Betriebsformen und ihrem Wandel, besonders im Hinblick auf die Produktivität, und dem Abwanderungsverhalten der Bevölkerung soll im folgenden untersucht werden.

Dazu wurde eine Testregion ausgewählt, nämlich die beiden ostnorwegischen Täler Gudbrandsdal und Österdal. Sie gehören zur Großregion der "Ostnorwegischen Bauerntäler" (GLASSER 1978). Die beiden etwa 200 km langen Täler folgen in nordwest-südöstlichem parallelen Verlauf der Abdachung des zentralnorwegischen Gebirges. Dabei ist das Gudbrandsdal enger und tiefer eingeschnitten, das Österdal dagegen offener und stärker mit Wald bestanden. Es besitzt allerdings aufgrund von großräumigen Sparagmitvorkommen und infolge der Nähe der Eisscheide die schlechteren, aus grobblockigem Moränenschutt bestehenden Böden. Vor allem das Gudbrandsdal und sein nordwestliches 135 km langes Nebental, das Ottatal, weisen einen fast rhythmischen Wechsel von Talriegeln und Talweiten auf, was zur Ausbildung einzelner, deutlich getrennter Siedlungskammern geführt hat (DEGE 1963). Das Österdal, das genau betrachtet von mehreren, weitgehend parallel laufenden Einzeltälern gebildet wird, weist wegen seiner weniger deutlichen Eintiefung eine stärker gestreute Besiedlung auf, beim Gudbrandsdal konzentrieren sich die Siedlungen auf den Talboden und vor allem, unter Ausnutzung der warmen Hangzone, auf die sonnenseitigen Hänge. Die Hochflächen zu beiden Seiten der Taltröge lassen

sich nur extensiv nutzen. So ergibt sich vor allem im nördlichen Gudbrandsdal ein großer Unterschied in der Bevölkerungsdichte, je nachdem, ob man die Einwohner auf die Gesamtfläche (2,15 E/km²) oder auf die LF bezieht (156,15 E/km²).

Das gesamte Untersuchungsgebiet (im folgenden: UG) umfaßt 38.000 km² und gliedert sich heute in 23 Gemeinden. Da die Kommunalreform hier nur zur Zusammenlegung, nicht aber zur Aufspaltung ehemaliger Herreder zu neuen Kommunen führte, lassen sich die Daten der Volkszählungen 1950 und 1960 und der Landwirtschaftszählungen 1949 und 1959 verwenden und mit den Werten von 1970 bzw. 1969 vergleichen.

Nach Landwirtschaftsregionen ergibt sich in Anlehnung an SÖMME (1954), THORMODSAETER (1960) und anderen eine Dreiteilung des UG. Vier Gemeinden des südlichen Österdals gehören zu den Übergangsgebieten zwischen den landwirtschaftlichen Gunsträumen um den Mjösasee und den Waldgemeinden, das mittlere Österdal (5 Gemeinden) ist den Waldgemeinden zuzurechnen, während das übrige UG, also das nördliche Österdal und das gesamte Gudbrandsdal (14 Gemeinden) der Problemregion der Fjellgemeinden angehören (vgl. auch HANSEN 1976a).

Das gesamte UG ist immer noch stark ländlich strukturiert. 1970 waren noch 30 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Es gibt nur drei städtische (im mitteleuropäischen Sinn) Siedlungen: Kongsvinger und Elverum im Österdal und die Gemeinde Sel mit dem Hauptort Otta im Gudbrandsdal.

Zur Kennzeichnung des UG als Passivraum soll neben der hohen Agrarquote aus der Fülle der möglichen sozioökonomischen Indikatoren lediglich die Oberalterung angeführt werden. Benutzt man den von BACKE (1971) entwickelten Altersindex und wandelt ihn nach den Einteilungsprinzipien der norwegischen Statistik leicht ab, so kann man definieren:

$$AI = \frac{K}{A} \times M$$

wobei K = Personen unter 15 (16) J.
M = Personen zwischen 15 (16) und 50 Jahren
A = Personen über 50 Jahre.

Tab. 2 zeigt, daß der AI des UG fortlaufend fällt und weit unter den norwegischen Durchschnitt, aber auch unter die Werte der beiden Provinzen Hedmark und Oppland sinkt, zu denen das UG gehört und die ihrerseits wiederum im gesamt-norwegischen Rahmen als Passivraum angesehen werden müssen.

III

Den Charakteristika eines Passivraums entspricht auch die Bevölkerungsentwicklung des UG. Zwar blieb die reine Bevölkerungszahl mit 127.275 (1950) und 129.806 (1978) in der Nachkriegszeit konstant; doch sank der Anteil des UG an der norwegischen Gesamtbevölkerung von 3,88 % (1950) über 3,56 % (1960) und 3,22 % (1970) auf 3,20 % (1978) ab. Selbst innerhalb von Hedmark und Oppland verringerte sich der Anteil des UG von 38,23 % (1950) auf 35,61 % (1978). Damit läßt sich das UG als extremer Passivraum kennzeichnen.

Innerhalb des UG nun ist eine immer stärkere Konzentration der Bevölkerung auf immer weniger Gemeinden festzustellen. Während in der Dekade 1950-60 noch 10 Gemeinden ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung des UG vergrößern konnten, waren dies im Zeitraum 1970-78 nur noch vier, nämlich Kongsvinger, Elverum, Sel und Øyer. Øyer ist eine Schlafstadt der Provinzhauptstadt Lillehammer.

Zweitens fällt bei der Betrachtung der Anteilsveränderung der Gemeinden auf, daß das Veränderungsmuster recht konstant ist. Korreliert man das Ver-

Tab. 2: Altersindex der Bevölkerung

Region	1950	1960	1970	1977
UG	50,85	38,72	28,20	25,42
Hedmark	49,57	38,63	29,79	26,87
Oppland	50,73	39,96	31,78	29,00
Norwegen	49,35	42,28	36,42	34,39

Änderungsmuster 1950-60 mit dem von 1960-70, so erhält man den Koeffizienten $\gamma = +0,5929$ (signifikant auf dem 99,5 %-Niveau, Rangkorrelation nach SPEARMAN). Die gleiche Rechnung mit dem Muster von 1960-70 und dem von 1970-78 ergibt $\gamma = +0,5198$ (signifikant auf dem 99 %-Niveau).

Dabei sind es die stark landwirtschaftlich geprägten Gemeinden, deren Einwohnerzahlen am stärksten zurückgehen. Auch für unser UG gilt also der für ganz Norwegen (Tab. 1) gefundene Satz, daß die Bevölkerung aus Landwirtschaftsgemeinden abwandert. Im einzelnen besteht dieser Prozeß aber aus zwei Bestandteilen. Einmal setzt die Landwirtschaft Arbeitskräfte frei, zum anderen hängt die Entscheidung eines solchen Erwerbstätigen zur Abwanderung oder zum Verbleib davon ab, ob für ihn ein Arbeitsplatz im sekundären oder tertiären Sektor zu finden ist.

Zur Quantifizierung dieses zweiten Prozesses, der Entscheidung für Verbleib oder Abwanderung, wurde ein Indikator gesucht, der das lokale Arbeitsmarktklima wiedergibt. Da es keine die ganze Nachkriegszeit umfassenden Daten über Arbeitsplätze im UG gibt, wurde folgendermaßen verfahren: Es wurden für die beiden Dekaden 1950-60 und 1960-70 die Anzahl der neuen, zusätzlichen Erwerbstätigen im sekundären und im tertiären Sektor pro "verlorengegangenen" Erwerbstätigen im primären Sektor berechnet. Die so ermittelte Größe wird abgekürzt im folgenden als NAP (Neue Arbeitsplätze) bezeichnet.

Der NAP-Wert schwankt sehr stark von Gemeinde zu Gemeinde. In der Periode 1960-70 schieden beispielsweise in Alvdal 93 Personen aus der Landwirtschaft aus (genauer: die Landwirtschaft beschäftigte 1970 93 Personen weniger als 1960), im gleichen Zeitraum wurden aber 355 neue Arbeitsplätze im sekundären und tertiären Sektor geschaffen. Damit ergibt sich für Alvdal mit 3,817 der höchste NAP-Wert im UG. In Lesja dagegen standen im gleichen Zeitraum den 173 Arbeitsplätzen, die im primären Sektor fortfielen, nur 70 neueingerichtete im sekundären und tertiären Sektor gegenüber. Das ergibt einen NAP-Wert von 0,405.

Korreliert man nun die Anteilsänderung der Bevölkerung der einzelnen Gemeinden in den beiden Zeiträumen 1950-60 und 1960-70 mit den entsprechenden NAP-Werten (Rangkorrelation nach SPEARMAN), so ergibt sich für den ersten Zeitraum der Wert $\gamma = +0,7213$, für die zweite Dekade sogar der Koeffizient $\gamma = +0,8775$. Beachtet man, daß für $n = 23$ der Schwellen-

wert des 99,9 %-Niveaus bei 0,6186 liegt, so muß dieses Ergebnis als sehr gut bezeichnet werden. Immerhin werden in der ersten Dekade 52 %, in der zweiten sogar 77 % der Varianz der Anteilsveränderung durch den NAP-Wert erklärt. Dieses sehr hohe Maß an Übereinstimmung zeigt zugleich, daß sich die norwegische Bevölkerung in ihrem Wanderungsverhalten in starkem Maße von rational-ökonomischen Gesichtspunkten leiten läßt.

Es erhebt sich die Frage, ob etwa die Abwanderung aus der Landwirtschaft auch vom NAP-Wert gesteuert wird, ob - mit anderen Worten - die Entscheidung eines Landwirts, seinen Hof aufzugeben, davon abhängt, ob er am Ort einen anderen Arbeitsplatz im sekundären oder tertiären Sektor finden kann.

Diese These kann man überprüfen, wenn man den Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit dem NAP-Wert korreliert. Das Ergebnis ist negativ. Für den Zeitraum 1950-60 ergibt sich ein Rangkoeffizient von $\gamma = +0,2816$, für 1960-70 $\gamma = -0,1996$. Diese beiden Prozesse, die Abwanderung aus der Landwirtschaft und die Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz, laufen also völlig unabhängig voneinander ab. Es gibt auch keine Beziehung zwischen der Abwanderung der Bevölkerung (gemessen als Anteilsveränderung) und der Abwanderung aus der Landwirtschaft. Die entsprechenden Korrelationskoeffizienten sind $\gamma = -0,0237$ (für den Zeitraum 1950-60) und $\gamma = -0,1354$ (für die Dekade 1960-70).

Dies Ergebnis bedeutet, daß die Abwanderung der Bevölkerung aus der Landwirtschaft ein Prozeß ist, der nicht ursächlich mit der Abwanderung der Bevölkerung aus den Randgebieten Norwegens verknüpft ist, in dem Sinne, daß Menschen ihre Tätigkeit in der Landwirtschaft aufgeben, weil sie am Ort (oder vielleicht in anderen Teilen des Landes) bessere Verdienstmöglichkeiten finden können. Die Gründe für den Rückzug der Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft müssen also in der Landwirtschaft selbst liegen, in der Weise, daß dort ablaufende Wandlungen Arbeitskräfte freisetzen. Diesen Arbeitskräften stellt sich dann die Wahl, nach Maßgabe der neu eingerichteten Arbeitsplätze im sekundären und tertiären Sektor entweder am Ort zu bleiben oder abzuwandern: Inneragrarisches Wandlungen stellen ein Potential von Menschen zur Verfügung. Demnach muß die letzte Ursache für den Konzentrationsprozeß in Norwegen in den Wandlungen in der Landwirtschaft zu suchen sein.

IV

Die Fähigkeit oder - anders betrachtet - der Zwang der Landwirtschaft, Arbeitskräfte "frei"zusetzen, hängt von den auftretenden Betriebsformen und ihrem Wandel ab. Zur Messung der Arbeitskraftintensität der Betriebsformen bietet sich die Methode von ANDREAE (1964) an, der den durchschnittlichen Arbeitskraftbedarf verschiedener Produktionszweige ermittelte. Dabei ergibt sich durch Addition von Anbaugewicht und Nutzviehwiege das Betriebsgewicht. Dieses dient ANDREAE dann dazu, nach dem (gewichteten) Anteil der einzelnen Betriebszweige daran die Betriebsform zu ermitteln. Hier jedoch soll das Betriebsgewicht im Mittelpunkt stehen; wir werden es, dies scheint uns Herkunft und Bedeutung des Wertes besser zu kennzeichnen, als Arbeitskraftzahl (AKZ) bezeichnen. Da der Arbeitskraftbedarf auf die jeweilige Landwirtschaftsfläche bezogen wird, lassen sich auch Regionen unterschiedlicher Größe miteinander vergleichen.

Gegen die Verwendung der ANDREAEschen Betriebsformklassifikation im Zusammenhang mit dem Arbeitskraftbedarf der norwegischen Landwirtschaft erheben sich einige wichtige Einwände:

- 1) ANDREAE verwendet nur acht Produktionsrichtungen. In Norwegen spielen jedoch auch noch andere Zweige eine augenscheinlich wichtige Rolle, so - um nur einen zu nennen - die Pelztierzucht (LINDEMANN 1975).

- 2) ANDREAE gewichtet die einzelnen Betriebszweige nach ihrem Arbeitskraftaufwand anhand mitteleuropäischer Verhältnisse. In Nordeuropa können diese Gewichtungsfaktoren andere sein, z.B. aufgrund stärkerer Hängigkeit des Geländes, längerer Aufstallperioden usw.

- 3) ANDREAE gewichtet seine Produktionszweige nach ihrem Arbeitsaufwand nach den Verhältnissen von etwa 1960. Das ist eine Momentaufnahme. Es ist denkbar, daß sich 1950 oder 1970 andere interne Gewichtungsverhältnisse ergeben, weil z.B. technische Innovationen einen Betriebszweig im Vergleich zu anderen weniger arbeitsaufwendig machen.

Um diese auf den ersten Blick sehr gravierenden Einwände auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, wurden drei andere Berechnungsmethoden für die Arbeitskraftaufwendigkeit der Landwirtschaft herangezogen: eine norwegische (FJELLBYGD 1953), sowie zwei englische (COPPOCK 1964 und TARRANT 1974, diese letzte stimmt fast völlig mit COPPOCK 1976 überein).

Ein Vergleich der ANDREAEschen Werte mit diesen drei Betriebsformklassifikationen ermöglicht, die Einwände zu prüfen. Das ist in Tab. 3 durch eine Korrelationsanalyse geschehen. Die Koeffizienten sind alle weit über das 99,9 %-Niveau hinaus signifikant. Das zeigt, daß die relativ einfache Methode von ANDREAE auch in Norwegen anwendbar ist und daß sich die internen Gewichtungsverhältnisse in der Nach-

Tab. 3: Korrelationskoeffizienten beim Vergleich der Arbeitsintensität nach verschiedenen Methoden

1949				
Methode	ANDREAE	FJELLBYGD	COPPOCK	TARRANT
ANDREAE				
FJELLBYGD	0,9160			
COPPOCK	0,9223	0,9615		
TARRANT	0,9084	0,9817	0,9210	
1959				
ANDREAE				
FJELLBYGD	0,9412			
COPPOCK	0,9309	0,9795		
TARRANT	0,8835	0,9447	0,9002	
1969				
ANDREAE				
FJELLBYGD	0,8152			
COPPOCK	0,8403	0,9792		
TARRANT	0,7320	0,8630	0,8868	

kriegszeit nicht verschoben haben. Die Einbeziehung weiterer Produktionszweige, bei COPPOCK 2D, bei TARRANT gar 33 einschließlich Bienen und Nerze, bringt gegenüber dem einfachen System ANDREAES keine fühlbaren Verbesserungen.

Die AKZ als Maß für die von der Produktionsstruktur her geforderte Arbeitsintensität erlauben einen Vergleich mit der tatsächlich eingesetzten Arbeitskraft, hier gemessen als agrarische Dichte (landwirtschaftliche Arbeitskräfte pro Landwirtschaftsfläche). Die gute Übereinstimmung zu allen drei Zählzeitpunkten (Tab. 4) zeigt, daß es im UG keine versteckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft gibt, es sei denn, in allen Teilen des UG in gleichem Maße. Das ist freilich sehr unwahrscheinlich. Ob aus dem Anstieg der Korrelationskoeffizienten auf eine im Laufe der Zeit noch bessere Anpassung der tatsächlichen Arbeitskraft an die theoretisch notwendige geschlossen werden darf, soll hier nicht erörtert werden.

Tab. 4: Korrelationskoeffizienten beim Vergleich der Agraren Dichten mit dem AKZ (Produktmomentkorrelation nach PEARSON)

1949:	$r = +0,8204$
1959:	$r = +0,8969$
1969:	$r = +0,9212$

Eine andere Methode, Betriebsformen auszugliedern, ist für Norwegen von NORDGÅRD (1972; 1977) entwickelt worden. Er legt den Bruttoproduktionswert (BPW) zugrunde, den er erhält, indem er die Viehzahl bzw. die Flächen der Anbauarten mit dem durchschnittlichen jährlichen Ertrag, ausgedrückt in Nkr. multipliziert. Er setzt sich z.B. für Milchkühe zusammen aus der durchschnittlichen Milchleistung einer ostnorwegischen Kuh (1959: 3150 kg/Jahr), multipliziert mit dem durchschnittlichen Milchpreis (0,65 kr/kg). Das ergibt rund 2000 Nkr/Jahr. Ähnlich verfährt er mit allen übrigen Betriebszweigen. Daß die Erträge und die Preise - die in Norwegen für die meisten Produkte landesweit einheitlich festgesetzt werden - von Jahr zu Jahr schwanken, hat NORDGÅRD dadurch berücksichtigt, daß er Fünfjahresdurchschnitte verwendet. Der BPW läßt sich nur in beschränktem Rahmen als Einkommensindikator verwenden, da er weder die Vorleistungen berücksichtigt, noch den in Norwegen teilweise sehr hohen Eigenverbrauch.

Der BPW läßt sich nun für die Zeitpunkte der drei Landwirtschaftszählungen nach dem Krieg für die Gemeinden des UG berechnen. Mit ihm ist ein Maß für die Leistung der Landwirtschaft gefunden, wobei der BPW auf den Betrieb, aber auch auf die Flächeneinheit bezogen werden kann.

Ferner läßt sich der gesamte BPW einer Gemeinde aufteilen auf verschiedene Produktionsrichtungen, so daß deren relative Bedeutung ermittelt werden kann. NORDGÅRD selbst unterscheidet sechs Produktionsrichtungen in Norwegen: Großvieh, Schweine und Hühner, Schafe und Ziegen, Getreide, Kartoffeln und Sonderkulturen. Untersucht man den Anteil dieser Produktionsrichtungen an den BPW der Landwirtschaftsregionen des UG, so läßt sich konstatieren, daß im Grunde im UG nur zwei Produktionsrichtungen zählen, nämlich Großviehhaltung und Getreidebau. Zusammen machen sie zu allen drei Zählterminen 72 % des BPWs aus. Nur in Ausnahmefällen (Schweinezucht in Skjåk) spielen auch andere Produktionszweige eine größere Rolle. Aber das Verhältnis dieser beiden Hauptkomponenten ändert sich im zeitlichen Ablauf wie in der räumlichen Gliederung. Bei den Übergangsgemeinden kommt es zu einer Vertauschung des Stellenwerts von Großviehhaltung und Getreideanbau, bei den Waldgemeinden zu einer erheblich schwächeren Bewegung in der gleichen Richtung, während sich die Fjellgemeinden in dieser Beziehung immobil verhalten (Tab. 5). Die Zahlen für das gesamte UG überdecken eine sehr starke regionale Dissoziation. Daraus ist auf eine Konzentration des Getreideanbaus in den Übergangsbereichen zu schließen und auf eine solche der Großviehhaltung in den Fjellgemeinden. Um diese Vermutung zu überprüfen, wurde folgendermaßen verfahren (Tab. 6): Der Prozentsatz, den jede Gemeinde an diesen Größen hat, wurde einmal mit dem Prozentsatz derselben Gemeinde an der gesamten LN/LF des UG und dann mit dem Prozentsatz aller Betriebe über 0,5 ha LN/LF verglichen. Die Unterschiede wurden für das gesamte UG addiert und dann durch zwei dividiert. Das Ergebnis ist der k-Wert (Konzentrationsindex nach NORDGÅRD 1976, S. 113).

Die Bilder, die durch den Vergleich mit der LN/LF und den Betrieben über 0,5 ha erzeugt werden, gleichen sich: es zeigt sich im Laufe der Nachkriegszeit eine stark zunehmende Konzentration beim Getreidebau und eine viel schwächere, aber dennoch deutlich vorhandene, oder besser, sich erst ausbildende Konzentration bei der Großviehhaltung. Nun fragt man sich natürlich, ob sich die beiden Betriebszweige gegenseitig ausschließen, oder ob sie kombiniert und kon-

Tab. 5: Die Herkunft des BPW in %

Gemeindetyp	Großvieh	Schweine und Hüh- ner	Schafe und Ziegen	Getreide	Kartof- feln	Sonder- kultu- ren
<u>1949</u>						
Obergang	49,2	8,4	4,0	19,2	16,6	2,8
Wald	65,8	5,4	7,6	7,7	11,0	2,5
Fjell	67,0	5,9	12,8	6,9	6,1	1,4
Gesamt-UG	63,7	6,2	10,1	9,2	9,0	1,8
<u>1959</u>						
Obergang	35,1	11,4	1,6	34,4	14,5	3,1
Wald	57,1	6,9	6,4	16,7	10,6	2,4
Fjell	64,2	7,9	13,2	8,0	5,4	1,4
Gesamt-UG	57,6	8,3	9,7	14,5	8,1	1,9
<u>1969</u>						
Obergang	21,2	11,5	1,6	48,4	13,2	4,3
Wald	49,8	9,9	9,6	21,4	5,8	3,4
Fjell	66,1	10,7	12,4	6,4	3,1	1,4
Gesamt-UG	54,7	10,6	9,9	17,0	5,4	2,4

Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100,0 abweichen.

Tab. 6: Die Konzentration des Getreideanbaus und der Großviehhaltung im UG

Jahr	k-Wert für	verglichen mit	Wert
1949	Getreide	LN/LF	20,2950
		Betriebe	23,4600
	Großvieh	LN/LF	7,4950
Betriebe		12,8750	
1959	Getreide	LN/LF	26,9450
		Betriebe	28,5400
	Großvieh	LN/LF	17,3250
Betriebe		19,9450	
1969	Getreide	LN/LF	37,6000
		Betriebe	39,2800
	Großvieh	LN/LF	23,4000
Betriebe		24,4800	

zentriert auftreten und sich räumlich etwa gegen Gebiete mit einer stärkeren Streuung der Betriebszweige abheben. Das kann mit dem Korrelationskoeffizienten gemessen werden. Es wurde der Überschub bzw. das Defizit jeder Gemeinde an Getreidebaufläche (gemessen an ihrem Anteil an der LN/LF bzw. der gesamten Betriebszahl der 0,5 ha des UG) korreliert mit dem Überschub bzw. dem Defizit an der Großviehzahl. Das

Ergebnis zeigt Tab. 7.

Die steigenden negativen Werte der beiden Korrelationskoeffizienten zeigen an, daß sich die Konzentration des Getreideanbaus und der Großviehhaltung räumlich ausschließen, daß also eine zunehmende Spezialisierung und zugleich eine räumliche Arbeitsteilung auftritt.

Tab. 7: Korrelation des Konzentrationsgrades des Getreidebaus und der Großviehhaltung (SPEARMANScher Rangkorrelationskoeffizient)

Jahr	gemessen an	
	LN/LF	Zahl der Betriebe
1949	- 0,1776	+ 0,2154
1959	- 0,5909	- 0,3854
1969	- 0,8172	- 0,7134

V

Die Entwicklung der Betriebsformen im UG in der Nachkriegszeit läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß die Betriebe überall dort, wo es klimatisch und bodenmäßig möglich ist, Getreide anbauen. Die Ausweitung des Getreideanbaus geschieht zu Lasten der Großviehhaltung.

Es liegt nahe, darin eine Auswirkung unterschiedlicher Erzeugerpreise zu sehen. Das wird jedoch dadurch widerlegt, daß die Preisrelationen innerhalb der wichtigsten Produktionszweige, so wie sie NORDGÅRD aufführt, konstant geblieben sind.

Die eindeutige Bevorzugung des Getreidebaus muß vielmehr in der Produktivität begründet sein. Unter Produktivität wird hier, wie allgemein üblich, das Verhältnis zwischen Produktionsertrag und einem Produktionsfaktor verstanden. Ein Maß für die Arbeitsproduktivität ist der Wert "Landwirtschaftliche Arbeitskraft pro AKZ". 1949 schaffte eine AK im UG 0,6676 AKZ, 1959 schon 0,7275 und 1969 gar 0,9651. Das ist eine Steigerung von 45 %. Wie groß der Anteil ist, der von dieser Steigerung durch Substitution von Arbeit durch Kapital (Mechanisierung) erreicht wurde, läßt sich nicht berechnen. Immerhin läßt sich aber festhalten, daß diese Substituierung im UG weitgehend gleichartig und jeweils zum gleichen Zeitpunkt erfolgt sein muß. Sonst würde nämlich (s. Tab. 4) die Agrare Dichte nicht so hoch, und im Laufe der Nachkriegszeit noch steigend, mit der AKZ korrelieren.

Ein Maß für den Produktionsertrag haben wir in den BPW, ein solches für den Arbeitseinsatz in den AKZ. Nach der Untergliederung, die NORDGÅRD und ANDREAE zur Ermittlung ihrer Größen benutzen, läßt sich die Produktivität der beiden wichtigsten Betriebszweige, der Großviehhaltung und des Getreidebaus, ermitteln. Dazu wurde folgendermaßen verfahren: Im Gesamtdurchschnitt für das UG wurde für jedes Stichjahr ermittelt, mit wieviel Prozent der Getreidebau zur AKZ beiträgt. Ebenso wurde mit der Großviehhaltung verfahren. Hier wurden die ANDREAEschen Klassen M (Milchvieh), J (alle anderen Rinder) und F (Futterbau) addiert. Diese Werte werden in Tab. 8 den entsprechenden Prozentwerten gegenübergestellt, die die Produktionsrichtungen Großvieh bzw. Getreide an den BPW haben.

Steigerte der Landwirt 1949 seine AKZ um 1 % und investierte er diese Arbeitskraft in die Großviehhaltung, so steigerte er sein BPW nur um 0,8 %; investierte er dagegen seine Arbeitskraft im Getreidebau, so steigerte sich der BPW um 2,56 %, also um mehr als das Dreifache. Diese Berechnung zeigt, warum es betriebswirtschaftlich in Ostnorwegen so viel günstiger ist, auf Getreidebau zu setzen. Obgleich sich die Differenz bis 1969 etwas verkleinert hat (1969 nur noch das 2,5-fache), erklärt sie die Vergetreidung der ostnorwegischen Landwirtschaft und indirekt auch viele Schwierigkeiten der Fjellgemeinden, die diesen lohnenderen Einsatz der Arbeitskraft nicht mitvollziehen konnten und können.

Tab. 8: Die Bedeutung von Getreidebau und Großviehhaltung im UG, gemessen in Anteilen an der AKZ und dem BPW (in %)

Jahr	Großvieh			Getreide		
	AKZ %	BPW %	BPW pro 1 % AKZ	AKZ %	BPW %	BPW pro 1 % AKZ
1949	76,70	63,65	0,83	3,60	9,20	2,56
1959	69,57	57,57	0,83	6,41	14,50	2,26
1969	63,98	54,70	0,85	8,26	16,97	2,05

VI

Diese Berechnungen haben schon gezeigt, daß die Produktivität der entscheidende Faktor ist, der einen Betriebsformenwandel in Norwegen hervorruft. Zur Messung der Produktivität bietet sich der Wert BPW pro AKZ an (Arbeitsproduktivität). Wir wollen ihn als Produktivitätsindex (PI) bezeichnen.

Da der BPW über die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise inflationsabhängig ist, ist es auch der PI. Dieser Effekt läßt sich ausschalten, wenn man das BPW 1959 durch den Faktor 1,35, das BPW 1969 durch den Faktor 2,55 dividiert. Diese Werte wurden aus dem Vergleich der NORDGÅRDschen Erzeugerpreise gewonnen.

Damit werden BPW und PI für alle Zähltermine der Nachkriegszeit vergleichbar. Setzt man nun den Wert für 1949 gleich 100, so kann man, wenn man die gleiche Operation auch für die AKZ durchführt, die Entwicklung der wichtigsten Variablen für die Betriebsformänderung vergleichend betrachten (Tab. 9). Es wurden ferner die entsprechenden Werte für ganz Norwegen und für Østfold, einen agrarischen Gunstraum, mit hinzugenommen.

Der Vergleich zeigt, daß nur die Übergangsgebiete ihre Produktivität gegenüber 1949 haben steigern können. Unterdurchschnittlich weit zurückgefallen sind die Fjellgebiete. Fragt man nach den Ursachen, so ergibt sich, daß die Übergangsgebiete ihre AKZ stärker haben senken können als ihr BPW zurückgegangen ist, bei den Fjellgebieten ist es genau anders herum. Dort wird zuviel Arbeitskraft verwendet, um einen zu geringen BPW zu erzeugen. Das wiederum erklärt sich aus der starken Bevorzugung relativ produktivitätsgünstiger Produktionszweige in den Übergangsgemeinden, vor

allem dem Getreidebau. In den Fjellgebieten muß dagegen aus klimatischen Gründen an der relativ unproduktiven, weil stark arbeitsaufwendigen Großviehhaltung festgehalten werden.

Die Betriebsformendifferenzierung im UG hat im Laufe der Zeit zu einer Produktivitätsdifferenzierung geführt. Diese wiederum ist entscheidend für die Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft. Damit der PI erhalten bleibt oder möglichst noch gesteigert wird, muß die Landwirtschaft versuchen, die AKZ zu verringern. Das ist aber wegen des engen Zusammenhangs zwischen AKZ und Agrarer Dichte nur über die Freisetzung von Arbeitskräften möglich.

Die entscheidende Variable für den Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist daher in der Veränderung der AKZ zu sehen. Daß diese Schlußfolgerung richtig ist, zeigt eine Korrelationsanalyse. Sie ergab für diese beiden Größen für die erste Dekade $\gamma = +0,5919$, für die zweite $\gamma = +0,4733$. Der zweite Wert ist auf dem 97,5 %-Niveau, der erste gar auf dem 99,5 %-Niveau signifikant.

VII

Die norwegische Landesplanung hat sich dafür ausgesprochen, das bestehende Siedlungsmuster zu erhalten. Auf der anderen Seite aber liegt es im Interesse des Staates, den Getreidebau zu fördern, denn Norwegen kann sich wohl mit Milchprodukten, nicht aber mit Brotgetreide selbst versorgen. Hier liegt also ein deutlicher Interessenkonflikt der Planung. Man wird sich entscheiden müssen zwischen einer noch stärkeren Subventionierung von Betrieben, die auch in Norwegen einen Butter- und Milchberg erzeugen werden

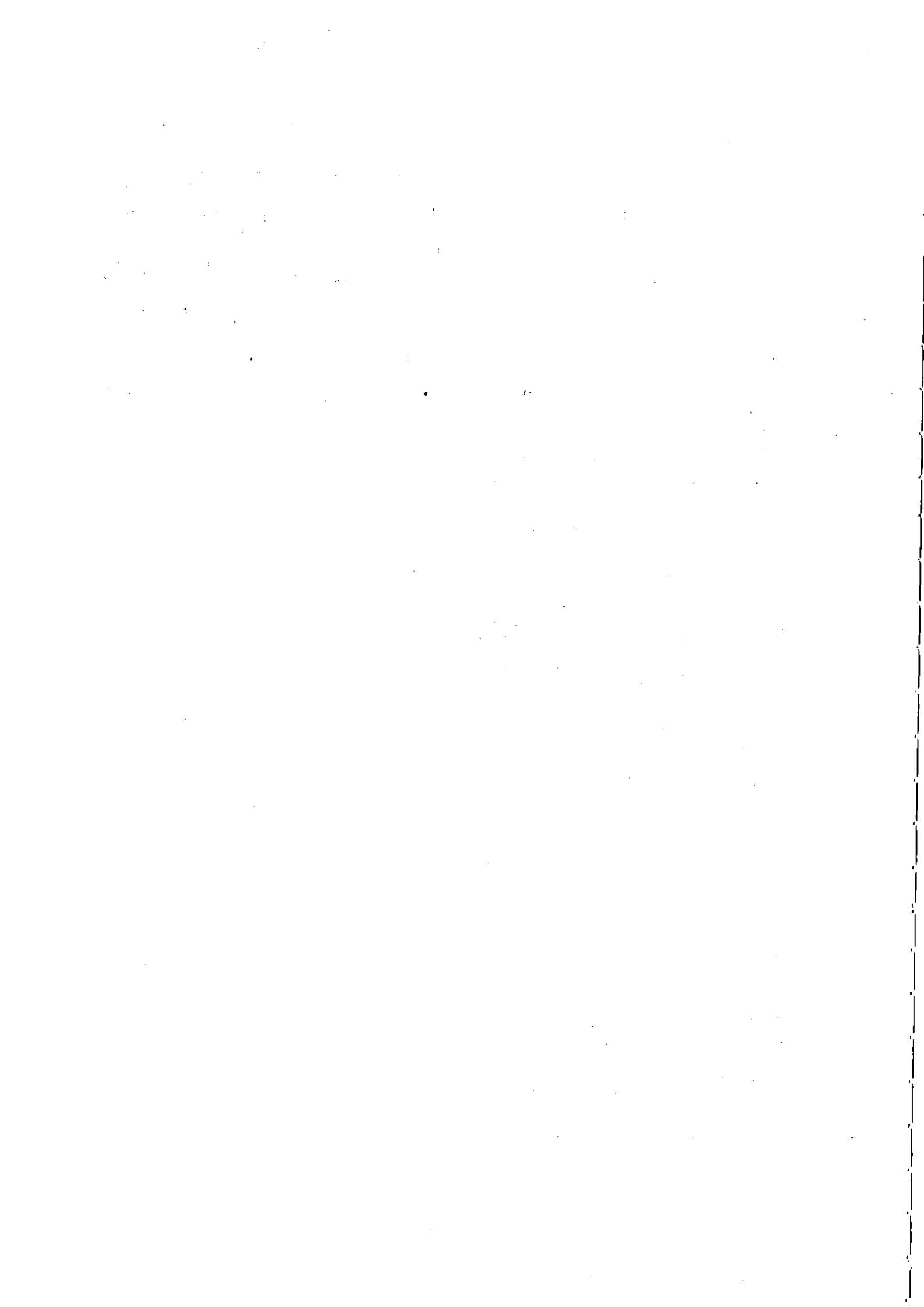
Tab. 9: Die Entwicklung von AKZ, BPW und PI (1949 = 100)

Region	Stand 1969		
	AKZ	BPW	PI
Übergangsgemeinden	64,5	72,4	113,1
Waldgemeinden	68,0	66,3	97,3
Fjellgemeinden	81,0	75,7	93,5
UG	75,3	73,1	97,7
Østfold	85,0	92,0	108,2
Norwegen	93,2	83,8	89,9

und einer "Strategie des Rückzugs" (HANSEN 1976b).
 Noch ist die Landwirtschaft in den Fjellgemeinden
 lebenskräftig und hat sich nicht selbst aufgegeben:
 1969 waren in den Fjellgemeinden im Durchschnitt
 17 % der Wirtschaftsgebäudeflächen in den letzten
 10 Jahren errichtet, in den Waldgemeinden 7, in den
 Übergangsgemeinden gar nur 6 %.

Literatur

- ANDREAE, B.:
 Betriebsformen in der Landwirtschaft, Stuttgart
 1964, 426 S.
- BACKÉ, B.:
 Altersstruktur und regionale Bevölkerungsprog-
 nose, dargestellt am Beispiel des Landes Nie-
 dersachsen, Neues Archiv für Niedersachsen, Bd.
 20, 1971, S. 17 - 29.
- COPPOCK, J.T.:
 An Agricultural Atlas of England and Wales,
 London 1964, 255 S.
- COPPOCK, J.T.:
 An Agricultural Atlas of England and Wales,
 London 1976², 267 S.
- DEGE, W.:
 Zur Kulturgeographie des Nördlichen Gudbrands-
 dals, Westf. Geogr. St. 16, Münster 1963, 148 S.
- FJELLBYGD:
 Effektiviteten av ulike driftsformer i fjell-
 bygdene, NLI Saermelding 2, Oslo 1953, 192 S.
- GLASSER, E.:
 Norwegen, Wiss. Länderkunden 14, Darmstadt 1978,
 289 S.
- HANSEN, J.Chr.:
 Regional disparities in Norway with reference
 to marginality, Institute of British Geographers,
 Transactions 57, 1972, S. 15 - 30.
- HANSEN, J.Chr.:
 The Problem of Marginal Areas in Norway - Popu-
 lation Trends and Prospects, Paper submitted to
 the IGU Commission on Population Geography, Sym-
 posium on Internal Migration, Univ. of Edmonton
 1972, 37 S.
- HANSEN, J.Chr.:
 Mountain Communities in Norway, Norsk Geogr.
 Tidsskrift 30, 1976 a, S. 211 - 220.
- HANSEN, J.Chr.:
 A strategy of retreat - the Norwegian case, in:
 W.C. Wonders, ed.: The Arctic Circle, Don Mills
 1976 b, S. 97 - 106.
- HANSEN, J.Chr.:
 The one-company town in Norway. Can we learn
 from the recent past in planning for the near
 future? Norsk Geogr. Tidsskrift 32, 1978,
 S. 97 - 110.
- LINDEMANN, R.:
 Die norwegische Pelztierzucht, Z.f.Wirtschafts-
 geogr. 19, 1975, S. 27 - 32.
- NORDGARD, A.:
 Jordbruk i kontraksjon og spesialisering, Oslo-
 Bergen-Tromsø 1972, 232 S.
- NORDGARD, A.:
 Kvantitative metoder for geografer, Oslo-Bergen-
 Tromsø 1976, 250 S.
- NORDGÅRD, A.:
 Types and regions of Norwegian Agriculture,
 Norsk Geogr. Tidsskrift 31, 1977, S. 15 - 26.
- NOS A 679:
 Norges offisielle statistikk: Folke- og bolig-
 telling 1970, h. 1, Oslo 1974, 195 S.
- RIDENG, A.:
 Klassifisering av kommunene i Norge 1974, Sta-
 tistisk Sentralbyrå Artikler 67, Oslo 1974, 56 S.
- SOMME, A.:
 Jordbrukets geografi i Norge, Teil A, Bergen
 1954, 415 S.
- TARRANT, J.R.:
 Agricultural Geography, Newton Abbot 1974,
 279 S.
- THORMODSAETER, A.:
 Regionale ulikheter i norsk jordbruk, Oslo 1960,
 156 S.



HARTMUT LOCKE

URSACHEN UND FOLGEN
JUNGER AGRARKOLONISATIONSVORGÄNGE AUF KORSIKA

Anschrift des Verfassers:

Dr. Hartmut Lücke
Geographisches Institut
der Joh.-Gutenberg-Universität in Mainz
Saarstraße 21
D-6500 Mainz

1 Einführung

Das Anliegen dieser Untersuchung besteht darin, am Beispiel der Insel Korsika, einem südfranzösischen Peripherraum, aktuelle binnenkolonialisatorische Vorgänge zu beleuchten. Dabei sollen vornehmlich die Auswirkungen jüngster Wandlungsprozesse in der insularen Landwirtschaft unter regionalgeographischem Aspekt aufgezeigt werden. Der landwirtschaftliche Sektor bietet sich deshalb in besonderem Maße dafür an, weil hier die größten zukünftigen Entwicklungschancen für die Insel liegen. Denn Korsika ist kein Industrieland; es fehlt zudem an Arbeitskräften, Kapital, Energie und Rohstoffen. Schließlich gilt es, die bisherigen Erfolge der großangelegten Agrarkolonisation innerhalb der "Programmregion Corse" kritisch zu würdigen.

2 Grundzüge des Naturraumes

Der erste Eindruck, den topographische Karten über die Oberflächenformen Korsikas vermitteln, ist der eines wenig übersichtlichen und stark gegliederten "Gebirges im Meer" (F. RÄTZEL 1899, S. 49). Keine andere Insel des Mittelmeerraumes weist eine so ausgeprägte Hochgebirgsformenwelt auf wie gerade Korsika. Eine genauere Relieffanalyse läßt jedoch eine skelettartige Gliederung der Gebirgsmassen erkennen. Von Norden nach Süden zieht ein Kamm einem Rückgrat gleich in einer weitgezogenen S-Kurve über die ganze Länge der Insel hin (Abb. 1). Er teilt als Hauptwasserscheide die Insel in eine westliche und eine östliche Hälfte.

Westkorsika bildet den stärker herausgehobenen Teil und stellt ein vorwiegend aus granitischen Gesteinen aufgebautes Gebirgsland dar; zahlreiche Gipfel überschreiten hier die 2 000 m-Grenze. In Form einer Riasküste mit weit ins Land eingreifenden Golfen taucht es im Westen steil ins Meer. Die stark zerklüftete Küstenregion zeigt sich nicht nur siedlungsfeindlich, sondern ihr fehlt auch ein günstiges, für eine landwirtschaftliche Entwicklung geeignetes Hinterland.

Das durchschnittlich niedrigere Ostkorsika wird zum größten Teil aus Schiefergestein aufgebaut und besitzt ausgesprochenen Mittelgebirgscharakter (A. RONDEAU 1964, S. 17); die höchsten Höhen dieses Berglandes gehen nicht über 1 800 m hinaus. In Verbindung mit der intermontanen Senke von Corte stehend, zeichnet sich dieser als "Castagniccia" bekannte Naturraum seit alters her durch das Vorherrschen traditioneller polykultureller Landnutzungsformen aus.

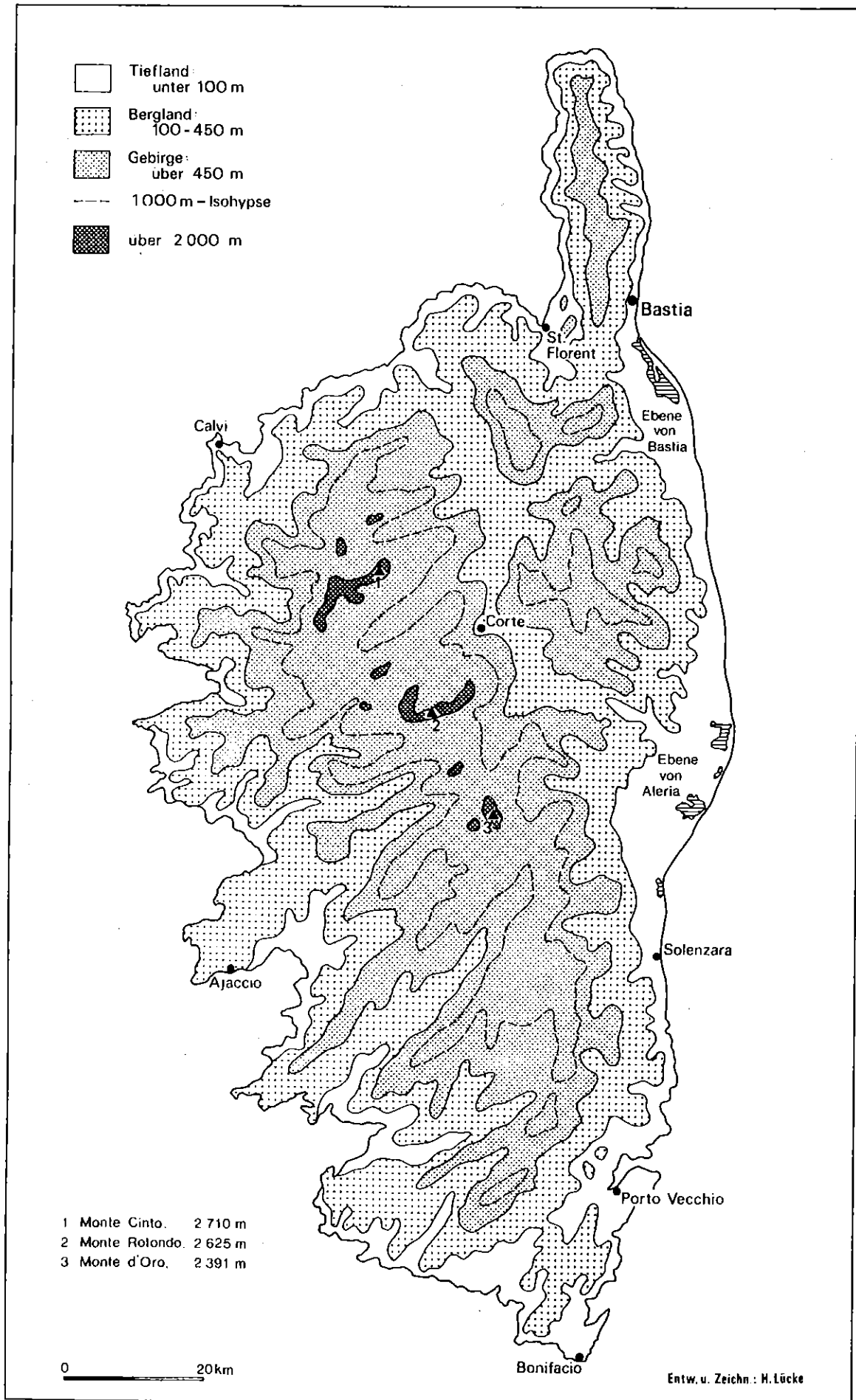
Dem Bergland ist im Osten ein zusammenhängendes Küstentiefeland vorgelagert. Dieses hebt sich nicht nur wegen seiner für insulare Verhältnisse einmaligen Flächenausdehnung und seiner geringen Reliefunterschiede von den übrigen Inselregionen ab, sondern stellt zugleich das bedeutendste agrarische Eignungsgebiet Korsikas dar (Abb. 2). Die Einheimischen bezeichnen dieses Tieflandsgebiet als "Plaine orientale", welche diejenigen Räume umfaßt, die sich ostwärts an die Vorberge unterhalb der 100 m-Isopyse bis zum Meeresniveau anschließen. Diese Höhenstufe hat zwischen Bastia im Norden und Solenzara im Süden eine Längserstreckung von nahezu 100 km, während ihre West-Ost-Erstreckung 15 km nicht überschreitet.




Trotz seines relativ einheitlichen morphologischen Gepräges läßt sich das Küstentiefeland in drei naturräumliche Einheiten gliedern: Im Norden bilden Marina und Casinca die Ebene von Bastia, die sich überwiegend aus pleistozänen und alluvialen Ablagerungen des Golo aufbaut und rd. 17 500 ha umfaßt. Daran schließt sich südwärts eine von den Torrenten Alesani und Bravone begrenzte Piedmontzone an. Als eine nur wenige hundert Meter breit ausgebildete Platte besitzt sie eine Fläche von 7 500 ha und kann als Übergangsraum zwischen den beiden ostkorsischen Tiefebene betrachtet werden. Schließlich bildet die Ebene von Aleria mit 45 400 ha das größte, von den Torrenten Tavignano, Fiumorbo und Abatesco durchflossene Tieflandsgebiet Korsikas. Sie wird südlich des Tavignano vorwiegend aus alluvialen Sanden und Schottern gebildet, wohingegen sie im nördlichen Abschnitt Anteil an einem stark zerschnittenen Miozängebiet hat. Sie ist als einzige küstennahe Tieflandsregion bereits von Griechen und später von Römern agrarkolonisatorisch erschlossen worden.

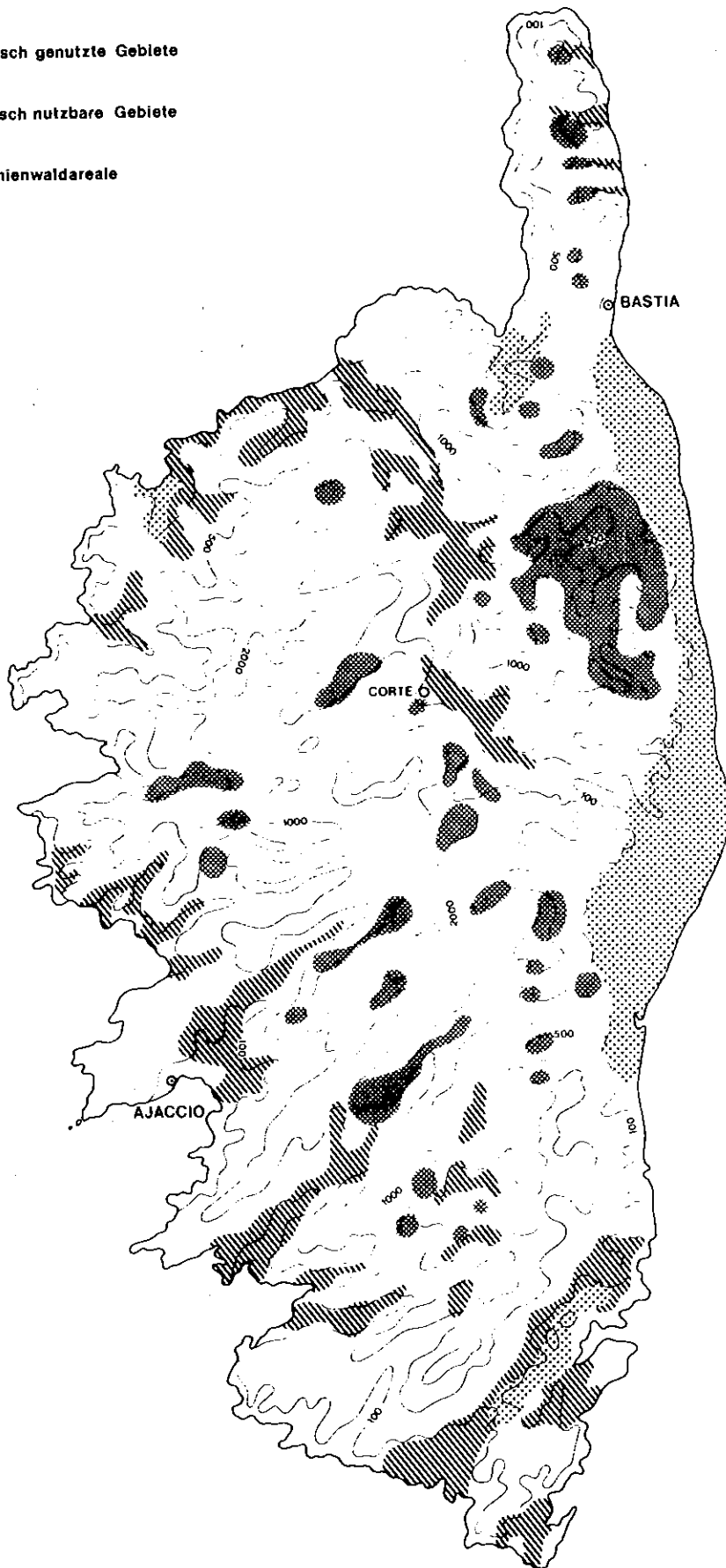
Alle drei Naturräume bilden ein Hebungsgebiet, das terrassenförmig zum Meer hin abfällt. Ein flacher Sandstrand, der von zahlreichen Strandseen begleitet wird, zeigt den typischen Formenschatz einer Ausgleichsküste (H. SCHOLKE 1968, S. 111). Die pedologischen Gegebenheiten zeichnen sich durch den Gegensatz zwischen fruchtbaren Alluvialböden in den Flußauen und ackerbaulich nur bedingt nutzbaren Böden aus, welche in den bis heute überwiegend mit Macchie oder Garrigue bestandenen Miozängebieten am Fuße des Berglandes anzutreffen sind. Ganz andere Ökotope stellen die pleistozänen Sande und Feinerden auf den küstennahen Schotterplatten dar. Insgesamt bilden leicht-

Abb. 1

Höhenstufen



-  Agrarisch genutzte Gebiete
-  Agrarisch nutzbare Gebiete
-  Kastanienwaldareale



0 30 km

te Böden auf den höheren Terrassenflächen und schwere Böden in den Niederungen den entscheidenden edaphischen Gegensatz im ostkorsischen Tiefland. Nach bestimmten Meliorationen, insbesondere wassertechnischen Maßnahmen, besitzen von den für eine agrarische Erschließung vorgesehenen 50 000 ha etwa 30 % bodenmäßig überdurchschnittlich günstige Voraussetzungen für eine intensive Nutzung mit Sonderkulturen.

Fassen wir zusammen, so wird deutlich, daß sich ausser den großen naturräumlichen Gegensätzen zwischen dem westlichen und östlichen Korsika die insularen Höhenstufen, Gebirgs-, Berg- und Tiefland, durch eine ungleiche Flächenverteilung auszeichnen:

Tab. 1: Korsische Höhenstufen (Nach Recens. gén. de l'agric. 1970)

	Stufung	Fläche	% an Inselfl.
Gebirgsland (montagne)	über 450 m	4 060 km ²	47 %
Bergland (côteaux)	100 - 450 m	3 260 km ²	37 %
Tiefland (littoral)	unter 100 m	1 402 km ²	16 %
		8 722 km ²	100 %

Als entscheidender Faktor für die später darzustellende agrarwirtschaftliche Situation erweist sich die geringe Ausdehnung der Tieflandsflächen im Vergleich zu den gewaltigen Massen des Gebirgs- und Berglandes (84 %).

Von der Küste bis in Höhen von etwa 300 m herrscht typisch mediterranes Klima (P. SIMI 1963, S. 17). Zwar liegt die Jahresmitteltemperatur in dieser Höhenstufe bei 15,4° C; ein derart hoher Wert ergibt sich aus den mäßigen Winter- und hohen Sommer-temperaturen, welche als besondere Gunstfaktoren für das im Lee des zentralkorsischen Gebirgsmassiv gelegene ostkorsische Tiefland zu werten sind. Dieser Raum muß sich jedoch mit einem jährlichen Niederschlagsmittel von 500-750 mm begnügen. Davon fallen mehr als die Hälfte in der kalten Jahreszeit, mit Höchstwerten im Oktober und November. Der Niederschlag des Sommers liegt dagegen beträchtlich unter den saisonalen Verdunstungswerten.

Jahresgang und Verteilung dieser Klimaelemente belegt Abb. 3 für drei ausgewählte Stationen. Die daraus resultierenden klimatischen Gegebenheiten, welche im Juli und August stärkste Kontraste aufweisen, haben eine außerordentliche Bedeutung für

die im Rahmen der Neukultivierung angebauten Sonderkulturen. Ihr meist hoher Feuchtigkeitsbedarf kann in dieser Jahreszeit nur durch künstliche Bewässerung geregelt werden.

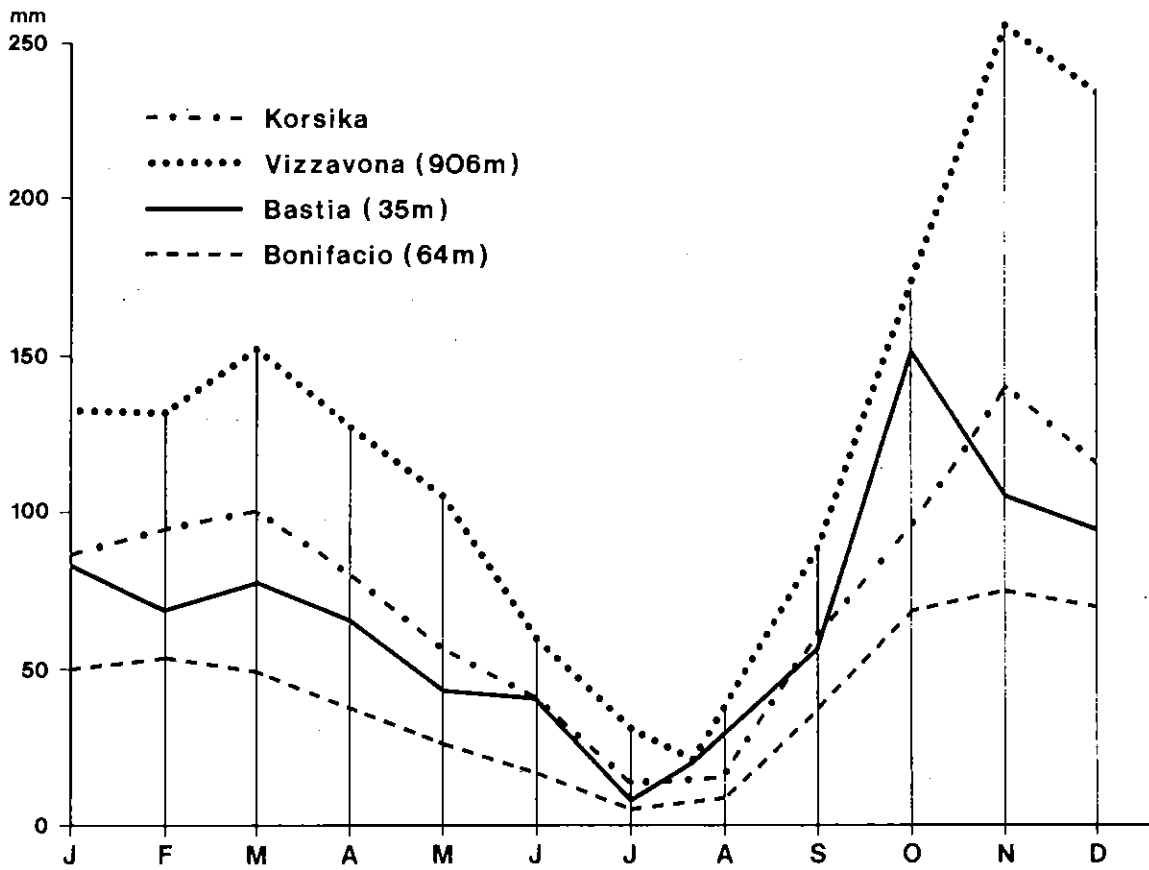
3 Agrarstrukturelles Entwicklungsprogramm

Wie in anderen mediterranen Tieflandsgebieten¹⁾, so waren auch die Küstenebenen Ostkorsikas bis zum Ende des 2. Weltkrieges nahezu unbewohnt und agrarisch kaum mehr genutzt, nachdem sie zur Zeit der Eingliederung der Insel in den französischen Staatsverband im Jahre 1769 zum einen noch der Weidenutzung im Rahmen einer intakten Transhumance unterlegen gewesen und zum anderen entsprechend der damals dominierenden

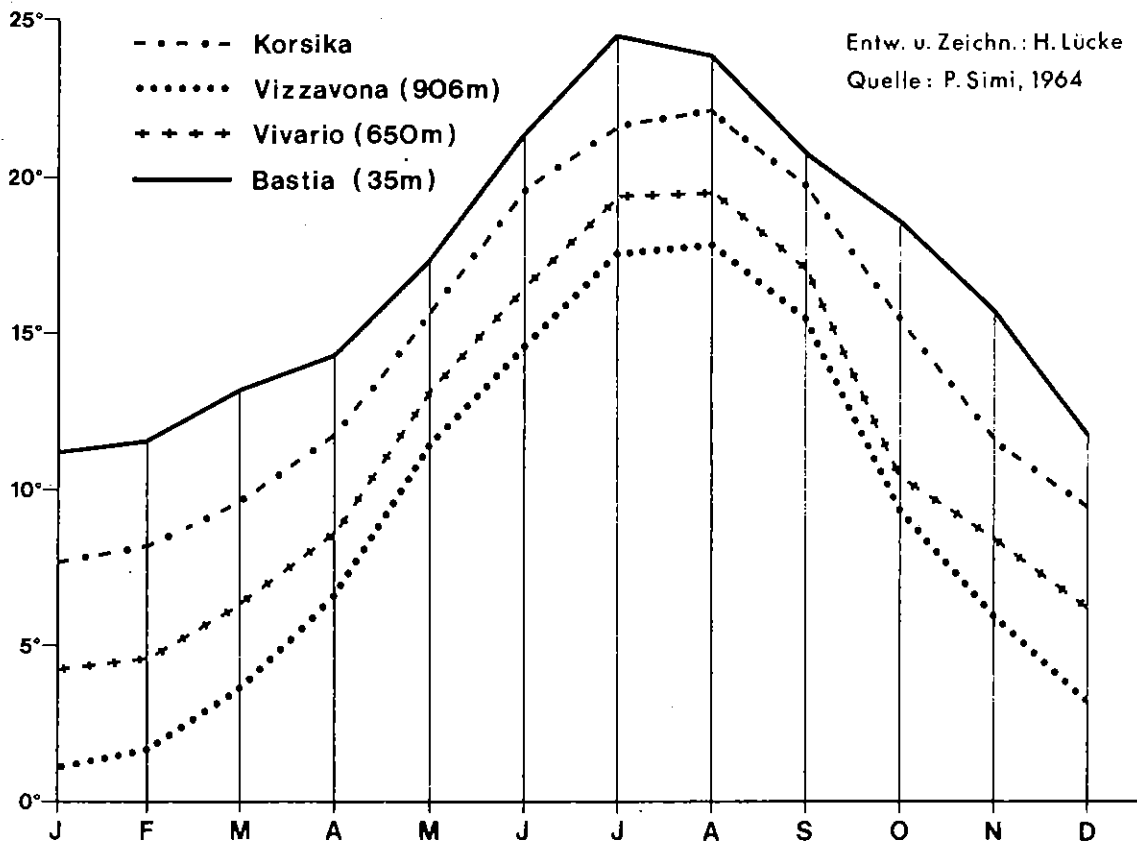
Subsistenzwirtschaft getreidebaulich intensiv genutzt worden waren (H. LÖCKE 1976, S. 111). Die küstennahen Regionen haben demzufolge im Laufe ihrer jüngeren Geschichte einen Wechsel in der Bewertung vom agrarischen Aktiv- zum Passivraum erfahren.

Hinzu kommt, daß die Nahrungsmittelproduktion der weitgehend autark ausgerichteten Landwirtschaft bereits am Ende des 19. Jh. die ständig wachsende Bevölkerung nicht mehr zu ernähren vermochte. Das Festhalten an der traditionellen Landnutzungsform, der sog. Polyculture familiale, hat die Ausrichtung der insularen Agrarwirtschaft auf die erforderliche Marktproduktion verhindert. Die Ursachen dafür sind vornehmlich in standortmäßigen Nachteilen zu suchen, wie unrentablen Produktionsbedingungen auf den meist aus dem Mittelalter stammenden Terrassenanlagen im küsternen Inselinnern, oder der durch die Insellage hervorgerufenen Isolation vom kontinentalen Markt, oder den durch die Insularität bedingten räumlich und zeitlich verlängerten Transportwegen und der notwendigen Benutzung unterschiedlicher Transportmittel. Die Folgen äußern sich in einer bis dahin nicht gekannten Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche und in einem raschen Anstieg der Nahrungsmittelimporte.

Klima



Monatliche Niederschlagsverteilung in Korsika



Jahresgang der Temperatur in Korsika

Während auf dem französischen Festland oder auch in Italien in zahlreichen versumpften Küstenräumen im Laufe des 19. Jh. bedeutende Kolonisationsprojekte durchgeführt wurden, blieb Korsika diesbezüglich in Vergessenheit. Die Möglichkeit einer Neukolonisierung, auf die RATZEL bereits 1899²⁾ hingewiesen hatte, war erst ab 1943 gegeben, als es mit Unterstützung der Internationalen Health Division der Rockefeller-Foundation gelang, etwa 40 000 Hektar Niederungsgebiet durch den Einsatz von DDT von der Malaria zu befreien. Erste Grundlage für künftige binnenkolonialisatorische Förderungsmaßnahmen bildete schließlich ein im Jahre 1949 aufgestellter gesamtkorsischer Entwicklungsplan, der "Plan de mise en valeur de la Corse".

Die eigentliche Neuordnung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse orientiert sich jedoch an dem im Jahre 1957 gesetzlich verankerten "Programme d'action régionale pour la Corse", welches an dem kritischen Punkt, dem versäumten Anschluß an die Marktproduktion, ansetzt und folglich das Hauptgewicht auf die Förderung der daniederliegenden Landwirtschaft legt.

Dieses Reformwerk besteht im wesentlichen aus folgenden vier Programmpunkten:

1. Gewährung staatlicher Subventionen und wissenschaftlich fundierte Anleitung zu technischer und betriebswirtschaftlicher Umstrukturierung, um der insularen Landwirtschaft den Anschluß an den nationalen Festlandsmarkt zu erleichtern.
2. Rationellere Nutzung des Agrar-, Wald- und Viehwirtschaftspotentials auf der Grundlage eines integrierten agro-sylvo-pastoralen Entwicklungsplanes.
3. Bessere Ausnutzung der Bewässerungsmöglichkeiten mit dem Ziel, unter Beachtung regionaler Gegebenheiten den Sonderkulturanbau schwerpunktmäßig zu fördern.
4. Oberleitung der traditionellen Wanderherdenhaltung in eine intensive stationäre Kleinviehzucht.

Ziel dieser Vorhaben stellt die Schaffung einer spezialisierten Agrarerzeugung zunächst für die insulare Versorgung dar. Nach einer Konsolidierungsphase sollen später konkurrenzfähige korsische Produkte auch auf das französische Festland oder in andere EWG-Länder ausgeführt werden. Eng verbunden damit ist die Hoffnung, auf Korsika neue Arbeitsplätze zu

schaffen, um der Abwanderung auf den Kontinent Einhalt zu gebieten. Letztlich verspricht man sich von all diesen Maßnahmen finanzielle und verwaltungsmäßige Anstöße für eine künftige Selbstentwicklung der Insel.

4 Träger der Neuordnung

Die praktische Durchführung der genannten Aktionsprogramme für die regionale Planifikation wurde ebenfalls im Jahre 1957 der "Société pour la Mise en Valeur Agricole de la Corse", kurz SOMIVAC, in Bastia übertragen. Sie teilte zuerst die für eine Inwertsetzung vorgesehenen Ländereien in sog. Lotissements auf und ließ dort neue Wohn- und Wirtschaftsgebäude errichten. Ferner nahm sie Rodungen auf zunächst 20 000 Hektar vor und führte dort pedologische, hydrologische, lokal-klimatische und agrarwirtschaftliche Spezialuntersuchungen durch. Schließlich ist diese staatliche Entwicklungsgesellschaft für die Schaffung eines Bewässerungssystems im gesamten Tieflandbereich verantwortlich.

Durch politische Umstände sollte jedoch ihr Aufgabenbereich bereits wenig später entscheidend erweitert werden: Nachdem im Jahre 1956 Marokko und 1963 Tunesien und Algerien die Unabhängigkeit erlangt hatten, setzten als Folge der Ausweisung französischer Kolonisten Rückwanderungswellen ins Mutterland ein, von denen insbesondere der mediterrane Bereich Frankreichs betroffen war. Nach Korsika wanderten zwischen 1962 und 1966 mehr als 16.000 Repatrierte, sog. Pieds-Noirs ein (Tab. 2).

Die Einwanderungsquote erreichte im Jahre 1962 mit 33 % an der Gesamteinwanderung ihren Höchstwert. Die nochmalige Erhöhung der Immigrantenzahl im Jahre 1964 wurde durch Binnenwanderungserscheinungen ehemaliger Kolonisten verursacht, die zunächst auf dem Kontinent keine Bleibe fanden und schließlich nach Korsika einwanderten. Die Repatrierten machen gegenwärtig zwar nur 9 % der korsischen Bevölkerung aus, sind jedoch für die allerjüngste wirtschaftliche Entwicklung der Insel von entscheidender Bedeutung.

Etwa 85 % der Einwanderer besitzen landwirtschaftliche Berufe und sind in der Lage, diese dank einer umfassenden Unterstützung durch die SOMIVAC in der neugewählten Heimat auch künftig auszuüben. Ihre Ansiedlung ist daher in Gemeinden mit günstigen Voraussetzungen für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders stark. Das ostkorsische Tiefland zeigt heute

Tab. 2: Einwanderung von Repatriierten³⁾

Herkunft	1962	1963	1964	1965	1966	gesamt
Algerien	4 180 31.4 %	3 059 23 %	3 648 28 %	1 843 14 %	475 3.6%	13 205 81.5 %
Tunesien	418 44.0 %	228 24 %	247 26 %	57 6 %	- -	950 5.5 %
Marokko	874 40.9 %	840 22.7%	323 15.2%	209 9.7%	247 11.5%	2 133 13.0 %
zusammen	5 472 33.0 %	3 767 23.0%	4 218 25.0%	2 109 13.0%	722 6.0%	16 282 100.0 %

neben den städtischen Zentren Bastia und Ajaccio die höchsten Anteile dieser Fremdbevölkerung (Abb. 4). Die Integration der sog. Colons hat allerdings zu Spannungen mit der autochthonen Bevölkerung geführt, welche die Erschließungsgebiete als "enclaves étrangères" (J.C. GUIBAL 1970, S. 20) betrachtet. Denn die ehemaligen Koloniallandwirte unterscheiden sich nicht nur durch ihre besondere Motivation, ihr jüngeres Durchschnittsalter und ihre Innovationsfreudigkeit, sondern auch durch ihr meist auf Erfahrungen aus den Kolonien beruhenden "Know how" von der korsischen Wirtschaftsgesinnung. Hinzu kommt, daß seit Auftreten der "Pieds-Noirs" das Entwicklungsprogramm seine ursprüngliche Zielsetzung verändert hat: Statt die Emigration zu bremsen, erfährt die Immigration einer Fremdbevölkerung eine spezielle Förderung; statt bereits bestehende Betriebe entsprechend der Planung zu sanieren, wird die Errichtung neuer Hofstellen zunächst vorangetrieben, die vorzugsweise Repatriierten zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich wurde im Jahre 1974 die von der SOMIVAC getragene Agrarkolonisation dahingehend erweitert, daß sie neben der Zuweisung neugegründeter Siedlerstellen und der Bonifikation bestehender Nutzflächen auch für Strukturverbesserungsmaßnahmen in Betrieben des innerkorsischen Gebirgslandes verantwortlich ist. Ziel dieser Befugnisweiterung ist es, regionale Disparitäten zwischen den fortschrittlichen Küstenbereichen und dem rückständigen Inselinnern auszugleichen.

5 Agrarräumliche Erschließung

Infolge der besonderen Erschließungsvoraussetzungen, wie der Ansiedlung repatriierter Kolonisten in einem bislang landwirtschaftlich kaum genutzten Raum, der Bonifikation bestehender agrarischer Nutzflächen und jüngster Sanierungsbemühungen in Gebirgsbetrieben steht Korsika im Gegensatz zu anderen

westmediterranen Kolonisationsgebieten. So wurden beispielsweise in den italienischen Maremmen (C. RETZLAFF 1967, S. 92) oder auf Sardinien (G. OBERBECK 1961, S. 28 und K. SCHLIEBE 1972, S. 45) zu Beginn ähnlicher Erschließungsvorhaben die dafür vorgesehenen Ländereien zunächst enteignet⁴⁾. Erst danach konnte mit Flurbereinigungsmaßnahmen und dem Bau von Be- und Entwässerungsanlagen begonnen werden. Auf Korsika ist es indes zu keinen Enteignungen durch die SOMIVAC in den Neukultivierungsgebieten gekommen. Sie hat zur Durchführung ihrer Projekte bislang nur Gemeindeland pachten, selten aufkaufen können. Bei allen Programmen ist ihr zwar die alleinige Erarbeitung der Grundlagen für die agrarlandschaftliche Neugestaltung übertragen worden, bei der eigentlichen Ausführung war ihre Funktion jedoch weitgehend beratend. Rodungsarbeiten oder der Bau technischer Anlagen wurden öffentlich ausgeschrieben und sind zum Überwiegenden Teil von privaten Unternehmen ausgeführt worden.

a. Inwertsetzung⁵⁾

Die SOMIVAC hat im Jahre 1959 das erste Erschließungsvorhaben auf dem ehemaligen Gemeindeland von Ghisonaccia im Sektor Tavignano - Abatesco durchgeführt, da es sich gezeigt hatte, daß in den beiden nördlichen Sektoren, Marana - Casinca und Alesani - Bravone, auf Grund komplizierter Eigentumsverhältnisse der Beginn agrarischer Inwertsetzungen infolge zeitraubender Verhandlungen mit den meist abwesenden Landeigentümer allzulange hinausgezögert worden wäre. In dieser Tieflandgemeinde konnte die Gesellschaft durch den Abschluß langfristiger Erbpachtverträge im Gemarkungsabschnitt Alzitone (Abb. 5) zunächst ein bewässerbares Areal von 4 000 ha erwerben. Davon waren nach Erforschung der lokalen Bodenverhältnisse etwa 2 500 ha für eine Bewässerungswirtschaft geeignet.

Derartige Raumeinheiten, in denen agrarische Er-

VERTEILUNG DER REPATRIIERTEN

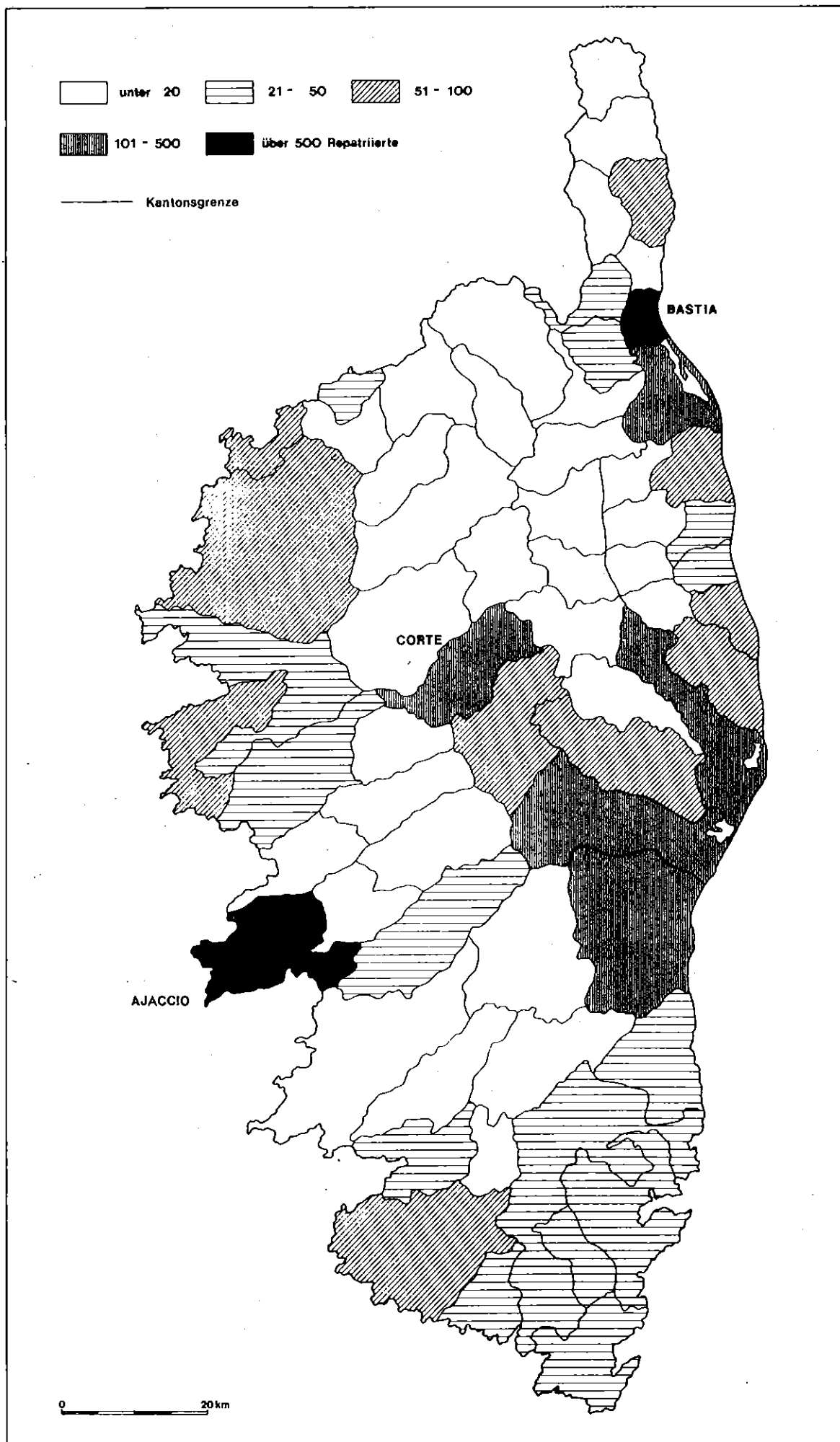


Abb. 5

LUFTBILD „ALZITONE“

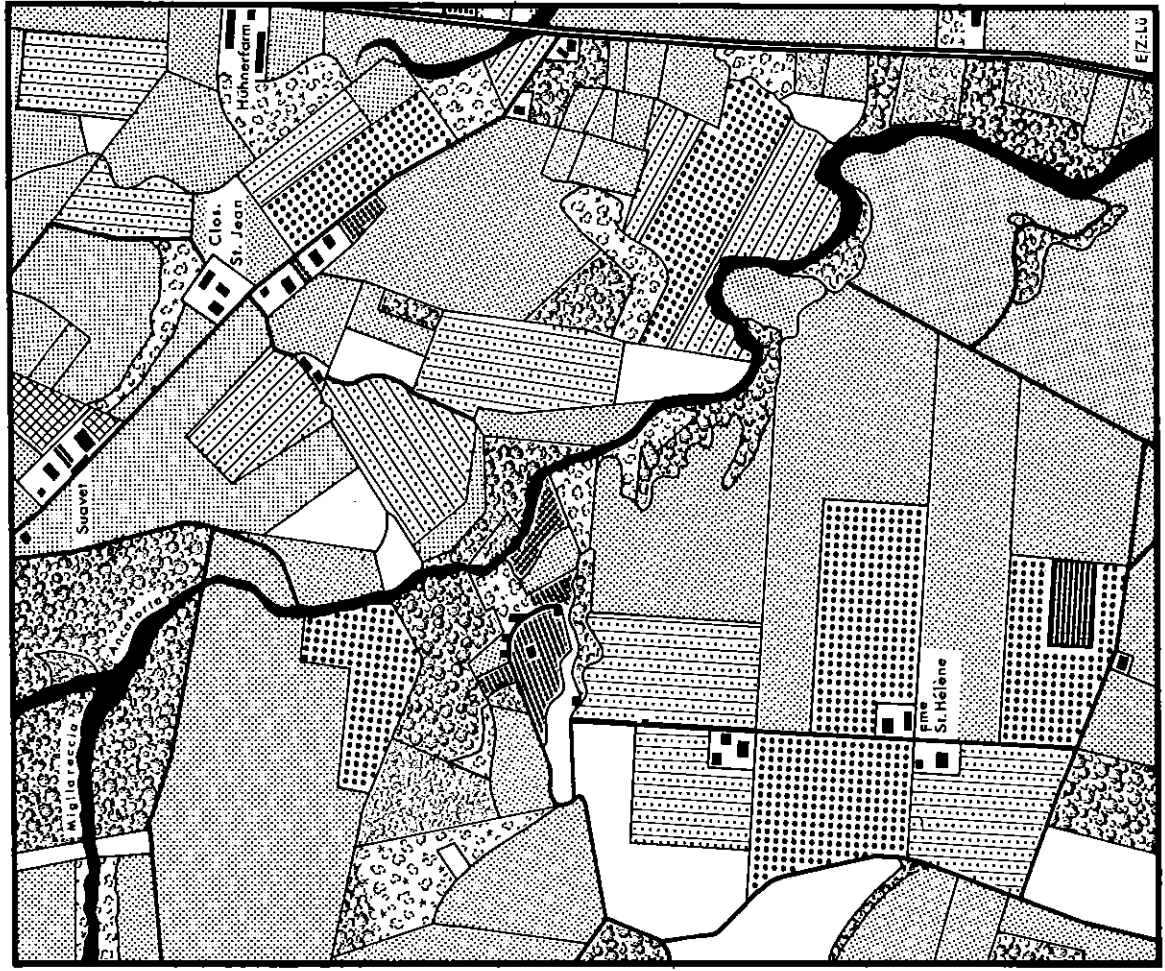
AUFNAHME : November 1965.
durch C. Delbord











Das Luftbild Nr. 2567 wurde von der SOMIVAC 1966 freigegeben;
vergleichende Geländeaufnahme : August 1966

INTERPRETATIONSSKIZZE
„ALZITONE“ (1966)

Quelle: LUFTBILD-NR. 2567
0 10 km



-  Rebland
-  Baummacchie
-  Fruchtbaumkulturen
-  Strauchmacchie
-  Agrumenland
-  Weideland
-  Artischocken-Blumenanbau
-  Frische Rodung

schließungen erfolgen, werden als "périmètres" bezeichnet, von denen Alzitone inzwischen nicht nur die älteste, sondern auch entsprechend ihrem Entwicklungsstand die fortschrittlichste Agrarregion innerhalb des ostkorsischen Tieflandes darstellt. Vor Erschließungsbeginn hatte sich dort wie in vielen anderen tiefländischen Gemeindearealen unter verstreut auftretenden Korkeichen noch ein undurchdringliches Macchiedickicht ausgebreitet, welches stellenweise eine Höhe bis zu 3 m erreichte. Hier konnte die erforderliche "Demaquisation" nur mit Hilfe schwerer Raupenfahrzeuge durchgeführt werden: Nachdem die entwurzelten Sträucher und niedergewalzten Bäume zu großen Haufen zusammengeschoben waren, konnten diese nach kurzer Zeit verdorrten Vegetationsreste verbrannt werden. Erst dann war man in der Lage, sich der eigentlichen Bodenverbesserung zuzuwenden. Die Melioration erfolgte in den meisten Fällen durch Tiefscharen bis 80 cm. Dies bedeutet zwar eine Durchlockerung und Durchlüftung der oberen Bodenschicht, aber auch ein gleichzeitiges Unterpflügen der Humusbestandteile und eine Förderung von Schottermaterial an die Bodenoberfläche. Demzufolge ist eine sofortige Nutzung nicht möglich, weil sich zunächst durch Kalkgabe und den Anbau von Pionierpflanzen, insbesondere Getreide, erst eine tragfähige Ackerkrume ausbilden muß. Erst nach zwei bis drei Jahren kann dort eine Nutzung mit Dauerkulturen erfolgen.

Seit Erschließungsbeginn im Jahre 1959 konnten von der SOMIVAC im ostkorsischen Tiefland jährlich etwa 300 ha Inwertsetzungsfläche hinzugewonnen werden. Die am Beispiel von Alzitone aufgezeigten Urbarmachungsarbeiten bilden die Grundlage für die spätere Parzellierung, die Trassenführung künftiger Straßen und die Errichtung von Gehöften, welche mit ihren meist arrondierten Betriebsflächen die neuen Kerne der Inwertsetzungsgebiete bilden. Das dort inzwischen entstandene Siedlungsbild ist nach dem Muster einer schematischen Streusiedlung konzipiert und ist mit Kolonisationsformen in den Maremmen (C. RETZLAFF 1967, S. 144) oder im Podelta (H. DONGUS 1966, S. 111) vergleichbar.

b. Bonifikation

Wenn einheimische Landwirte anfänglich als Träger der Neuordnungsprojekte in den Tieflandssektoren nur in geringem Maße hervorgetreten sind, so liegt das nicht allein darin begründet, daß sich der größte Teil der aktiven Bevölkerung heute auf dem Festland aufhält, sondern hat auch Verhaltensursachen. Man

ist auf einheimischer Seite infolge der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit hinsichtlich der Erfolge von Sanierungsvorhaben in den siedlungsfernen, zum Teil seit Jahrhunderten geringfügig genutzten Gebieten skeptisch gewesen und hat sich folglich mit der Teilnahme an Neuordnungsmaßnahmen zunächst abwartend verhalten. Deshalb befand sich im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes (1957-1961) auch nur ein knappes Viertel der im Tiefland neu entstandenen landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Hand einheimischer Korsen (J.-C. BAYSANG 1971, S. 47). Nachdem es sich allerdings in den darauffolgenden Jahren erwiesen hatte, daß die meisten Projekte erfolgreich abgeschlossen werden konnten, zeigte sich eine zunehmende Zahl einheimischer Landwirte an einer Bonifikation ihrer Betriebsflächen interessiert. Ihr Problem bestand allerdings darin, daß anfänglich nur wenige die notwendigen Eigenmittel besaßen, um ihre zum Teil aus Wildland bestehenden Besitzungen für eine Neukultivierung vorzubereiten. Auf Grund wachsender Anträge zur Bonifikation und einer daraufhin erfolgten Neuregelung hinsichtlich der Kreditvergabe genießen inzwischen jedoch auch alteingesessene Tieflandkorsen beim Ausbau und bei der Intensivierung ihrer Betriebe gleiche Rechte wie die Repatriierten. Hier werden folgende Maßnahmen vorgenommen: Zusammenlegungen, Rodungen, Ausbau des Wegenetzes, Instandsetzung und Erweiterung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Vereinzelung von Höfen, Anlagen zur Feldbewässerung und Melioration der Böden.

Hinsichtlich der aktuellen räumlichen Verteilung beider Erschließungsformen ergibt sich in den drei Tieflandssektoren folgendes Bild: Im nördlichen Sektor (Marana - Casinca) ist es bisher nur in geringem Ausmaß zu Inwertsetzungen gekommen. Nur vereinzelt sind eingewanderte Kolonisten angesiedelt worden; es dominieren Bonifikationen auf insgesamt 1.275 ha. Im zweiten Erschließungssektor (Alesani - Bravone) sind die flächenmäßigen Anteile der Bonifikation und der Inwertsetzung ausgewogen: 675 ha in Kolonistenbetrieben und 856 ha in einheimischen Betrieben. Schließlich überwiegt im südlichen Erschließungsabschnitt (Tavignano - Abatesco) gegenüber dem Stand von 1965 die Zahl der bonifizierten einheimischen Betriebe, die mit 21 % an der Fläche dieses Sektors teilhaben, während die Kolonistenbetriebe hier mittlerweile nur noch 6 % ausmachen.

c. Betriebliche Strukturverbesserung

Die dritte, ausschließlich auf den insularen Gebirgsraum ausgerichtete Erschließungsform, sieht struktu-

relle Verbesserungsmaßnahmen vornehmlich in Schaf- und Ziegenhaltungsbetrieben vor. Dazu gehören die Intensivierung des Feldfutteranbaus, die Modernisierung von Wirtschaftsgebäuden, die Einführung von Umzäunungen, der Ausbau des Wegenetzes zwischen Heimsiedlungen und Schäfereien und die Schaffung von Bewässerungsmöglichkeiten. Ursache dafür ist die sich im Küstentiefland rasch vollziehende Ausdehnung agrarischer Nutzflächen auf Kosten der traditionellen Winterweidegründe. Hinzu kommt eine erhebliche Verringerung des Viehbestandes seit Ende des 2. Weltkrieges, ohne daß diese althergebrachte korsische Wirtschaftsform bisher gänzlich zum Erliegen gekommen ist.

Das Ziel dieser Projekte besteht folglich in der Umwandlung der bisher gepflegten extensiven Form der Transhumance in eine intensive stationäre Weidewirtschaft. Dies soll über eine fortschreitende Umstellung der bislang üblichen Dauergrünlandnutzung auf eine moderne Form der Futterbauwirtschaft erfolgen. Man hofft, durch eine Intensivierung der Futterbasis diesen für Korsika so charakteristischen und von der festländischen "Société Roquefort" durch Milchfestpreise getragenen Wirtschaftszweig einer erneuten Blüte zuzuführen.

Die Vorherrschaft der Schafhaltung mit einem Anteil von 53 % gegenüber den anderen Viehhaltungszweigen ist bis heute zwar erhalten geblieben, dennoch haben sich neben erheblichen Bestandsverlusten in jüngster Zeit gerade hier betriebsstrukturelle Veränderungen ergeben (Tab. 3).

um etwa 45 % angestiegen ist, kann dies im Zusammenhang mit der Erweiterung der Herdengröße bereits als Ergebnis der jüngst durchgeführten Intensivierungsversuche betrachtet werden.

Trotz dieser erkennbaren Teilerfolge ist es jedoch zwischen 1970 und 1974 immerhin noch zu 319 Betriebsaufgaben gekommen, was einer Verminderung von mehr als 70 Betrieben im Jahr entspricht. Davon haben 257 Besitzer (80 %) ihre Herden verkauft, 42 Betriebe wandten sich der Ziegenzucht zu und 20 Schäfer haben sich auf die Schaffleischproduktion spezialisiert. Mit der Abkehr von der herkömmlichen Milchgewinnung, dem Wechsel der Nutztiere und der Hinwendung zu anderen Formen der Haltung sind tiefgreifende Veränderungen in der korsischen Schafwirtschaft verbunden.

Die jüngsten Wandlungen werden dadurch hervorgerufen, daß viele der bislang auf Pachtung von Weideland angewiesenen Schäfer im Zuge der Erschließung im Tiefland eigenen Grund und Boden erworben haben und dort nach Errichtung neuer Wohnstätten ansässig geworden sind. In der Marana sind heute etwa 40 %, in der Casinca 15 % und in der Ebene von Aleria 25 % der Schäfer im Besitz von eigenem Weideland. Mit dem Betriebsstandort- und Haushaltswechsel gehen einschneidende Wandlungen einher: Die Wanderungen gehen in diesen Fällen vom Hauptwohnsitz in der Küstenregion aus. Die ehemals inverse (absteigende) Transhumance⁷⁾ ist dadurch in eine normale (aufsteigende) umgewandelt worden. Zwischenaufenthalte in den ehemaligen Stammsiedlungen sind damit überflüssig geworden. Die Folge ihres Funktionsverlustes ist, daß in

Tab. 3: Entwicklung der korsischen Schafhaltung⁶⁾

	1957	1970	1973
Betriebe	2 538	1 260 (- 50.4 %)	941 (- 25.4 %)
Bestand	220 000	105 457 (- 52.1 %)	133 200 (+ 20.9 %)
Muttertiere	160 000	81 201 (- 49.2 %)	89 244 (+ 9.1 %)
Jungtiere	55 000	23 200 (- 57.8 %)	42 624 (+ 45.6 %)
Böcke	5 000	1 056 (- 78.9 %)	1 332 (+ 20.7 %)
Herden	4 000	1 217 (- 69.6 %)	941 (- 22.7 %)
Schafe/Herde	55	86 (+ 56.4 %)	141 (+ 39.0 %)
Schafe/km ²	25	12 (- 52.0 %)	12 (+ 0.0 %)

Hatten bis 1970 der insulare Schafbestand, die Schaf-dichte, die Anzahl der Herden und der Schafhaltungsbetriebe rückläufige Tendenz gezeigt, so verzeichnen seit 1970 der Gesamtbestand und die Schafzahl pro Herde Zunahmen. Da seitdem auch der Jungtierbesatz

den früheren Heimsiedlungen zahlreiche, noch vor kurzem genutzte Gebäude unbewohnt und in vielen Fällen dem Verfall preisgegeben sind. Tatsächlich befindet sich von den in der "Enquête pastorale 1949-50" ausgewiesenen 50 000 in Wanderherden zusam-

mengefaßten Schafen gegenwärtig nur noch etwa die Hälfte auf der Wanderung zwischen Sommer- und Winterweiden.

d. Ergebnisse

Den momentanen Stand aller drei von der SOMIVAC betreuten Programme spiegelt nachfolgende Aufstellung für die gesamte Insel wider:

e. Schaffung eines Bewässerungssystems

Art und Umfang der Erschließungsmaßnahmen sind, wie wir gesehen haben, zwar unterschiedlich, einen gemeinsamen Faktor bildet jedoch die Bewässerung, ohne die der geplante Sonderkulturanbau besonders in der küstennahen Tieflandstufe nicht möglich ist. Bei Neuordnungsbeginn im Jahre 1957 bildete nur etwa

Tab. 4: Stand der Neukultivierung und Aufsiedlung 1978⁸⁾

	Betriebe	Fläche	Wirtschafts- (Wohngebäude)	Kapital- investitionen
<u>Inwertsetzung</u>				
Korsen	65 (64 %)	1 617 ha (64,7 %)	42 (35)	68 %
andere	36 (36 %)	884 ha (35,3 %)	27 (27)	32 %
Summe	101	2 501 ha	69 (62)	100 % (28 %) ⁹⁾
<u>Bonifikation</u>				
Korsen	421 (84,8 %)	6 334 ha (85,0 %)	260	86 %
andere	75 (15,2 %)	1 112 ha (15,0 %)	70	14 %
Summe	496	7 446 ha	330	100 % (41 %)
<u>Strukturverbesserung</u>				
Korsen	972 (96,1 %)	3 810 ha (94,6 %)	217	96 %
andere	39 (3,9 %)	217 ha (5,4 %)	5	4 %
Summe	1011	4 024	222	100 % (31 %)
Gesamt-Korsika	1608	13 971	621	100 %

Auffällig ist, daß der Bonifikation inzwischen nicht nur von den Flächen- und Gebäudezahlen, sondern auch von der Höhe der Kapitalinvestitionen her im Vergleich mit den Inwertsetzungsprojekten die größere Bedeutung zukommt. Ferner stellt der mittlerweile erreichte Umfang der betrieblichen Strukturverbesserungsmaßnahmen bei der innerkorsischen Kleinviehwirtschaft trotz einer relativ kurzen Laufzeit des Programms bereits einen entscheidenden Faktor im Rahmen der wirtschaftlichen Sanierungsvorhaben dar. Denn ihre Zahl ist gegenwärtig fast doppelt so groß wie die Gesamtzahl der von der Inwertsetzung bzw. der Bonifikation betroffenen Tieflandbetriebe.

1 % der insularen landwirtschaftlichen Nutzfläche Bewässerungsland. Dieses war zum größten Teil im ostkorsischen Tiefland anzutreffen und konzentrierte sich auf den östlichen Rand der Marana und Casinca. Dort leiteten die Bewohner zwar das Wasser der aus dem Bergland der Castagniccia austretenden Torrenten auf ihre Felder, ein großräumliches, technisch modernes Bewässerungssystem bestand jedoch nicht.

Nach hydrographischen Berechnungen der SOMIVAC beträgt der nutzbare Oberflächenabfluß aller aus dem Inselinnern bis in die ostkorsische Küstenregion gelangenden Torrentenwasser jährlich etwa 100 Mio. m³. Dieses Volumen würde bei einer Nutzung durch bewäs-

Abb. 6

Bewässerungseinrichtungen

Nach Schéma d'Aménagement de la Corse 1969 und
Unterlagen der Société pour la Mise en Valeur
Agricole de la Corse

- ① **Marana - Casinca**
Fläche: 12.000 ha Bewässerbar: 11.530 ha
1 Reservoir von Prunelli (45 Mill. m³)
2 Pumpstation von Prunelli
3 Pumpstation von Cononica

- ② **Alesani - Bravone**
Fläche: 5.650 ha Bewässerbar: 4.300 ha
4 Stausee von Alesani (13 Mill. m³)
5 Reservoir von Peri (3 Mill. m³)
6 Pumpstation von Peri
7 Reservoir von Arena (4 Mill. m³)

- ③ **Antisanti**
Fläche: 3.200 ha Bewässerbar: 1.000 ha
8 Reservoir von Puzichello (9 Mill. m³)
9 Pumpstation von Puzichello

- ④ **Tagnone - Tavignano**
Fläche: 4.400 ha Bewässerbar: 1.800 ha
10 Reservoir von Teppe Rosse (3 Mill. m³)
11 Pumpstation von Teppe Rasse
12 Druckturm

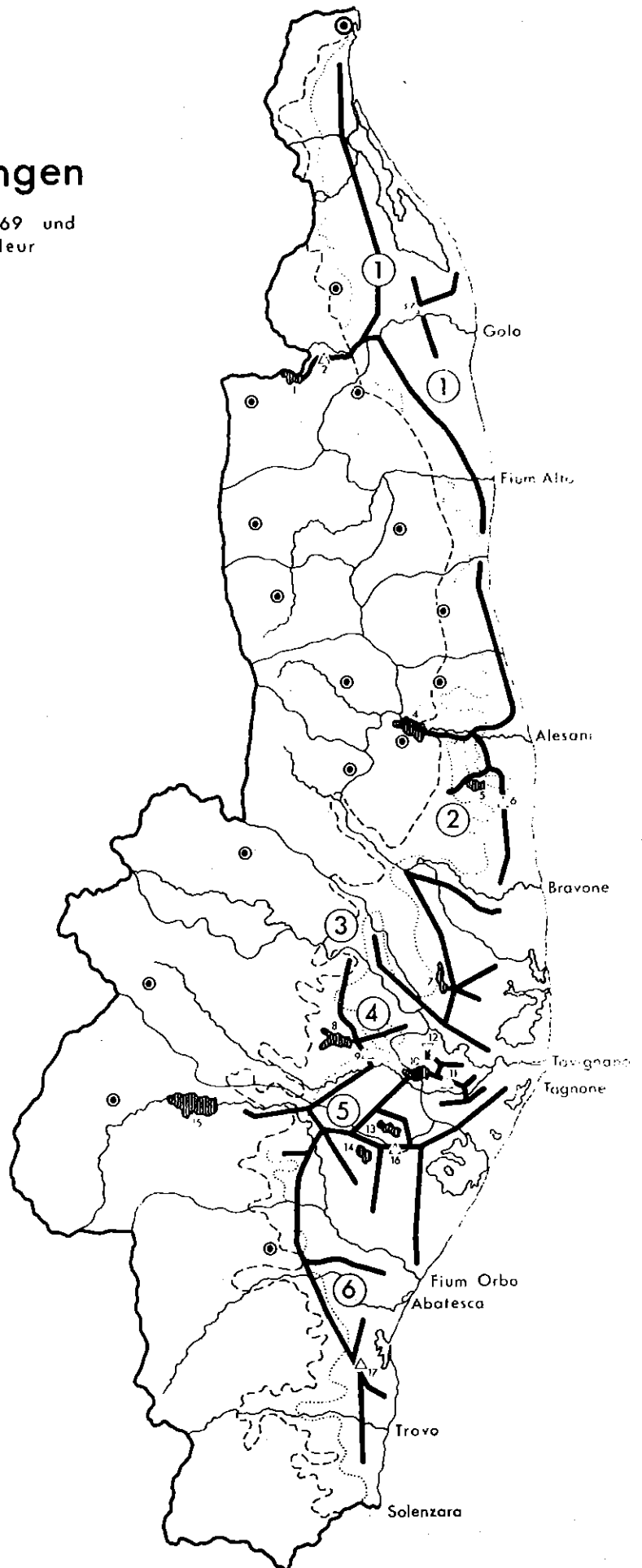
- ⑤ **Fium Orbo**
Fläche: 10.350 ha Bewässerbar: 5.600 ha
13 Reservoir von Vadino (10 Mill. m³)
14 Reservoir von Alzitone (6 Mill. m³)
15 Stausee von San Polo (25 Mill. m³)
16 Pumpstation von Alzitone

- ⑥ **Abatesco**
Fläche: 3.450 ha Bewässerbar: 1.900 ha
17 Pumpstation von Mignataja

Entwurf und Zeichnung: H. Lücke

- ⊙ Kantonshauptort
- △ Pumpstation
- ▨ Reservoir, Stausee
- Bewässerungsleitung
- - - Gefälle 12 - 25 Prozent
- Gefälle 0 - 12 Prozent
- Kantonsgrenze

0 _____ 10 km



serten Sonderkulturanbau auch für ein Areal von rd. 30 000 ha, also etwa der Hälfte des gesamten Tieflandes, ausreichen. Allerdings unterliegt der Abfluß keiner regelmäßigen Verteilung während des ganzen Jahres, so daß hier zunächst die Anlage von Stauseen und Rückhaltebecken erforderlich ist.

An Speicherwerken sind bis 1985 neben zahlreichen Brunnen und Kanalsystemen insgesamt 10 Reservebecken und 6 Stauseen geplant (Abb. 6), die nach Fertigstellung eine Bewässerung auf rd. 60 000 ha ermöglichen sollen.

Für den Sektor Marana - Casinca ist bis dahin die Erschließung von 10 500 ha Bewässerungsareal vorgesehen. Auf Grund der orographischen Verhältnisse ist es jedoch nicht möglich, die Reservebecken im Bereich der Kulturlächen anzulegen, sondern diese müssen im gebirgigen Hinterland errichtet werden. Hauptwasserbringer für diesen Sektor ist der Fluß Golo mit seinen Nebenflüssen, die im Stausee von Calacuccia aufgefangen werden. Der Sektor Alesani - Bravone umfaßt zum größten Teil das miozäne Hügelband zwischen dem Fium Alto und dem Bravone, das durch den inzwischen fertiggestellten Stausee von Alesani gespeist wird. Seine Kapazität von 11,3 Mio. m³ reicht zur Versorgung der 3 200 ha Bewässerungsland aus. Der Sektor Tavignano - Abatesco bildet schließlich das größte Bewässerungsareal. Zwischen dem Bravone und dem Solenzara befinden sich rd. 36 000 ha bewässerbare Fläche. Vor allem südlich des Tavignano dominieren fruchtbare Alluvialböden, und auch die Reliefunterschiede sind sehr gering, so daß hier die Voraussetzungen für künstliche Bewässerungsanlagen äußerst günstig sind. Allerdings konnten bislang die wichtigsten Bauvorhaben nicht fertiggestellt werden. Erst die Reservebecken und Stauseen am Fiumorbo, Tavignano und Abatesco werden die Nutzwasserversorgung für den gesamten Sektor endgültig sicherstellen.

6 Junge Wandlungen im Nutzland- und Betriebsgefüge

Die Einrichtung von Bewässerungsmöglichkeiten stellt zweifellos die bedeutendste Erschließungsmaßnahme in der Nachkriegszeit auf Korsika dar, allerdings ist damit das Spektrum der Vorhaben noch nicht erschöpft. So offenbart sich in der Veränderung der Anbauverhältnisse während der vergangenen zwanzig Jahre eine weitere Raumwirksamkeit.

Zu den augenfälligsten Merkmalen gehört die Zunahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche um 47 % auf Kosten des Ödlandes, das im gleichen Zeitraum um 48 % abgenommen hat (Abb. 7). Welche Rolle dabei die einzelnen Kulturen spielen, soll schwerpunktmäßig am Beispiel des Wein- und Agrumenanbaus im ostkorsischen Tiefland beleuchtet werden.

a. Weinbau

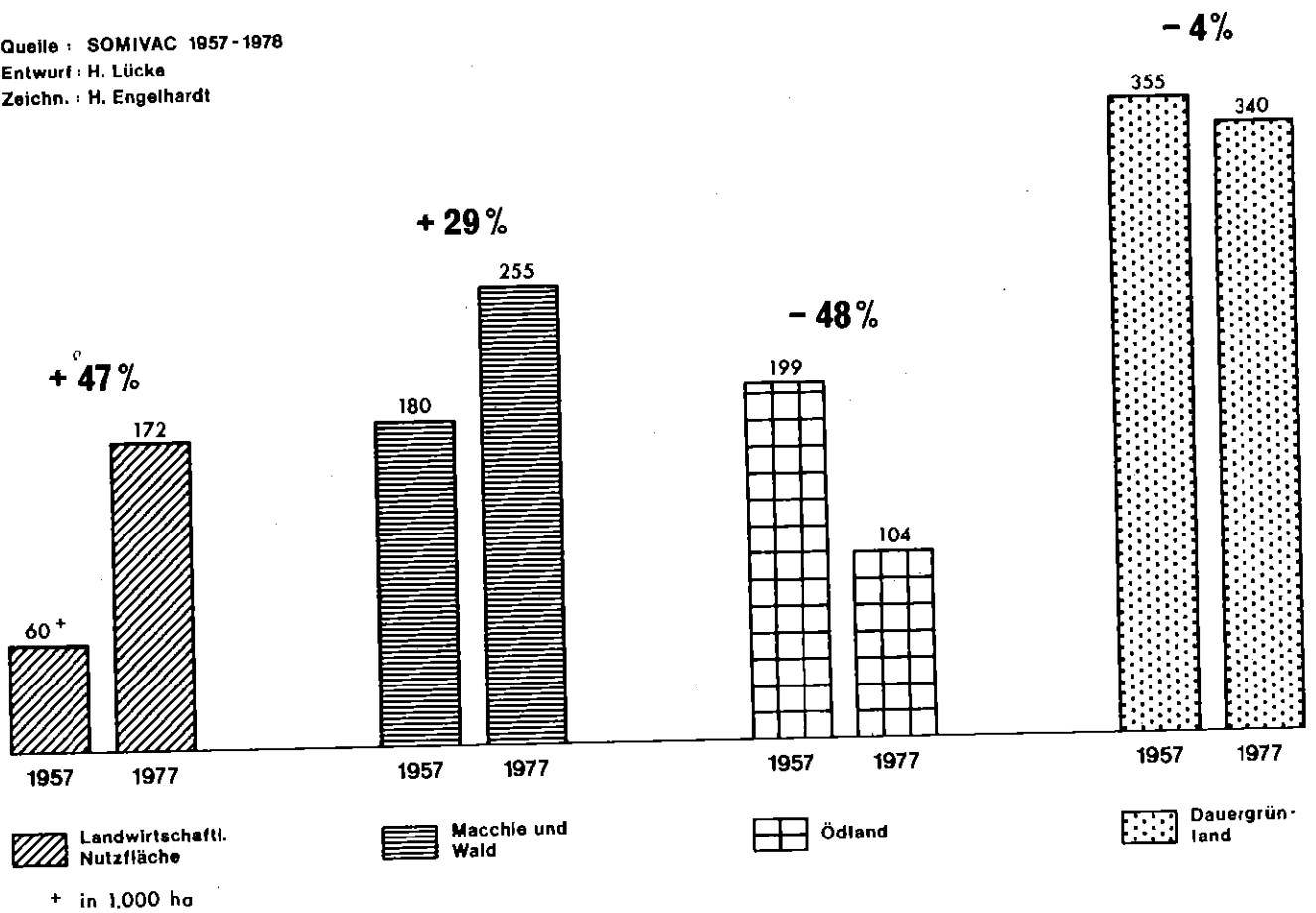
Von allen in Tab. 5 genannten Kulturen ist die Flächenzunahme des Reblandes um 83 % sicherlich am eindrucksvollsten. Daran sind die jungen Erschließungsgebiete im ostkorsischen Tiefland mit 90 % beteiligt. Hier hatte der Weinbau bis zum Erschließungsbeginn eine Form der Bodennutzung dargestellt, die im Rahmen des allgemeinen Verfalls der traditionellen Landwirtschaft zwar nur geringe Flächenverluste aufzuweisen hatte, sich jedoch durch veraltete Kulturmethoden auszeichnete. Im Gegensatz dazu wird die jüngste Ausweitungsphase durch die Ausrichtung auf einen marktorientierten Weinbau bestimmt.

Die Weinkultur moderner Prägung hat ihren Ursprung im "pèrimètre" von Ghisonaccia (Abb. 8) und wurde dort durch die Initiative von zunächst nur 10 Neusiedlern begründet. Inzwischen besitzt diese Gemeinde die größte kommunale Reblfläche Korsikas (J. RENUCCI 1974, S. 349). Die Entscheidung der ersten Kolonisten, die allesamt Repatriierte waren, vorerst Rebstöcke auf den frischgerodeten Betriebsparzellen zu setzen, hing vor allem mit dem anfänglichen Mangel an ausreichenden Bewässerungsmöglichkeiten zusammen. Die meisten Betriebseigentümer waren bei Erschließungsbeginn gezwungen, häufig mehrere Jahre auf den Anschluß ihrer Betriebe an das Bewässerungssystem zu warten. Um während dieser Zeit ihr Land nicht ungenutzt zu belassen, pflanzten die meisten dort Reben an, da Rebanlagen keine Bewässerung benötigen und im Vergleich zur Anlage von Fruchtbauergärten keine allzu hohen Investitionskosten erfordern. Hinzu kommt, daß bei den modernen Rebsorten bereits nach vier Jahren gute Erträge erreicht werden. Außerdem läßt sich Wein als Massengut problemlos transportieren als vergleichsweise empfindliches Obst oder Gemüse. Schließlich stellten bei den damaligen Überlegungen die Insularität und die damit verbundene Transportkostenerhöhung einen weiteren Faktor für die Bevorzugung des Weinanbaus in den Betrieben der ersten Neusiedler dar.

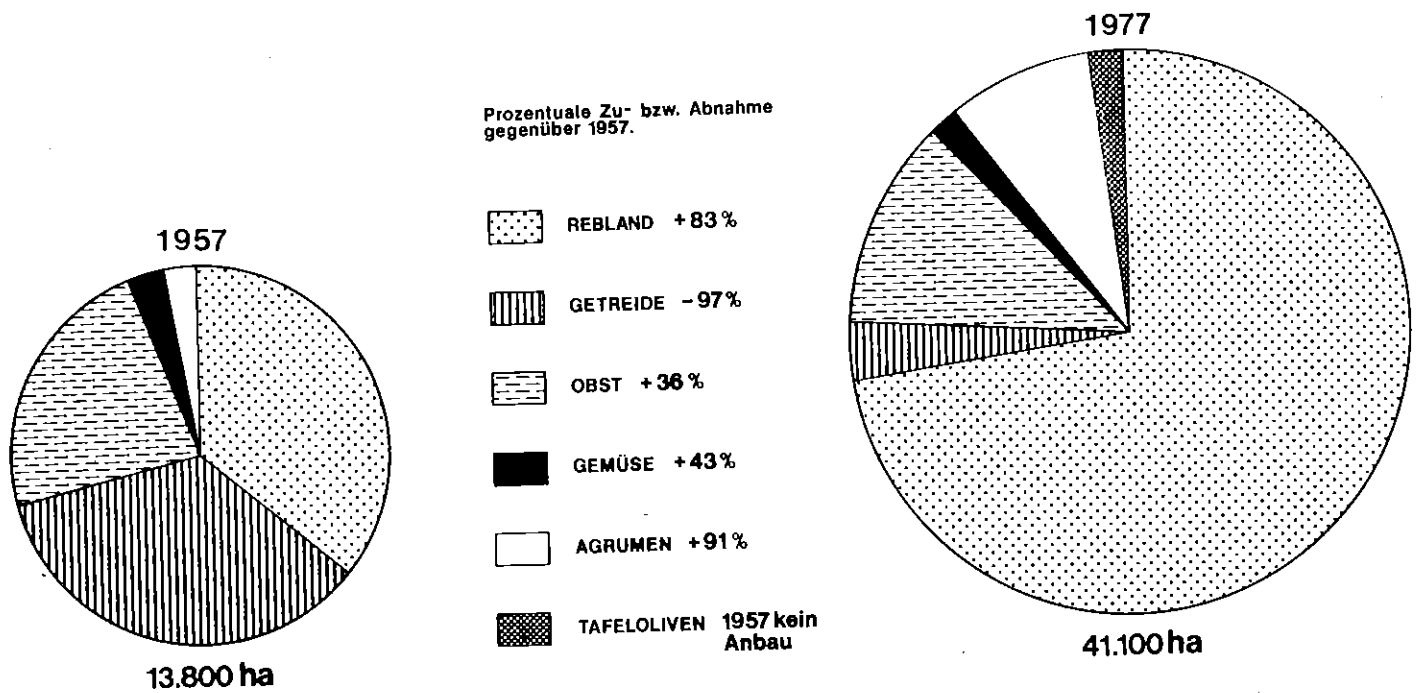
Da sich die Rebanlagen und auch der Weinabsatz in

Abb. 7 Veränderung der Landnutzung 1957 - 1977

Quelle : SOMIVAC 1957 - 1978
 Entwurf : H. Lücke
 Zeichn. : H. Engelhardt



Veränderung der Hauptanbaukulturen 1957 - 1977



Quelle: SOMIVAC 1957 - 1978. Service régional de statistique agricole, Annuaire 1977.

Entwurf: H. Lücke, Zeichnung: H. Engelhardt

Quelle: Topogr. Karte, Type 1BBP

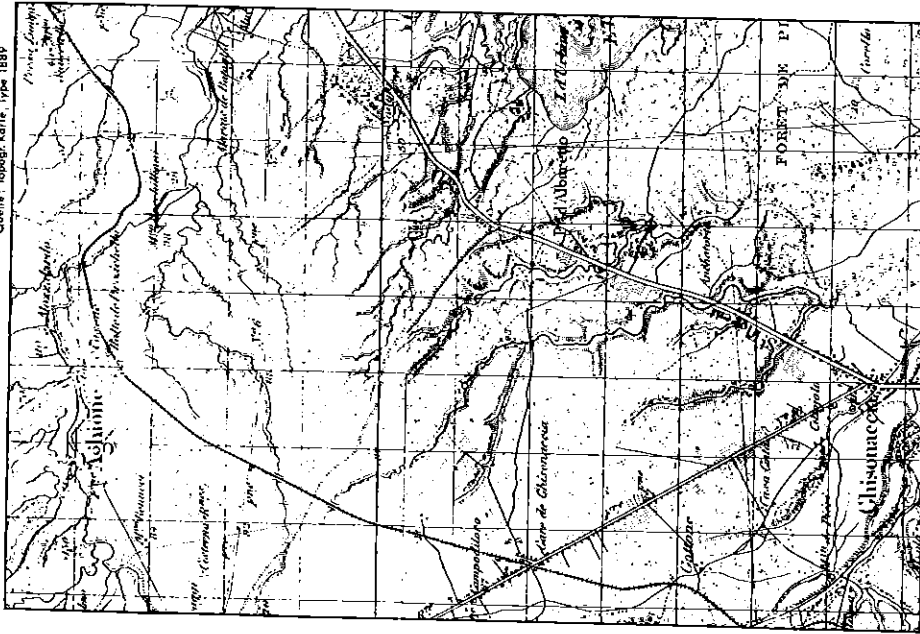
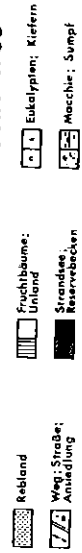


Abb. 8 WEINBAU BEI GHISONACCIA 1955



Quelle: Luftbild-Nr. 2376-2377: 1968
E/Z LU

WEINBAU BEI GHISONACCIA 1968



Tab. 5: Veränderung der landwirtschaftlichen Bodennutzung und Agrarproduktion 1957-1977¹⁰⁾
(in 1.000 ha, dz, hl, to)

	1957		1977		Zu-/Abnahme	
					Fläche	Produkt
Rebland	5.0 ha	220 hl	30.0 ha ¹¹⁾	90 % ¹²⁾	1.500 hl ¹³⁾	+ 25.0 ha + 1.280 hl
Getreide	4.9 ha	88 dz	1.4 ha	77 %	55 dz	- 3.5 ha - 33 dz
Agrumen	0.3 ha	2 to	3.4 ha ¹⁴⁾	74 %	25 to ¹⁵⁾	+ 3.1 ha + 23 to
Tafeloliven	-	-	0.6 ha	40 %	0.3 to	+ 0.6 ha + 0.3 to
Obst	3.2 ha	50 to	5.0 ha	40 %	118 to	+ 1.8 ha + 68 to
Gemüse	0.4 ha	20 to	0.7 ha	60 %	31 to	+ 0.3 ha + 11 to
Summe	13.8 ha (1.6 %) ¹⁶⁾		41.1 ha			+ 27.3 ha
Landw. NF	60.0 ha (7 %) ¹⁶⁾		172.4 ha	(20 %)		+112.4 ha (+ 47 %) ¹⁷⁾
Wald/Macchie	180.0 ha (21 %)		255.0 ha	(29 %)		+ 75.0 ha (+ 29 %)
Üdland	199.5 ha (23 %)		104.8 ha	(12 %)		- 94.7 ha (- 48 %)
Dauergrünland	355.5 ha (41 %)		340.0 ha	(39 %)		- 19.3 ha (- 4 %)

den Jahren 1960-1970 auch in den übrigen "périmètres" günstig entwickelten, hat die Rebkultur im gesamten Tiefland Ost Korsikas eine von der SOMIVAC ursprünglich nicht vorgesehene Flächenerweiterung erfahren.

War in den Erschließungssektoren zunächst nur ein Areal von insgesamt 2.000 ha Rebland geplant, so betrug es im Jahre 1970 bereits 18.500 ha, was einer Zunahme gegenüber dem Stand von 1960 von 85 % gleichkommt. Die Reblandveränderungen in den Tieflandssektoren gibt nachfolgende Aufstellung für diesen Zeitraum wieder:

Dieser Vorgang zeigt die typischen Merkmale einer agrarischen Innovation. Weinbau wurde im Anfangsstadium von den Betrieben zwar in unterschiedlicher Konzentration übernommen, stellte bei den meisten jedoch die dominierende Anbaukultur dar. Vom südostkorsischen Kerngebiet ausgehend hat sich diese Kultur durch Nachahmung in der Form einer "front pionier" (G. RICHEZ 1971, S. 637) ausgebreitet. Während dieses Verteilungsstadiums sind weitere Anbau-schwerpunkte in der Marana und in der Region Alesani - Bravone entstanden.

Heute unterscheiden sich die dortigen Betriebe nicht nur durch ihre speziellen Pflanz-²¹⁾, Bearbeitungs- und Erntemethoden, sondern heben sich auch hinsichtlich ihrer Betriebsgrößen, in ihrer ökonomischen Zielsetzung und in den Produktionsergebnissen vom traditionellen, vornehmlich in der benachbarten Berglandstufe gepflegten Weinbau ab. Auch einheimische Landwirte sind an der boomartigen Entwicklung des Weinbaus in den jungen Erschließungssektoren mittlerweile beteiligt. Ihre Rebanlagen stehen in kulturtechnischer Hinsicht inzwischen keineswegs hinter denen der repatriierten Landwirte zurück. Anpflanzungsstatistiken aus dem Jahre 1977 zeigen, daß sich inzwischen mehr als die Hälfte der neuen Rebanlagen in Betrieben einheimischer Korsen befinden. Allerdings ist eine Aussage darüber, wann im ostkorsischen Tiefland ein Sättigungsstadium dieses Prozesses erreicht sein wird, im Augenblick schwerlich zu treffen. Bis zum Jahre 1985 (Abb. 9) sind zwar erhebliche Erweiterungen auf der gesamten Insel vorgesehen, der künftige Verlauf hängt jedoch nicht nur von der nationalen Markt- und Exportentwicklung ab, sondern wird auch von den für diesen speziellen Weinbautyp noch zur Verfügung stehenden Flächen und von der Regional-

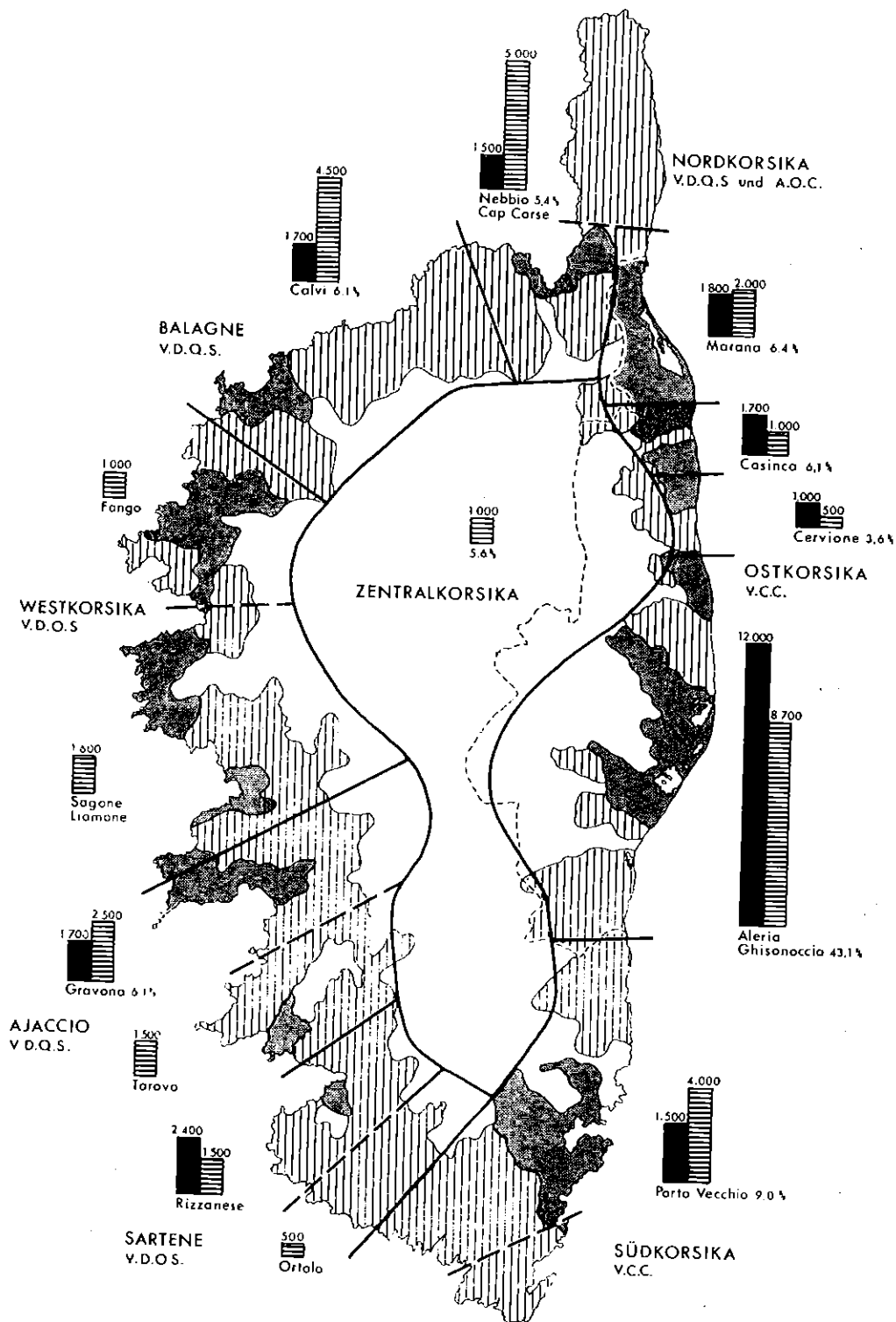


Abb. 9 KORSISCHE WEINANBAUGEBIETE

- Moderner Weinbau im Küstentiefland
- Rebfläche in ha 1970
- Traditioneller Weinbau in der Vorbergzone
- Rebflächenzuwachs bis 1985 in ha
- Weinbuprovinz
- Weinbauregion
- Grenzen von Gemeindegruppen
- Westgrenze Ostkorsikas

Prozentwerte geben aktuellen Anteil an korsischer Rebfläche wieder.

V.D.Q.S. Vins Delimités de Qualité Supérieure A.O.C. Appellation d'Origine Contrôlée V.C.C. Vins de Consommation Courante.

Quellen: Schéma d'aménagement, 1969; Recensement gen. d'agriculture 1970.

Entwurf und Zeichnung: H. Lücke

0 20km

politik des französischen Landwirtschaftsministeriums entscheidend bestimmt.

In den Jahren 1960-70 konnte die Rebfläche in den Er-schließungssektoren um das Sechsfache und die Pro-duktion um mehr als das Zehnfache gesteigert werden (Abb. 10). Diese Epoche wird daher auch mit einer "explosion de plantation" verglichen. Rangierte der Weinbau bis 1960 flächen- und produktionsmäßig noch hinter den Fruchtbaum- und Ackerkulturen an dritter Stelle, so konnte er binnen eines Jahrzehnts jene die traditionelle Landwirtschaft bis dahin tragen-den Zweige überflügeln. Seine an der landwirtschaft-lichen Nutzfläche gemessenen Zunahmen erreichten in diesem Zeitraum mit 17 % Höchstwerte, während in den

1966 auch offiziell auf 3 000 ha begrenzt wurde und Rebländerweiterungen meldepflichtig sind, ist es dennoch zu illegalen Anpflanzungen gekommen. Hinzu kommt, daß etwa 80 % der feldmäßigen Rebanlagen als Reinkultur nicht viel älter als 10 Jahre sind. Da-mit stellt das ostkorsische Tiefland nicht nur das jüngste nationale Weinanbaugebiet dar, sondern bil-det zugleich das größte zusammenhängende Weinbauareal der Insel.

Parallel zur Flächenerweiterung konnte die korsische Weinproduktion (Abb. 10) in den Jahren 1960-1971 von anfänglich rd. 200 000 hl auf mehr als 2 Mio. hl ge-steigert werden, was einer Zunahme von 90 % ent-spricht. Daraus kann geschlossen werden, daß die

Tab. 6: Entwicklung der ostkorsischen Rebflächen 1960-1970¹⁸⁾

	1960	1970	Zunahme
Marana-Casinca	1.604 ha 60 % ¹⁹⁾	4 163 ha 23 % ⁽²⁰⁾	+ 61 %
Alesani-Bravone	432 ha 16 %	1 284 ha 7 %	+ 66 %
Tavignano-Abatesco	637 ha 24 %	12 968 ha 70 %	+ 95 %

davorliegenden Jahren die Zuwachsrate nur etwa 6 % betragen hatte. Von rd. 9.000 korsischen Betrieben konnten im Jahre 1977 allein rd. 2.600 (29 %) als reine Weinbaubetriebe klassifiziert werden.

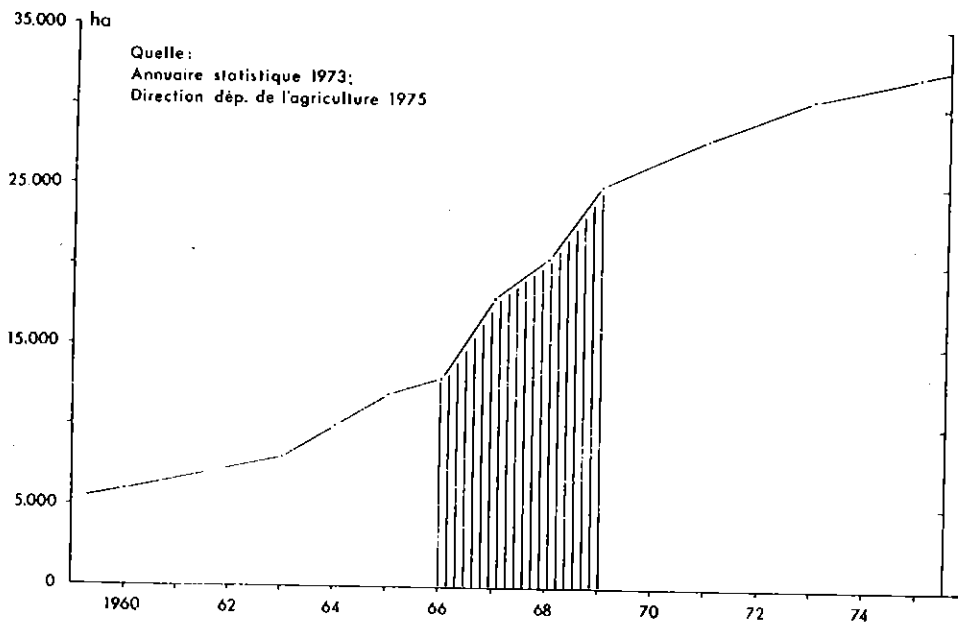
Während man auf dem Kontinent bereits in den sechzi-ger Jahren bemüht war, die weitere Ausdehnung von Rebland zu unterbinden, konnte die Rebfläche auf Korsika trotz einer staatlich vorgesehenen Kontin-gentierung bis zum Jahre 1970 eine Verdreifachung erfahren. Seit 1962 gilt zwar auch für die Insel das "Statut viticole", durch welches Produktionsmengen, Qualität, Vermarktung, Neuanpflanzungen und Rodun-gen von Reben kontrolliert werden, praktische An-wendung hat es auf Korsika bisher jedoch kaum ge-funden. Wenn die jährliche Neuanpflanzungsquote seit

Mehrzahl der jüngeren Rebanlagen inzwischen ihre ma-ximale Produktivität erreicht haben. Nach Berechnun-gen der SOMIVAC wird sich die insulare Produktion künftig auf diese Menge einspielen.

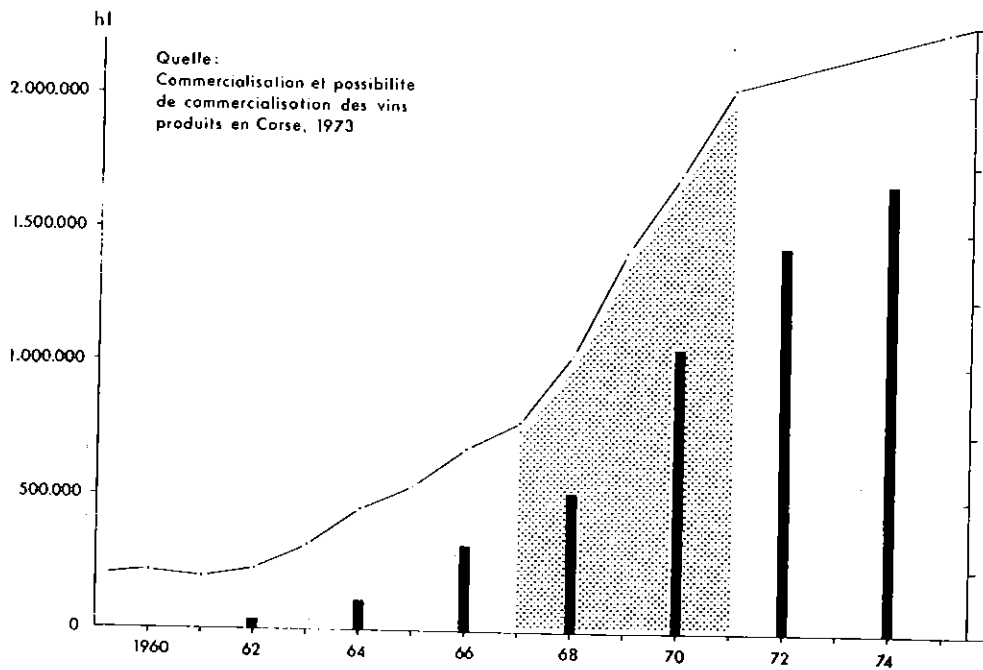
Da gegenwärtig 8 - 10 Mio. hl Wein im Jahr allein aus Algerien nach Frankreich eingeführt werden, stel-len die korsischen Importe mit 3,6 % nur einen gerin-gen Anteil am nationalen Konsum dar, der jährlich 50-60 Mio. hl beträgt. Die korsische Produktion ist daher auch von ihrer Kapazität her weder in der La-ge, den europäischen Markt entscheidend zu beein-flussen, noch bildet sie für die südfranzösischen oder italienischen Produzenten eine ernsthafte Kon-kurrenz.

Zusammenfassend läßt sich über den gegenwärtigen

Abb. 10 Wandlungen im korsischen Weinbau 1960-75



Erweiterung der korsischen Rebfläche Entw. u. Zeichn.: H. Lücke



Weinproduktion und Weinexport Entw. u. Zeichn.: H. Lücke

— Produktion ■ Export

Stand im tiefländischen Weinbau sagen, daß sich dieser regional in ein nördliches, mit einem höheren Anteil an Kleinbetrieben und konservativen Produktionsmethoden und in ein fortschrittlich orientiertes südliches Anbauzentrum aufgliedert. Jüngste produktionsmäßige Veränderungen zeichnen sich in der Hinwendung zur Erzeugung von gewinnbringenderem Qualitätswein ab. Hinzu kommt, daß seit 1972 auch auf Korsika die künstliche Erhöhung des Alkoholgrades durch Zusatz von Zucker verboten ist und damit die Produktion von Verschnittwein rückläufig ist.

Inzwischen sind zwar die Bewässerungsanlagen soweit ausgebaut, daß der überwiegende Teil des mit Reben bestellten Landes auch mit Bewässerungskulturen bepflanzt werden könnte. Damit würde die Krisenanfälligkeit, welche die Weinmonokultur in sich birgt, zumindest abgeschwächt. Da die neuen Kulturen jedoch hohe Investitionen für Pflanzgut und Wasserkosten erfordern, einen mehrjährigen Gewinnausfall mit sich bringen und ihr Absatz nicht so gesichert wie beim Wein ist, haben es bislang nur wenige Betriebe für lohnend gehalten, den zur Zeit noch gewinnbringenden Massenweinbau durch die von der SOMIVAC propagierten und inzwischen mit hohen Anpflanzungsprämien versehenen Bewässerungskulturen zu ersetzen.

Schließlich sind mit der Bildung neuer Anbaugebiete einschneidende Wandlungen im Gefüge der Betriebsgrößen verbunden. Hatte im Jahre 1957 im traditionellen Weinbau der Marana und Casinca und zum Teil auch in den Kantonen des südlich anschließenden Sektors die durchschnittliche Betriebsgröße noch bei 1,9 ha gelegen, so war diese bis 1970 in jenen Gebieten auf 3,9 ha angestiegen. Im südostkorsischen Tiefland wurde bis 1957 praktisch kein Weinbau betrieben.

Bis 1977 haben sich die meisten der überlieferten Betriebe, die im Rahmen der Polykultur auch Rebland besaßen, auf Betriebsgrößen von 2-5 ha eingespielt und beanspruchen etwa 13 % der Rebfläche. Dagegen besitzen die mit Hilfe der SOMIVAC errichteten Betriebe gewöhnlich 20 ha Nutzland, das in den meisten Fällen gänzlich von Rebland eingenommen wird. Betriebliche Rebanlagen zwischen 5 ha und 20 ha nehmen 18 % und diejenigen über 20 ha mehr als 68 % des Gesamtareals in Anspruch. Ferner umfassen die im Besitz von privaten Gesellschaften befindlichen Domänen meist mehrere hundert Hektar Rebland²²⁾. Sie stellen zwar nur 0,34 % aller Weinbaubetriebe dar, vereinigen jedoch 4 500 ha (16,5 %) der gesamten Rebfläche auf sich. Als "exploitations monoviticoles"

(G. RICHEZ 1971, S. 642) bilden sie zum einen eine Neuheit in der insularen Weinkultur, zum andern stellen sie heute als sog. Weinfabriken vornehmlich in den südostkorsischen Anbauarealen ein wesentliches Merkmal dar. Dies äußert sich in Massenproduktionen bei möglichst geringem Arbeitseinsatz und hohem Grad an Technisierung in Arbeitsgerät und eigenem Keller. Die Gesellschaften haben ihren Sitz in den meisten Fällen auf dem Kontinent. Die Betriebsleitung liegt in Händen qualifizierter Angestellter, welche die Arbeiten auf den Domänen überwachen.

b. Agrumenanbau

Geradezu spektakulär ist die Entwicklung des Agrumenanbaus verlaufen (Tab. 5), der vornehmlich aus klimatischen Gründen innerhalb Frankreichs allein auf Korsika rentabel betrieben werden kann. Die korsische Agrumenkultur basiert in entscheidendem Maße auf der im Jahre 1959 eigens zu diesem Zweck eingerichteten "Station de recherches agrumicoles" (S.R.A.) bei S. Guiliano im ostkorsischen Tiefland. Zum einen haben die technischen und organisatorischen Erfahrungen und Versuchsergebnisse dieser Station im modernen tiefländischen Agrumenbau rasch Aufnahme gefunden, zum anderen konnte die Agrumenfläche in Übereinstimmung mit dem anwachsenden Bewässerungsland in den Jahren 1960-1970 sprunghaft von 365 ha auf 2 258 ha anwachsen, was einer Zunahme von 84 % entspricht.

Vergleicht man die flächen- und bestandsmäßigen Anteile des ostkorsischen Agrumenanbaus mit den übrigen insularen Anbaugebieten (Abb. 11), so ergibt sich auf der Basis der letzten, 1971 abgeschlossenen Agrar-Enquête folgendes Bild:

Tab. 7: Korsisches und ostkorsisches Agrumenareal 1970²³⁾

	Ostkorsika	Korsika
Gemeinden	33 (66 %) ²⁴⁾	17 (34 %)
Fläche (ha)	2 258 (88 %)	320 (12 %)
Bäume	665 545 (89 %)	82 473 (11 %)

Nur etwa 12 % der insularen Agrumenfläche treten außerhalb des ostkorsischen Tieflandes auf, und nur 11 % der bis 1971 gepflanzten Zitrusbäume befinden

AGRUMENANBAU 1970

Quelle : Recens. gén. de
l'agriculture 1970

Entw. : H. Lücke

Zeichn.: H. Engelhardt

— Agrarregion
- - - Departementsgrenze

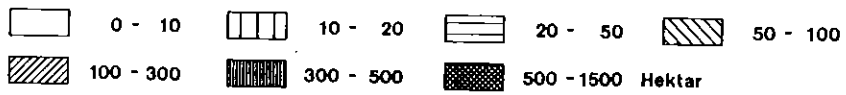
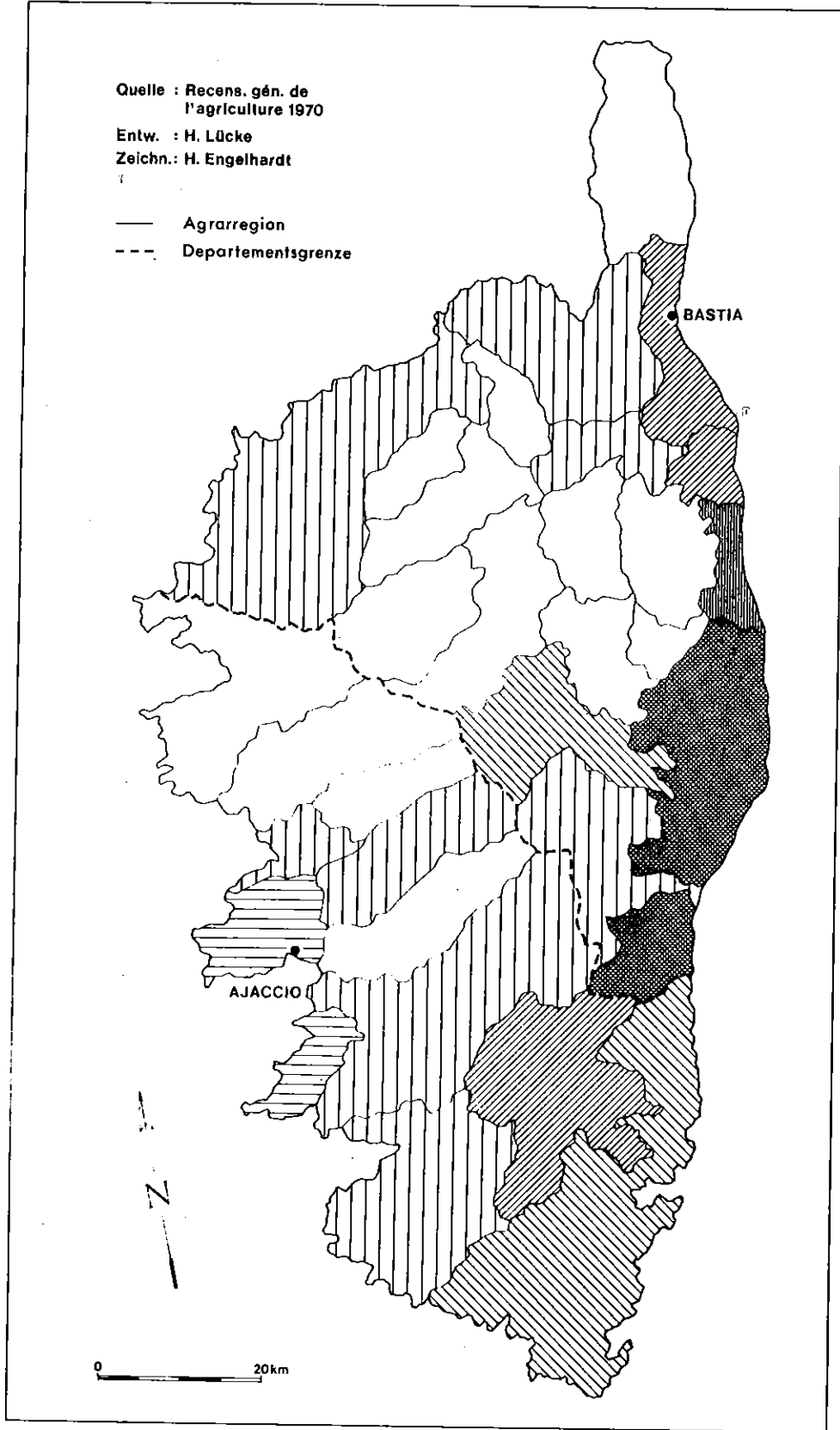
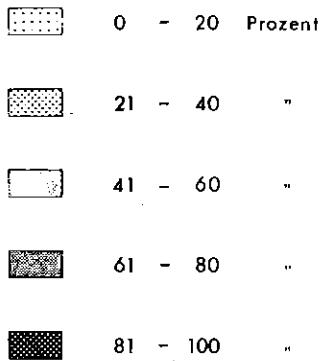


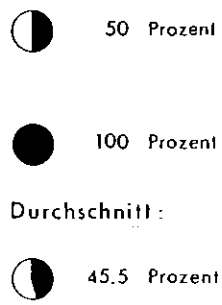
Abb. 12

Zunahme der Agrumenfläche und Agrumenbestände 1970 - 1975 im ostkorsischen Tiefland

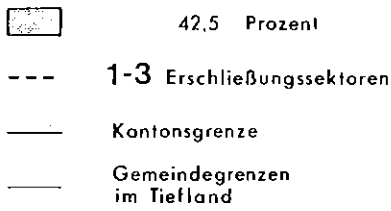
Flächenzunahme :



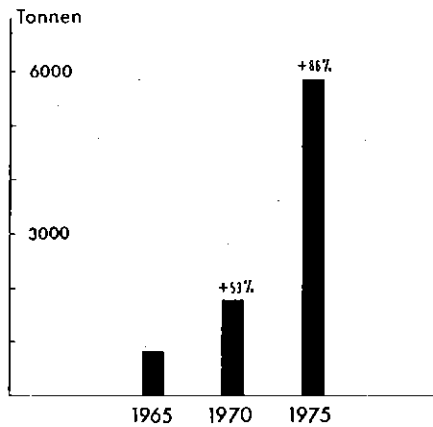
Bestandszunahme :



Durchschnitt :



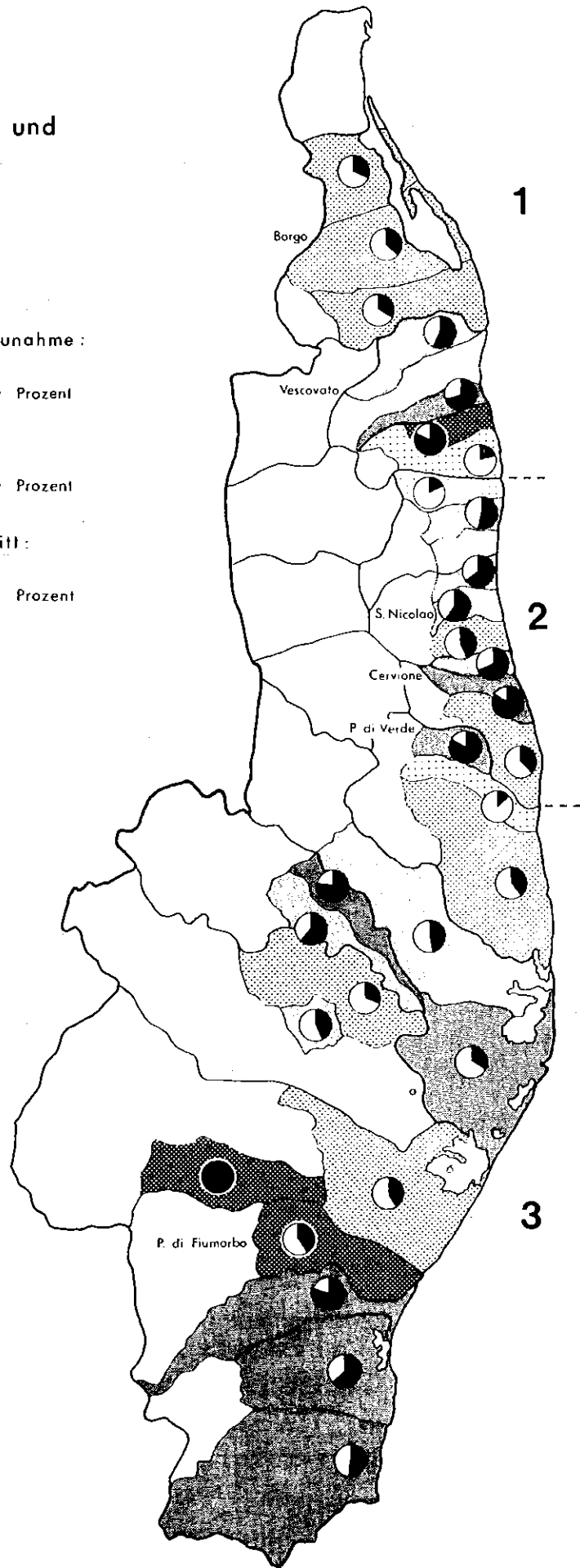
QUELLE : Etude du marché des agrumes 1970



AGRUMENEXPORT 1965 - 1975

0 10km

Entwurf und Zeichnung: H. Lucke



sich nicht im Untersuchungsgebiet. Mit einem Anteil von mehr als 60 % aller korsischen Gemeinden erweisen sich die Erschließungssektoren als das größte insulare Agrumenanbaugesbiet (Abb. 12). Der Schwerpunkt des Anbaus befindet sich im südlichen Sektor, welcher zwischen Tavignano und Abatesco auf insgesamt 1 332 ha über die Hälfte (59 %) der tiefländischen Anbaufläche auf sich vereinigt.

Für den Zeitraum nach 1970 ergeben sich folgende Veränderungen:

Man hofft jedoch, beispielsweise die Hektarerträge in Clementinen-Anlagen, die ein Mindestalter von 10 Jahren erreicht haben, bereits in naher Zukunft auf 250 dz erhöhen zu können.

Zur Zeit liegt die Vermarktung korsischer Agrumen zu 65 % in Händen von Erzeugerkooperativen, während 29 % über Genossenschaften auf den Markt gelangen. Etwa 50 % der Gesamtproduktion sind gegenwärtig für den Export vorgesehen, wobei insbesondere korsische Clementinen auf dem EWG-Markt zunehmend Abnahme fin-

Tab. 8: Entwicklung des ostkorsischen Agrumenareals 1970-1975²⁵⁾

	1970	1975	Zunahme
Marana - Casinca	374 ha 16 % ²⁶⁾	504 ha 15 % ²⁷⁾	+ 26 %
Alesani - Bravone	623 ha 28 %	898 ha 26 %	+ 31 %
Tavignano - Abatesco	1 261 ha 56 %	2 020 ha 59 %	+ 38 %

Als weitere Ursache für die stürmische Entwicklung, welche die Agrumenkultur in den vergangenen 20 Jahren erfahren hat, ist die Einführung neuer Zitrus-sorten zu nennen. Sie heben sich sowohl durch frühe Reifezeiten als auch durch erhöhte Produktivität von den einheimischen Varietäten ab und haben erst die notwendige Voraussetzung für einen marktwirtschaftlich orientierten Anbau geschaffen. Sie sind in diesem Sinne richtungsweisend für die insulare Agrumenwirtschaft.

Dabei hat sich der Anbau von Clementinen als besonders gewinnbringend erwiesen. Korsische Clementinen kommen durchschnittlich zwei Wochen vor den Mandarinen und noch eine Woche vor den frühreifen Orangensorten auf den Markt. Daher garantiert die Clementine entsprechend hohe Erzeugerpreise und nimmt demzufolge heute 88 % des korsischen Agrumenareals ein.

Inzwischen stellt das Département Corse, insbesondere sein ostkorsisches Tiefland, das bedeutendste Agrumenanbaugesbiet Frankreichs dar. Es vermag zur Zeit über 10 % des nationalen Bedarfs zu decken, obwohl es momentan auf Grund des geringen Alters der meisten Anlagen erst etwa die Hälfte der vorgesehenen Produktionskapazität erreicht hat.

den.

Da heute nur in 13,9 % der Tieflandsbetriebe Agrumenanbau als Monokultur auftritt, ist er bei den meisten nicht nur mit anderen Dauerkulturen vergesellschaftet, sondern kann auch in Betrieben verschiedener Größenklassen angetroffen werden. Für die gesamte Insel ist gegenwärtig folgende Situation kennzeichnend: Auf 567 Betriebe (70 %) mit Agrumenanbau unter 2 ha fallen nur insgesamt 221 ha (8,4 %) Agrumenland, was einer durchschnittlichen betrieblichen Agrumenfläche von 0,3 ha entspricht. Bei den 246 Betrieben (30 %), in denen das betriebliche Agrumenareal größer als 2 ha ist, erreicht hingegen die durchschnittliche Anbaufläche 9,85 ha. Auch bei diesen Betriebsgrößen wird jedoch der Agrumenbau noch durch andere Sonderkulturen wie z.B. durch Reben flächenmäßig übertroffen³⁰⁾. Die genannten Zitruskulturen konnten sich binnen weniger Jahre zum ertrags- und kapitalintensiven Erwerbsagrumbau entwickeln, der auf Grund seiner hochtechnisierten und rationalisierten Form der Bewirtschaftung ständig an agrarlandschaftlicher Prägekraft in den jungen Erschließungssektoren des ostkorsischen Tieflandes gewinnt.

Tab. 9: Agrumensorten und ihre Produktion 1977²⁸⁾

	Fläche	Produktion	Ertrag
Clementinen	3 010 ha (88 %)	208 000 dz (90 %)	68 dz/ha
Orangen	240 ha	15 400 dz	64 dz/ha
Zitronen	88 ha	3 850 dz	43 dz/ha
Mandarinen	84 ha	2 700 dz	32 dz/ha
Gesamt	3 422 ha	229 950 dz	67 dz/ha

28) Etude du marché des agrumes 1970

Tab. 10: Betriebsstruktur im korsischen Agrumenanbau 1972²⁹⁾

	Betriebe	Agrumenfläche	L.N.
0 - 0.5 ha	400 49.2 %	71 2.7 %	2 606 18.5 %
0.5 - 1.0 ha	95 11.7 %	60 2.3 %	923 6.5 %
1.0 - 2.0 ha	72 8.9 %	90 3.4 %	1 176 8.3 %
	567 69.8 %	221 8.4 %	4 705 33.3 %
2.0 - 5.0 ha	74 9.1 %	219 8.3 %	849 6.1 %
5.0 - 10.0 ha	85 10.4 %	571 21.6 %	2 493 17.7 %
10.0 - 20.0 ha	64 7.9 %	813 30.7 %	2 403 17.1 %
über 20.0 ha	23 2.8 %	820 31.0 %	3 633 25.8 %
	246 30.2 %	2 423 91.6 %	9 378 66.7 %
Gesamt	813 100.0 %	2 644 100.0 %	14 093 100.0 %

c. Besitzstruktur

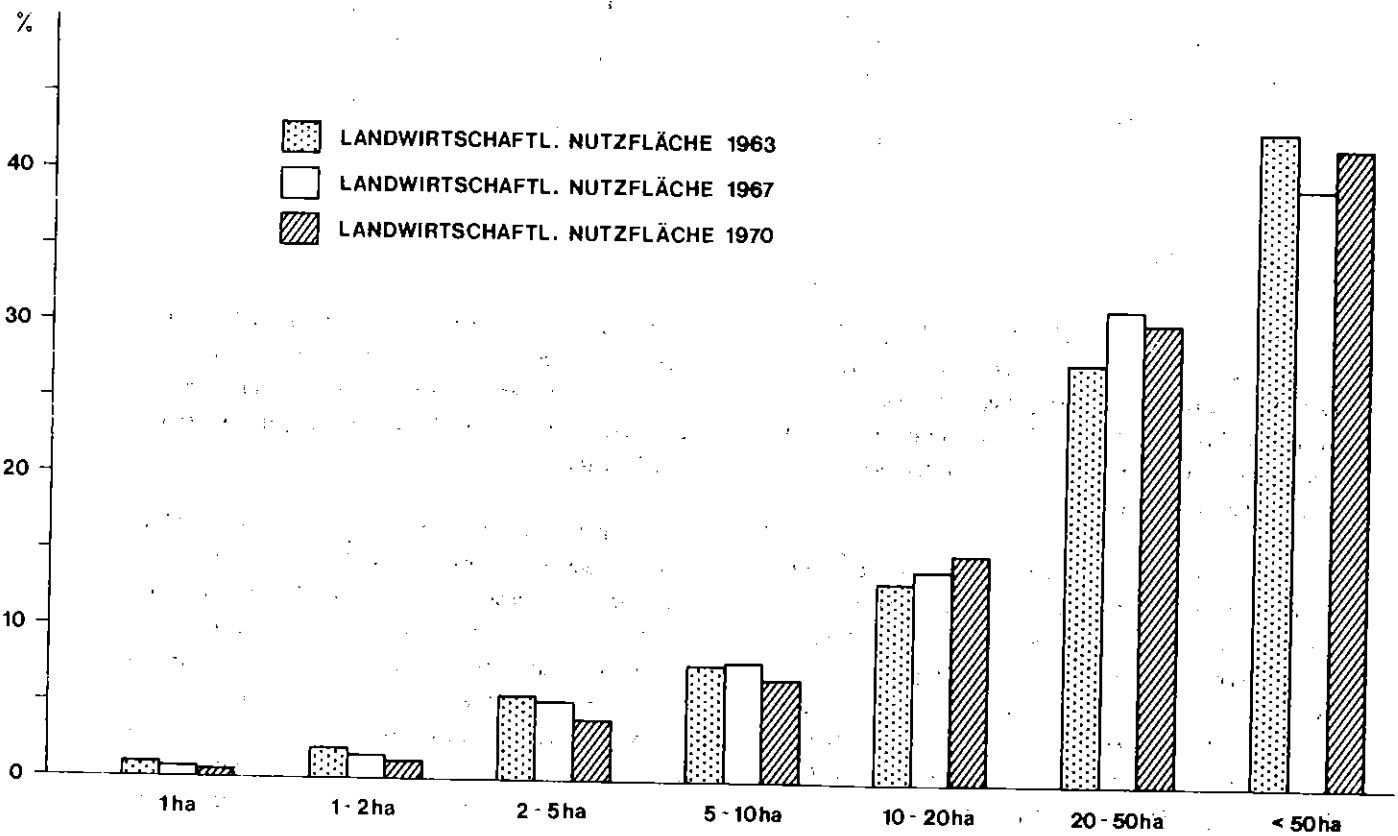
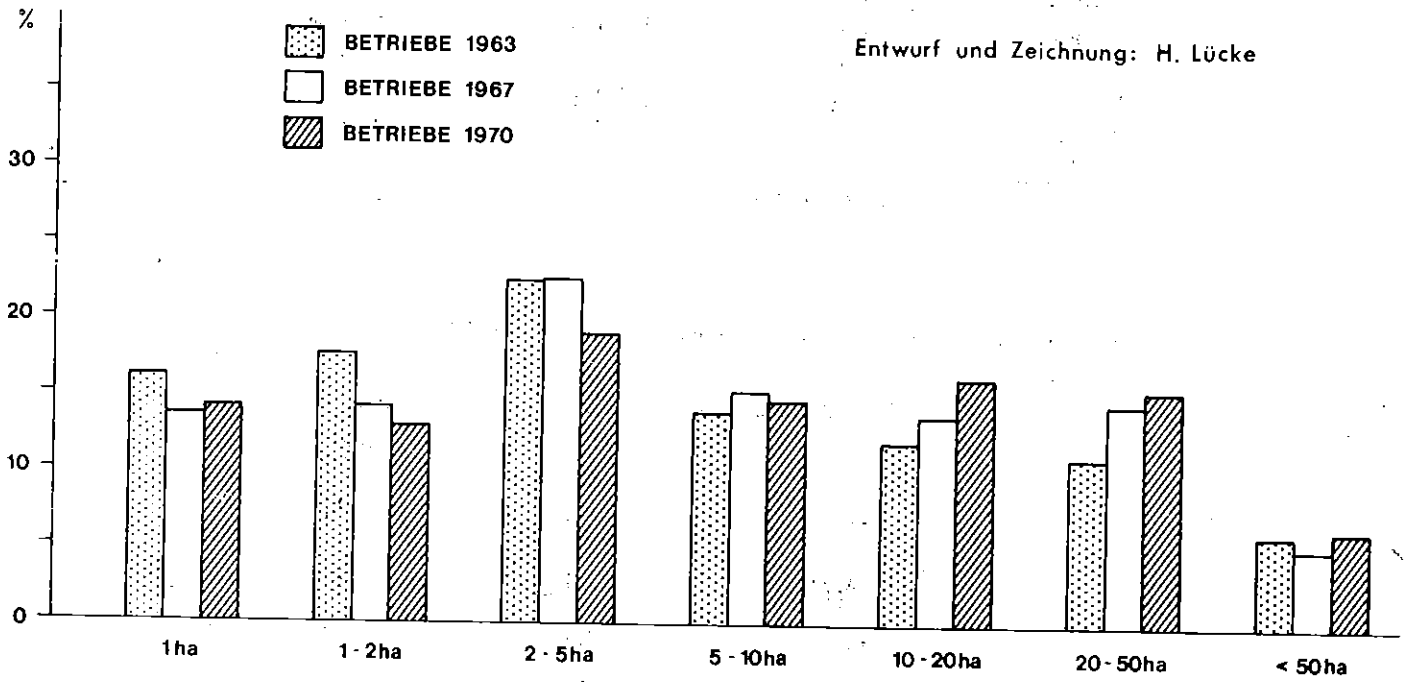
Ein Vergleich agrarstatistischer Erhebungen der Jahre 1963, 1967 und 1970 gestattet es, die Entwicklung des insularen Betriebsgefüges zu analysieren³¹⁾. Zu diesem Zweck wurde Abb. 13 entworfen, die sowohl die zahlen- als auch flächenmäßigen Veränderungen nach Größenklassen darstellt.

Zunächst fällt darin die Abnahme der Betriebe unter 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche von durchschnittlich 1 % zwischen 1963 und 1970 ins Auge. Dagegen verzeichnet die Entwicklung im gleichen Zeitraum in Betrieben über 10 ha mit Ausnahme der Kategorie über 50 ha eine durchschnittliche Zunahme von 2.4 %. Darin offenbart sich ein gegenwärtiger Trend zu Mittelbetrieben von mindestens 10 ha bis maximal

50 ha. Offensichtlich ist es durch strukturelle Bereinigungen und durch Neugründungen gelungen, in stärkerem Maße Betriebe dieser Größenklasse herauszubilden, die als Familienbetriebe angesprochen werden können.

In der prozentualen Verteilung der Betriebszahl auf die Größenklassen kommt diese Verschiebung allerdings nur wenig zum Ausdruck. Der eigentliche Wandel in der Betriebsstruktur ist folglich nicht so sehr mit einer Veränderung der Zahl als vielmehr mit der Flächenabnahme der Groß-, Klein- und Zwergbetriebe verbunden. Die verstärkte Stellung des Mittelbetriebes stellt also das wesentliche Kennzeichen der jüngeren, hauptsächlich von den Erschließungsvorgängen verursachten

ENTWICKLUNG VON BETRIEBSZAHL UND LANDWIRTSCHAFTLICHER NUTZFLÄCHE



Entwicklung in der Betriebsstruktur dar.

Betrachtet man ferner die Verteilung der betrieblichen Größenklassen auf die drei insularen Nutzungstufen zum Zeitpunkt der letzten Erhebung, so ergibt sich folgendes Bild:

land- und Gebirgsregionen. Die freiwerdenden Berglandareale werden häufig durch verbleibende Betriebe mitbewirtschaftet, im Gebirge fallen sie dagegen meist brach und werden in kurzer Zeit von Macchievegetation überwuchert, die ihre Rekultivierung äußerst schwierig gestaltet. Im Tiefland ist eine ge-

Tab. 11: Landwirtschaftliche Betriebe 1970 nach Größenklassen und Naturräumen³²⁾
(Flächen der Betriebsgrößenklassen in v.H. der gesamten Betriebsflächen)

	bis 10 ha	10 - 50 ha	über 50 ha	Landw. Betriebsfl.
Tiefland	65.6	27.9	6.5	36 512 ha
Bergland	57.4	34.6	8.0	58 006 ha
Gebirge	64.6	30.9	4.5	39 318 ha

Der durch die Erschließungsmaßnahmen bislang nur wenig gemilderte Gegensatz von großen und kleinen Einheiten ist für die gesamte Insel ein weiteres Merkmal: Kleinbetriebe (bis 10 ha) nehmen rd. 62 % und Großbetriebe (über 50 ha) zwar nur 6,4 %, zusammen jedoch immerhin 68 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Mittelbetriebe (10-50 ha) sind dagegen mit 32 % vertreten. Insgesamt ist dieses Betriebsgrößengefüge auch in den einzelnen Nutzungstufen ähnlich beschaffen, so daß eine Gegenüberstellung einzelner Typen hier nicht möglich ist.

War die Aufgabe von Betrieben zwischen 1963 und 1970 auf 1 809 angestiegen, so ist es in der gleichen Zeit zu 494 Betriebsneugründungen gekommen. Folglich betrug der effektive Verlust nur 1 315 Betriebe. Dieser hängt ursächlich mit der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung vornehmlich aus dem nur bedingt nutzbaren Inselinnern zusammen, die in der Nachkriegszeit dort ein geradezu bestürzendes Ausmaß erreicht hat.

genläufige Entwicklung feststellbar: Hier verzeichnet die Anzahl der Betriebe Gewinne von 25 %. Sie lassen sich auf die agrarstrukturelle Neuordnung im Zusammenhang mit den Inwertsetzungsmaßnahmen zurückführen (Tab. 12).

Im Jahre 1963 wiesen auf der gesamten Insel 10 050 Betriebe eine Nutzfläche von 132 367 ha aus. Bis 1970 verzeichnete die landwirtschaftliche Nutzfläche von 133 835 ha zwar nur eine relativ geringe Zunahme (1,1 %) in diesem Zeitraum, der die entscheidende Erschließungsphase einschließt, ist es jedoch zur Erhöhung der durchschnittlichen Betriebsgröße von 13,2 ha auf 15,3 ha gekommen.

d. Ergebnisse

Zur besseren Vergleichbarkeit und Wertung der jüngsten Einflüsse auf die tiefländische Agrarlandschaft sollen die wichtigsten Ergebnisse der vorangehenden Analysen hier zusammengefaßt werden.

Tab. 12: Entwicklung der Betriebe 1955 - 1970 nach Naturräumen³³⁾

	1955	1970	Zu-/Abnahme	Jährliche Veränderung
Tiefland	1 880	2 350	+ 25 %	+ 1.9 %
Bergland	4 999	3 305	- 34 %	- 2.7 %
Gebirge	5 400	3 080	- 43 %	- 3.7 %
Korsika	12 279	8 735	- 29 %	- 2.3 %

Am stärksten erweist sich die betriebliche Abnahme in den landwirtschaftlichen Problemgebieten, den Berg-

Zunächst ist das Überwiegen des Trockenfeldbaulandes trotz des ständig an Fläche gewinnenden Bewässerungs-

feldbauandes für die heutige Verteilung der Anbaukulturen maßgeblich. Auf Grund des relativ langsam fortschreitenden Ausbaus des Bewässerungsnetzes werden zur Zeit noch über 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Rebland eingenommen, welches das Agrarlandschaftsbild im ostkorsischen Tiefland entscheidend bestimmt.

Ein weiteres Merkmal im Anbauegefüge ergibt sich aus der Differenzierung von Nutzungswechsel- und Dauernutzungssystem:

Landwirtschaft durchaus noch gegeben ist. Grundvoraussetzung dafür ist allerdings die weitere Umorientierung der Landwirtschaft weg von der Dominanz des Weinbaus hin zu anderen Sonderkulturen, insbesondere Agrumen, Obst oder Gemüse. Für sie bestehen auf Korsika im Vergleich zu vielen kontinentalfranzösischen Agrarräumen äußerst günstige Produktionsvoraussetzungen sowohl in klimatischer als auch mittlerweile in agrarstruktureller Hinsicht.

Tab. 13: Korsische und ostkorsische Bodennutzungssysteme 1970³⁴⁾

	<u>Hechselfeldbau</u>		<u>Dauernutzung</u>	
	Fläche (ha)	Betriebe	Fläche (ha)	Betriebe
Ostkorsika	3.111 (57.6%)	671 (37.1%)	25.962 (65.7%)	4.069 (43.4%)
Korsika	5.397	1.811	39.502	9.368

Das Flächenverhältnis beider Bodennutzungssysteme beträgt innerhalb des Tieflandes gegenwärtig 1:8. In etwa 85 % der 4.069 ostkorsischen Betriebe bestimmen Reb-, Agrumen-, Stein- bzw. Kernobstanlagen die Form der Bewirtschaftung.

Insgesamt wird die Struktur der agrarwirtschaftlichen Bodennutzung auf der ganzen Insel heute durch das räumliche Nebeneinander von Baum- und Strauchkulturen in spezialisierten Anlagen auf der einen Seite und den Restanbauflächen der Überkommenen, zum Teil archaische Züge aufweisenden Subsistenzwirtschaft auf der anderen Seite geprägt.

Letztere bildet zum einen ein Beispiel für die starke Beharrungskraft traditioneller Agrarstrukturen in den küstenfernen Inselräumen, ist zum andern jedoch für den dortigen Verfall großer, ehemals polykulturell genutzter Flurteile verantwortlich. Hinzu kommt hier das Zusammentreffen der Phänomene Berg-, Land- und Inselflucht, welche den Niedergang der Höhenlandwirtschaft besonders nach dem 2. Weltkrieg beschleunigt haben. Folglich bildet heute das differenzierte Verhältnis beider Nutzungssysteme den entscheidenden Gegensatz zwischen küstenfernen und küstennahen Nutzungszonen.

Schließlich bleibt die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten in den Erschließungsgebieten. Sie liegen sicherlich im wesentlichen auch künftig im primären Sektor, wo eine weitere Intensivierung der

Eine wesentliche Bedingung für die Verwirklichung einer solchen Spezialisierung ist jedoch die Regelung des Absatzmarktes, der bisher auf der Insel äußerst unzureichend organisiert ist. Im Wein- und Agrumenbau bestehen zwar kleinere Genossenschaften, eine gesamt Korsische Dachorganisation, welche für die Koordination von Produktion und Absatz verantwortlich ist, konnte bislang allerdings vornehmlich auf Grund der differenzierten Interessenlage bei den verschiedenen Betriebsgrößen und -formen nicht entstehen. Dennoch wird es bereits in naher Zukunft ein vordringliches Anliegen der modernen Landwirtschaft im ostkorsischen Tiefland sein, für die Sicherung des Marktes nicht nur eine gleichwertige Ware, sondern diese auch in ausreichenden Mengen zu produzieren, um ihr damit letztlich auch einen Platz auf dem nationalen Markt zu sichern.

Die Neuordnung im betriebsstrukturellen Bereich steht zur Zeit im Begriff, die differenzierte, historisch gewachsene Situation abzulösen, die durch das Vorherrschen von Kleinbesitz gekennzeichnet war. Seit 1957 zeichnet sich auf der einen Seite eine Abnahme der absoluten Betriebszahl - trotz Neugründungen im ostkorsischen Tiefland - auf Kosten der Höhegebiete ab. Dies hat seine Ursachen in Abwanderungserscheinungen und in beruflicher Umorientierung. Auf der anderen Seite haben tiefgreifende Änderungen innerhalb der Besitzstruktur stattgefunden, die vornehmlich durch strukturelle Bereinigungen mittlere Betriebsgrößen in verstärktem Maße entstehen ließen.

7 Schlußbetrachtung

Einen Schwerpunkt jüngster agrarischer Binnenkolonisationsbemühungen im Rahmen französischer Raumplanungsmaßnahmen bildet Korsika. Im Zusammenhang mit der Inwertsetzung des bis zum Ende des 2. Weltkrieges nurmehr geringfügig genutzten Tieflandes im Ostteil der Insel und der notwendigen Rückgliederung ehemaliger Koloniallandwirte ist nicht nur eine große Zahl neuer Betriebe entstanden, sondern es konnten auch vorhandene, in einheimischer Hand befindliche Betriebe im Zuge der Bonifikation ausgebaut werden. Zweifellos stellt die Einrichtung eines Bewässerungssystems die wichtigste Voraussetzung für künftige agrarische Erschließungsvorhaben auf der Insel dar. Obwohl die Realisierung der Bewässerungsanlagen noch weit hinter dem Planziel zurückliegt, hat sich das ostkorsische Tiefland binnen zweier Jahrzehnte von einer nur sporadisch und äußerst extensiv genutzten Inselregion zu einem aktiven Agrarraum entwickeln können. Dieser neue, inzwischen für die gesamte Insel außerordentlich wichtige und zugleich richtungsweisende Wirtschaftsraum vereinigt volumenmäßig bereits 85 % der insularen Wein- und 75 % der Agrumenproduktion auf sich.

Das hervorstechende Merkmal der jüngsten Wandlungen im Anbauprozeß ist sicherlich die monokulturartige Ausbreitung des flächenproduktiven Weinbaus. Gefördert wurde die Kultivierung ertragreicher und auch exportfähiger Agrarerzeugnisse letztlich durch die Immigration ehemaliger Nordafrika-Kolonisten, deren kommerziell geprägte Wirtschaftsmentalität den ausschlaggebenden Faktor für die tiefgreifende regionale Umstrukturierung der Agrarlandschaft in den ostkorsischen Tiefebene bildet.

Die frühere Vielgestaltigkeit im Anbau hat sich seit Beginn der Erschließung nicht nur dahingehend geändert, daß die traditionelle Polykultur enorme Einschränkungen ihrer Anbaufläche erfahren hat, sondern hinter der Verdrängung der Selbstversorgungswirtschaft zugunsten eines marktorientierten Anbaus verbirgt sich zugleich ein Wandel im wirtschaftlichen Denken.

Heute zeichnet sich in dem zentralperipheren Formenwandel von den Höhegebieten zu den Küstenebenen ein Übergang vom traditionellen, teilweise aus dem Mittelalter überlieferten Wirtschaftssystem zu modernen, rationalisierten und ertragsintensiven Anbaumethoden ab. Die Grenzlinie zwischen altbesiedelter Höhenzone und jungbesiedeltem Tiefland trennt auch die Bodennutzungssysteme traditioneller und mo-

derner Prägung. Erstmals erscheint damit das Tiefland Ostkorsikas im Laufe seiner Geschichte gegenüber dem benachbarten Berg- und Gebirgsland als agrarischer Gunstraum.

Als entscheidendes Ergebnis der agrarischen Inwertsetzungen und Bonifikationen ist die Zunahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche um mehr als das Doppelte gegenüber dem Stand von 1957 in den Erschließungssektoren zu nennen. Da dort ein Großteil der noch bestehenden Wüstlandareale vor der unmittelbaren Erschließung steht, kann bereits in naher Zukunft die Konsolidierungsphase des ersten geschlossenen Agrarraumes der Insel zum Abschluß gebracht werden.

Wenn bisher vorwiegend die positiven Elemente der Entwicklung hervorgehoben wurden, so sollen abschließend noch einige kritische Bemerkungen zu den negativen Auswirkungen folgen, welche durch die jüngsten ökonomischen und sozialen Veränderungen hervorgerufen wurden. Die entscheidenden Faktoren der gegenwärtigen Probleme bilden die Integration der Fremdbevölkerung, die Grundstücksspekulation, die betriebliche Verschuldung, die Insularität, die Abwanderung und die Autonomiebestrebungen.

Die durch agrarische Innovationen bedingten Erfolge haben im Laufe der Zeit zwar immer mehr Landwirte veranlaßt, die traditionelle Anbauweise zu modifizieren. Der zunehmenden Bereitschaft zu modernen Agrarmethoden stehen jedoch strukturelle Hindernisse im Wege, die erst allmählich abgebaut werden können. Insbesondere die Grundstücksspekulation wirkt sich für die einheimischen Landwirte negativ aus, die geillt sind, ihren Besitz aufzustocken bzw. zu modernisieren. Da besonders kleine Betriebe häufig nicht in der Lage sind, in diesen Wettbewerb einzugreifen, sind sie in den meisten Fällen gezwungen, in den überkommenen Strukturen zu verharren.

Ferner ist das Problem der gesellschaftlichen Integration der Rückwanderer bislang nur teilweise gelöst. Die Gründe für dieses Phänomen sind vor allem in sozialen Verhaltensweisen zu suchen. Die Repatriierten werden vor allem deswegen von den Korsen nur schwer akzeptiert, weil sie sich in ihren Verhaltensformen von den traditionellen Verhältnissen auf der Insel stark abheben.

Ein weiteres, vor allem zukunftsorientiertes Problem besteht darin, daß die meisten Betriebe der Immigranten hoch verschuldet sind. Die Verschuldung wurde unter der Hoffnung riskiert, daß eine Wiedergutmachung

für das in den Kolonien verlorengegangene Kapital seitens des französischen Staates erfolgen würde. Die spezielle politische Situation auf Korsika hat jedoch bisher auf keine Erstattung hoffen lassen, was bedeutet, daß nur wenige Kolonistenbetriebe selbst bei moderner Betriebsführung nicht in der Lage sein werden, die Schuldenlasten auf Dauer zu tragen. Damit geht der Staat das Risiko von Betriebsaufgaben ein und würde somit letztlich die gesamten Erschließungsmaßnahmen in Frage stellen.

Korsika ist als einziges französisches Departement mit dem Handicap der Insularität belastet, welche sich als strukturbestimmende Vorbedingung auf fast alle insularen Lebens- und Wirtschaftsformen in negativer Weise ausgewirkt hat. Exemplarisch erwähnt seien hier die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und die Schwierigkeiten auf dem Handels- und Transportsektor.

Auf Grund seiner Verkehrsferne zu den festländischen Industrienationen fand sich bisher zum einen kein Unternehmen, auf Korsika eine umfangreiche weiterverarbeitende Industrie aufzubauen. Zum andern ist die ansteigende Agrarproduktion noch nicht in der Lage, die fehlende Industrialisierung auszugleichen. Das Grundproblem der wirtschaftlichen Situation Korsikas liegt daher in einer noch mangelhaften Marktorientierung seitens der primären Erzeugung und einer unzureichenden Investitionsbereitschaft begründet. Das Zurückbleiben der Insel in technologisch-unternehmerischer Hinsicht ist letztlich durch ihre räumliche Trennung vom französischen Festland bedingt.

Berücksichtigt man ferner die starken Bevölkerungsverluste und im gesamtinsularen Rahmen das Überwiegen traditioneller Agrarstrukturen, so gehört Korsika zu den sozial schwachen und in wirtschaftlicher Hinsicht unterentwickelten Departements. Daran hat auch die junge, in Ostkorsika einsetzende Verbesserung der agrarwirtschaftlichen Situation bislang nur in Teilbereichen Veränderungen hervorgerufen. Schließlich ist es im Rahmen der Verlagerung des kulturell-landschaftlichen Schwergewichts aus der Höhenzone ins Küstentiefland zu erheblichen Schwierigkeiten auf innenpolitischem Sektor gekommen. Denn der Aufschwung ist nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil den autochthonen Korsen zugute gekommen, für die der französische Staat ursprünglich das Entwicklungsprogramm konzipiert hatte. Den eigentlichen wirtschaftlichen Gewinn verbuchen gegenwärtig sicherlich die Repatriierten, denen es in wenigen Jahren gelungen ist, nicht allein die Landwirtschaft

zu entwickeln, sondern inzwischen auch im Transportwesen und sogar in der Fremdenverkehrsentwicklung entscheidenden Einfluß auszuüben. Daher sind viele Korsen der Meinung, der Staat hätte nicht nur ihre Zuwanderung gefördert, anstatt die korsische Abwanderung einzudämmen, sondern zugleich ihr Land an die Fremdbevölkerung verkauft. Entsprechende Gegenmaßnahmen auf einheimischer Seite sind die Folge. Diese kommen in autonomistisch-separatistischen Strömungen zum Ausdruck, welche das Ziel verfolgen, der Pariser Zentralregierung auf dem Verhandlungswege eine Art Selbstverwaltung abzurufen, wie sie in anderen westeuropäischen Staaten mit föderativem System praktiziert wird. Politisches Nahziel ist daher, zunächst einmal nur auf wirtschaftlichem Sektor eine weitreichende "Korsifizierung" im Sinne eines Sonderstatuts innerhalb des französischen Staatsverbandes zu erreichen, was praktisch einer Teilautonomie gleichkommt.

Ob jedoch Paris die von korsischer Seite gewünschte umfassende Wirtschaftsförderung befürworten wird, erscheint unter dem Eindruck der momentan auf der Insel herrschenden politischen Spannungen eher fraglich. Offensichtlich soll von staatlicher Seite hier kein Signal gesetzt werden für kontinentale Regionen mit ähnlich gelagerter Problematik.

Anmerkungen

- 1) Vgl. die Untersuchungen von ACHENBACH, H. 1964, DÖNGUS, H. 1962, FOLDNER, E. 1967, KLAER, W. 1962, RETZLAFF, Chr. 1967, ROTHER, K. 1967 und WAGNER, H.-G. 1967.
- 2) RATZEL, F. 1899, S. 200: "Wenn es der Regierung gelingt, diese Gegend gesunder zu machen, wird darin ein Ansporn liegen, sich mit grösseren Mitteln der Bewirtschaftung der Ostküste zuzuwenden".
- 3) Quelle: PASTORELLI, L. 1971, S. 24.
- 4) Auf Sardinien sind bis 1970 insgesamt 100 000 ha und in der Maremma bis 1967 über 190 000 ha enteignet und neu verteilt worden.
- 5) Beinhaltet der Begriff Erschließung die Neukultivierung und Aufsiedlung kommunalen oder privaten Landes im Sinne einer agrarräumlichen Neuordnung, so soll der Begriff Inwertsetzung hier ausschließlich im Zusammenhang mit der Erschließung ungenutzten Gemeindelandes gebraucht werden. Der Begriff Bonifikation soll hingegen nur bei Erschließungsmaßnahmen in bereits bestehenden Betrieben verwendet werden. Unter Melioration wird schließlich die eigentliche Bodenverbesserung verstanden.
- 6) Quelle: SIMI, P. 1968, S. 148.
- 7) Auf Korsika ist wie in den meisten mediterranen Gebirgsländern das entscheidende Merkmal, welches dem Wesen der Transhumance zugrundeliegt, der landschaftliche Gegensatz zwischen Höhen- und Niederungsgebieten in Bezug auf die unterschiedlichen Vegetations- und Klimaverhältnisse. Dieser bewirkt den saisonalen Auf- und Abtrieb der Herden, die Herdenwanderung. Geht diese von den Heimsiedlungen in der Küstenregion aus ins Gebirge, so spricht man nach BEUERMANN, A. (1967, S. 27) von aufsteigender (normaler), im umgekehrten Fall von absteigender (inverser) Transhumance.
- 8) Quelle: SOMIVAC 1978.
- 9) Prozent von 96 590 000 FF.
- 10) Quellen: Société pour la mise en valeur agricole de la Corse 1957 - 78. Service régional de stat. agricole, Annuaire 1977. Statistique agricole, Recensement 1960.
- 11) Ostkorsisches Tiefland: 24 000 ha.
- 12) Prozentualer Flächenanteil des ostkorsischen Tieflandes.
- 13) Davon sind 332 000 hl (22 %) Tafelwein und 131 000 hl (9 %) Qualitätswein; 69 % sind Verschnittwein.
- 14) 90 % davon sind Clementinen.
- 15) 20 000 t (80 %) werden exportiert.
- 16) Prozentanteile an Inselfläche (8 722 km²).
- 17) Prozentuale Zu- bzw. Abnahme gegenüber 1957.
- 18) Quellen: Cadastre viticole 1961. Recensement général de l'agriculture 1971.
- 19) Regionaler Prozentanteil an Gesamtfläche 1960.
- 20) Regionaler Prozentanteil an Gesamtfläche 1970.
- 21) Bei den meisten Neuanpflanzungen stehen die Rebstöcke in Abständen von 3 x 1,50 m und werden an Drahtspalieren gezogen. Dadurch ist ein optimaler Maschineneinsatz sowohl bei der Bearbeitung als auch bei der Ernte gewährleistet.
- 22) Im Jahre 1959 bestand erst ein Betrieb mit einer Fläche von 100 ha auf der gesamten Insel.
- 23) Etude du marché des agrumes 1970.
- 24) Prozentwerte für Ostkorsika an insularem Wert.
- 25) Etude du marché des agrumes 1970.
- 26) Regionaler Prozentanteil an Gesamtfläche 1970.
- 27) Regionaler Prozentanteil an Gesamtfläche 1975.
- 28) Etude du marché des agrumes 1970.
- 29) Quelle: Le verger Corse d'agrumes, 1972.
- 30) Nach dem "Recensement général de l'agriculture 1970-71" ergeben sich bei den mit Agrumen vergesellschafteten Anbauformen folgende Kombinationen: Agrumenmonokultur 14 %, Agrumen - Weinbau 28 %, Agrumen - Obstbau 17 %, Agrumen - Gemüsebau 8 %, Agrumen - Weinbau - Obstbau 24 % und andere Kombinationen 9 % der Betriebe.
- 31) Für den Zeitraum nach 1970 liegen bislang keine neueren Daten vor.
- 32) Recensement général de l'agriculture 1970-71.
- 33) Recensement général de l'agriculture 1970-71.
- 34) Recensement général de l'agriculture 1970-71.

Literatur

- BAYSANG, J.-C.:
Les Français d'Afrique du Nord dans la plaine orientale Corse. Nice 1971 (Etudes prélim. de l'Inst. d'Etudes et Rech. Interethniques et Interculturelles, Vol. 3, S. 37 - 53).
- BEUERMANN, A.:
Fernweidewirtschaft in Südosteuropa. Braunschweig 1967.
- DÖNGUS, H.:
Die Agrarlandschaft der östlichen Poebene. Tübingen 1966 (Tübinger Geogr. Studien, Sonderband 2).
- GUIBAL, J.-C.:
Une expérience d'aménagement régional: La SOMIVAC. Straßburg 1970.
- LOCKE, H.:
Ostkorsika, Untersuchungen zum Kulturlandschaftswandel einer insularen Region. Mainz 1976 (Mainzer Geogr. Studien, H. 5).
- ÖBERBECK, G.:
Sardinien, eine landeskundliche Skizze. Braunschweig 1961 (Geogr. Rundschau, 13. Jg., S. 28 - 37).
- PASTORELLI, L.:
Les Français d'Afrique du Nord dans les capitales Corses. Nice 1971 (Etudes prélim. de l'Inst. d'Etudes et Rech. Interethniques et Interculturelles, Vol. 3, S. 11 - 36).
- RATZEL, F.:
Macchie und Wald in Korsika. Leipzig 1899 (Die Natur, S. 1 - 3).
- RENUCCI, J.:
Corse traditionnelle et Corse moderne. Lyon 1974.

- RETZLAFF, C.:
Kulturgeographische Wandlungen in der Maremma.
Kiel 1967 (Schr. des Geogr. Inst. der Univ.
Kiel, Bd. 27, H. 2).
- RICHEZ, G.:
Les nouveaux aspects du vignoble Corse. Gap
1971 (Méditerranée, Vol. 7, S. 637 - 647).
- RONDEAU, A.:
La Corse. Paris 1964.
- SCHLIEBE, K.:
Die jüngere Entwicklung der Kulturlandschaft
des Campidano. Tübingen 1972 (Tübinger Geogr.
Studien, H. 48).
- SCHOLKE, H.:
Morphologische Untersuchungen an bretonischen
vergleichsweise auch an korsischen Küsten. Saar-
brücken 1968 (Arbeiten aus dem Geogr. Inst. der
Univ. des Saarlandes, H. 11).
- SIMI, P.:
Le climat de la Corse. Paris 1963 (Bull. de la
Sec. de Géographie, Vol. LXXVI).
- SIMI, P.:
La situation économique de la Corse. Aix-en-Pro-
vence 1968 (Deux siècles de vie français
1968 - 1968, S. 134 - 158).

Statistiken

- Cadastre viticole. Bastia 1961.
- Etude du marché des agrumes. SOMIVAC. Bastia 1970.
- Le verger Corse d'agrumes. SOMIVAC. Bastia 1972.
- Recensement général de l'agriculture 1960, 1970.
Paris 1961, 1971.
- Service régional de statistique agricole, annuaire
1977. Ajaccio 1978.

FRANK NORBERT NAGEL

INNERE DISPARITÄTEN UND AUSSERE STEUERUNGSMECHANISMEN IN FRANZÖSISCHEN WIRTSCHAFTSREGIONEN: DAS BEISPIEL BURGUND (BOURGOGNE)

Anschrift des Verfassers:

Dr. Frank Norbert Nagel

Institut für Geographie und
Wirtschaftsgeographie der
Universität Hamburg

Bundesstraße 55

D-2000 Hamburg 13

Ein erklärtes Ziel der Raumordnungspolitik Frankreichs ist auch im gegenwärtig laufenden VII. Plan (1976-1980) die Förderung der peripheren Wirtschaftsregionen. So ist z.B. für die Verkehrserschließung West-, Südwestfrankreichs und des Zentralmassivs der Bau von rd. 1.800 km Autobahn (unter Kosten von ca. 6 Mrd. Francs) vorgesehen. Auch Korsika und die von wirtschaftlicher Rezession besonders stark betroffenen nord- und nordostfranzösischen Regionen sollen vorrangig gefördert werden. Für die Region Südwest wurde ein gesonderter Zehnjahresplan aufgestellt; mit Ausnahme des Südostens und natürlich der Pariser Region sind fast alle Räume unterentwickelt oder von Krisen bedroht.

GRAVIER's provokative Umschreibung "Paris et le désert français" scheint noch immer Gültigkeit zu besitzen: Frankreich ist ein in sich geschlossenes zentral-peripheres System, in dem Paris das absolute Zentrum darstellt. Im Verhältnis zu diesem administrativ-ökonomischen Super-Zentrum müssen alle anderen Wirtschaftsregionen mit ihren Regionalzentren als peripher angesehen werden.

Frankreich ist in 22 Wirtschaftsregionen unterteilt, die ungefähr gleiche Größe haben. Bei ausgeglichenen demographischen und ökonomischen Voraussetzungen müßte also jede Region etwa 4,5 % am Brutto-sozialprodukt erbringen. Tatsächlich erbringt die Région Parisienne jedoch rd. 28 %, und sie beherbergt fast 10 Mio. Einwohner, also rund ein Fünftel aller Franzosen. Dieser sehr aktiven Wirtschaftsdynamik des Pariser Raumes - die mit engen Wechselbeziehungen zum Bevölkerungswachstum einhergeht (vgl. NAGEL 1978) - steht in den meisten übrigen Regionen nur eine passive oder mäßige Wirtschaftsdynamik gegenüber. Die Bourgogne, im folgenden als "Burgund" bezeichnet, soll als ein solches typisches Beispiel einer französischen Wirtschaftsregion mit mäßiger Wirtschaftsdynamik (2,7 % am Brutto-sozialprodukt Frankreichs) näher betrachtet werden.

Burgund und seine inneren Disparitäten

Die Bevölkerungsverteilung und ihre Ursachen

Burgund hat (1975) eine Einwohnerzahl von 1.570.000 und einen Bevölkerungszuwachs von 4,8 %¹⁾ zu verzeichnen. Aber diese Gesamtwerte geben ein falsches Bild. Sie verdecken die großen Disparitäten zwischen den vier (ungefähr gleich großen) Departements

der Region einerseits und zwischen urbanen und ländlichen Räumen andererseits.

Rund zwei Drittel der Bevölkerung Burgunds wohnen in Ost-Burgund (Departements Côte-d'Or und Saône-et-Loire), ein Drittel in West-Burgund (Yonne und Nièvre). Die unterschiedliche Siedlungsdichte hat physisch-geographische, historische und wirtschaftliche Ursachen.

Die Saône-Ebene im Osten Burgunds ist bis zu 80 km breit. Sie stellte schon seit altersher wirtschaftlich wie strategisch die interessantesten Siedlungsplätze. Aus den Etappenstationen der Römer an der N-S-Verbindungsstraße zwischen Mainz und Lyon entstanden die Städte Dijon, Beaune, Chalon-sur-Saône und Mâcon, die später auch als Umschlagplätze des Handels und im Ost-West-Verkehr eine bedeutende Rolle zu spielen begannen. Schon im Zuge des frühen Handels mit der Atlantikküste und mit England erhielten die Westwege zunehmende Bedeutung, doch erst mit dem Aufstieg von Paris kam es zu dem Ausbau des Verkehrsnetzes, dem Ost-Burgund seine heutige Stellung verdankt.

Die Schichtstufenlandschaft des Pariser Beckens ist nach Osten hin aufgewölbt und erreicht in der Burgundischen Schwelle ("Seuil de bourgogne") Höhen bis zu 600 m. Nach Süden hin vollzieht sich ein Übergang zum granitischen Zentralmassiv durch den Gebirgszug des Morvan, der sich sogar bis auf 900 m Höhe erhebt. Auf dem Weg nach Osten und Süden mußten sich die Verkehrswege also möglichst vorhandenen Tiefenlinien in Form von Tälern anpassen.

Nun wird die äußerste Stufenstirn, die Côte-d'Or, zur Saône-Ebene hin zwar von einer Reihe von Tälern durchbrochen, doch handelt es sich überwiegend um eiszeitliche Trockentäler ("Combes"). Das Tal der Ouche hingegen, das bei Dijon in die Ebene tritt, war wasserführend und das gab den Ausschlag für die Trassenführung des Canal de Bourgogne, der Saône und Yonne (ein Nebenfluß der Seine) seit 1834 miteinander verbindet. Der frühen Errichtung des französischen Kanalnetzes als Verkehrswege des Massentransportes folgten später die Eisenbahnen und erst zuletzt ein tragfähiges Straßennetz, das bekanntermaßen noch immer lückenhaft ist.

Als die Eisenbahn Paris-Marseille angelegt wurde, folgte man erneut der Streckenführung über Dijon, obwohl dies einen großen Umweg bedeutete, aber der Kanal und erste dort ansässige Industriebetriebe ga-

ben den Ausschlag. Es blieb den Planungen der Gegenwart überlassen, eine neue direkte Eisenbahnverbindung zwischen Paris und Mâcon zu schaffen in Form des Turbozuges (vorgesehene Eröffnung 1980). Dijon bedauert diese Umgehung außerordentlich, zumal auch die 1970 eröffnete Autobahn Paris-Marseille nicht bei Dijon, sondern weiter südlich bei Beaune in die Saône-Ebene einmündet. Die Frage ist allerdings, ob diese Umgehung wirklich so gravierend ist. Die fortschreitende Entwicklung der Stadt scheint die Befürchtung zu widerlegen.

Unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen ist auch ein neuer Eisenbahnanschluss sowieso weniger bedeutungsvoll für die Entwicklung einer Stadt. Im 19. Jh. jedoch gab die Entwicklung des Eisenbahnnetzes Dijon den entscheidenden, bis heute wirkenden Impuls, der die traditionellen Funktionen (Römer-Castell, Bischofssitz, Zentrum der Großmacht Burgund im 15. Jh., Handels- und Universitätsstadt) für Jahrzehnte in den Schatten stellte.

Heute zählt die Handels-, Verwaltungs-, Industrie- und Regionalmetropole Dijon gut 180.000 E. Während die Stadt zu Beginn der Industrialisierung (vor rd. 150 Jahren) erst 20.000 Einwohner zählte, was etwa 7 % der Departementbevölkerung ausmachte, beherbergt die Agglomeration Dijon, weit gefaßt, heute rund die Hälfte aller Einwohner des Departements Côte-d'Or.

Die Verteilung der Bevölkerung auf mehrere Zentren hat demgegenüber im Departement Saône-et-Loire bis zur Gegenwart Bestand. Bodenschätze im Becken von Creusot und bei Autun, die seit dem 16. Jh. abgebaut wurden, ließen die Saône-Städte Mâcon und Chalon-sur-Saône nicht übermächtig werden. Vielmehr liegt hier ein gutes Beispiel für Funktionsteilung vor: Mâcon als Verwaltungstadt (Departementshauptstadt, aber mit rd. 40.000 E nicht auch die größte Stadt!), Chalon-sur-Saône (rd. 60.000 E) Handels- und Industriestadt mit sozio-kulturellen Funktionen, Le Creusot und Montceau-les-Mines (jeweils um 30.000 E) als reine Industriestädte. Diese Städte ergänzen einander und liegen nicht weiter als eine Autostunde voneinander entfernt.

Während Ost-Burgund also die Gunstfaktoren der Verkehrslage, der Bodenschätze und außerdem der Agrarwirtschaft (Uresse, Val de Saône) und des Weinbaus an den Hängen der Côte-d'Or, der Côte Chalonnaise und des Beaujolais zugute kommen, ist West-Burgund demgegenüber stark benachteiligt. Das Département Nièvre hat Mittelgebirgscharakter mit daraus resul-

tierender Forst- und Weidewirtschaft und nur ein durch Bodenschätze bedingtes bedeutenderes Industriezentrum, Nevers. Diese Stadt ist mit rd. 50.000 E gleichzeitig auch die Hauptstadt des Departements. Dieses eine Zentrum ist nicht in der Lage, das Umland zu stimulieren - entgegen der Annahme von PERROUX (Aktivierung der "Zwischenräume" von einigen Wachstumspolen aus). Zwar ist das Wachstum der Stadt Nevers sogar positiv, das Departement als Ganzes verliert jedoch immer mehr Bevölkerung. La Nièvre hat als einziges der vier burgundischen Departements eine negative Bevölkerungsentwicklung (- 1 % im Zeitraum 1968-1975).

Im Departement Yonne liegen die Dinge ähnlich, wenn gleich im Norden ein ausgeglicheneres Relief vorherrscht, das Acker- und Weinbau ermöglicht ("Chablis"). In Yonne fehlen jedoch Bodenschätze völlig, und die Industrie ist relativ unbedeutend. Die beiden klein- bis mittelstädtischen Zentren (30-40.000 E) Sens und Auxerre (Departementshauptstadt) konnten eine Abwanderung der Bevölkerung über ein ganzes Jahrhundert hinweg nicht aufhalten. Die Bevölkerungsabnahme Burgunds setzte zuerst in Yonne ein (um 1851, vgl. Abb. 1). Vermutlich war die Nähe und die gute Erreichbarkeit von Paris Schuld daran. Diese Nähe ist es umgekehrt heute, die Yonne wieder zu einer positiven Bevölkerungsbilanz verhilft. Der Nordteil des Departements ist in den Einzugsbereich von Paris geraten; die mehr oder weniger konzentrisch ausgreifenden Siedlungsringe der Landesmetropole haben es erfaßt. Die zunehmende Anzahl an Zweitwohnsitzen in dieser Region ist ein weiteres Indiz für die Attraktivität für den Pariser Raum. In der Verteilung der Prämien für dezentralisierte Betriebe aus der Pariser Region war (auch in der bis 1976 gültigen Fassung) der Nordteil vom Departement Yonne ausgenommen. Die Fertigstellung der Autobahn Paris-Marseille im Jahre 1970 war von großer Bedeutung für die noch bessere Inwertsetzung dieser Region.

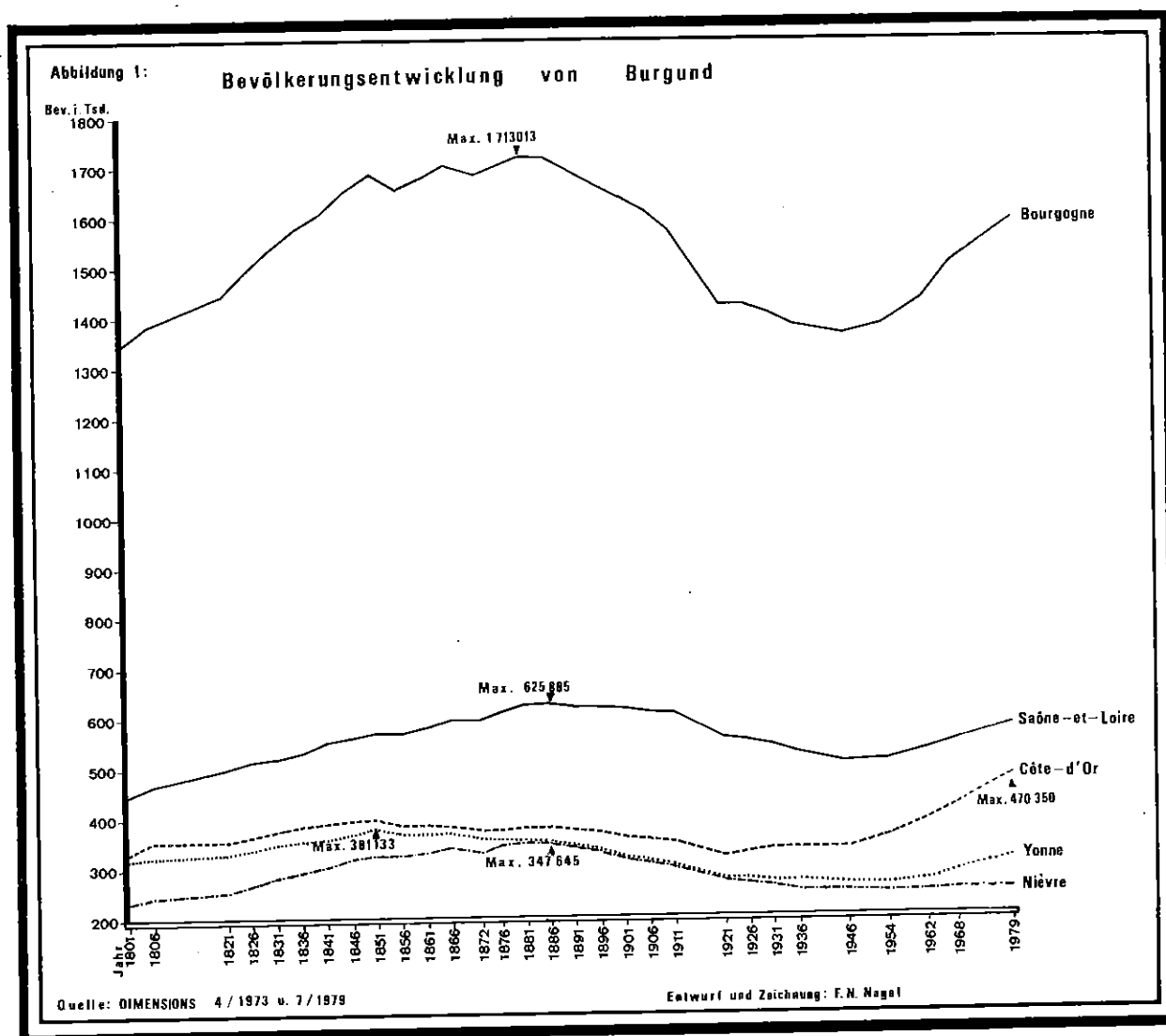
Insgesamt gesehen hatte Burgund seinen Höchststand an Bevölkerung im Jahre 1861 erreicht (vgl. Abb. 1). Der anschließend eintretende dauerhafte Bevölkerungsrückgang vollzog sich bis 1946 und umfaßte insgesamt eine Zahl von 300.000 E; der Aufschwung seit 1946 hat das ehemalige Bevölkerungsmaximum noch nicht wieder erreicht. Nur eins der vier Departements hat gegenwärtig soviel Bevölkerung wie nie zuvor: Côte-d'Or. Es hat nicht nur die höchsten Zuwanderungsraten der Region, sondern nunmehr aufgrund der jugendlichen Bevölkerungsstruktur auch die höchste Geburtenrate. Diese Wechselbeziehung verkehrt

sich im Departement Nièvre entsprechend ins Gegenteil (Überalterung durch abwandernde Jugendliche, sinkende Geburtenrate), vgl. Tab. 1.

Tab. 1: Bevölkerungsbewegungen in Burgund (1962-1975)

Region	Bevölkerung absolut 1975	Veränderungen in % gegenüber 1968	natürliche Bev.bewegung in % (jährlich)		Wanderungsbewegung in % (jährlich)	
			62-68	68-75	62-68	68-75
Côte-d'Or	456 070	+ 8.3	+ 0.74	+ 0.74	+ 0.66	+ 0.43
Nièvre	245 212	- 1.0	+ 0.05	- 0.06	+ 0.08	- 0.08
Saône-et-Loire	550 364	+ 3.5	+ 0.45	+ 0.35	+ 0.01	+ 0.14
Yonne	283 376	+ 5.8	+ 0.10	+ 0.09	+ 0.72	+ 0.74
BOURGOGNE	1 502 634	+ 4.5	+ 0.39	+ 0.35	+ 0.33	+ 0.30

Quelle: ANNUAIRE 1977



Die Abgrenzung der Région Bourgogne bringt es mit sich, daß gerade dort, wo die Region ein Zentrum benötigt, nämlich am Schnittpunkt aller vier Departements, sich der Morvan befindet. Die zentri-fugale Anordnung der aktiven Städte um dieses Gebirgsmassiv herum bewirkt eine immer stärkere Entleerung des geographischen Zentrums bis hin zum Vakuum (vgl. Abb. 2). Industrie fehlt, Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft sind knapp und teilweise nur saisonal (Schlagen der Tannenbäume für Paris), die Landwirtschaft ist unrentabel. 70 % aller Betriebe sind in Schwierigkeiten, da die Flächeneinheiten (überwiegend unter 40 ha) und das Einkommen (8.500 Francs pro Landwirt im Jahre 1972) zu gering sind.

Dies ist nicht nur ein Problem der Landwirtschaft, auf deren Struktur anschließend eingegangen werden soll, sondern der regionalen Raumordnung. "Pense-t-on assez que le problème du Morvan est important" heißt es in einem Artikel der DIMENSIONS (4/1978). In der Tat scheint das Symptomatische an der Entleerung gerade dieses Zentralraumes von Burgund noch nicht ganz erkannt worden zu sein. Die Gefahr des Auseinanderbrechens der Region durch noch stärkere Polarisierung auf West und Ost ist jedoch gegeben. Die Schaffung eines "Parc Naturel Régional du Morvan" (1970) in dieser touristisch durchaus attraktiven Mittelgebirgsregion setzt zwar interessante neue Akzente, vermag jedoch - zumindest bislang - weder den Bevölkerungsrückgang zu stoppen, noch regionale Impulse zu vermitteln.

Die Agrarstruktur

Burgund zeichnet sich durch einen relativ hohen Anteil von Beschäftigten im Agrarsektor (rd. 20 %), kleine bis mittlere Betriebsgrößen (um 20 ha) bei starker Besitzersplitterung und Überalterung der Agrarbevölkerung aus. Das Einkommen der Landwirte erreicht in reinen Viehzuchtbetrieben (bei 10-20 ha) 50 % des EG-Basiswertes und bei Polykultur mit dominierender Viehzucht 49 % (10-20 ha) bzw. 76 % (20-50 ha) (vgl. NAGEL 1976, S. 26).

Aber die regionalen Unterschiede sind ebenso groß wie im Fall der Bevölkerungsverteilung. Man kann sechs Typen von Agrarregionen unterscheiden:

Die marktorientierten Regionen mit:

1. Sonderkulturen (Wein, Gemüse, Obst)
2. Getreidebau

3. intensiver Viehzucht
4. Polykulturen, Futterbau und Viehzucht

Die Subsistenz-Regionen mit:

5. Polykultur und/oder extensiver Viehzucht
6. geringer Eignung zur Landwirtschaft

Zwei konträre Typen sollen herausgegriffen werden, die Weinbauregion der Côte-d'Or, die "Côte Viticole" (Typ 1), und die Region intensiver Viehzucht in Saône-et-Loire, das "Charollais" (Typ 3).

Côte Viticole (Dep. Côte-d'Or)

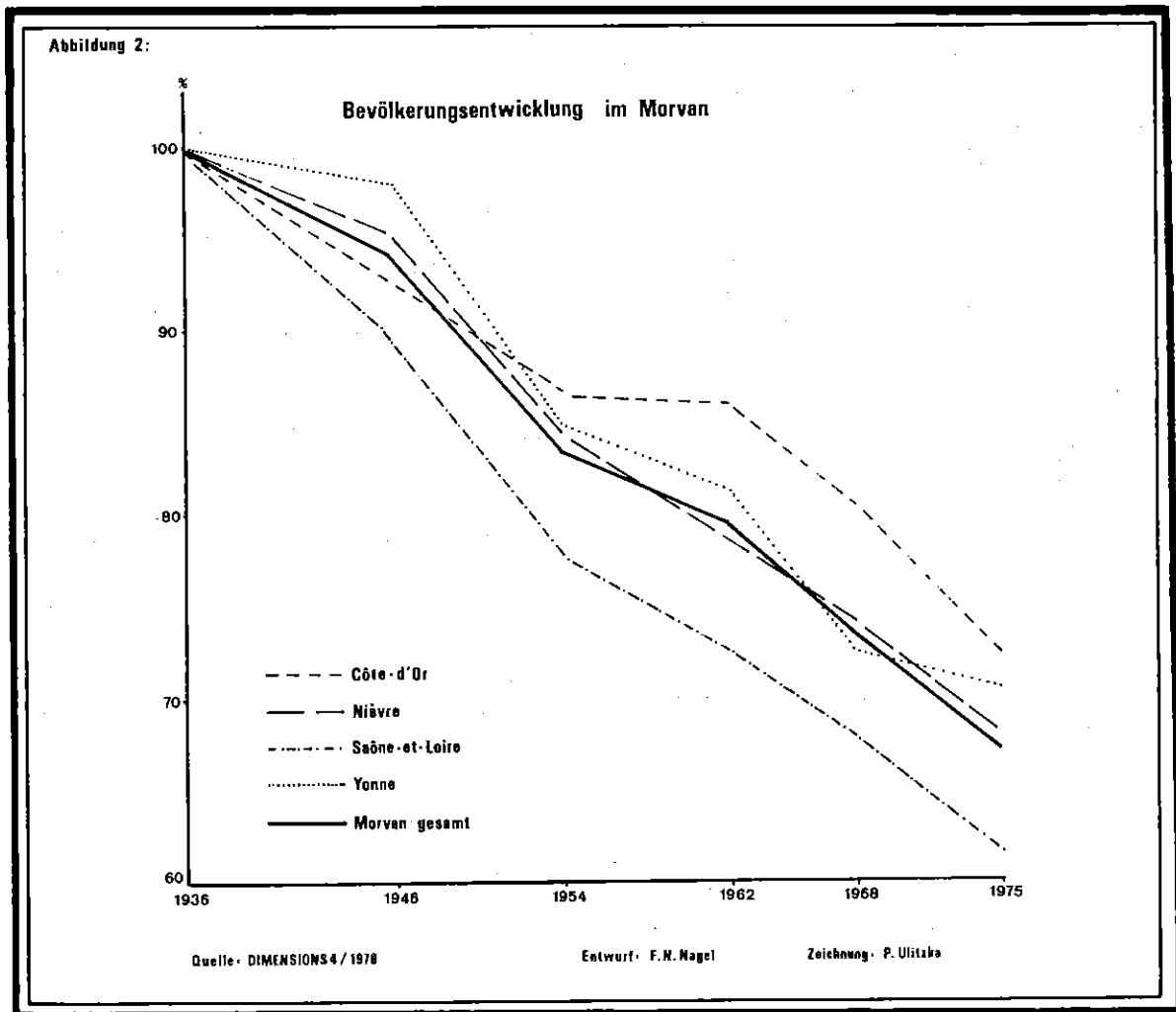
Die Côte Viticole ist die Agrarregion Burgunds, die durch ihre Spitzenweine ganz entscheidend das Renomé der Bourgogne geprägt hat. Nur hier, in einigen wenigen Gemeinden am Fuße der Côte-d'Or zwischen Puligny-Montrachet und Gevrey-Chambertin wird der "Grand Cru" angebaut. Er stellt die oberste Stufe einer fünfteiligen Güteskala dar, die nur für den Burgunderwein Gültigkeit hat. Auch der Ort Vougeot besitzt in dem ehemaligen Zisterzienser-Gut "Clos de Vougeot" eine berühmte Grand-Cru-Lage.

Um die Unbezahlbarkeit, den Liebhaberwert und die daraus resultierende Zersplitterung mancher Weinbauareale einmal an diesem extremen Beispiel zu demonstrieren, seien die folgenden Zahlen genannt: Ursprünglicher Besitz der Zisterzienser in Vougeot:

- 50 ha = 1 Besitzer (der Orden)
- nach der Revolution Zerschlagung und Aufteilung des Besitzes
- 1920 Aufteilung der 50 ha unter 38 Besitzer
- 1975 demgegenüber unter 70 Besitzer

Die mittlere Betriebsgröße der gesamten Côte Viticole beträgt 3,5 ha und sie blieb innerhalb der beiden letzten Agrarzählungen (1955 und 1970) konstant. Aufgrund der guten Rendite im Weinbau selbst bei unteren Güteklassen²⁾ kann ein Ehepaar ohne Kinder durchaus noch mit 2 ha auskommen, mit Kindern dürfte bei 3 ha die Untergrenze für einen Haupterwerbsbetrieb liegen.

Rund die Hälfte aller Weinbaubetriebe bearbeitet ausschließlich eigenes Land, die andere Hälfte betreibt eine Mischform aus Eigen- und Pachtland. Der Anteil der Mischform zeigt dabei eine steigende Tendenz, da Betriebsvergrößerungen wohl angestrebt werden, aber Kauf wegen der hohen Bodenpreise und aus spekulativen Gründen häufig nicht in Frage kommt.



Während der Abhang der Côte-d'Or bis in die Ebene hinein durch die Monokultur des Weinbaus geprägt ist, zeigen die westlich anschließenden Hochflächen, die "Haute-Côtes de Nuits et de Beaune", welche ebenfalls noch zur Agrarregion Côte Viticole gehören, ein weniger stabiles Bild. Von Krisen geschüttelt, die letztlich noch auf die große Reblauskrise im ausgehenden 19. Jahrhundert zurückzuführen sind, wandten sich diese Hochflächen und ihre Bewohner zunächst vom Weinbau ab, erblühten neu unter dem rentablen Cassis-Anbau zu Beginn des 20. Jahrhunderts und gingen später zu Himbeeranbau, schließlich wieder zu vermehrtem Weinbau über. Eingestreut ist Getreide und Weidewirtschaft zu finden, insgesamt eine (Teil-)Region der Polykultur.

Problematisch ist die zunehmende Bevölkerungsabwanderung, die zu einem Mangel an Arbeitskräften führt. Er kann insbesondere bei den schnell reifenden Beerenfrüchten nur durch den saisonalen Arbeitseinsatz

von Schülern etc. gemildert werden³⁾. Zu den wechselnden Gunstlagen auf dem Absatzmarkt für dieses Beerenobst und den personellen Schwierigkeiten gesellt sich insbesondere in dieser Teilregion die Frage nach einem sinnvollen Funktionswandel der vielen Brachflächen. Im Ort Arcenant ist rund die Hälfte allen agrarischen Nutzlandes ungenutzt, wobei sich drei Alters- und Intensitätsstufen der Brache bzw. Flurwüstung abzeichnen. Wie die (bisher unveröffentlichte) Auswertung einer Befragung (1975) in den Hautes-Côtes ergab, sehen 60 % der Landwirte weder eine Möglichkeit noch eine Notwendigkeit, das Brachland erneut zu nutzen. Von den übrigen beabsichtigten 22 % eine landwirtschaftliche Nutzung, 14 % eine Nutzung als Weide und 4 % eine Aufforstung.

Da ein großer Teil dieser Flächen also voraussichtlich nie wieder agrarisch genutzt wird, zumal es sich teilweise um steinige Böden in Höhenlagen (um 600 m) handelt, kann man hier von echten Wüstungs-

prozessen sprechen. Fehlrodung einerseits und das hohe Alter dieser ersten Generation von "Friches sociales" (rd. 80 Jahre) geben das Recht dazu. Die jüngeren, zumeist auch tiefer gelegenen eng oder weitständig verbuschten Areale wären demgegenüber (noch) der "Sozialbrache" zuzurechnen. Dort, wo Areale durch Mangel an Arbeitskräften - insbesondere im Gemüsebau - zwar lange Zeit brach liegen, nämlich länger als zur Bodenerholung nötig wäre, aber dennoch immer wieder in die Agrarnutzung einbezogen werden, möchte ich den Begriff der "Sozialrotationsbrache" (vgl. NAGEL 1976, S. 72) verwenden. Sie kommt in der Côte Viticole nur vereinzelt, in anderen Agrarreigionen, z.B. Val de Saône (Gemüsebauzone um Auxonne) jedoch häufiger vor.

Charollais (Dep. Saône-et-Loire)

Das Charollais ist eine hügelige Grünlandzone in der Höhenlage zwischen 250 und 500 m, die teilweise durch Heckenlandschaften ("Bocage") untergliedert wird. Diese Agrarregion hat sich fast ausschließlich auf die Rinderzucht spezialisiert und gab der weißen Rasse des Charollais-Viehs ihren Namen. Diese massige, ausschließlich zur Fleisch- (und nicht zur Milch-) produktion bestimmte Züchtung erfreut sich auch in anderen Regionen Frankreichs und im Ausland steigender Beliebtheit.

Die mittlere Betriebsgröße des Charollais liegt bei 30-40 ha und zeigt steigende Tendenz. Seit 1950 ist hier eine bedeutende Zunahme um 50-100 % erfolgt. Die Anzahl der Betriebe ist dementsprechend etwas zurückgegangen. Die Bewirtschaftungsform hat sich hingegen im Laufe der letzten Jahre kaum verändert. Lediglich der Anteil der Naturalpacht ist von ca. 5 % auf die Hälfte zurückgegangen. Auf Eigenland wirtschaften hier aber - im Gegensatz zum Weinbaugebiet (50 %) - nur 20-25 % aller Betriebe, rd. 30 % dagegen auf Pachtland und ca. 45 % auf einer Mischform aus Eigen- und Pachtland.

Die hier im Charollais in einigen Kantonen ebenfalls auftretenden Bevölkerungsverluste führen zwar auch zu einem Arbeitskräftemangel, nicht hingegen zum Auftreten von Sozialbrache. Nicht vom Besitzer genutztes Land wird verpachtet, wobei das vorhandene Agrarland auch für die Zwecke der Viehweidwirtschaft gut nutzbar ist (im Gegensatz zu einigen wüstgefallenen, agrarisch wenig wertvollen Flurteilen der Hautes-Côtes). Noch sind notwendige Betriebsvergrößerungen daher laufend durchführbar und sie werden es auch noch einige Zeit bleiben. Nach statistischen Erhebungen sind in ganz Burgund ins-

gesamt 37.000 Bauernstellen bis 1982 ohne Nachfolger.

Dennoch gehen die Betriebsvergrößerungen zu langsam voran, um mit den Normen des Gemeinsamen Marktes Schritt zu halten, die pro Bauernstelle im Falle der Fleischrinderhaltung möglichst 150-200 Stück Vieh vorsehen (Mansholt-Plan). Um die Viehzucht im Charollais stärker zu intensivieren, sollen insbesondere mehr gedüngte Kunstweiden angelegt werden. Der Düngemittelverbrauch erreichte in Burgund 1970 noch nicht den französischen Durchschnittswert (143,9 t/ha) und in Saône-et Loire lag er mit 56,9 t/ha besonders niedrig.

Maßnahmen zur Förderung der Agrarwirtschaft

Folgende Förderungsmaßnahmen werden schon seit einer Reihe von Jahren durchgeführt:

- Aufkauf freigewordenen Agrarlandes durch die staatliche Agrargesellschaft SAFER (Société d'Aménagement Foncier et d'Etablissement Rural) und Wiederabgabe des Landes nach Durchführung von Meliorationsmaßnahmen.
- Flurbereinigung ("remembrement"), ist in Burgund in rund einem Drittel aller Gemeinden durchgeführt oder eingeleitet (1976), aber die Durchführung ist aus verschiedenen Gründen relativ schleppend.
- Zahlung von Rücktrittsentschädigungen an Landwirte, die ihren Betrieb einem jüngeren Nachfolger oder einem Nachbarn zur Besitzarrondierung zur Verfügung stellen; dies ist eine Einrichtung, die einen großen Erfolg zu verzeichnen hat. In Burgund gehen jährlich rund 1.000 Anträge auf "Indemité viagère de départ" (Rücktrittsentschädigung) beim zuständigen FASASA (Fonds d'Action Sociale pour l'Amélioration des Structures Agricoles) ein.
- Umschulungsmaßnahmen und finanzielle Überbrückungshilfen, die Landwirten das Überwechseln in einen anderen Beruf ermöglichen sollen. Bei der AMPRA (Association pour les Mutations Professionnelles en Agriculture) gehen hierfür jährlich ca. 200 Anträge ein.
- Zucht und Verbreitung neuer Sorten und Arten, die den regionalen naturgeographischen Bedingungen besser angepaßt sind (z.B. Mais) unter maßgeblicher Beteiligung des INRA (Institut National de la Recherche Agronomique).

Folgende Maßnahmen sollen im Laufe des VII. Planes und auch zukünftig zusätzliche Verbesserungen bringen:

- Erhöhung des ländlichen Wohnkomforts (hierfür sind, zusammen mit Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der ländlichen Kulturlandschaft 2,9 Mrd. Francs im VII. Plan vorgesehen).
- Einführung bisher nicht angewandter EG-Richtlinien, nach denen je nach Wirtschaftsform und Naturgunst gewisse Mindestbetriebsgrößen erreicht werden müssen. Zu- oder Neuerwerb agrarischer Nutzfläche sowie Erlangung öffentlicher Investitionshilfen soll nur noch möglich sein, wenn die betroffenen Landwirte einen Plan vorlegen können, nach dem das regionale Durchschnittseinkommen innerhalb der nächsten sechs Jahre erreicht werden kann.

Die Industrialisierung unter dem Aspekt der Raumplanung

Frankreich hat sich in seiner Wirtschaftsplanung nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl für eine Beibehaltung und Unterstützung der Landwirtschaft als auch für eine intensive Förderung der Industrie entschieden. Nicht zuletzt unter den Einwirkungen des Krieges wurde die strategisch ungünstige Konzentration aller wirtschaftlichen und administrativen Fäden auf Paris zum Ansatzpunkt von Dezentralisierungsvorhaben. Zunehmender Bevölkerungsballung im Pariser Raum und einsetzender Verödung der Provinz sollte nun entgegengesteuert werden.

Die ersten Gesetze zur Dezentralisierung von Industrie aus Paris wurden 1954 erlassen. Sie erschwerten Erweiterungsvorhaben dort schon ansässiger Industrien und versprachen aussiedlungswilligen Betrieben Prämien und Steuererleichterungen. Aber die Zeit war insofern noch nicht reif, als die Raumordnung noch zu sehr in den Anfängen steckte. Der Pariser Raum war viel zu eng definiert, die 22 Wirtschaftsregionen noch nicht ausgegliedert. Aussiedelnde Betriebe ließen sich in nächster Umgebung der Stadtgrenzen nieder, und der Agglomerationsraum erfuhr auf diese Weise eine ungewollte Erweiterung.

Auch die spätere Revision der Gesetze und prämiengünstigen Zonen hat letztlich zu einem nicht beigetragen: zur Verhinderung des Wachstums der Pariser Agglomeration. Zwar ging tatsächlich eine Vielzahl von Betrieben in die "Provinz", die Verwal-

tungssitze der Unternehmen, zusätzlich noch Verkaufsbüros, blieben jedoch sehr häufig im Pariser Raum oder wurden nachträglich dort errichtet. Man kann daher höchstens von einer Aufgabe sekundärer Wirtschaftsfunktionen zugunsten (weiterer) Ausdehnung tertiärer Funktionen sprechen.

Für die "Provinz-Regionen" sind die Maßnahmen dennoch als ein Erfolg zu werten, da durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze die Abwanderung teilweise verringert werden konnte. Außerdem wurde die Infrastruktur vieler Mittel- und Großstädte durch das Industrialisierungs- und Dezentralisierungsprogramm entschieden verbessert. Um nämlich die erhofften Betriebe aus der Pariser Region aufnehmen zu können, wurden allerorten Industriezonen und Industriegelände errichtet, die den Interessenten teils erschlossen, teils unerschlossen zu vorteilhaften Preisen angeboten wurden.

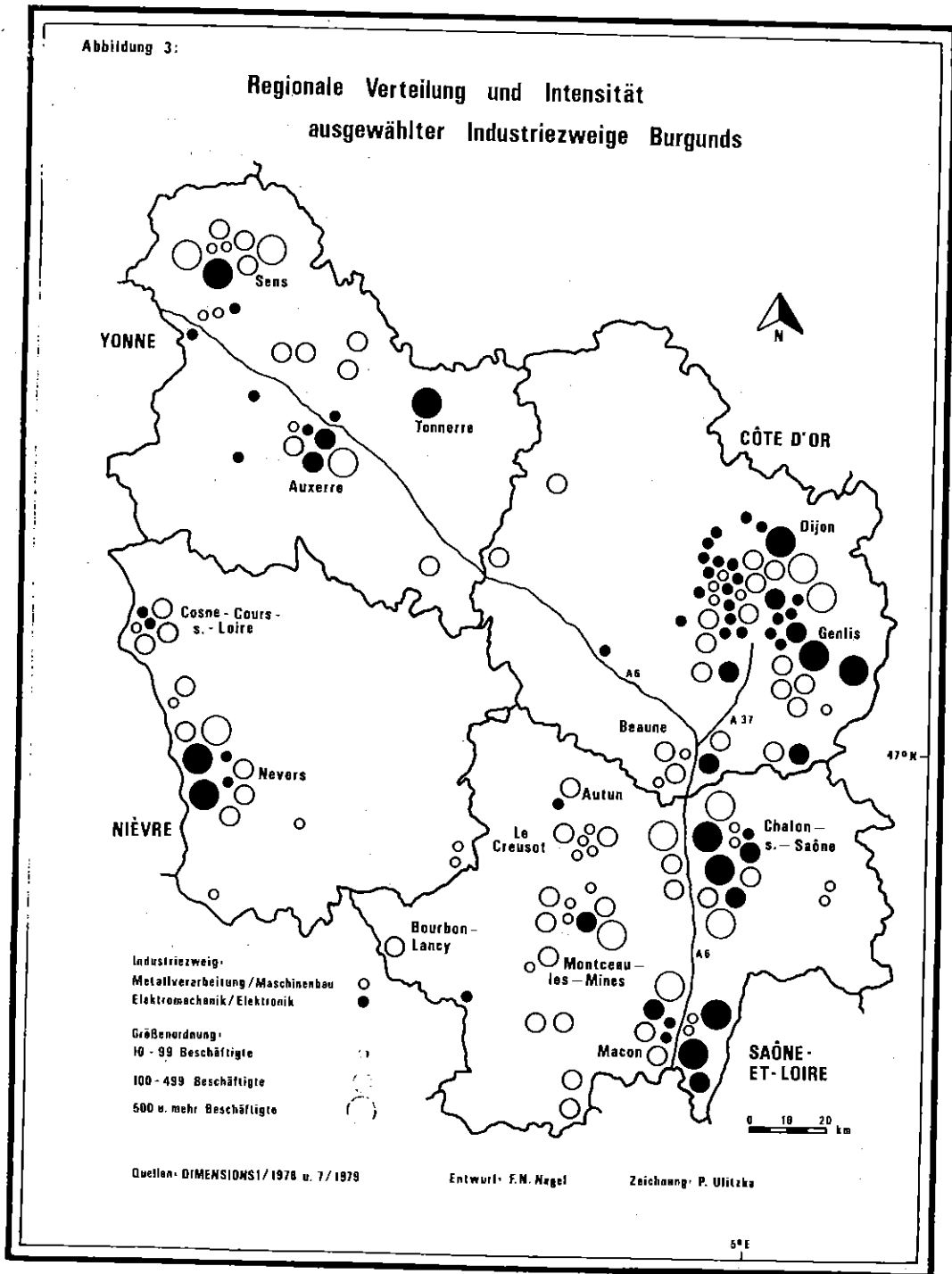
Auf diese Weise war es erstmals möglich, auch den schon vorhandenen regionalen innerstädtischen Betrieben neues Terrain anzubieten und Stadtsanierungen durchzuführen. Auf vielen regionalen Industriezonen hat sich tatsächlich im Endeffekt nicht ein einziger Pariser Betrieb niedergelassen; dafür fanden dort aber expandierende regionale Handwerksbetriebe oder Warendepots Aufnahme, so daß, nebenbei bemerkt, der Begriff "Industriezone" eigentlich besser durch "Gewerbezone" zu ersetzen wäre. Neben den regionalen und nationalen Betrieben fanden, insbesondere in den sechziger Jahren, auch ausländische Firmen Interesse an den gebotenen Bedingungen, zumal die Löhne in der "Provinz" bis zum heutigen Tag ein niedrigeres Durchschnitts-Niveau als in Paris aufzuweisen haben.

Burgund war nach den revidierten Regelungen, die größtenteils aus dem Jahre 1964 stammen, in 4 Zonen regionaler Förderungsmaßnahmen unterteilt: der Nordwesten zwischen Sens und Auxerre (Yonne) erhielt wegen seiner Nachbarschaft zum Pariser Raum keinerlei Förderung, die peripheren Regionen, darunter auch die Städte der Saône-Ebene erhielten Förderung unterer, die unterindustrialisierten zentralen Mittelgebirgsregionen sowie die Bresse Förderung mittlerer und die monoindustriellen Krisengebiete der Becken von Creusot und Nevers Förderung der höchsten Stufe.

Nachdem die Phase neuer Industrieansiedlungen abgeschlossen zu sein scheint - sie war es im wesentlichen schon zu Beginn der siebziger Jahre - läßt sich feststellen, daß die inneren Disparitäten auch

in der Verteilung der Industrie in Burgund erheblich sind. Die alten Kernräume der Montanindustrie um Creusot und Nevers konnten trotz immer wieder auftretender Krisen ihre Wirtschaftsstellung behaupten und sich durch neue Wirtschaftszweige (z.B. Ansiedlung von MICHELIN in Montceau-les-Mines) etwas aus ihrer monoindustriellen Struktur lösen. Die verkehrsgünstig gelegenen attraktiven Städte der

Saône-Ebene, insbesondere Dijon und Chalon-sur-Saône, konnten trotz unterer Förderungsintensität einen großen industriellen Zuwachs verzeichnen und neigen nun ihrerseits dazu, zu übermächtigen Zentren zu werden. Insbesondere bei Dijon besteht diese Gefahr, weshalb eine Förderung hier schon seit einigen Jahren nicht mehr sinnvoll erscheint (vgl. Abb. 3).



Die unterindustrialisierten Räume hingegen sind trotz Förderung zweiter Priorität strukturschwach geblieben. Der Morvan und die Bresse konnten keinerlei Industrie an sich binden. Vielleicht wäre eine Gleichstellung mit den monoindustriellen Krisenräumen oder sogar eine Höherbewertung erfolgreicher gewesen. Doch hätte dies wohl dem französischen Grundprinzip, in der Raumplanung bestimmte schon vorhandene Wirtschaftszentren vorrangig zu aktivieren, widersprochen.

Seit 1976 wurde die Zuteilung von Prämien bei Neuan siedlung und Dezentralisierung in Frankreich regional neu geregelt (INFORMATIONSBLETTER 1976, Nr. 166, S. 18/19). Dabei wurde neben dem Pariser Becken und Südostfrankreich auch Burgund in seiner Gesamtheit von dieser Förderungsmaßnahme ausgenommen. Die Frage der Steuererleichterungen blieb jedoch davon nahezu unberührt (vgl. NAGEL 1976, S. 120-124).

Abhängigkeit der burgundischen Industrie

Die burgundische Industrie wird in relativ bedeutendem Umfang von außen gesteuert. Entschlüsse zur Personal- und Marktpolitik vieler Unternehmen, die in Burgund ansässig sind, werden in Paris oder im Ausland gefällt. Der Abhängigkeitsgrad variiert nach Wirtschaftsbranchen und der zeitlichen Gründungsphase der Unternehmen. So ist festzustellen, daß die Branchen Elektromechanik / Elektronik, Chemie und Glas von außen nach Burgund getragen wurden und daher auch einen starken Abhängigkeitsgrad von auswärtigen Konzernen aufweisen, während dies bei den

bodenständigen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie und Nahrungsmittel weniger, bei der Textilindustrie so gut wie gar nicht der Fall ist.

Die folgende Tabelle zeigt, daß Paris der Firmensitz vieler Betriebe, die in Burgund produzieren, geblieben oder geworden ist. Neben Paris spielen Lyon und St. Etienne (Loire) noch eine gewisse, jedoch sehr untergeordnete Rolle. Nach einem Rückgang im Zeitraum 1945-1955 ist der prozentuale Anteil an Firmensitzen in Paris anschließend wieder erheblich angestiegen.

Durch ausländische Investitionen ist für die burgundische Industrie nicht nur eine Abhängigkeit von Paris, sondern auch von New York und Frankfurt gegeben. Während in den sechziger Jahren die USA in Frankreich der führende Investor waren, übernahm zu Beginn der siebziger Jahre die EG diese Rolle. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande gingen Partnerschaften mit französischen Firmen ein und erwarben Majoritäten.

Im Jahre 1976 wurden auf diese Weise 14 % aller Industriebeschäftigten Burgunds aus dem Ausland "gesteuert", d.h. sie waren in Unternehmen beschäftigt, deren Kapitalmajorität in ausländischen Händen lag. Insgesamt ca. 18,2 % aller Industriebeschäftigten arbeitete in Betrieben mit über 20 % Auslandskapital.

Der Abhängigkeitsgrad von ausländischen Entscheidungen zeigt in Burgund eine leicht wachsende Tendenz, ist jedoch gegenüber anderen Regionen Frankreichs

Tab. 2: Industrieniederlassungen in Ost-Burgund nach Verwaltungssitz und Gründungsphase

Gründungsphase	Unternehmen oder Produktionseinheit mit über 50 Beschäftigten, davon mit Verwaltungssitz in (in %)					Anzahl absolut
	Ost-Burgund	Paris	Lyon	Dep.Loire	Übrige Dps.	
vor 1900	83.7	16.3	-	-	-	43
1900-1930	61.8	29.1	5.5	1.8	1.8	55
1931-1944	63.2	31.6	-	5.2	-	19
1945-1955	72.5	15.0	5.0	5.0	2.5	40
1956-1965	57.1	34.7	-	2.0	6.1	49
1966-1971	33.3	46.7	6.7	6.7	6.7	15
Mittel/insges.:	65.0	27.0	2.7	2.7	2.6	221

Quelle: Eigene Erhebung

im Absinken begriffen, da in den letzten Jahren in Burgund keine spektakulären Ansiedlungen ausländischer Firmen mehr erfolgt sind. 1972 lag Burgund (nach dem Pariser Raum) noch an erster Stelle in der französischen Skala der "auslandsgesteuerten" Beschäftigten; im Jahre 1976 nahm es nur den 9. Rang (Pariser Raum mitgerechnet) ein. Firmenkonzentrationen und Investitionen des Auslands haben sich in diesem Zeitraum hauptsächlich auf den Norden Frankreichs und die Region Centre verlagert.

Der Abhängigkeitsgrad der Branchen ist wiederum verschieden hoch und zeigt regionale Eigenheiten gegenüber den französischen Durchschnittswerten. So sind die Wirtschaftszweige mit den höchsten Auslandsquoten Frankreichs, nämlich die Herstellung von Büromaschinen (68,3 % aller Beschäftigten vom Ausland gesteuert) und die Produktion von Erdöl und Erdgas (47,7 %) in Burgund kaum vertreten. Die von Auslandskapital am stärksten durchdrungenen Wirtschaftszweige Burgunds sind die Parachemie (61,2 % / Frankreich 44,7 %), die metallverarbeitende Industrie (36,2 % / 13,8 %), die Produktion von Haushaltsgeräten (34,2 % / 17,2 %) und die Automobilindustrie (33,6 % / 23,0 %). In diesen vier Produktionszweigen arbeiten rund 14 % aller Industriebeschäftigten Burgunds (DIMENSIONS 6/1978, S. 23).

Die burgundische Industrie ist also in mittlerem Maße von auswärtigen Steuerungsmechanismen abhängig, in erster Linie von Paris (27 % aller Verwaltungssitze), in zweiter Linie von ausländischen Direktiven. Durch frühe regionale Eigeninitiativen im Zusammenhang mit Bodenschätzen und Agrarprodukten hat einheimische Industrie jedoch schon eine lange Tradition, so daß in Verbindung mit insgesamt polyindustrieller Struktur Burgunds nicht unbedingt Gefahren in dieser Abhängigkeit gesehen werden müssen. Andererseits sollte in raumordnerischer Hinsicht noch einmal vor Augen geführt werden, daß die angestrebte Vergrößerung regionaler Autonomie durch die Maßnahmen der Dezentralisierung und Industrialisierung nicht erreicht werden konnte.

Die Zukunft der Wirtschaftsregion

Nach jüngsten offiziellen Stellungnahmen zum Problem der Stärkung der französischen Wirtschaftsregionen ist eine Dezentralisierung des Bankensektors und der Verwaltung vorgesehen. Auch den Gemeinden

sollen zukünftig mehr Entscheidungsrechte in der Raumordnungspolitik zugewilligt werden.

Davon unberührt stellt sich jedoch die Frage, ob die 22 Wirtschafts- und Planungsregionen in den derzeit gültigen Grenzen erhalten oder teilweise revidiert werden sollen. Wie am Beispiel Burgund aufgezeigt, bestehen innerhalb der Regionen große innere Disparitäten in der Bevölkerungsverteilung und der Intensität von Agrarwirtschaft und Industrie. Die administrative Zusammenfassung mehrerer (napoleonischer) Departements zu Wirtschaftsregionen läuft großenteils den tatsächlichen räumlichen Verflechtungen zuwider.

Mit GRAVIER (1972) könnte das gegenwärtige historisch-administrative Raumordnungsschema durch ein sozio-ökonomisches ersetzt werden, das auf realen Einzugsbereichen basiert. Etwa 260 Zentren unterer Ordnung binden ein Umland an sich, das im Mittel nicht weiter als eine Stunde Fahrzeit (Stundenisochrone) entfernt ist ("Zones unitaires"), und diese Zonen werden in ca. 40 "Systemen" mit jeweils einem Ort höherer zentraler Ordnung zusammengefaßt.

Am Beispiel Burgund würde das bedeuten, daß der westliche Teil der Region nicht mehr wie bisher der Regionalmetropole Dijon (und damit dem östlichen Teil) administrativ zugeordnet ist. Vielmehr würde Nièvre einem System in Zentralfrankreich mit Bourges als Mittelpunkt, Yonne größtenteils der Champagne (um Troyes), Côte-d'Or und die Nordhälfte von Saône-et-Loire Dijon, die Südhälfte Lyon zugeordnet werden.

Diese Neuordnung allein, die stark am zentralörtlichen System der Raumordnung der Bundesrepublik Deutschland und Italiens ausgerichtet ist, würde die inneren Disparitäten nicht völlig abbauen können. Gebiete mit innerer Strukturschwäche auch in den genannten Ländern sind ein Beweis dafür. Dennoch könnte eine Neugliederung, insbesondere im Zusammenhang mit administrativer Dezentralisierung, nicht nur aus Paris, sondern teilweise auch aus den Regional-Hauptstädten heraus, neue Impulse vermitteln.

Der "provisorische" Raumordnungsvorschlag GRAVIERS verstärkt allerdings in Burgund die vorhandenen zentrifugalen Tendenzen und sieht für den Kernraum Morvan keinerlei Anbindung vor. Hier wäre zu überdenken, ob die Stundenisochrone das Maß der Dinge sein kann, zumal eine Stunde Fahrt in kurviger Mittelgebirgslandschaft einen ganz anderen Stellenwert hat

als in der Ebene. Vielmehr sollten Einzugsgebiete geringerer Entfernung, z.B. einer halben Stunde, ausgliedert werden und eigenständige Zentren (in Frage kämen: Chateau-Chinon, Saulieu, Avallon, Autun) geschaffen werden, da eine Anbindung an die großen Oberzentren Dijon, Lyon, Bourges und Troyes wegen des Reliefs und der effektiven Distanz nur theoretische Bedeutung hat.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit das zukünftige Regionalisierungskonzept neue Gliederungsprinzipien aufweist und welchen Beitrag die oben dargelegten Maßnahmen zur Förderung von Agrarwirtschaft und Industrie leisten können, um die vorhandenen erheblichen regionalen Disparitäten zu vermindern.

Anmerkungen

- 1) im Zeitraum 1968-1975, damit an 10. Stelle in Frankreich, Zuwachs im Zeitraum 1962-1968: 4,25 %.
- 2) Sofern es sich um A.O.C.-Weine handelt. (Appellation d'Origine Contrôlée - im Gegensatz zu den einfachen Tisch- oder Landweinen ohne Appellation).
- 3) Die Cassis-Ernte kann im günstigsten Fall über drei Wochen hingezogen werden. Ein Besitzer von 2 ha mit Schwarzer Johannisbeere benötigt dann 7-10 zusätzliche Arbeitskräfte.

Literatur

- BRUCHER, W.:
1971/Ziele und Ergebnisse der industriellen Dezentralisierung in Frankreich. In: Raumforschung und Raumordnung 29, S. 265 - 273
- CLAVAL, P.:
1975/(Chronique de Géographie Economique No X). Planification Régionale et Aménagement du Territoire. In: Revue Géographique de l'Est, T. XV, 1-2, S. 169 - 216
- GRAVIER, J.-F.:
1972/Paris et le Désert Français en 1972, Paris
- HOUSE, J.W.:
1978/France. An applied Geography. London
- KLASEN, J.:
1972/Urbanisierung in Frankreich. In: Münchener Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeogr. Bd. 8. Regensburg, S. 109 - 115

NAGEL, F.N.:
1976/Burgund - Bourgogne. Struktur und Interdependenzen einer französischen Wirtschaftsregion (Région de Programme). Hamburg. (Mitteilungen der Geogr. Ges. Hamburg, Bd 65.)

NAGEL, F.N.:
1978/Bevölkerungsbewegungen in Frankreich. Ein Beispiel für die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungsbewegungen und Wirtschaftsdynamik und die Grenzen der Raumordnungspolitik bei regionalen Disparitäten. In: Geogr. Rundschau 30, S. 278 - 282

PERRON, F.:
1964/La Notion de Pôle de Croissance. L'Economie du Vingtième Siècle. 2. Aufl. Paris

PLETSCH, A.:
1978/Frankreich. Stuttgart

SCHROEDER, M.:
1974/Die Neuordnung des französischen Staatsgebietes. Ein Beispiel moderner Entwicklungsplanung im Zentralstaat. Berlin. (Schriften des Öffentlichen Rechts. Bd.234)

Verfasserlose Schriften und Statistiken:

- ANNUAIRE Statistique de la France. (Hrsg.: I.N.S.E.E. - Paris): Vol. 81 u. 82. Paris 1976 und 1977
- DIMENSIONS Economiques de la Bourgogne (Hrsg.): I.N.S.E.E. - Dijon): insbes. 1/1978, S. 8 - 11; 4/1978, S. 26; 6/1978, S. 22 - 24 u. 7/1979, S. 20 - 25
- INFORMATIONSBLÄTTER (Hrsg.): Französische Botschaft Bad Godesberg): insbes. Jg. 26, 1976, Nr. 166, S. 15 - 19 u. Jg. 29, 1979, Nr. 190, S. 14



WOLFGANG TAUBMANN

ERSCHEINUNGSFORMEN UND URSACHEN SOZIOÖKONO-
MISCHER DISPARITÄTEN AM BEISPIEL VON
JOTLAND / DÄNEMARK *

* Für die Unterstützung bei der Datenaufbereitung und EDV-Kartographie möchte ich H. Bischoff, J. Krüger und W. Steingrube danken.

Anschrift des Verfassers:

Prof.Dr.Wolfgang Taubmann

Lehrstuhl für Geographie
Studienbereich 1 der Universität Bremen

Achterstraße

D-2800 Bremen

Dänemark ist seit langem durch eine einseitige Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft auf den Raum Groß-Kopenhagen gekennzeichnet ¹⁾. Dieses strukturelle Ungleichgewicht bestand schon seit vorindustrieller Zeit und wurde im Verlauf des Industrialisierungsprozesses des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts verschärft.

Die Region Kopenhagen, die um 1870 ein knappes Fünftel der dänischen Bevölkerung beherbergte, vereinigte in der ersten Industrialisierungsphase zwischen 1870 und 1890 beispielsweise 51 % des gesamten Zuwachses an Beschäftigten in Industrie und Handwerk auf sich. Gegenwärtig wohnen rd. 35 % der Bevölkerung und 43 % der im tertiären Sektor Beschäftigten in NO-Seeland ²⁾.

Auch wenn der Höhepunkt dieses Konzentrationsprozesses schon überschritten ist, so ist die übergewichtige Bedeutung der Hauptstadtregion nach wie vor eines der Vorrangprobleme der Raumordnungspolitik ³⁾.

Diese ungleiche Verteilung wiederholt sich - wenn auch mit abgeschwächter Tendenz - in Jütland: Den ostjütländischen Städten mit dem führenden Regionszentrum Århus an der Spitze stehen relativ dünn besiedelte und bis in die jüngere Zeit durch einseitige oder verlangsamte ökonomische Entwicklung gekennzeichnete Periphereräume im Südwesten, Westen und Norden der jütländischen Halbinsel gegenüber.

Das präindustrielle kultur- und wirtschaftsräumliche Muster war bereits lange vor dem Einsetzen der Industrialisierung fixiert. Als menschliches Wirtschaften noch weitgehend bäuerliche Aktivität war, limitierte das physisch-geographische Milieu den Handlungsspielraum der ländlichen Bevölkerung. So sind z.B. im ausgehenden 17. Jahrhundert für die Heide- und Sandflächen Westjütlands weitaus geringere Erträge und damit geringere Bevölkerungsdichten nachgewiesen als für Ostjütland und die Inseln östlich des Kleinen Belt ⁴⁾.

Das Schwergewicht der dänischen Städtegründungen liegt seit dem 13./14. Jahrhundert aufgrund der Lage und der großräumigen Handelsbeziehungen ebenfalls an der Ostküste Jütlands und auf den Inseln ⁵⁾.

Als schließlich der industrielle Durchbruch in Dänemark in dem Jahrzehnt nach 1890 erfolgte, wurden zunächst die Hauptstadt Kopenhagen und die Städtereihe an der jütländischen Ostküste die wichtigsten Standorte des industriellen Apparates ⁶⁾.

Durch die Industrialisierung wird also die vorgefundene disparitäre Siedlungsstruktur ausgeformt und akzentuiert. Wichtige Standortfaktoren für die zunächst fast ausschließlich auf den Binnenmarkt orientierte Industrie sind die bereits vorhandene und sich erweiternde Verkehrsinfrastruktur (Hafenanlagen und Bahnnetz), die städtische Bevölkerung als Arbeitskraft und Absatzmarkt sowie erste Urbanisierungsvorteile. Dagegen spielten Rohstoffvorkommen für die Wahl von Industriestandorten in Dänemark nur eine geringere Rolle (z.B. für Zementindustrie oder Zuckerindustrie) und sind niemals siedlungsbildend geworden ⁷⁾.

Für die Gegenwart wird diese polarisierte Raumstruktur zumindest in den Grundzügen durch die sog. Entwicklungsgebiete abgebildet, deren neue Abgrenzung seit dem 1.1.1978 im wesentlichen auf der additiven Verknüpfung von acht Indikatoren beruht (z.B. Nettowanderungen 1971-75, steuerpflichtiges Einkommen 1970 und 1975, Industrialisierungsgrad 1972 und 1975). Je nach dem Grad ihrer strukturellen Schwäche können Gemeinden oder Unternehmen in den so abgegrenzten Entwicklungsräumen entweder in den Genuß staatlicher oder staatlich garantierter Kredite für den Bau von Industriegebäuden oder für Anlageinvestitionen oder von Investitions-, Betriebs- oder Umzugszuschüssen kommen.

In Jütland fallen vor allem die oben erwähnten nördlichen, nordwestlichen, westlichen und südwestlichen Periphereräume in diese beiden Gebietskategorien - wie die Karte 1 zeigt ⁸⁾.

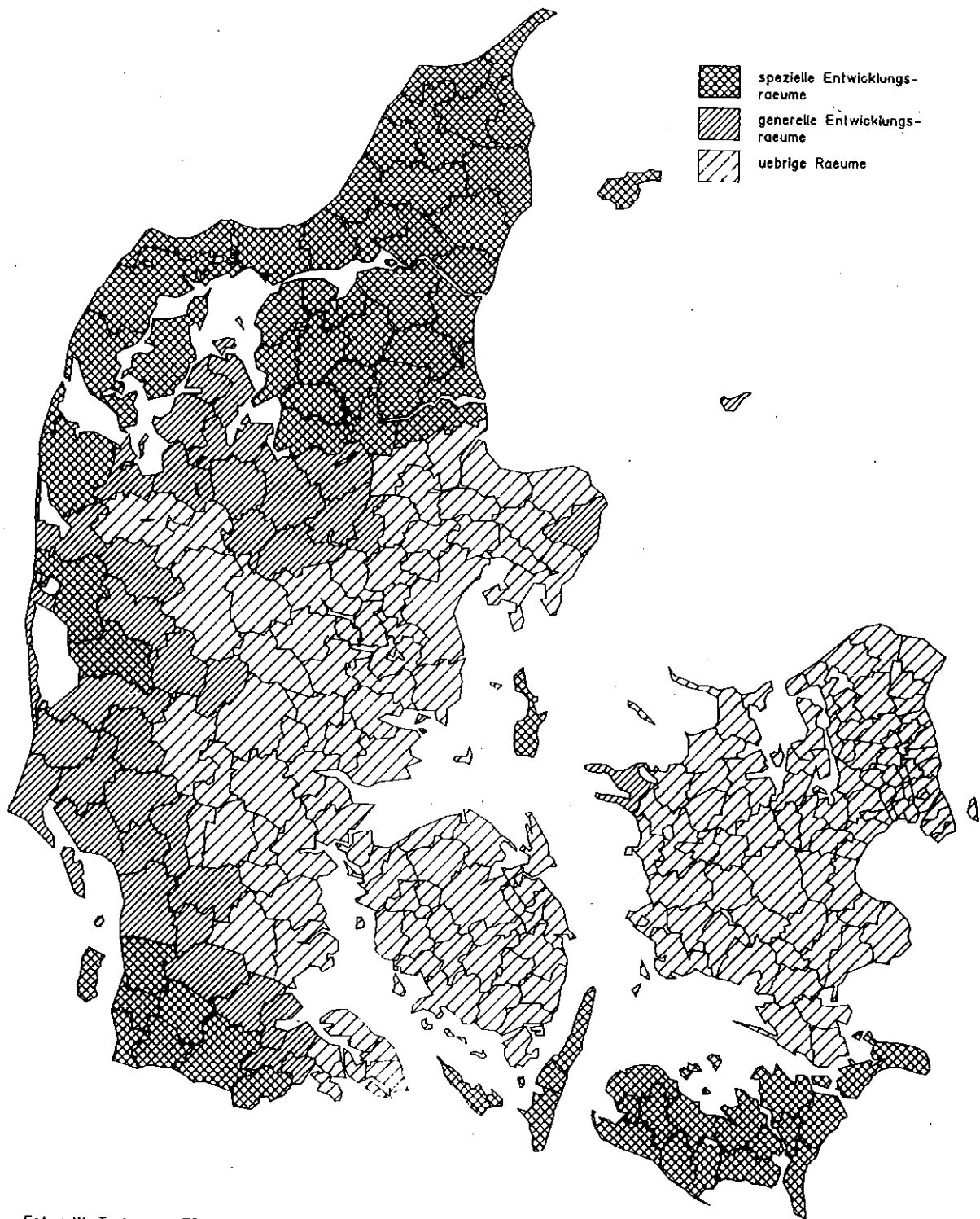
Scheint das Raumbispiel Jütland einerseits besonders geeignet, regionale Ungleichgewichte darzustellen, so sind offenbar andererseits die Voraussetzungen zum Abbau regionaler Disparitäten relativ günstig.

1. Die Verkehrsinfrastruktur ist soweit ausgebaut, daß die räumliche Distanz als Kostenfaktor für die Wahl industrieller Standorte nur geringes Gewicht hat. Das Straßennetz, über das 1975 knapp 80 % des Güterverkehrs abgewickelt wurde, wurde seit 1950 erheblich ausgebaut. So hat sich die Länge der Autobahnen und Fernverkehrsstraßen mehr als verdoppelt; überdies weist das sekundäre Straßennetz einen hohen Standard auf. Auch die Erreichbarkeit der regionalen Zentren oder des nationalen Zentrums Kopenhagen wurde ständig verbessert. Zudem ist die Bedeutung der Transportkosten ständig zurückgegangen ⁹⁾.
2. Die traditionellen städtischen Standorte spielen

Karte 1

DAENEMARK ENTWICKLUNGSRÄUME

STAND 1. JANUAR 1978



Entw.: W. Taubmann EDV-Kartographie

mit zunehmender Exportorientierung der dänischen Industrie zumindest als Absatzmarkt eine geringere Rolle als früher.

3. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schienen zum Ausgleich regionaler Disparitäten seit Ende der 50er Jahre besonders günstig.

Befand sich die dänische Volkswirtschaft noch zu Beginn der 50er Jahre in einer Stagnationsperiode, die durch Anpassungsprobleme in der Landwirtschaft, durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit, die teilweise in beruflicher und räumlicher Immobilität begründet war, und durch eine mit Hilfe von Importrestriktionen geschützte und auf den heimischen Markt orientierte Industrie gekennzeichnet war, so durchlief sie vor allem seit Beginn der 60er Jahre eine Phase extensiven Wachstums.

Die rasche Entfaltung der dänischen Industrie bedeutete auch den endgültigen Übergang von einem agrarisch bestimmten - in einigen westjütändischen Ämtern waren noch 1950 zwischen 40 und 50 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt - zu einem industriell strukturierten Land mit erheblichen Folgen für die funktionsräumliche Arbeitsteilung ¹⁰⁾.

Aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde u.a. von Ökonomen die These abgeleitet, daß sich die einzelnen Landesteile - vor allem Süd-, West- und Nordjütland - in zeitlich versetzten Industrialisierungsphasen zu einem Endzustand mit weitgehend ausgeglichenen Arbeits- und Lebensbedingungen hin entwickeln würden ¹¹⁾.

Eine ähnliche - leicht variierte These - wird auch von dem sog. "Gebietsentwicklungsrat" vertreten, und schließlich wird dieser Ansatz durch das 1974 verabschiedete Gesetz zur Landes- und Regionalplanung aufgegriffen, welches die "Förderung der gleichmäßigen Entwicklung im gesamten Land" zum Hauptziel der Regionalpolitik erklärt ¹²⁾.

Diese den neoklassischen Wachstumsmodellen nahestehenden Erklärungsansätze und die darauf basierenden Entwicklungsziele sollen im folgenden anhand von ausgewählten Indikatoren überprüft werden.

Zunächst wird die abgelaufene Entwicklung und ihr gegenwärtiges räumliches Muster beschrieben, dann werden unterschiedliche Erklärungsansätze der Raument-

wicklung diskutiert und schließlich entwicklungspolitische Ziele und Maßnahmen dargestellt und gewertet.

Die Entwicklungstrends werden vornehmlich anhand der Binnenwanderung und der Veränderungen der sektoral-regionalen Wirtschaftsstruktur dargestellt.

Der neuere Prozeß der Regionalentwicklung ist zunächst an der Binnenwanderung abzulesen, denn die Bevölkerung und ihre Bewegung in den einzelnen Landesteilen sind einmal Voraussetzung der regionalen Wirtschaftsentsfaltung und zum anderen Indikator der regionalen Wirtschaftskraft. Wenn die Bevölkerungsentwicklung in Jütland auch häufig mit den Stichworten "Bevölkerungskonzentration und Entleerung ländlicher Räume" umrissen worden ist ¹³⁾, so ist dieser Prozeß durchaus räumlich stark differenziert zu sehen und zeigt gerade in den letzten Jahren mitunter gegenläufige Tendenzen.

Ohne daß in diesem Rahmen auf alle Komponenten der sozialen und natürlichen Bevölkerungsbewegung eingegangen werden kann, läßt sich festhalten, daß Abwanderungen aus den ländlichen Räumen in Jütland erst nach 1860 einige Bedeutung erlangt haben ¹⁴⁾. Nach 1880 geben die ländlichen Gemeinden in Ostjütland und in Südwestjütland ihren Geburtenüberschuß an die nahegelegenen Handelszentren (købstaeder) und an die neuentstandenen Eisenbahnstationsorte (stationsbyer) ab. Zahlreiche nordjütländische Gemeinden erreichen dagegen ihre Bevölkerungskulmination erst um 1930 ¹⁵⁾. In dieser Periode können die mittel- und teilweise auch westjütländischen Gemeinden ihren Geburtenüberschuß festhalten bzw. die Einwohnerzahl aufgrund der im Vergleich zum Landesdurchschnitt hohen Geburtenquote und eines relativ niedrigen negativen Wanderungssaldos erhöhen. Mitentscheidend dafür, daß eine große Zahl dieser vorwiegend ländlichen Kommunen ihr Bevölkerungsmaximum erst um 1955 erreichte, waren die Maßnahmen der sog. inneren Kolonisation in diesem Raum ¹⁶⁾. So erreichte die landwirtschaftliche Nutzfläche in Mittel- und Westjütland (Ämter Ribe, Ringkøbing und Viborg) erst 1951 ihre größte Ausdehnung - um 20 % mehr als 1880 -, in Nord- und Südjütland um 1929, dagegen in Ostjütland schon um 1896 ¹⁷⁾. Die bis um 1940 anhaltende Zunahme der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung ist also ein wesentlicher Grund für das Gesamtwachstum in den ländlichen Gemeinden.

Als ab 1955 die Beschäftigtenzahl im primären Sektor stagnierte bzw. abnahm, konnten die freigesetzten Ar-

beitskräfte von der auch die ländlichen Räume punkthaft erfassenden Industrialisierung nur teilweise und kurzfristig aufgefangen werden. Die in den ländlichen Gemeinden einsetzenden Abwanderungswellen sind in inner- und interregionale Wanderungsabläufe aufzuspalten.

Die interregionalen Wanderungsbewegungen seit etwa 1950, die hier vor allem interessieren, zeigen zunächst eine langfristige und deutliche West-Ost bzw. Nordwest-Südost-Richtung. Wiesen bis 1959/60 noch alle jütländischen Regionen eine negative Wanderungsbilanz auf, während NO-Seeland für fast die gesamte Periode 1950 bis 1970 eine positive Nettowanderung verzeichnete, konnte zunächst Ostjütland seit Beginn der 60er Jahre eine positive Wanderungsbilanz verbuchen, d.h. die Ostregion fängt einen Teil der west-ost-gerichteten Wanderungsbewegungen auf. Die Wanderungsbilanz von Westjütland war bis 1970 fast durchgängig negativ, wenn auch mit abnehmender Größenordnung. Allerdings wies der westjütländische Raum wegen des hohen Geburtenüberschusses insgesamt eine knapp überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme auf. Die Wanderungsbilanz von Südjütland war bis 1960 negativ, seither war sie nahezu ausgeglichen, während Nordjütland aufgrund der konstant negativen Wanderungsbilanz im Durchschnitt der Jahre 1945 bis 1970 nur einen unterdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachs verzeichnete¹⁸⁾.

Seit 1970 ist eine erneute und einschneidende Veränderung des Wanderungsverhaltens eingetreten. Insgesamt zeigt das inländische Wanderungsmuster eine größere Streuung als bisher. Das vereinfachte Modell von ost-westlich oder peripher-zentralen Wanderungsverläufen ist nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Seit 1972 zeigt Nordjütland anhaltende Wanderungsüberschüsse, während Westjütland wiederum, wie bereits Mitte der 60er Jahre, eine positive Wanderungsbilanz registriert. Dagegen ist der Wanderungsgewinn von Ostjütland erheblich abgeschwächt; der bisherige Zuwanderungsmagnet NO-Seeland läßt seit 1970 laufende Abwanderungen erheblichen Ausmaßes erkennen¹⁹⁾.

Als Basis für eine genauere Analyse der Wanderungsbewegungen von 1971 bis 1977 dienten die jährlichen Nettowanderungen auf Gemeindebasis in von Hundert der Bevölkerung zu Jahresbeginn 1971.

Klassen von Gemeinden gleicher Wanderungsabläufe wurden nun mit Hilfe von clusteranalytischen Verfahren gefunden. Zur Bildung einer Anfangspartition wurde das hierarchische Verfahren nach WARD eingesetzt,

während in einem zweiten Schritt mit Hilfe des nicht-hierarchischen k-means Verfahrens die Anfangspartition gemäß der Zielfunktion (Minimierung der Summe der Abstandsquadrate) verbessert wurde²⁰⁾. Das Ergebnis der Gruppenbildung ist Karte 2 zu entnehmen.

Die stärksten ständigen Wanderungsgewinne von durchschnittlich 5,5 % jährlich weisen die Umlandgemeinden von Århus im Zuge des Suburbanisierungsprozesses auf; ähnliches gilt in leicht abgeschwächter Form für die Umlandgemeinden von Ålborg und einiger Mittelstädte (z.B. Randers, Horsens).

Ständige Wanderungsgewinne zeigen auch zahlreiche Gemeinden mit stärkerem Industriebesatz (z.B. Billund, Hedensted) oder spezialisierten Funktionen außerhalb der Arbeitsmärkte der größeren Städte (z.B. Holmsland und Hanstholm als Fischerei- bzw. Hafengemeinden) sowie neuerdings kleinere Gemeinden in peripherer Lage. Letztere können allerdings oft nur geringe oder leichte Wanderungsgewinne verbuchen (z.B. Blåvandshuk, Blåbjerg, Nørre Djurs). Die Zahl der Gemeinden mit Wanderungsverlusten ist zurückgegangen. Zwar sind die Kommunen mit negativer Wanderungsbilanz in W- und N-Jütland häufiger anzutreffen als in den übrigen Regionen, doch lassen sich klar erkennbare Verteilungstendenzen nicht mehr nachweisen²¹⁾. P.O. PEDERSEN meint, daß eine Parallelisierung zwischen dem kurz- und mittelfristigen Konjunkturverlauf und der Nettowanderung derart festzustellen ist, daß die Wanderungsverluste in den peripheren Räumen in Phasen des Konjunkturaufschwungs zunehmen, wenn in den städtischen Arbeitsmärkten die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt; umgekehrt kann die Nettowanderung in den sog. "udkantområder" ausgeglichen sein, wenn auch in den Agglomerationen das Arbeitsplatzangebot sinkt²²⁾.

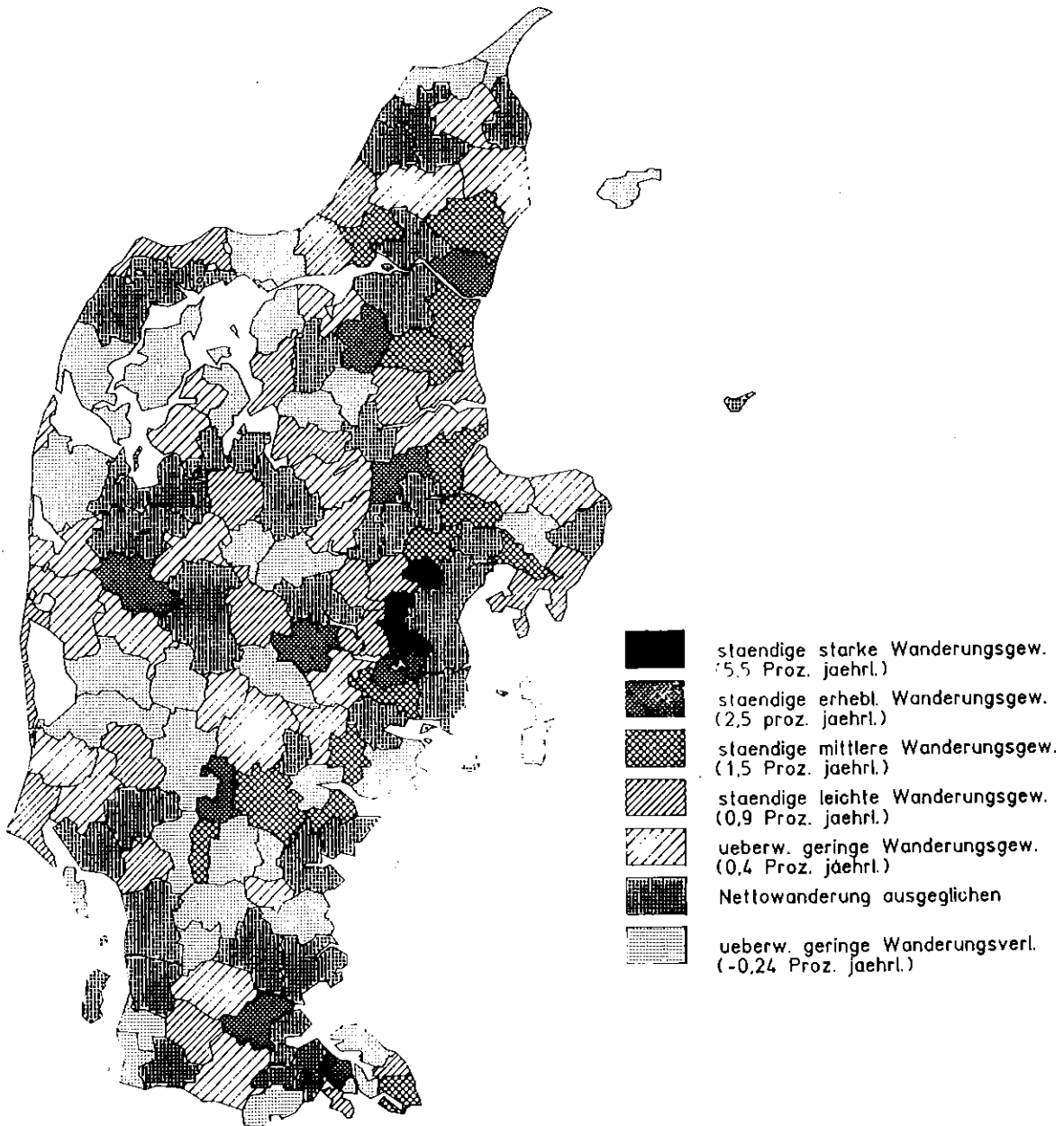
Die neueren Tendenzen im Wanderungsverhalten schlagen allerdings noch nicht voll durch, wenn man die Bevölkerungsentwicklung insgesamt von 1960 bis 1978 nach dem oben beschriebenen clusteranalytischen Verfahren auf Gemeindebasis typisiert (vgl. Karte 3)²³⁾.

Noch immer zieht sich eine relativ deutlich abgegrenzte Zone anhaltender Bevölkerungszunahme von Kolding-Fredericia über Århus nach Ålborg entlang der jütländischen Ostküste mit zwei ost-west gerichteten Ausläufen, nämlich nach Esbjerg und nach Silkeborg-Holstebro. Auffällig ist immerhin, daß bei einer erheblichen Zahl peripherer Gemeinden die Bevölkerung bis 1975 abnahm, seither aber stagniert. Zweifellos werden also die kurz- und mittelfristigen

Karte 2

JUETLAND · NETTOWANDERUNG 1971 BIS 1977

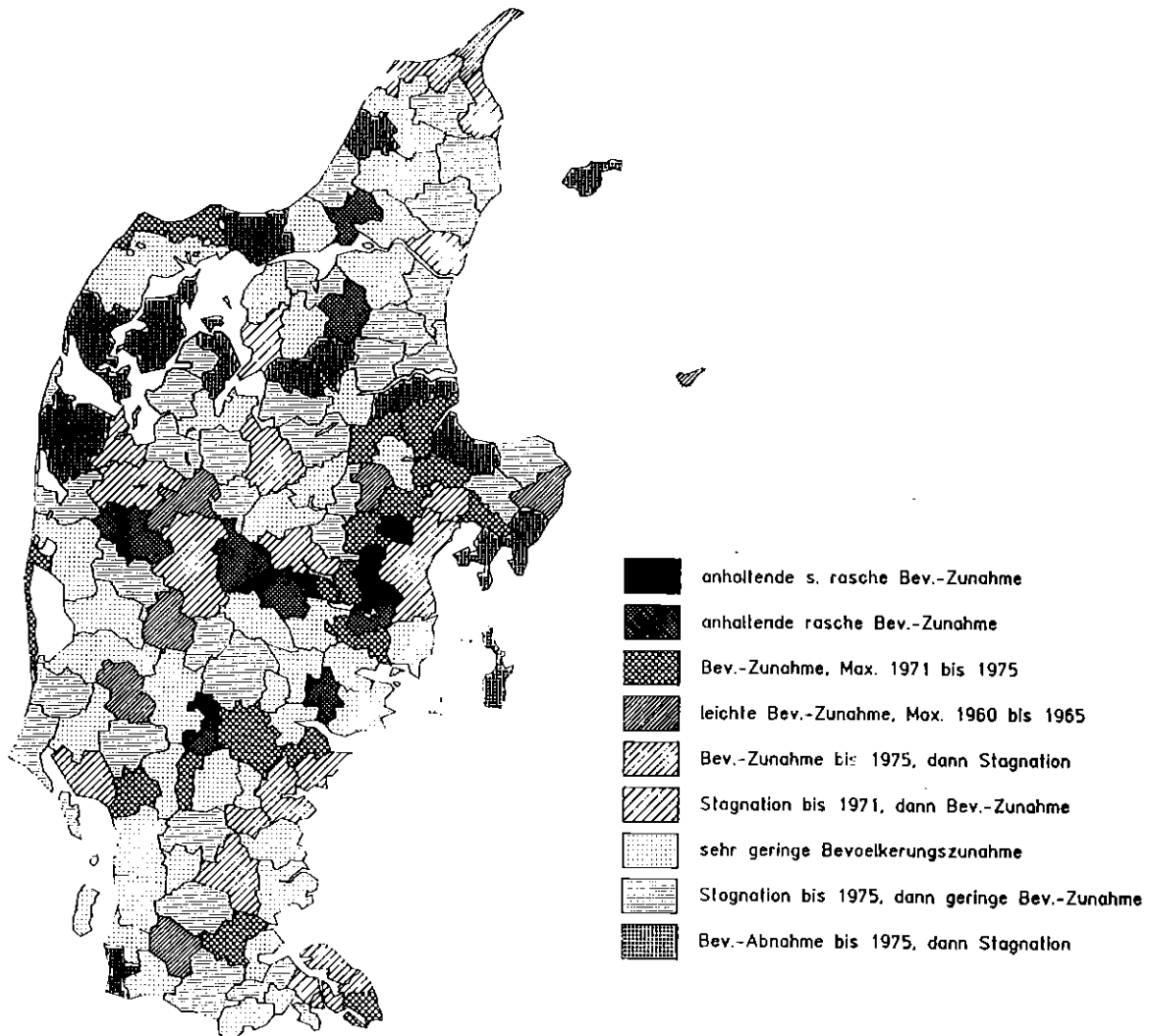
GRUPPENBILDUNG N. K-MEANS, ANFANGSPARTITION N. WARD



Karte 3

JUETLAND BEVOELKERUNGSENTWICKLUNG 1960 BIS 1978

GRUPPENBILDUNG N. K-MEANS, ANFANGSPARTITION N. WARD



Schwankungen der Nettowanderung von einem langfristigen Trend sich abschwächender Konzentrationstendenzen überlagert. Zwar sind die Ursachen dieses veränderten Wanderungsverhaltens noch kaum erforscht; als erste Gründe werden u.a. genannt: Wohnstandortorientierte Motive, die sich als Suche nach mehr "Milieu" und Überschaubarkeit umschreiben lassen, daneben die dezentrale Etablierung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze und billigere Grundstücke für ein eigenes Haus ²⁴⁾.

Lokale Fallstudien in Gemeinden mit Wanderungsverlusten zeigen dagegen mit hinreichender Deutlichkeit die entscheidenden Situationsvariablen für den Abwanderungsentschluß: Neben dem Alter sind es vor allem das Ausbildungsniveau und die Platzierung im Familienzyklus ²⁵⁾. Weniger urbane Präferenzstrukturen als vielmehr mangelnde Alternativen sind häufig die Ursachen für den Aufbruchentschluß. Untersucht man den Zusammenhang zwischen Mobilität und anderen Variablen, so gelten die bekannten Kriterien: Junge Unverheiratete - vor allem weibliche zwischen 15 und 25 und männliche zwischen 20 und 30 Jahren - und kinderlose Ehepaare sind die mobilsten Gruppen, meist gefolgt von älteren Unverheirateten mit geringerer beruflicher Qualifikation. Ansonsten zeigen die Selbständigen im Primärsektor, sowie Rentner und Hilfsarbeiter die geringste Mobilität, dagegen werden die mobilsten Berufsgruppen von Angestellten und in Ausbildung Stehenden repräsentiert ²⁶⁾. Wandern die letztgenannten Gruppen meist interregional, so die erstgenannten überwiegend innerregional oder gar nur lokal. Je geringer die Ausbildung und je höher das Alter, desto schwieriger ist es, einen Beruf außerhalb der Landwirtschaft zu finden und umso eher ist man geneigt, in der Heimatgemeinde zu verbleiben. Es sind also Arbeiter und ehemalige Selbständige aus Landwirtschaft und Fischerei, die den größten Vorteil aus lokalen alternativen Arbeitsmöglichkeiten zögen.

Die selektive Mobilität reduziert nicht nur das Potential an qualifizierten Arbeitskräften für technologisch avancierte Industriebetriebe, sondern hat auch entscheidenden Einfluß auf die Alters- und Geschlechtsstruktur und damit auf das generative Verhalten der zurückbleibenden Bevölkerung.

Im nächsten Schritt ist zu prüfen, in welcher Weise mit den Ausgleichsbewegungen in der Bevölkerungsverteilung sektoral-regionale Verschiebungen der wirtschaftlichen Aktivitäten gekoppelt sind.

Die nachfolgende Analyse beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem industriell-gewerblichen Bereich

auf der Basis der Beschäftigtenzahlen, weil für eine regionale Betrachtung sicher der Beschäftigungsaspekt entscheidend ist.

Der strukturelle Umbau des primären Sektors soll nur kürzer dargestellt werden. Die Landwirtschaft, deren Beschäftigtenanteil von 24 % im Jahre 1950 auf 7 % im Jahre 1976 absank, war tiefgreifenden Änderungen unterworfen.

1951 gab es mit rd. 206 000 landwirtschaftlichen Betrieben kaum weniger als 1937 (rd. 208 000). Seither ist ihre Zahl zunächst langsam, zwischen 1951 und 1960 jährlich ca. um 0,5 %, dann in dem Jahrzehnt zwischen 1961 und 1970 relativ rasch (Dänemark insges. jährl. 2,6 %, Jütland jährl. 2,2 %) abgesunken; danach hat sich die jährliche Abnahme für Dänemark insgesamt wie für Jütland bei 1,6 % des jeweiligen Bestandes eingependelt. 1976 existierten nur noch 124 200 Betriebe in Dänemark, davon etwa 68 % in Jütland ²⁶⁾.

Die Betriebsabnahme ist vor allem auf Betriebsaufstockungen durch Zukauf oder Zupachtung bzw. Zusammenlegungen zurückzuführen, denn im gleichen Zeitraum ist die landwirtschaftliche Nutzfläche mit 7,3 % nur geringfügig geschrumpft.

Vor allem jüngere Inhaber von Kleinbetrieben (unter 10 ha) mit geringer fachlicher Qualifikation und niedrigem Betriebseinkommen sind aus der Landwirtschaft ausgeschieden, während ältere Betriebsinhaber den Verkauf oder die Übergabe ihres Hofes häufig hinausgezögert haben. Damit stieg das Durchschnittsalter der selbständigen Landwirte auf 53 Jahre ²⁷⁾.

Insbesondere reduzierte sich ab 1960 die Zahl der Betriebe unter 10 ha, deren Anteil in Jütland von rd. 40 auf 25 % absank, während zunächst die Betriebe zwischen 10 und 30 ha relativ, dann aber nur die Betriebe mit über 30 ha auch absolut zunahm (vgl. Tabelle 1).

Allerdings vollzog sich die Abnahme der Mithelfenden und familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft noch weitaus rascher als die Reduktion der Betriebe: Gab es 1945/46 noch rd. 434.000 Beschäftigte - 184.000 mithelfende Familienangehörige und 250.000 familienfremde Arbeitskräfte -, so 1974/75 nur noch 131.600 Beschäftigte (108.000 mithelfende Familienangehörige und 23.600 familienfremde Arbeitskräfte), d.h. die Zahl der Landarbeiter ist im Laufe von drei Jahrzehnten auf ein knappes Zehntel geschrumpft ²⁸⁾.

Tab. 1: Landwirtschaftliche Betriebe nach Größengruppen in v.H.

	1960		1970		1976	
	DK	Jütland	DK	Jütland	DK	Jütland
bis u. 10 ha	46,7	39,8	31,4	26,3	29,8	24,9
10 bis u. 20 ha	27,8	31,9	31,1	33,3	28,1	29,6
20 bis u. 30 ha	13,6	15,0	17,8	19,4	18,2	19,6
30 bis u. 50 ha	8,7	9,7	13,5	14,6	15,5	17,0
50 ha u. mehr	3,2	3,6	6,2	6,4	8,4	8,9
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: vgl. Anmerkung 26

Daß angesichts dieser Entwicklung die Produktion noch hat erhöht bzw. gehalten werden können, ist zum einen auf die Mechanisierung und zum anderen auf eine starke Spezialisierung und Produktionsvereinfachung zurückzuführen. Doch stehen die meisten Betriebe unter erheblicher ökonomischer Belastung, weil die Investitionen für einen rationellen Betrieb in der Landwirtschaft sehr hoch sind ²⁹⁾.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft läßt sich grob in drei Phasen gliedern:

1. Die steigende Mechanisierung und damit Freisetzung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den 50er Jahren führt zunächst nur zu einer Arbeitsplatzveränderung, soweit außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze vorhanden sind; ehemalige Landarbeiter verharren anfänglich überwiegend in ihrem angestammten Wohnort.
2. Zu Beginn der 60er Jahre setzt mit einer gewissen Phasenverschiebung zu ihrer Freisetzung aus der Landwirtschaft auch eine Abwanderung ehemals landwirtschaftlicher Arbeiter aus den ländlichen Räumen ein.
3. Mit der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre beginnenden starken Reduzierung der landwirtschaftlichen Betriebe wird die weitere Abwanderung der ehemals in der Landwirtschaft Tätigen nicht mehr allein von den ländlichen Arbeitnehmern, sondern auch von den Selbständigen getragen; letztere haben allerdings - wie erwähnt - noch eher die Tendenz, ihren alten Wohnstandort beizubehalten ³⁰⁾.

Die Konzentrationsbewegungen in der Landwirtschaft werden auch von betrieblichen Zusammenlegungen solcher Produktionsstufen begleitet, die der Landwirt-

schaft vor- oder nachgelagert sind. Beispielsweise löst sich die Veredelungsindustrie aus den ländlichen Kleinzentren und konzentriert sich auf wenige zentrale Betriebseinheiten und günstige Standorte: So ist die Zahl der Molkereien und milchverarbeitenden Betriebe in den letzten 10 Jahren auf ein Fünftel ihres Bestandes geschrumpft ³¹⁾. Schweineschlachtereien und Fleischverarbeitungsbetriebe haben eine ähnliche Reduktion und Verlagerung auf die größeren Städte durchlaufen: Während es in Jütland 1962 noch 55 Betriebe gab, waren 1973 noch 35 Betriebe übrig, aber nur 25 Unternehmen ³²⁾.

Die Freisetzung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte war sicher eine Voraussetzung für die regionale Expansion des sekundären Sektors. Allerdings führten dieser rasche Freisetzungszugang in den peripheren Regionen und die anfänglich nur zögernd einsetzende industrielle Entwicklung in den 50er Jahren zu erheblichen Beschäftigungsproblemen und damit zu staatlichen Interventionen.

Doch spätestens seit 1960 ist eine deutliche Dezentralisierungs- bzw. Dekonzentrationstendenz in der industriellen Struktur des Landes zu beobachten.

Das expansive Wachstum der Industrie seit Ende der 50er Jahre ist zunächst an den Beschäftigtenzahlen abzulesen: Die Gesamtzahl der Industriebeschäftigten ist von 1958 bis 1970 zunächst rasch, dann langsam angestiegen und ist seither rückläufig (1958: 335 Tausend, 1961: 398, 1970: 426, 1977: 389). Während NO-Seeland 1958 noch knapp die Hälfte aller Industriebeschäftigten auf sich vereinigte, sank sein Anteil bis 1977 auf 33 % ab; umgekehrt stieg der Anteil Jütlands im selben Zeitraum von 30 % auf 47 %. Auch gemessen an der Industriebeschäftigtendichte (Industriebeschäftigte/1000 Einwohner) näherten sich die peripheren Regionen Jütlands dem Landesdurch-

schnitt bzw. erreichten überdurchschnittlichen Dichtewert (vgl. Tabelle 2).

Tab. 2: Industriebeschäftigte auf 1000 Einwohner

	1958 +		1970 ++		1977	
	Besch. insges.	weibl. Besch.	Besch. insges.	weibl. Besch.	Besch. insges.	weibl. Besch.
Ost-Jütland	64	20	89	29	80	23
Nord-Jütland	43	10	65	18	68	18
West-Jütland	39	14	72	26	86	28
Süd-Jütland	46	10	83	23	86	24
Jütland ges.	50	15	78	25	79	23
Dänemark	74	22	86	26	77	22

+ Ost-Jütland: Ämter Vejle, Skandeborg, Århus und Randers
 Nord-Jütland: Ämter Ålborg, Hjørring, Thisted
 West-Jütland: Ämter Viborg, Ringkøbing und Ribe
 Süd-Jütland: Ämter Haderslev und Tønder, Amtsratskreise Åbenrå und Sønderborg

++ ab 1970
 Ost-Jütland: Ämter Århus und Vejle
 Nord-Jütland: Ämter Nordjylland u. Gemeinden Hanstholm, Thisted, Morsø, Sydthy und Thyholm
 West-Jütland: Ämter Viborg, Ribe und Ringkøbing ohne die o.g. Gemeinden
 Süd-Jütland: Amt Sønderjylland

Quellen: Statistiske Efterretninger 1960, Nr. 12; 1972, Nr. 5
 1978 Nr. A 12, 1979, A. 6;
 Statistisk Tabelværk 1977: IV und Folke-og Boligtælling
 9. Nov. 1970, Amtstabelværk

Für Dänemark insgesamt ist ein relativ langsames Ansteigen der Beschäftigtendichte und seit 1970 eine rückläufige Tendenz beobachtbar; Süd- und Westjütland können dagegen in der Ausweitungphase bis 1970 fast eine Verdoppelung ihrer Dichtewerte verbuchen und liegen erheblich über dem Landesdurchschnitt. Nur die nördliche Region zeigt unterdurchschnittliches Wachstum.

Untersucht man zunächst das gesamte industrielle Wachstumstempo in den vier Teilregionen Jütlands mit Hilfe der Shift-Analyse, so läßt sich anhand des sog. Regionalfaktors das regionale Industriebeschäftigtenwachstum mit dem des Gesamtgebietes vergleichen. Der Regionalfaktor oder "total net shift" nimmt den Wert 1 an, wenn das regionale Beschäftigtenwachstum mit dem der gesamten Industrie übereinstimmt und wird bei schnellerem bzw. langsamerem Wachstum > 1 bzw. < 1 ³³⁾.

Vor allem West- und Südjütland weisen in der Periode 1958-1971 mit Werten von 1,62 und 1,56 (Regional-

faktor) ganz erhebliche Beschäftigungsgewinne gegenüber der Gesamtregion auf. Bei insgesamt abgeschwächtem Wachstum werden in der Periode 1970-1977 solche Werte nur noch von dem Amt Viborg erreicht (vgl. Tabelle 3) ³⁴⁾.

Der Regionalfaktor kann wiederum in einen Struktur- und einen Standortfaktor bzw. -effekt aufgespalten werden.

Der Struktureffekt mißt, ob die im Regionalfaktor ausgedrückten Entwicklungsdifferenzen Unterschieden in der Industriebranchenstruktur zwischen Gesamt- und Teilregion zuzuschreiben sind. Zunächst werden die regionalen Beschäftigungsanteile eines Industriezweiges (b^i) an den Beschäftigten desselben Industriezweiges im Gesamtgebiet (B^i) zum Zeitpunkt 0 gemessen.

$$\text{Also: } g_o^i = \frac{b_o^i}{B_o^i}$$

Diese Ausgangsstruktur wird konstant gehalten, indem

Tab. 3: Industriebeschäftigtenentwicklung der jütländischen Teilregionen und Ämter

Regionen	Regionalfaktor	Struktur-effekt	Standort-effekt
1958-1971			
Ost-Jütland	1,26	0,96	1,31
Nord-Jütland	1,30	1,00	1,30
West-Jütland	1,62	0,95	1,71
Süd-Jütland	1,56	1,02	1,53
Ämter 1970-1977			
Sønderjylland	1,15	1,02	1,13
Ribe	1,20	0,98	1,22
Vejle	1,03	0,99	1,04
Ringkøbing	1,33	0,95	1,40
Århus	1,03	0,98	1,05
Viborg	1,55	0,97	1,60
Nordjylland	1,14	1,04	1,10

Quelle: vgl. Tabellen 4 u. 5

die g_0^i -Werte mit den Gesamtbeschäftigten zum Zeitpunkt t multipliziert werden. Damit wird eine fiktive Entwicklung charakterisiert, die eintreten würde, wenn die einzelnen Industriezweige in der Teilregion das gleiche Wachstumstempo wie in der Gesamtregion aufwiesen.

Aus dem Vergleich der fiktiven regionalen Beschäftigtenentwicklung mit der tatsächlichen des Gesamtgebietes ergibt sich der Struktureffekt (S),

$$\text{also: } S = \frac{\sum g_0^i \cdot B_t^i}{\sum g_0^i \cdot B_0^i} : \frac{\sum B_t^i}{\sum B_0^i}$$

Ist $S > 1$ bzw. < 1 , so bedeutet dies, daß im gesamtindustriellen Vergleich Schrumpfungs- bzw. Wachstumsbranchen in der Teilregion überdurchschnittlich vertreten sind.

Der Standorteffekt mißt schließlich die effektive regionale Beschäftigung $\sum g_t^i \cdot B_t^i$ im Vergleich zur oben erwähnten fiktiven.

Wenn regionale Standortvorteile gegeben sind, so ist der Standorteffekt > 1 .

Wie Tabelle 3 zeigt, weisen gerade die Regionen, die

den ungünstigsten Strukturfaktor haben (Westjütland 0,95 bzw. die Ämter Ringkøbing 0,95 und Viborg 0,97), die höchsten Werte für den Standortfaktor bzw. -effekt auf.

Aus diesem Sachverhalt kann man - dies gilt vor allem für die Periode 1958-1971 - die Folgerung ziehen, daß gerade die Industriebranchen, die gesamtwirtschaftlich als Schrumpfungsindustrien anzusprechen sind, in diesen Regionen die günstigsten Standortbedingungen finden.

Für eine genauere branchenspezifische Analyse kann die Industriebeschäftigtenentwicklung erneut in einen standortmäßigen Anteil (sektorspezifischer Standorteffekt) und eine strukturelle Komponente (sektorspezifischer Struktureffekt) zerlegt werden. Ersterer weist nach, wie sich die regionale Beschäftigung im Verhältnis zu den Wachstumsraten derselben Branche im Gesamttraum entwickelt, er mißt also den isolierten Einfluß der standortbedingten sektorspezifischen Wachstumsunterschiede ³⁵⁾.

Das überdurchschnittliche Industriebeschäftigtenwachstum wurde vor allem in West- und Südjütland in der Pe-

riode 1958-1971 deutlich von dem Zuwachs weniger Industriebranchen gesteuert (vgl. Tabelle 4)³⁶⁾:

Tab. 4: Branchenspezifischer Standorteffekt 1958-1971

Regionen	Nahrungs- u. Genußmittel-industrie	Textil-industrie	Bekleidungs-industrie	Holz- und Möbelind.	Papier- u. Graph.Ind.
Ost-Jütland	1,31 (19,8) ⁺	1,08 (7,1)	1,69 (9,3)	1,61 (8,6)	1,41 (11,2)
Nord-Jütland	1,19 (27,2)	0,99 (3,0)	3,30 (5,2)	1,78 (5,1)	1,14 (5,6)
West-Jütland	1,06 (16,6)	2,11 (18,0)	2,63 (9,1)	2,24 (11,9)	1,43 (3,7)
Süd-Jütland	1,02 (10,9)	0,91 (4,4)	3,83 (8,7)	1,65 (4,7)	1,65 (4,4)

Regionen	Chemische Industrie	Steine u. Erden, Glas-industrie	Eisen- und Metall-industrie ⁺⁺	Transportmittel-industrie
Ost-Jütland	1,07 (5,6)	1,35 (5,0)	1,15 (24,0)	1,58 (5,4)
Nord-Jütland	0,83 (2,6)	1,06 (13,8)	1,21 (18,9)	1,51 (16,5)
West-Jütland	1,11 (4,6)	1,25 (4,7)	2,28 (25,6)	0,97 (1,4)
Süd-Jütland	1,10 (0,7)	0,78 (4,2)	1,79 (56,8)	2,22 (4,0)

+ Anteil der Beschäftigten an allen Industriebeschäftigten 1971 in v.H.

++ Eisen- und Stahlwerke, Eisen- und Metallverarbeitung, Maschinenbau, Elektrotechnik

Quelle: Statistische Eftretninger 1963, Nr. 12 und 1973, Nr. 30

In Südjütland war es vor allem die Expansion der Eisen- und Metall- bzw. Transportmittelindustrie - Standorteffekt 1,79 bzw. 2,22 - und komplementär der Bekleidungsindustrie, in Westjütland die Ausweitung der Textil- und Bekleidungs- bzw. Holz- und Möbelindustrie (1971 zus. 39 % der Besch.) sowie der Eisen- und Metallindustrie (25,6 % der Besch.), welche zusammen bis zu 90 % des Nettozuwachses in dieser Periode ausmachten.

In Nordjütland haben allerdings die Industriezweige mit dem höchsten Standortfaktor (Bekleidungs- und Holz- und Möbelindustrie) nur einen Beschäftigtenanteil von ca. 10 %; die ebenfalls überdurchschnittlich wachsende Eisen- und Metall- und die Transportmittelindustrie haben dagegen erheblichen Anteil am Gesamtwachstum dieser Region (zus. 35,4 % Anteil an allen Beschäftigten).

Das selektive Beschäftigtenwachstum wurde also bis etwa 1970 in den peripheren Regionen in erheblichem Umfang von solchen Industriezweigen getragen, die - bezogen auf den Gesamttraum - vornehmlich als

stagnierende, technologisch weniger entwickelte und arbeitsintensive Branchen charakterisiert werden können.

Dieser Entwicklungstrend setzte sich von 1970 bis 1977, der zweiten Analyseperiode, in stark abgeschwächter Form fort³⁶⁾. Zum einen sind bei insgesamt rückläufiger Industriebeschäftigung die Beschäftigungsgewinne der südlichen, westlichen und nördlichen Ämter in Jütland etwas abgeflacht, zum anderen wird das sektorspezifische Wachstum nicht mehr so einseitig von den oben genannten arbeitskraftorientierten bzw. lohnintensiven Zweigen bestimmt, sondern verbreitert sich auf Branchen wie graphische bzw. Druckindustrie, chemische, elektrotechnische oder Eisen- und Metallindustrie (vgl. Tabelle 5).

Der aufgezeigte Dezentralisierungsprozeß der Industrie ist von nicht wenigen, dem marxistischen oder polarisationstheoretischen Erklärungsrahmen zuneigenden Autoren ganz überwiegend unter dem Aspekt der deformierten "spread"-Effekte erklärt worden. In ei-

Tab. 5: Branchenspezifischer Standorteffekt 1970 - 1977

Amtskommune	Nahrungs- u. Genußmittelind. ⁺	Textil- u. Bekleidungsind.	Holz- und Möbelind.	Papier- u. Graph.Ind.	Chemische Industrie	Steine u. Erden, Glas Industrie	Eisen- u. Metallind. ⁺⁺⁺
Sønderjylland	1,21 (11,4) ⁺⁺	1,15 (10,8)	0,81 (3,2)	1,22 (4,1)	1,40 (1,1)	0,57 (3,8)	1,12 (62,6)
Ribe	0,93 (22,5)	1,47 (6,4)	1,41 (10,6)	1,26 (3,5)	1,44 (14,3)	1,80 (4,4)	1,10 (25,2)
Vejle	0,87 (21,5)	0,90 (10,8)	1,13 (7,2)	0,99 (8,1)	1,23 (10,8)	1,03 (5,1)	1,13 (32,7)
Ringkøbing	1,31 (11,6)	1,38 (37,1)	1,56 (11,6)	1,51 (2,6)	1,15 (2,8)	1,35 (3,7)	1,45 (28,7)
Århus	1,18 (18,4)	0,93 (13,0)	0,98 (8,8)	1,12 (12,5)	0,80 (5,0)	1,09 (5,4)	1,13 (33,2)
Viborg	1,27 (15,8)	1,40 (12,5)	1,58 (13,6)	1,48 (4,7)	2,66 (4,5)	1,12 (6,9)	1,87 (38,3)
Nordjylland	1,01 (24,8)	1,48 (7,7)	1,20 (4,8)	1,05 (5,3)	1,04 (3,2)	1,05 (13,0)	1,13 (38,4)

+ 1970-1976

++ Anteil der Beschäftigten an allen Industriebeschäftigten 1977 in v.H.

+++ (Eisen- u. Stahlwerke, Eisen- u. Metallverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Transportmittel)

Quelle: Statistiske Efterretninger 1972, Nr. 55 und 1979, Nr. A6

nem "spill-over"-Prozeß werden demnach nur die am stärksten lohnkostenempfindlichen bzw. am wenigsten konkurrenzfähigen Betriebe aus den Agglomerationen herausgedrängt - hier gilt die Textilindustrie als klassischer Beleg -, oder Unternehmen, die ihren Hauptsitz in den Ballungsräumen behalten, verlagern Zweigwerke als "verlängerte Werkbänke" in die Peripherie³⁷⁾.

Dieser Erklärungsansatz läßt sich für Jütland nur in begrenzter Form auf dieser Analysestufe halten und trifft partiell für den Zeitraum bis 1970 zu: So ist z.B. für Westjütland zu beobachten, daß die rasch wachsenden arbeitsintensiven Zweige Textil-, Bekleidungs-, Holz- und Möbelindustrie auch einen erheblichen Beschäftigungsanteil (39 %) aufweisen.

Ansonsten ist eher zu konstatieren, daß die bereits vorhandene regionale Spezialisierung bzw. Einseitigkeit in der Industriestruktur jedenfalls bis 1970 nicht abgebaut worden ist³⁸⁾, daß dann aber ein Wachstum zahlreicher Branchen einsetzte.

Auch mit Blick auf die Betriebsverlagerungen bzw. Zweigwerkgründungen ist der o.g. Erklärungsrahmen nur bedingt fruchtbar. Wie eine geschichtete Stichprobe des dänischen Bauforschungsinstituts ergab, waren von knapp 2860 befragten Betrieben, die zu 1540 Unternehmen gehörten, 24 % als Zweigwerke oder Filialen in dem Zeitraum von 1960 bis 1975 gegründet, und von diesen wiederum war nur ein Viertel aus dem Raum Groß-Kopenhagen nach Jütland verlagert worden³⁹⁾.

Doch handelt es sich bei Zweigbetrieben

- überwiegend um Betriebe des Dienstleistungsbereichs und des Großhandels (rd. 80 %), liegen
- die neugewählten Standorte zu 75 % wieder in Städten mit über 10 000 Einwohnern, wenn im Regelfall auch eine Zentralitätsstufe niedriger als vorher, und sind
- die ohnehin am stärksten urbanisierten ostjütlandischen Ämter Århus und Vejle auch die bevorzugten Empfängerregionen (vgl. Tabelle 6).

Generell werden Zweigwerke des verarbeitenden Gewerbes im Gegensatz zu anderen Branchen von Kopenhagen aus nur über geringe Distanzen verlagert und verbleiben somit weitgehend auf Seeland. Dies ist vermutlich vor allem auf die Möglichkeit zurückzuführen, bei relativer Nachbarschaft mit nur einem Verwaltungs- und Vertriebsapparat auszukommen, das leitende Personal doppelt, d.h. in den alten und neuen Betrieben einzusetzen und Güter zwischen Haupt- und Zweigwerk rasch und bequem zu transportieren.

Die zweite These, in Ballungszentren nicht mehr konkurrenzfähige Betriebe würden periphere Gebiete aufsuchen - angezogen von deren "pull"-Faktoren (Lohnniveau, billige Grundstücke, Finanzhilfe) -, läßt sich tendenziell ebenfalls nicht mit Hilfe der genannten Stichprobenuntersuchung belegen.

Sind die Zweigwerksgründungen nur zu 40 % innerhalb eines Amtes erfolgt, so die Betriebsverlagerungen zu 88 %; 51 % aller Verlegungen wurden sogar innerhalb derselben Gemeinde vollzogen (vgl. Tabelle 7).

Tab. 6: Zweigwerks- und Filialgründungen 1961-1976 in v.H.

vom Hauptwerk in	nach									
	NO-S	S u. Inseln	S J	Ribe	Vejle	Ringk.	Årh.	Vib.	NJ	Gesamt
NO-Seeland	36,4	21,4	2,3	5,0	8,8	1,3	12,8	3,5	8,5	100 (400)
sonst. Seeland u. Inseln	21,5	60,8	2,5	-	1,3	-	8,9	1,3	3,8	100 (79)
Sønderjyllandsamt	20,0	4,0	44,0	4,0	8,0	8,0	8,0	-	4,0	100 (25)
Ribe Amt	5,6	22,2	11,1	16,7	16,7	5,6	-	-	22,2	100 (18)
Vejle Amt	16,7	6,7	3,3	-	50,0	-	10,0	6,7	6,7	100 (30)
Ringkøbing Amt	7,1	3,6	10,7	3,6	3,6	57,1	3,6	10,7	-	100 (28)
Århus Amt	25,9	11,1	-	5,6	5,6	5,6	33,3	-	13,0	100 (54)
Viborg Amt	10,0	-	-	-	-	-	30,0	50,0	10,0	100 (10)
Nordjyllandsamt	7,1	7,1	2,4	2,4	4,8	11,9	16,7	2,4	45,2	100 (42)
Gesamt	28,3	22,0	4,2	4,2	9,0	4,7	13,4	3,8	10,3	100 (686)

Quelle: Vgl. Anm. 39

Tab. 7: Vollständige oder teilweise Betriebsverlegungen 1961-1976 in v.H.

von	nach									
	NO-S	S u. Inseln	S J	Ribe	Vejle	Ringk.	Årh.	Vib.	NJ	Gesamt
NO-Seeland	90,8	4,5	0,8	0,2	1,5	0,2	0,4	0,8	0,8	100 (532)
sonst. Seeland u. Inseln	6,0	90,3	-	-	1,5	-	2,2	-	-	100 (134)
Sønderjyllands- amt	-	-	88,2	-	5,9	-	-	-	5,9	100 (17)
Ribe Amt	-	4,3	8,7	73,9	13,0	-	-	-	-	100 (23)
Vejle Amt	1,6	1,6	1,6	3,3	80,3	3,2	8,2	-	-	100 (61)
Ringkøbing Amt	-	-	-	2,6	-	74,9	17,9	5,1	-	100 (39)
Århus Amt	5,3	0,9	0,9	0,9	2,7	0,9	86,6	-	1,8	100 (113)
Viborg Amt	-	-	-	-	-	3,8	3,8	92,4	-	100 (26)
Nordjyllandsamt	2,8	-	-	1,4	-	1,4	2,8	1,4	90,1	100 (71)
Gesamt	49,2	14,6	2,3	2,3	6,5	3,4	11,6	3,1	7,0	100(1016)

Quelle: Vgl. Anm. 39

Betriebsauslagerungen von NO-Seeland nach Jütland sind so gut wie bedeutungslos, sie machen nur knapp 5 % aller Betriebsverlagerungen aus.

An dem Zuwachs der Industriebeschäftigten in den peripheren Entwicklungsräumen Jütlands sind also ganz überwiegend bereits existierende oder neugegründete

Unternehmen beteiligt und nur zum geringen Teil verlagerte Betriebe oder Filialen. So konnte L.L. NIELSEN für West-Jütland nachweisen, daß an dem Beschäftigtenzuwachs zwischen 1960 und 1970 zu 60 % bereits existierende Betriebe beteiligt waren, zu 30 % neuerrichtete Firmen und zu 10 % Betriebe oder Filialen, die aus städtischen Räumen verlagert worden waren⁴⁰⁾.

Dieses Ergebnis wird auch weitgehend durch die oben genannte Stichprobe bestätigt - wie Tabelle 8 zeigt.

Tab. 8: Art des Betriebsbeginns 1961 - 1976 in v.H.

Amt	Betriebsverlagerung	Zweigwerksgründungen	Neuerichtig.	Weiterf.	Sonst.	Gesamt
						N
Sønderjylland	18 (12) ⁺	22 (9) ⁺	38	21	2	101 (125)
Ribe	18 (17)	24 (3)	33	23	1	99 (103)
Vejle	33 (23)	23 (7)	28	16	-	100 (212)
Ringkøbing	22 (14)	16 (11)	47	16	-	101 (148)
Århus	35 (28)	22 (5)	30	12	1	100 (346)
Viborg	23 (22)	21 (5)	31	19	6	100 (108)
Nordjylland	26 (25)	24 (7)	32	17	1	100 (257)
DK	35	19	31	15	1	101(1016)

+ Betriebsverlagerungen oder Zweigwerksgründungen innerhalb des Amtes in %

Quelle: Vgl. Anm. 39

Klammert man die Betriebsverlagerungen und Filialgründungen innerhalb der Ämter aus, so liegt der Anteil von Betrieben und Zweigwerken, die von außen zugewandert sind, in den Ämtern Sønderjylland, Ribe, Ringkøbing, Viborg und Nordjylland zwischen 15 und 22 % aller errichteten Betriebe des beobachteten Zeitraumes. Ihr Beitrag zum Industriebeschäftigtenwachstum ist also gering; neuerrichtete und weitergeföhrte Betriebe dominieren weitaus.

So finden bestimmte, meist schon länger existierende Industriezweige in peripheren Räumen auch dann noch günstige Wachstumsbedingungen, wenn sie in urbanisierten Regionen bereits stagnieren oder rückläufig sind. Allerdings ist - trotz der gezeigten Verbreitungstendenzen - ihre Branchenstruktur ähnlich unausgeglichen wie der bisherige "industrial mix" und die regionale Branchenspezialisierung wird nur langsam abgebaut. Sicher scheint aufgrund der empirischen Analyse jedenfalls zu sein, daß die einseitige Berücksichtigung von Zweigwerksgründungen bzw. Betriebsverlagerungen aus den Agglomerationen in die Peripherieräume empirisch nicht zu belegen ist. Damit erweist sich auch, daß eine Vielzahl dänischer Analysen, die mit einem marxistischen Erklärungsrahmen arbeiten, offensichtlich bestimmte empirische Befunde nicht zu Kenntnis nehmen.

Neuerdings konnte HARTOFT-NIELSEN eine, wenn auch vermutlich erst in den Anfängen stehende Entwicklung am Beispiel der Industriebetriebe in sechs nordjütändischen Kleinstädten für die konjunkturelle Krisenperiode 1974 bis 1977 nachweisen: Auch in peripheren Regionen zeichnet sich ein gewisser industrieller Umstrukturierungsprozeß ab. Zwar sind in den vier Jahren in traditionellen Branchen fast 30 % der vorhandenen Arbeitsplätze verlorengegangen, doch gleichzeitig konnten Klein- und Mittelbetriebe in wachstumsintensiveren Branchen wie Maschinenbau und Elektroindustrie ihre Beschäftigtenzahl so ausweiten, daß insgesamt ein Nettozugang an Arbeitsplätzen zu verzeichnen war. Diese Entwicklung wird von ihm auf die hohe Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit technologisch avancierter Betriebe mit hoher Exportquote zurückgeföhrt⁴¹⁾.

Inwieweit diese Beobachtung verallgemeinert werden kann, soll in Anlehnung an die Arbeiten von ENGSTRÖM und TÖRNQUIST in einem weiteren Analyseschritt untersucht werden, nämlich die Frage, ob auch eine Dezentralisierung und regionale Umverteilung übergeordneter industrieller Arbeitsfunktionen stattgefunden hat, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, die für Planung und Steuerung zuständig sind.

Als Indikatoren für die industriell-organisatorische Entfaltungsstufe wurden Angestelltenanteil und jährliches Durchschnittseinkommen der Industriebeschäftigten auf der Basis der Ämter herangezogen (vgl. dazu Abb. 1 und 2)⁴²⁾. Ein Vergleich der standardisierten Werte beider Indikatoren für die Perioden 1958 bis 1971 bzw. 1970 bis 1977 zeigt, daß die einzelnen Regionen ihre Stellung in bezug auf die beiden Variablen nicht entscheidend verändert haben. Die peripheren Ämter Jütlands weisen sowohl unterdurchschnittliche Angestelltenanteile wie industrielle Einkommen auf. Zwar haben sich die Ämter Ribe und Nordjütland in der zweiten Analyseperiode auf den Durchschnittswert 0 hin bewegt, doch haben Ringkøbing und Viborg Amt ihre relative Position verschlechtert.

Dieses Muster ist einmal zu erklären durch die regionalen Variationen der Industriestruktur, d.h. in den westlichen und nördlichen Ämtern Jütlands sind einige Industriezweige mit niedriger Entlohnung (z.B. Bekleidungs-, Holz- und Möbelindustrie) überrepräsentiert, zum zweiten sind die Anteile leitender Funktionen in denselben Sektoren regional unterschiedlich hoch⁴³⁾. Letztere Erklärung gilt wohl vor allem für die Ämter Ringkøbing und Viborg, deren Beschäftigungsausweitung vornehmlich durch den Zuwachs an stärker routinemäßigen Arbeitsfunktionen geprägt worden ist⁴⁴⁾. Im Gegensatz also zur unbestreitbaren, von einem relativ breiten Spektrum von Industriebranchen getragenen Dezentralisierung der Gesamtbeschäftigten hat also in den qualifizierten und leitenden Funktionen nur sehr partiell eine regionale Umverteilung stattgefunden.

Abb.1

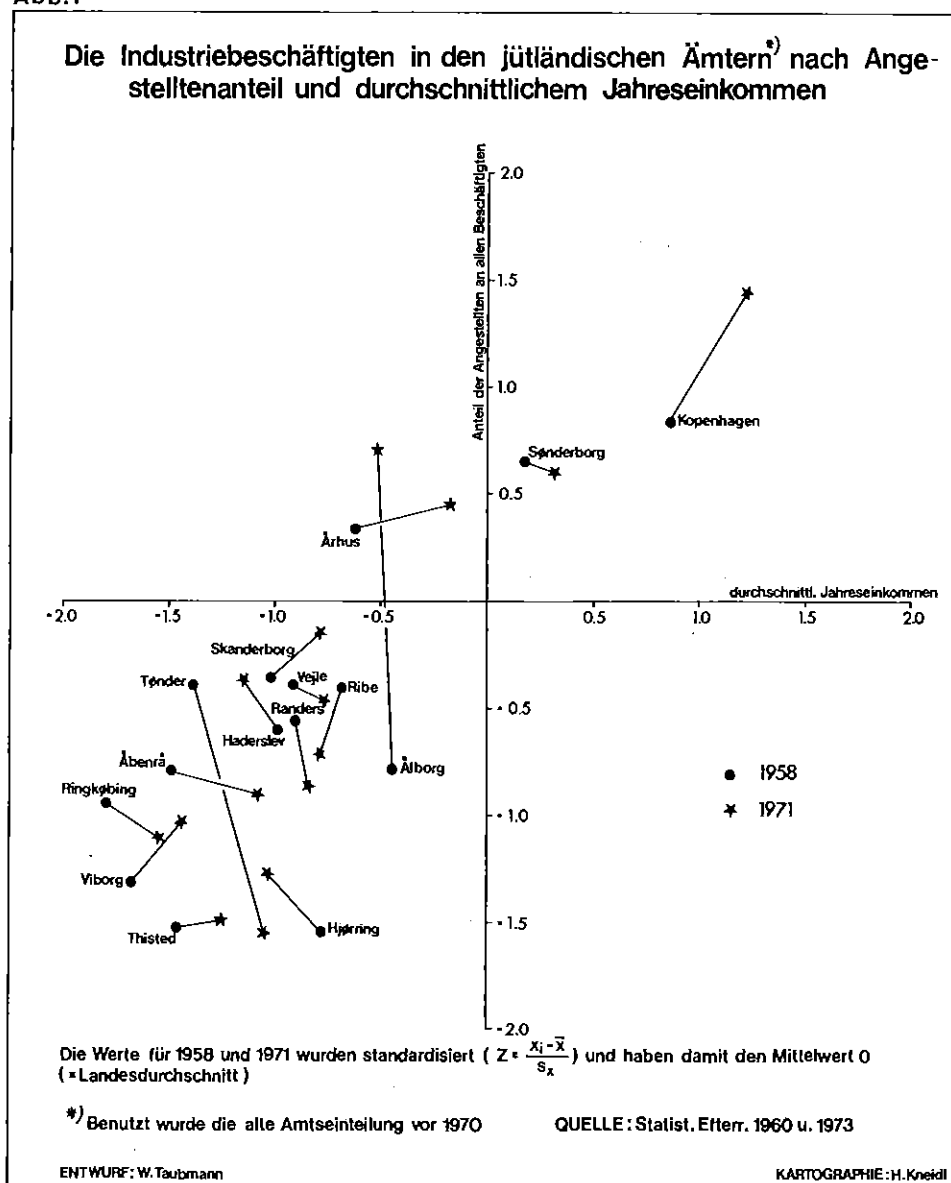
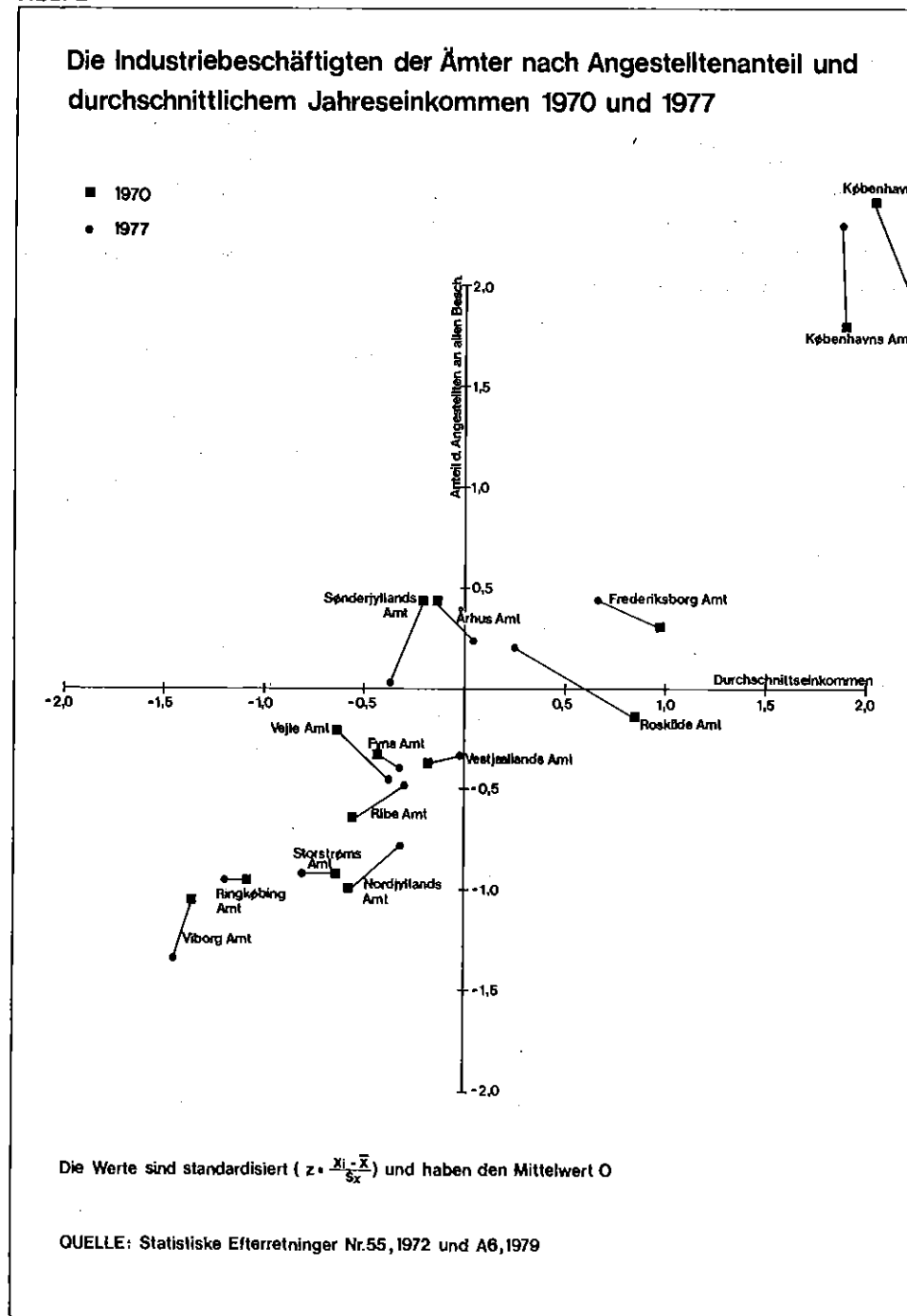


Abb. 2



Als weiterer Indikator zur Analyse des Zusammenhangs zwischen gesamtwirtschaftlicher Konjunktur-entwicklung und regionaler Entwicklung kann die Arbeitslosenquote in ihrer regionalen Differenzierung herangezogen werden (vgl. Tabelle 9)⁴⁵⁾.

In langfristiger Perspektive ist die Periode 1950 bis 1975 durch folgende Grundzüge zu charakterisieren:

- a) Bis Ende der 50er Jahre ist die strukturelle Arbeitslosigkeit in den noch weitgehend agrarwirtschaftlich ausgerichteten Regionen Nord- und Westjütland sehr hoch, die Arbeitslosenquote zeigt nur geringe Konjunktorempfindlichkeit.
- b) Die strukturelle Arbeitslosigkeit wurde im Gefolge des oben geschilderten Dezentralisierungsprozesses der Industrie seit Beginn der 60er Jahre abgebaut, gleichzeitig nahmen aber - wie aus

Tab. 9: Arbeitslosenquote 1950 - 1975

	DK		Ost-Jütland		Nord-Jütland		West-Jütland		Süd-Jütland	
	Arbeitsl. quote %	Index	Arbeitsl. quote %	Index	Arbeitsl. quote %	Index	Arbeitsl. quote %	Index	Arbeitsl. quote %	Index
<u>1950</u> ⁺	8,7	100	10,3	118	16,6	191	13,4	154	12,5	144
<u>1952</u> ⁺⁺	12,5	100	14,3	114	20,1	161	16,3	130	16,1	129
<u>1954</u>	8,0	100	9,6	121	14,0	175	12,0	150	10,3	129
<u>1956</u>	11,1	100	14,0	126	17,0	153	16,2	146	13,6	123
<u>1965</u>	2,3	100	2,2	96	6,1	265	3,6	157	2,7	117
<u>1968</u>	5,3	100	5,5	104	10,7	202	6,4	121	5,7	108
<u>1973</u>	2,9	100	2,5	86	5,8	204	2,9	100	2,2	76
<u>1975</u>	11,4	100	13,2	116	15,7	138	11,4	100	9,4	82

Quelle: P. Hartoft-Nielsen, 1977, S. 20; vgl. auch Anm. 45

+ Jahre der Hochkonjunktur (unterstrichen), ++ Jahre des Konjunkturtiefs (nicht unterstrichen)

der Tabelle ersichtlich - die konjunkturabhängigen Schwankungen der Arbeitslosenquote zu. In dem Jahrzehnt 1960 bis 1970 erreichte der konjunkturelle Aufschwung die peripheren Regionen jeweils mit 3-4 Monaten Verspätung, der Abschwung dagegen traf immer einige Monate früher ein ⁴⁶⁾.

- c) Seit Ende der 60er Jahre trat ein erneuter Wandel ein. Die neuindustrialisierten Regionen West- und Südjütland zeigen abnehmende, ja unterdurchschnittliche Reaktion im konjunkturellen Abschwung, aber überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Aufschwung und damit relativ niedrige Arbeitslosenquoten ⁴⁷⁾.

Nordjütland ist nach wie vor durch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit charakterisiert, hat sich aber im Vergleich zur Periode 1960-70 im Krisenjahr 1975 dem Landesdurchschnitt genähert. Die altindustrielle Region Ostjütland dagegen reagierte auf die Krise heftig und weist seit 1975 überdurchschnittliche Arbeitslosenzahlen auf.

Am ehesten läßt sich noch die regionale Entwicklung der Arbeitslosenquoten der Periode 1960 bis 1970 mit den gängigen Annahmen erklären.

Einmal wird die regionale Industriestruktur als Ursache räumlicher Differenzen bezeichnet, d.h. als Folge der regionalen Arbeitsteilung dominieren arbeitsintensive, konjunkturrempfindliche Industrien in der Peripherie, während kapitalintensive avancierte Industriebranchen in den Zentren das Übergewicht haben ⁴⁸⁾. Zum zweiten wird immer wieder die "Pufferfunk-

tion" der Zulieferbetriebe und Zweigwerke in den peripheren Regionen betont, die dort zur früheren Entlassung von Arbeitskräften im konjunkturellen Abschwung führt ⁴⁹⁾.

Eine dritte Form der Arbeitsteilung ist nach P.O. PEDERSEN im hierarchischen Aufbau des Produktionsapparates zu suchen, d.h. mit zunehmender Verkettung des Produktionsablaufs nimmt die Instabilität des Umsatzes zu. Somit wäre z.B. ein Zulieferbetrieb in der Provinz, der Halbfabrikate an einen anderen Betrieb mit Fertigproduktion liefert, am stärksten konjunkturabhängig ⁵⁰⁾.

Weniger eindeutig ist der zunehmende Ausgleich der regionalen Arbeitslosenziffern seit 1970 und insbesondere seit der Konjunkturkrise 1975 zu erklären. Eine gewisse Rolle dürfte die oben analysierte Dezentralisierung der Industrie spielen, die seit 1970 relativ zahlreiche Branchen erfaßt hat. Der erwähnte Dezentralisierungsprozeß hat vermutlich auch zu einer stärkeren Integration der peripheren Räume in die dänische Volkswirtschaft und damit zu regional ähnlichen Reaktionen auf Konjunkturschwankungen geführt ⁵¹⁾. Eine gewisse Plausibilität ist allerdings auch der These zuzubilligen, schwächere Konjunkturerinbrüche beeinflussten in erster Linie die anfälligsten Branchen und vertieften regionale Differenzen, während die großen Rezessionen die gesamte Volkswirtschaft durchgreifend erfaßten. Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in Nordjütland in den Jahren 1973-75 kann nach HARTOFT-NIELSEN auch mit zunehmender Kapitalintensivierung der nordjütländischen Industrie zusammenhängen.

Auf der Basis einer differenzierten Aufschlüsselung der Beamten- und Angestelltengruppe in allen Wirtschaftsbereichen hat J. SØFELDE untersucht, ob sich insgesamt regionale Ausgleichstendenzen leitender und übergeordneter Funktionen für den Zeitraum von 1960 bis 1970 nachweisen lassen⁵²⁾. Die für den industriellen Bereich beobachtete Tendenz gilt in der Tat für alle Wirtschaftsbereiche: Bei den besonders herausgehobenen Funktionen - die Leitungsfunktion wird gemessen durch den Indikator "Stellung im Beruf" - ist bei raschem Wachstum dieser Arbeitsfunktionen eine Verschärfung des regionalen Ungleichgewichts eingetreten. Beispielsweise sank der Index im Amt Ribe von 0,49 im Jahre 1960 auf 0,42 im Jahre 1970.

Die etwas breiter gefaßten leitenden Funktionen lassen zwar keine Verschärfung, aber auch keinen Abbau der regionalen Ungleichgewichte erkennen (vgl. Tabelle 10).

Faßt man die leitenden Funktionen in ihrer Gesamtheit zusammen, so verschärft sich ebenso wie bei den besonders leitenden Funktionen sowohl der Gegensatz zwischen Groß-Kopenhagen und dem restlichen Land als auch zwischen dem sekundären Zentrum Århus und dem übrigen Jütland.

Der gesamte regionale Beschäftigtenausgleich wird also vorwiegend nur von nichtleitenden und weniger qualifizierten Lohnabhängigen getragen, während für Funktionen, die bei hoher Spezialisierung auf ständigen Kontakt- und Informationsaustausch angewiesen sind, Kommunikationskosten bzw. Urbanisierungsvorteile offensichtlich eine erhebliche Rolle spielen und zur räumlichen Nachbarschaft führen.

Ähnlich den übergeordneten Funktionen zeigen auch die Dienstleistungsfunktionen in großräumiger Betrachtung kaum Ausgleichstendenzen - sofern man absieht von Beschäftigten in weiterführenden Bildungseinrichtungen und im Bank- und Kreditwesen⁵³⁾.

Zwar sind in großräumiger Sicht vor allem kommunale Verwaltungsfunktionen im Gefolge des erhöhten Personalbedarfs seit der Gemeindereform 1970 dezentralisiert worden, analysiert man aber die Verteilungstendenzen der öffentlichen - vorwiegend staatlichen - Dienstleistungen in einem mittleren Maßstab, so zeigt sich ebenfalls eine zunehmende räumliche Polarisierung⁵⁴⁾. Eine Untersuchung des Egnsudviklingsdirektorat über die Anzahl neuerrichteter, verlegter und aufgegebenen Arbeitsplätze in öffentlichen Institutionen in Entwicklungsräumen für die Periode 1965 - 1974 hatte folgendes Ergebnis:

In den jütländischen Entwicklungsregionen (vgl. Karte 1) ergab sich für den genannten Zeitraum für neugeschaffene bzw. verlagerte und aufgegebenen Arbeitsplätze in den Bereichen Verteidigung, Gesundheitswesen, Ausbildung und soziale Dienste eine Relation von 2,2 : 1 (4415 zu 2043). Die Ämter Nordjylland (2,7 : 1), Viborg (4,7 : 1) und Ribe (4,0 : 1) hatten den größten Nettozugang zu verzeichnen, Ringkøbing wies einen leichten Nettozugang (1,5 : 1), Sønderjylland einen geringen Nettoverlust (0,8 : 1) an Arbeitsplätzen auf⁵⁵⁾.

Die Relation von neugeschaffenen zu aufgegebenen Arbeitsplätzen nach Gemeindegrößen zeigt jedoch, daß in den kleineren Gemeinden mit weniger als 7000 Einwohnern siebenmal mehr Arbeitsplätze aufgegeben als geschaffen worden sind, in Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern betrug dagegen das Verhältnis von Arbeits-

Tab. 10: Regionale Verteilung generell und besonders leitender Funktionen 1960 und 1970

Ämter	generell übergeordnete Funktionen		Veränderung 1960-70	besonders übergeordnete Funktionen		Veränderung 1960-70
	1960	1970		1960	1970	
Nordjylland	0,61 ⁺	0,63	1,03 ⁺⁺	0,53 ⁺	0,46	0,87 ⁺⁺
Viborg, Ringkøbing	0,56	0,55	0,98	0,43	0,39	0,91
Århus, Vejle	0,82	0,88	1,07	0,72	0,75	1,04
Ribe	0,59	0,59	1,00	0,49	0,42	0,86
Sønderjylland	0,72	0,62	0,86	0,62	0,52	0,84

Quelle: vgl. Anm. 52

+ Index: Regionaler Anteil der generell bzw. besonders übergeordneten Funktionsträger in v.H. aller generell bzw. übergeordneten Funktionen

++ Veränderung 1960-70: Index 70 : Index 60

platzgewinn zu -verlust 13 : 1. Meist waren es die größte oder die beiden größten Städte des jeweiligen Amtes, die den höchsten relativen und absoluten Zuwachs verbuchten.

Um die aufgezeigten Entwicklungstendenzen in ihrer räumlichen Feinstruktur empirisch zu fassen und zu vergleichen, wurde mit Hilfe der Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse) ein multidimensionaler Faktor für die Jahre 1960, 1970 und 1976 entwickelt (56).

Da nur solche Variablen ausgewählt werden konnten,

die für die drei gewählten Jahre vergleichbar waren, war ihre Auswahl auch von den Möglichkeiten der Datenbeschaffung abhängig. Damit kommt dem verwendeten Faktor 1, der im folgenden auch als Verstärkungsfaktor bezeichnet wird, nur deskriptive Funktion zu (57). Der Faktor 1 erklärt für die drei Jahre jeweils rd. 50 % der Gesamtvarianz und weist damit eine hohe Stabilität auf (vgl. Tabelle 11).

Ähnliches gilt für die Faktoren 2, 3 und 4, die wie Faktor 1 durch weitgehende Übereinstimmung der Faktorenladungen, d.h. des Maßes der Relation zwischen der i-ten Variablen und dem k-ten Faktor, gekennzeichnet sind (58).

Tab. 11: Anteil an Gesamtvarianz in %

	1960	1970	1976
Faktor 1	53,8	50,6	47,2
Faktor 2	15,3	16,7	16,9
Faktor 3	10,4	12,7	11,5
Faktor 4	6,5	7,0	7,0

Tab. 12: Urbanisierungsfaktor 1960, 1970 und 1976

Faktorladungen	1960	1970	1976
Frauen auf 1000 Männer	.5095	.7435	.7237
Anteil der bis 14-jährigen ¹⁾	-.3687	-.1955	-.0508
Anteil der 25 bis 39-jährigen	.6236	.5135	.5337
Anteil der 65-jähr. u. älter. ²⁾	-.3356	-.3976	-.4261
Beschäftigungsquote	.7487	.7008	.6197
Anteil der weibl. Erwerbspers.	.9015	.9084	.7652
Selbständige in v.H. der Ewp.	-.8063	-.8569	-.9535
Mithelfende	-.5456	-.7303	-.8968
Arbeiter	-.0064	-.2730	-.1649
Angestellte/Beamte	.9140	.9039	.8644
Beschäftigte in Landwirtschaft und Fischerei	-.8312	-.8916	-.9749
Beschäftigte im prod. Gewerbe	.5521	.2553	.0338
Beschäftigte in Handel und Banken	.8108	.8508	.8017
Beschäftigte im Transportsektor	.1661	.1819	.4096
Beschäftigte in Verwaltung und Dienstleistung	.8906	.8696	.1753

1) 1976: bis 15-jährige

2) 1976: 67-jährige und älter

Die Faktorladungen messen also- wenn wir uns im folgenden auf den Faktor 1 beschränken - den Beitrag der Ausgangsvariablen zur Bildung dieses sog. Verstädterungsfaktors und geben damit Hinweise zu seiner inhaltlichen Bestimmung (vgl. Tabelle 12).

Kennzeichnend sind durchgängig hohe (positive) Ladungen der Variablen Frauenanteil, Anteil der mittleren Altersgruppen, Beschäftigtenquote, Anteil der weiblichen Erwerbspersonen, Anteil der Angestellten und Beamten sowie Beschäftigte im Handel und Bankwesen bzw. hohe (negative) Ladungen der Variablen Selbständige, Mithelfende und Beschäftigte im primären Sektor. Die Faktorenwerte (factor scores), d.h. die Werte der Raumeinheiten für die einzelnen Faktoren, erlauben schließlich eine räumliche Differenzierung der in dem Faktor 1 enthaltenen Aussage (vgl. auch Karten 4,5 und 6).

Für die drei Vergleichsjahre zeigen die Faktorenwerte der einzelnen Gemeinden eine relativ hohe Stabilität und lassen ein klares räumliches Strukturmuster erkennen: Deutlich hebt sich die Achse der zentralen Orte an der Ostküste mit der führenden Metropole Århus ab. Von der Städtekette im Osten zweigt ein Ast über Silkeborg nach Herning - Holstebro bzw. nach Viborg - Skive ab.

Untersucht man die Rangverschiebungen der Faktorenwerte im einzelnen, so zeigt sich zwischen 1960 und 1976 deutlich eine Verschärfung der regionalen Gegensätze, jedenfalls soweit sie sich mit diesem Faktor abbilden lassen. Von den 41 Gemeinden mit positiven Werten (1976) haben 31 ihre Position seit 1960 verbessert, 10 verschlechtert, von den 100 Gemeinden mit negativen Werten haben 65 ihren Rang verschlechtert und 35 verbessert.

In räumlicher Betrachtung heißt das, daß vor allem die Faktorenwerte der Gemeinden um Sønderborg, Åbenrå, Kolding, Fredericia, Vejle, Skanderborg, Silkeborg, Herning, Århus, Randers und Ålborg ihren positiven Wert erhöht haben, während sich in Süd-, West-, Mittel- und Nordjütland - von Tønder - Højer bis nach Hjørring und Sindal - eine breite Zone von Gemeinden hinzieht, deren meist negative Faktorenwerte weiter verringert worden sind. So betrug beispielsweise das Verhältnis von positiven zu negativen Verschiebungen der Faktorenwerte im Amt Århus 20 : 6, im Amt Vejle 9 : 7, dagegen im Amt Ringkøbing 5 : 13 und im Amt Viborg 5 : 12.

Die entscheidende Aussage dieses Vergleichs ist bei grundsätzlicher Konstanz in der räumlichen Anordnung sozioökonomischer Daten die tendenzielle Ver-

tiefung der räumlichen Unterschiede zwischen urbanisierten und nicht oder weniger urbanisierten Teilgebieten Jütlands.

Ein regionaler Ausgleich im Beschäftigtenzuwachs vor allem des gewerblich-industriellen Bereichs ist nicht ausreichend, die peripheren Räume auf einen nationalen Entwicklungspfad einschwenken zu lassen; vielmehr behalten sie im Rahmen einer funktionsräumlichen Arbeitsteilung ihre relativ gering qualifizierten und ausführenden Arbeitsfunktionen.

Vor dem Hintergrund der oben analysierten Raumentwicklung sollen im folgenden einige Ansätze zur Erklärung der räumlichen Entwicklungstrends und Differenzierungsprozesse vor allem im Blick auf Disparitätenentwicklungen im nationalen Maßstab skizziert werden.

Die raumwirtschaftlichen Theorien lassen sich, wenn auch grob, in klassische und neoklassische Modelle gliedern, wobei letzterer Ansatz in bürgerliche und marxistische Varianten aufgespalten werden kann ⁵⁹⁾.

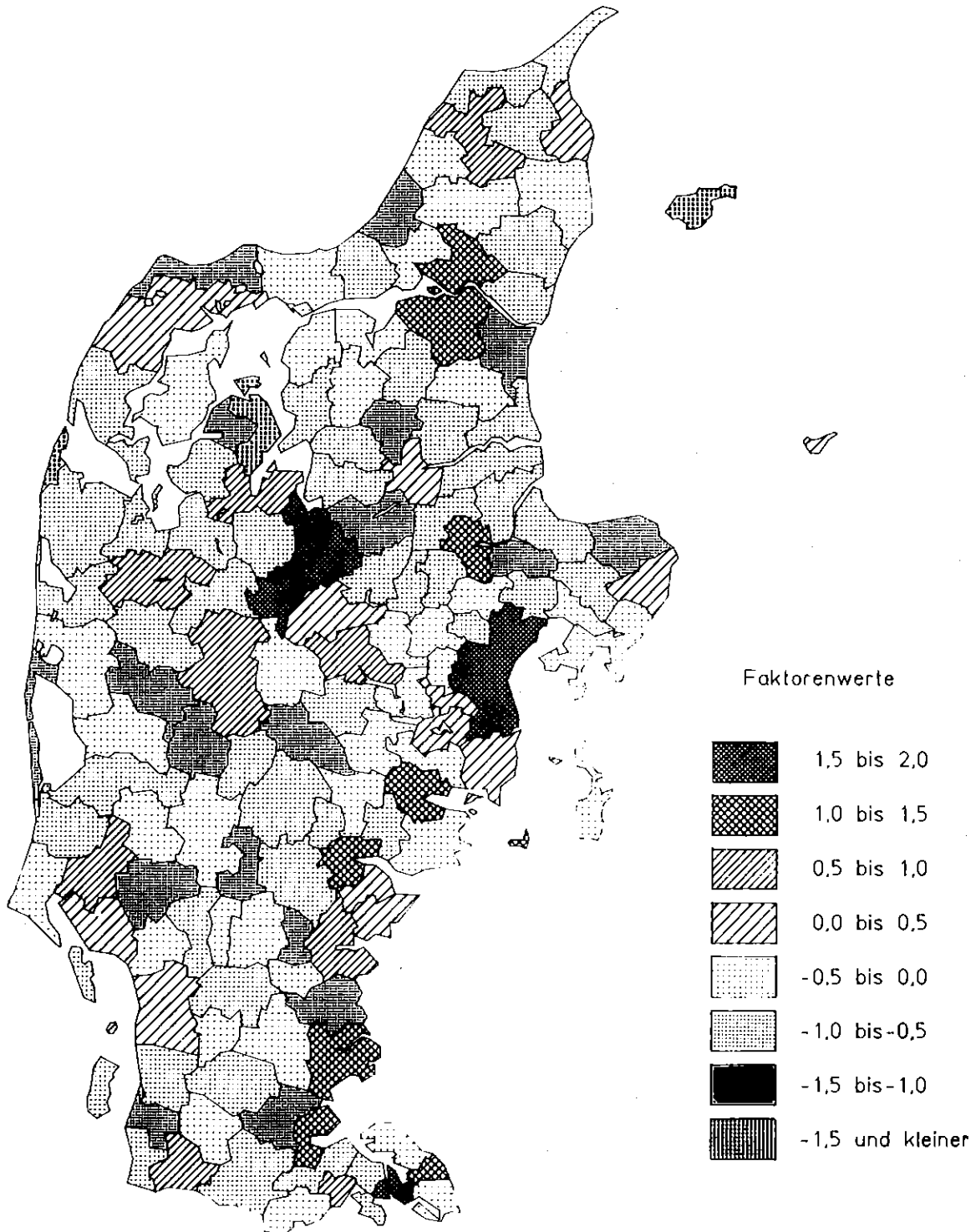
In der neoklassischen Theorie, deren Perspektive ein langfristiges Gleichgewicht ist, wird die räumliche "Verteilungsgerechtigkeit" allenfalls durch phasenverschobenes Einsetzen der Ausgleichskräfte auf den interdependenten Güter- und Faktorenmärkten verzögert, schließlich doch immer "automatisch" - d.h. durch die Marktbewegungen - erreicht ⁶⁰⁾.

Die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Landesteile ist nach dieser These eine Wiederholung des europäischen Industrialisierungsprozesses in einem mittleren Maßstab; d.h. die einzelnen Regionen befinden sich nur in verschiedenen Stadien eines Entfaltungsprozesses, der auf ein neues Gleichgewicht auf höherem Niveau hinsteuert. Die Entwicklung hat mit technisch relativ einfachen Industriebranchen begonnen, die die Arbeitskräfte aus dem primären Sektor übernehmen; schließlich setzt der allmähliche Übergang zu technisch avancierten Betrieben und dem tertiären Sektor ein. Konkretisiert man diesen Prozeß für Dänemark, so begann die Entwicklung in Kopenhagen, griff dann auf die größeren Provinzstädte Odense, Århus und Ålborg über - diese Agglomerationen befinden sich bereits in einer Phase, in der die Industriebeschäftigung stagniert bzw. rückläufig ist, der tertiäre Sektor aber relativ rasch wächst -, während die bis in die 50er Jahre am schwächsten industrialisierten Regionen bei einem schnellen Übergang vom primären zum sekundären Sektor den größten Zuwachs an Industriebeschäftigten zu verzeichnen haben ⁶¹⁾.

Karte 4

JUETLAND URBANISIERUNGSFAKTOR 1960

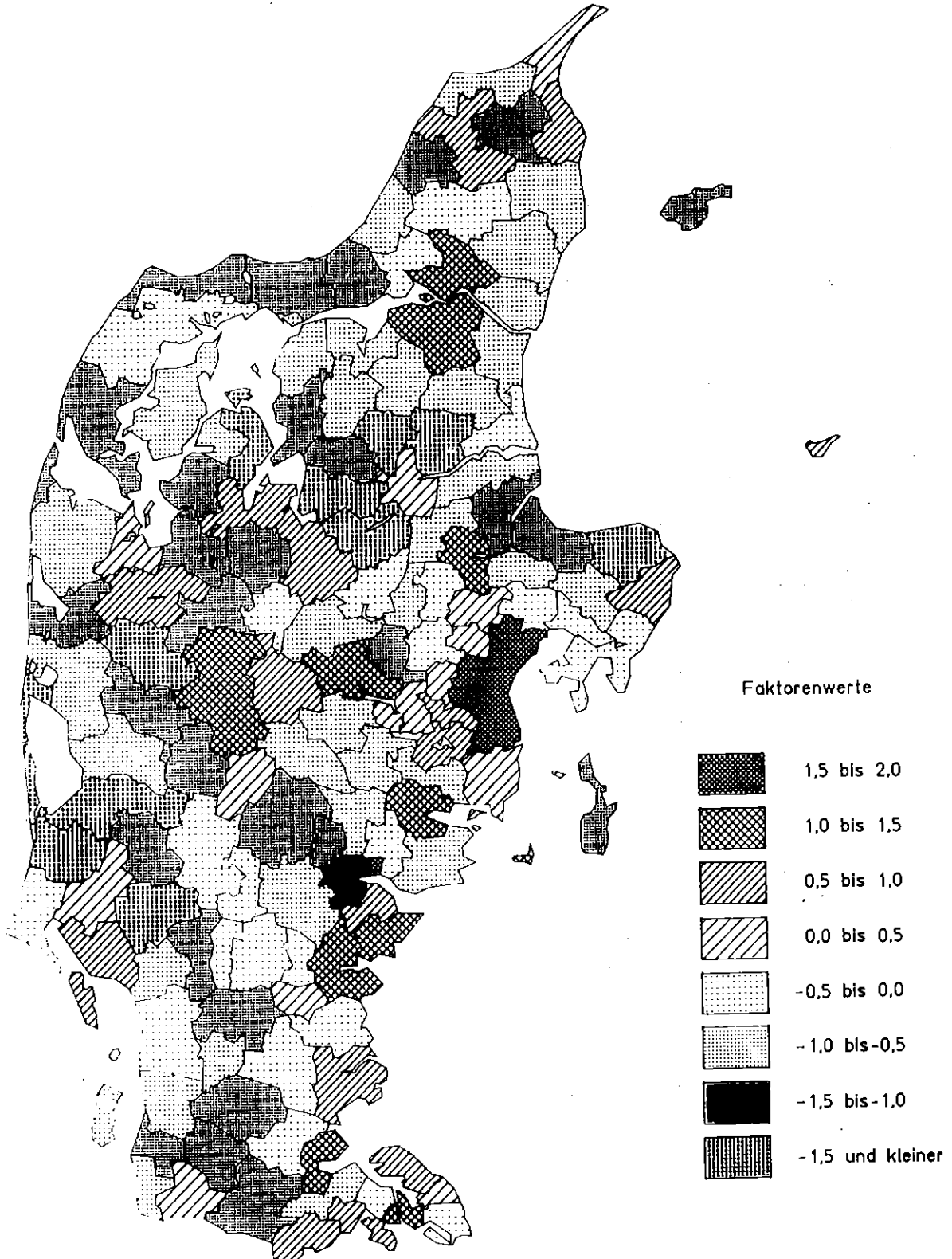
ANTEIL AN GESAMTVARIANZ 53.8 PROZ. (15 VAR.)



Karte 5

JUETLAND URBANISIERUNGSFAKTOR 1976

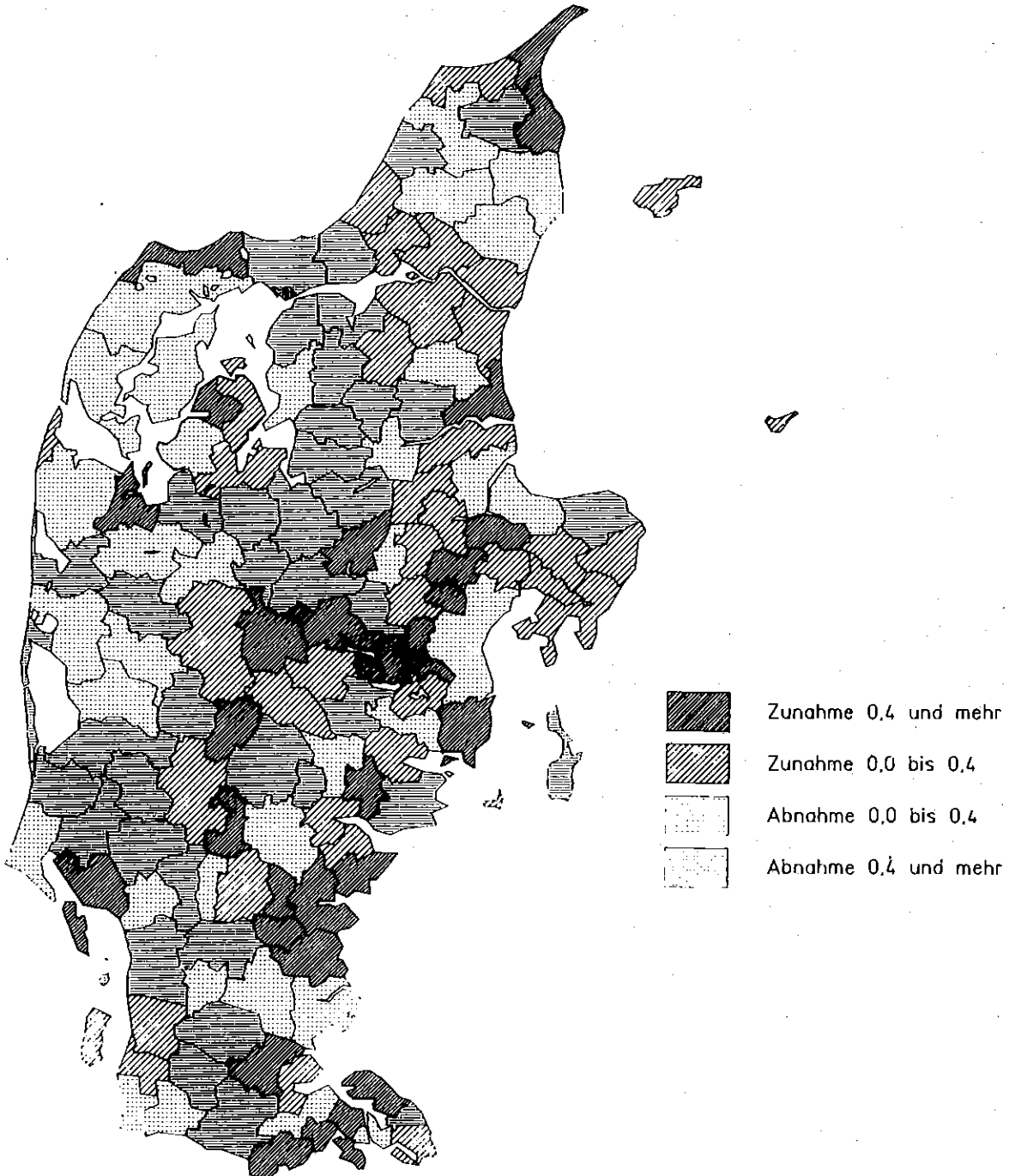
ANTEIL AN GESAMTVARIANZ 47.2 PROZ. (15 VAR.)



Karte 6

JUETLAND URBANISIERUNGSFAKTOR 1960/1976

VERAENDERUNGEN DER FAKTORENWERTE 1960/1976



Empirischer Beleg für diese These ist einmal die analysierte Ausgleichstendenz der Industriebeschäftigten in allen Teilregionen Jütlands und zum anderen die vor allem seit 1970 mit Hilfe der Shift-Analyse nachgewiesene branchenmäßige Verbreitung der industriellen Struktur.

Geht man allerdings von einer horizontalen Betrachtung zu einer vertikalen über und trennt ausführende und steuernde Arbeitsfunktionen, so findet dieser Erklärungsansatz keinen empirischen Beleg mehr. Die entscheidende Schwäche dieses Ansatzes scheint mir zu sein, daß er die Teilregionen isoliert betrachtet und die funktionsräumliche Arbeitsteilung innerhalb des nationalen Territoriums ausblendet.

Auf der anderen Seite findet, wie erwähnt, die meist marxistische Variante des polarisationstheoretischen Ansatzes m.E. auch keinen ausreichenden empirischen Beleg, welche die selektive Dezentralisierung der Industrie überbetont⁶²⁾. So wird häufig die industrielle Entwicklung peripherer Regionen als ein Prozeß der Standortverlagerung bzw. Verdrängung von solchen Branchen (Textil, Bekleidung, Holz, Möbel) beschrieben, die in den Ballungsräumen nicht mehr konkurrenzfähig sind, obwohl in der Realität vielmehr vom Wachstum bereits vorhandener Betriebe und von Neugründungen gesprochen werden muß.

Weiterhin gilt auch für die jüngere Entwicklung die These nicht, daß gegensteuernde "spread effects" meist als deformierte ökonomische Ausbreitungseffekte insofern bezeichnet werden müßten, als nicht moderne Produktionsverfahren und -technologien diffundieren, sondern nur arbeitsintensive Produktionsweisen bzw. nach marxistischer Terminologie "Industrien mit niedriger organischer Zusammensetzung", die auf gering qualifizierte Arbeitskräfte hin orientiert sind.

Diejenigen Teilansätze der meist induktiv gewonnenen polarisationstheoretischen Modelle erscheinen mir zur Erklärung der ungleichwertigen Differenzierung der Teilräume besonders fruchtbar, die auf der teilweisen Immobilität der Wachstumsdeterminanten aufbauen und kumulative Rückkoppelungseffekte berücksichtigen. Es sind wohl vor allem die externen Effekte (wie z.B. Urbanisierungsparsnisse) oder "agglomeration economies", zu denen insbesondere die Qualität großer Arbeitsmärkte zu rechnen ist, welche den kumulativen Prozeß jedenfalls bis in die jüngere Zeit vorangetrieben haben. Die selektive Zuwanderung erhöht und differenziert das Arbeitsmarktangebot und zehrt gleichzeitig die kleinen Arbeitsmärkte aus⁶³⁾.

So wiesen in Jütland 1970 nur die Handelsdistrikte - Handelsdistrikte und Arbeitsmärkte sind etwa gleichzusetzen - von Århus und Ålborg die höchste Vielfalt des Arbeitsplatzangebotes mit knapp 240 verschiedenen Wirtschaftsbranchen auf. In den Distrikten mit kleineren Arbeitsmärkten, z.B. Ribe, Skjern, Ringkøbing, Fjerritslev, sank die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenartigen Arbeitsplätzen auf rd. 40 bis 75 % des höchsten Wertes ab⁶⁴⁾.

Es ist anzunehmen, daß die Anziehungskraft der Ballungsräume für leitende Arbeitsfunktionen auch in deren besserer und gegenüber den peripheren Regionen jedenfalls bis 1970 sich ständig verbessernden Infrastruktur begründet ist. Für Dänemark und Jütland konnte nachgewiesen werden, daß ein relativ enger und zunehmender Zusammenhang zwischen dem Urbanisierungsgrad der Ämter und den kommunalen Infrastrukturleistungen besteht⁶⁵⁾. Die kommunale und staatliche Politik ist also "aufgrund ihrer eigenen fiskalischen Abhängigkeit vom Prozeß der privaten Warenproduktion"⁶⁶⁾ genötigt, durch infrastrukturelle Vorleistung und Vergesellschaftung der Folgewirkungen ein möglichst günstiges Klima für private Investitionen zu schaffen.

Ein besonders heiß umkämpftes Feld zur Erklärung räumlicher Differenzierungsprozesse stellen die marxistischen Ansätze dar, die gegenwärtig in Dänemark ganz überwiegend diskutiert werden.

Ein Erklärungsansatz geht von der Existenz zweier Produktionsweisen aus, der sog. einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion. Erstere wird als charakteristisch für die agrare Produktionsweise angesehen und - verkürzt - dadurch gekennzeichnet, daß der Produzent Arbeitskraft und Produktionsmittel besitzt. Erstes Ziel einer solchen Produktionsweise sei zunächst nur die Existenzsicherung⁶⁷⁾. Die kapitalistische Warenproduktion habe dagegen als Ziel die Maximierung des Profits, weil der einzelne Kapitalist in Konkurrenz zu den anderen den Mehrwert zu akkumulieren gezwungen ist. Der Mehrwert wird teilweise oder auch vollständig zur Produktion neuer Produktionsmittel eingesetzt. Damit steigt die Arbeitsproduktivität der kapitalistischen Warenproduktion sehr viel rascher als die der sog. einfachen. Der (landwirtschaftliche) Kleinproduzent muß sich aber Betriebsmittel zu den Bedingungen des kapitalistischen Marktes beschaffen und gerät auf diese Weise immer stärker ins Hintertreffen.

Meines Erachtens reicht dieser Ansatz nicht aus, um die Problematik des Zentrum-Peripherie-Gefälles hin-

reichend zu erklären. Zunächst ist dem Produzenten innerhalb des Systems der einfachen Warenproduktion kaum zu unterstellen, daß seine Produktion nur das Ziel hat, die Existenz zu sichern. Dann ist gerade die zunehmende Integration in die "kapitalistische" Produktionsweise ein wichtiges Kennzeichen der dänischen Landwirtschaft, d.h. einerseits die Verflechtung mit vor- und nachgelagerten Industriezweigen und andererseits die zunehmende Mechanisierung und Rationalisierung. Dennoch ist wohl nicht zu übersehen, daß eine Ursache für das in räumliche Prozesse sich umsetzende Ungleichgewicht zwischen dem primären und den anderen Sektoren in der mangelnden Möglichkeit vieler Betriebe liegt, Kapital akkumulieren zu können⁶⁸⁾.

Höhere Erklärungskraft können weitergehende marxistische Analysen beanspruchen, die von unterschiedlichen, d.h. u.a. vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte abhängigen, Produktions- bzw. Kapitalverwertungserfordernissen der Einzelkapitale ausgehen und diesen regional unterschiedlichen Produktions- bzw. Kapitalverwertungsbedingungen gegenüberstellen⁶⁹⁾.

Die Produktionserfordernisse der Einzelkapitale sind zwar je abhängig von deren "stofflicher Zusammensetzung", stehen aber generell unter den Bedingungen der Profitmaximierung. Sie umfassen z.B. nach H. ANDERSEN u.a. und W. HEIN Arbeitskraft, Infrastruktur und "Agglomerationsvorteile".

Nicht allein die verfügbare Menge der Lohnarbeiter und deren Arbeitsqualifikation sind entscheidend, sondern auch regionale Lohndifferenzen und vor allem die politischen Kräfteverhältnisse in der Region bzw. die politisch-ideologischen "Qualifikationen" der Arbeiter. Deshalb hat sich eine marxistische Analyse im Gegensatz etwa zu den ökonomistischen bürgerlichen nicht alleine auf dem ökonomischen Niveau zu bewegen, sondern muß die regionale Klassenstruktur und die Klassenrelationen einbeziehen⁷⁰⁾; schließlich ist auch das staatliche Niveau zu berücksichtigen, da die staatliche Intervention nicht zuletzt die regionalen Produktionsbedingungen beeinflusst.

Letztere korrespondieren also mit den Produktionserfordernissen und sind unter ständiger Veränderung aufgrund sich wandelnder Kapitalverwertungserfordernisse.

Die regionale Differenzierung wird in Gang gesetzt und gehalten, weil sowohl ständige Übertragungen von Ressourcen (ungleicher Tausch) aus der Peripherie in die Zentren stattfinden wie auch eine Konzentration

der Einzelkapitale in den Regionen mit den günstigsten Produktions- bzw. Kapitalverwertungsbedingungen (Verkehrslage, kapitalfreundliches Investitionsklima, Marktnähe, differenzierter Arbeitsmarkt, Kommunikationsverbindungen).

Meines Erachtens greift also dieser marxistische Ansatz sowohl auf Elemente der Polarisierungstheorie - etwa in der Erklärung des zyklischen Akkumulationsprozesses⁷¹⁾ - wie der "Agglomerationstheorie" zurück, z.B. wenn es darum geht, die regionalen Produktionsbedingungen durch externe Ersparnisse zu verdeutlichen, und kombiniert sie unter einem anderen gesamtgesellschaftlichen Rahmen.

Vor dem Hintergrund der erläuternden Entwicklungstrends und des in der Raumstruktur auf bestimmten Niveaus faßbaren sozioökonomischen Entwicklungsgeländes soll abschließend die Landesplanung bzw. regionale Strukturpolitik einer kurzen Einschätzung unterzogen werden.

In den späten 50er und in den 60er Jahren ist zunächst nur ein dezidiertes Aufgabenfeld der staatlichen Regionalpolitik auszumachen: Es ist die seit 1958 gesetzmäßig verankerte sog. Gebietsentwicklung (egnsudvikling), die regionalpolitische und standortpolitische Ziele umfaßt⁷²⁾.

Ein zweites Feld ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der zwar - sieht man von zwei Großprojekten (den Häfen Hanstholm und Havneby) ab - nicht als explizites Instrument der regionalen Entwicklung gehandelt wurde, der aber sicher die Zugänglichkeit und Standortqualität der peripheren Regionen verbessert hat. Schwerpunkt staatlicher Intervention in den sog. Entwicklungsräumen (siehe Karte 1), die 1967 zum ersten Mal gesetzlich festgelegt und zuletzt 1978 neu abgegrenzt worden sind, war eine finanzielle "Anreizpolitik", die die Lokalisierung bzw. Ausweitung vornehmlich von Industriebetrieben mit Hilfe von staatlichen Darlehen, Garantien für Kredite oder Zuschüsse für Mitarbeiter- und Firmenumzüge zu beeinflussen suchte⁷³⁾.

Durch diese Industrieansiedlungspolitik wurden in den beiden Jahrzehnten zwischen 1958/59 und 1977/78 in Jütland etwa 740 Unternehmen mit rd. 0,9 Mrd. Kronen unterstützt und damit schätzungsweise knapp 20.000 Arbeitsplätze mitfinanziert.

Doch wirkte diese Form der regionalen Strukturpolitik unter dem Aspekt der beruflichen Qualifikationsmerkmale allenfalls schwach gegensteuernd. Zu lange wurden Industriebranchen unterstützt, die nur gering qualifizierte Arbeit anboten oder auf Landesbasis stagnierten.

Im Verlauf der Wachstumsperiode 1960 bis 1970 nahmen die staatlichen Steuerungsprobleme zu. Auslösende Faktoren waren die rasche Industrialisierung, das zunehmende städtische Wachstum und erhebliche Koordinierungsprobleme zwischen den Sektorplanungen und verschiedenen Planungsniveaus.

Damit wurde das Bestreben nach einer übergeordneten staatlichen Planung immer drängender. Nach einer Reihe von Gesetzen (z.B. Bodengesetze von 1963) und verschiedenen Gesetzesvorschlägen zur Regionalplanung entstand in etappenweisen Reformen zwischen 1970 und 1975 das sog. Planungsgesetzsystem, dessen wichtigstes Glied das 1974 in Kraft getretene Gesetz zur Landes- und Regionalplanung ist ⁷⁴⁾.

Dieses Gesetz soll einerseits die physische Planung unter einheitlichen Leitaspekten ermöglichen, andererseits die bisher auf Experten bezogenen Planungsgesetze durch dezentralisierte Planungsprozesse ablösen, die den Einfluß der Öffentlichkeit geradezu zum Prinzip erheben.

Die sog. Regionspläne bzw. alternativen Regionspläne werden von den Ämtern erarbeitet. Diese Pläne sollen weitestgehend auf den Vorstellungen der Gemeinden aufbauen und staatliche, Amts- und kommunale Planung integrieren. Insbesondere sollen sie Richtlinien für die Verteilung des künftigen Städtewachstums in den Ämtern formulieren und Lage und Größe der übergeordneten Zentren bestimmen. Die Regionspläne sollen sich innerhalb des Rahmens bewegen, den die "zusammenfassende physische Landesplanung" - so das Gesetz - vorgibt. Allerdings wird es sich in der Realität - wie V. RUD NIELSEN (1979, S. 5) einschränkt - um eine "Reihe von Hauptgesichtspunkten für Flächennutzung, Lokalisierung und Entwicklung" handeln.

Damit wird der Planungsprozeß zu einem langdauernden Verhandlungsweg zwischen den 15 Ämtern und rd. 270 Gemeinden, zwischen den Gemeinden und ihren Bürgern bzw. den Ämtern und dem Milieuministerium. Die entscheidenden Schlüsselwörter für die Richtlinien und Handreichungen, die der Staat (bzw. Miljøministeriet) den Ämtern vorgibt, werden wohl "Milieu, Städtewesen und Dienstleistungsniveau" sein. Allerdings liegen dazu bislang nur wenig Analysen und Prognosen vor.

Aus der 1975 begonnenen Arbeit der Landesplanungsbehörde (Planstyrelsen) sind bisher v.a. Entwürfe und Analysen zum zukünftigen "Städtemuster" bekannt ⁷⁵⁾.

Das zukünftige Städtewachstum hatte auch in der öffentlichen Diskussion um die alternativen Regionspläne einen herausragenden Platz eingenommen. Die Konsequenzen eines stärker zentralisierten bzw. dezentralisierten Wachstums für das Dienstleistungsniveau, den öffentlichen Nahverkehr oder die zukünftigen Arbeitsmärkte abzuschätzen, stellt sich offenbar noch als weitgehend offenes Problem dar ⁷⁶⁾.

Die Prognosemodelle über die zukünftige regionale Struktur des Städtewachstums bis zum Jahre 2000 beinhalten 3 Varianten: Ein Konzentrationsmodell - der Bevölkerungszuwachs wird vor allem auf die größten Städte gelenkt -, ein Gebietszentrenmodell, d.h. Wachstum vor allem der Mittelstädte, und ein Dezentralisierungsmodell, d.h. Wachstum in sonstigen Gemeinden mit mindestens 1000 Einwohnern ⁷⁷⁾.

Die drei Prognosemodelle können jedoch nur von einer sehr begrenzten "Manövriermasse" ausgehen, denn 90 % der Bevölkerung des Jahres 2000 sind bereits heute an ihren Wohnsitz in einem bestimmten Kommunityp gebunden.

Alle Modellberechnungen beruhen auf einer Klassifikation der Gemeinden außerhalb der Region Groß-Kopenhagen (vgl. Karte 7).

Als Amtszentren sind Städte ausgewiesen, die mindestens 5 von den folgenden 9 Funktionen enthalten: Krankenhaus mit mindestens 3 Abteilungen, Lehrerhochschule und/oder Fachhochschule, Amtsverwaltung, Flugplatz, Distriktszollkammer, 12.000 Arbeitsplätze in städtischen Wirtschaftszweigen, 120 städtische Wirtschaftszweige mit 10 Arbeitsplätzen, 600 Arbeitsplätze im Großhandel.

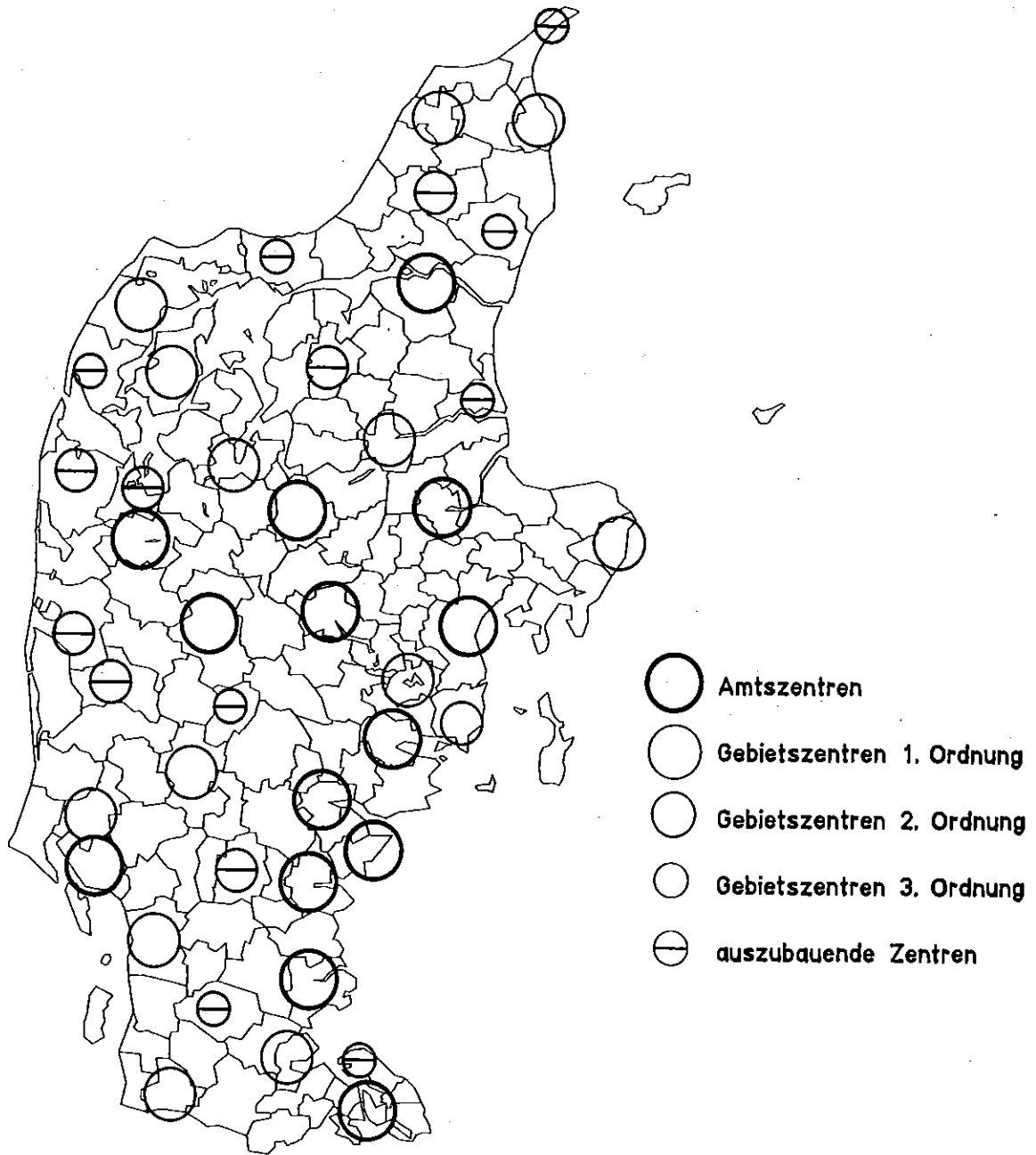
Als Gebietszentren 1. Ordnung solche Städte, die zumindest 7 der folgenden 9 Funktionen aufweisen: Gymnasium, Handelsschule, technische Schule, Krankenhausabteilung, Hauptpolizeistation, Einzelhandel des periodischen Bedarfs für mind. 10.000 Einwohner, 4000 Arbeitsplätze in städtischen Wirtschaftszweigen, 75 städtische Wirtschaftszweige mit 10 Arbeitsplätzen, 6 Omnibuslinien.

Gebietszentren 2. Ordnung sind solche, die 4-6 der oben genannten 9 Funktionen besitzen und zusammen mit dem Umland mindestens 20.000 Einwohner haben.

Orte mit 0-3 der o.g. Funktionen, einer Bevölkerungszahl von rd. 10-20.000 (inkl. Umland) und einem Abstand von mehr als 15-20 km zu größeren Zen-

Karte 7

JUETLAND AMTS- UND GEBIETSZENTREN



Entw. u. Zeichn.: W. Taubmann

tren werden als Gebietszentren 3. Ordnung eingestuft.

Der Unterschied zwischen den alternativen Prognosemodellen besteht also vor allem darin, welchem Zentrentyp in erster Linie Wachstum "zugewiesen" werden soll.

In den wesentlichen Grundzügen handelt es sich eigentlich nur um eine status-quo-Prognose, d.h. aufgrund der bisher beobachteten Dezentralisierungstendenzen - v.a. die Orte mit u. 5.000 Einwohnern hatten in den letzten Jahren den größten relativen Zuwachs an Bevölkerung und industriellen Arbeitsplätzen zu verzeichnen - wird eine Entwicklungspolitik favorisiert, die sich als Kombination des Gebietszentrenmodells mit dem Dezentralisierungsmodell umschreiben läßt.

Aus der bisherigen Diskussion scheint mir jedoch nicht deutlich zu werden, ob diese Gebietszentren zugleich auch als Wachstums- oder Entwicklungszentren im Sinne eines sich selbsttragenden Wachstums fungieren sollen ⁷⁸⁾.

Einigermaßen abgesicherte Prinzipien des zukünftigen Städtensystems sind:

- Die Gebietszentren sollen aufrechterhalten bzw. ausgebaut werden.
- Funktionsdefizite im bisherigen Gebietszentrennetz (v.a. des Gebietszentrentyps 2 und 3) sollen abgebaut werden. Die auszubauenden Gebietszentren liegen ganz überwiegend in den peripheren Regionen Jütlands (z.B. Ringkøbing, Lemvig, Skjern, Farsø).
- Jede Gemeinde soll ein eigenes Gemeindezentrum erhalten. In den Bereichen, die mehr als 20 km von den Gebietszentren entfernt sind, sollen größere Gemeindezentren ausgebaut werden (z.B. Møn, Dronninglund, Hadsund, Skagen). Gemeindezentren mit unzureichendem Dienstleistungs-niveau sollen ebenfalls größere Funktionsvielfalt erhalten. Die Untergrenze der Bevölkerungsgrundlage liegt bei 3000-4000 Einwohnern, wovon rd. 1000 im Zentrum selbst ansässig sein sollen.
- Auf der untersten Stufe sollen nur solche Gemeinden als Lokalzentren ausgewiesen werden, die Schule und Einzelhandelsgeschäft beherbergen und diese Funktion auch mittelfristig aufrechterhalten können.

Meines Erachtens wäre eine dezentrale Urbanisierungspolitik mit konsequentem Ausbau der Gebietszentren, die sowohl staatliche Aufgaben auf die unteren Ebenen überträgt wie zentrale Lenkungen auslagert, evtl. kombiniert mit einem dezentralisierten Ausbau unternehmensorientierter technologischer Dienstleistungen, vermutlich am erfolgversprechendsten.

Investitionsanreize für Industriebetriebe sollten weniger räumlich auf bestimmte Gemeindegrößen gerichtet sein, sondern selektiv auf wachstums- und exportintensive Klein- und Mittelbetriebe ⁷⁹⁾.

Bei der partiellen Immobilität von Wachstumsdeterminanten müßten also die peripheren Regionen Zentralitätseigenschaften auch im Bereich der qualifizierten und leitenden Funktionen gewinnen, wenn interregional "gleichwertige" Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen werden sollen ⁸⁰⁾.

Anmerkungen

- 1) Groß-Kopenhagen oder NO-Seeland umfaßt die Gemeinden Kopenhagen und Frederiksberg und die Ämter Kopenhagen, Frederiksborg und Roskilde.
- 2) Statistisk Tabelvaerk 1979: I : Registerfolketællingen 1. Juli 1976, Bd. 2. Kommuner, København 1979, Tab. 2.
- 3) Vgl. BM für Raumordnung, Städtebau und Bauwesen: Raumordnung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft - Schriftenreihe 06, Bd. 14, Bonn 1977 oder Redegørelsen fra Miljøministeren om landsplanlægning, København 1975.
- 4) z.B. Kampp, Aa. H.: Agerlandets geografi. In: Danmarks Natur, Bd. 8, Agerlandet, København 1970, S. 41.
- 5) Hansen, V.: Danmarks kulturgeografi, København 1965, S. 74 f.
- 6) Vgl. dazu Hansen, Sv. Aa.: Early industrialization in Denmark, København 1970 (Københavns Universitets Institut for Økonomisk Historie, Publ. Nr. 1). Nach Hansen sind für den industriellen Durchbruch in Dänemark 3 Kriterien entscheidend: wesentliche Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur des Landes, Industriewachstum schneller als Wachstum der Landwirtschaft, bedeutsamer Zuwachs der gesamten Wirtschaft.
- 7) Vgl. dazu Buttler, F., K. Gerlach, P. Liepmann: Grundlagen der Regionalökonomie, Reinbek b. Hamburg 1977, S. 18 f. oder Industrirådet: Industrien og den fysiske planlægning, København 1978, S. 13 f.
- 8) Vgl. dazu Rapport om afgrænsning af egnsudviklingsområder, Jan. 1977 (Ms.-Druck) und Beretning fra Egsudviklingsområdet for tiden fra 1. april 1977 til 31. marts 1978.
Obwohl das Gebietsentwicklungsgesetz schon 1958 verabschiedet wurde, wurden erstmals 1968 auch Entwicklungsgebiete durch das Handelsministerium festgelegt. Das Gesetz wurde seit 1958 mehrfach geändert. 27 % der Bevölkerung und 52 % der Fläche Dänemarks liegen innerhalb der sog. generellen Entwicklungsräume; die sog. speziellen Entwicklungsräume innerhalb der generellen Entwicklungsgebiete, die zu den Krediten noch Investitionszuschüsse erhalten können, umfassen 17 % der Bevölkerung und 33 % des Landes.
- 9) Der Gütertransport wurde gemessen in Tonnen-Kilometern. Die Länge des Straßennetzes: Autobahnen 1950 : 0 km, 1975 : 350 km; Haupt-Fernverkehrsstraßen (Hovedlandeveje) 1950 : 2200 km, 1975 : 4300 km. Vgl. Industrien og den fysiske planlægning, a.a.O., S. 37 u. 38.
- 10) Vgl. Rasmussen, K.: Erhvervsstruktur og erhvervsudvikling. In: Egsudvikling under økonomisk vækst. Bd. I, S. 61-82, Aarhus 1968 (= Skrifter fra Aarhus universitets økonomiske institut, nr. 19).
- 11) Vgl. Jeppesen, J.: Den regionaløkonomiske udvikling i Danmark. In: Egsudvikling under økonomisk vækst, a.a.O., S. 15.
- 12) Beretning fra Egsudviklingsraadet for tiden fra 1. april 1974 til 31. marts 1975, S. 8 oder Lands-og regionplanen, rev. udgave, København 1979.
- 13) So z.B. Witt, W.: Entwicklungstendenzen und Landesplanungsprobleme in Dänemark. In: Raumforschung und Raumordnung, 26. Jg., 1968, S. 208-216.
- 14) Vgl. dazu Illeris, Sv.: Befolkningsudviklingen i landdistrikterne i Vestjylland og Sydsjælland 1860-1960. In: Geogr. Tidsskrift 64. bd., 1965, S. 18-35.
- 15) Vgl. Datakort Danmark A 11 u. Sv. Illeris, a.a.O., S. 29.
- 16) z.B. Kultivierung der Heide zu Ackerland, Windschutz- und andere Meliorationsmaßnahmen seit Beginn des 19. Jahrhunderts und vor allem seit Gründung der dänischen Heidegesellschaft 1866.
- 17) Vgl. Statistiske undersøgelser Nr. 10: Folketal, areal og klima 1901-1960, København 1964.
- 18) Vgl. dazu Landsplanlægningsstatus og fremtidsperspektiver. Landsplanudvalgets sekretariat, København 1970, S. 25 f.; Datakort Danmark A 10 (1966) und A 32 (1970); Illeris, Sv. und O. Lundsteen: Befolknings-og erhvervsfordeling 1960-1970. København 1972 (= LPUS - Orientering 14); Statistiske undersøgelser Nr. 10, København 1964, Tab. 6.
- 19) Miljøministeriet: Redegørelsen fra miljøministeren om landsplanlægning 1977 bzw. Madsen, Tr.: De senere års regionale befolkningsudvikling i Danmark. In: NordREFO 1973 : 2, S. 19 ff.
- 20) Eine genauere Beschreibung des Verfahrensweges findet sich bei Taubmann, W.: Zur Abgrenzung von sog. Problemgebieten - Bemerkungen zu Indikatoren und Verfahrensweisen, Karlsruhe 1979, S. 18 ff. (= Karlsruher Manuskripte zur Mathematischen und Theoretischen Wirtschafts- und Sozialgeographie, H. 32).
- 21) Folgende Statistiken wurden für die Clusteranalyse benutzt: Statistiske meddelelser 1973 : 10, Befolkningens bevaegelser 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, København 1973 bis 1977 sowie Statistiske Efterretninger 1977, A 20.
- 22) Vgl. Pedersen, P.O.: Konjunkturudvikling i regionsystemer. Den Polytekniske Laereanstalts Institut for Vejbygning samt Trafikteknik og Byplanlægning, Rapport 37, København 1975, S. 53.
- 23) Die Typisierung wurde anhand der Bevölkerungsentwicklung in den Perioden 1960 bis 1965, 1965 bis 1971, 1971 bis 1975 und 1975 bis 1978 vorgenommen.
- 24) Vgl. dazu: Planstyrelsen: Det fremtidige bymønster - et debatoplæg fra planstyrelsen, København 1978, S. 15. Nach J. Magnusson spielt auch die aktive Wohnungspolitik in den neuen Gemeinden nach der Kommunalreform von 1970 eine erhebliche Rolle. In: Byplan 167, 1977, S. 34.
- 25) Vgl. Taubmann, W. u.a.: Klim Sogn. En befolknings-og erhvervsgeografisk analyse, Arhus 1968 (= Skrifter fra Aarhus Universitet Nr. 21) oder Kristensen, H.: Levevilkårene i Nordjylland. Bilag V. LPUS, København 1971.
- 26) Statistiske Meddelelser 1966 : 3 - Landbrugstatistik 1965, København 1966; Statistiske Meddelelser 1974 : 4 - Landbrugstatistik 1972, København 1974 und Statistiske Efterretninger 1977, A 40.
- 27) Vgl. Betaekning fra Udvalget for den fremtidige landbrugspolitik: En fremtidig landbrugspolitik, København 1977 (= Betaekning nr. 795). Ähnlich: Mogensén, G. Viby: Afvandring fra Landbruget. In: Nationaløkonomisk Tidsskrift 109. bd. 1971, S. 269.

- 28) Vgl. Betaekning fra Udvalget for den fremtidige landbrugspolitik, a.a.O., S. 29. Die betrieblichen Konsequenzen sind recht gut dargestellt bei Møllgaard, J.: Landdistrikterne og planlægning, København 1974, S. 13 ff (= Byplanlægning 24)
- 29) Gad, H.: Dansk landbrugsomdannelse under 30 års økonomisk vækst 1950 - 1980. In: Management nr. 4, 1967, S. 89-95; ähnlich Vibe-Pedersen, J.: Landbrugets strukturproblemer. In: Nationaløkonomisk Tidsskrift 1967, 105. bd. 3.-4 h., S. 217 ff.
- 30) Jørgensen, E.J.: Erhvervsudvikling i landdistrikterne. Baggrund og perspektiver, København 1973, S. 18 f.; Perspektivplanlægningen 1970-1985. København 1971, S. 79.
Nach einer Stichprobenuntersuchung des Sozialforschungsinstituts sind von den Landwirten, die zwischen 1960 und 1969 ihren Beruf gewechselt haben, 44 % am alten Wohnstandort verblieben und 34 % nur innerhalb der Gemeinde umgezogen. 14 % sind innerhalb des Amtes umgezogen und nur 8 % über längere Distanzen. Vgl. Mogensen, Viby G.: De sociale konsekvenser af landbrugets strukturaendringer, København 1970 (= Socialforskningsinstituttet. Publikationer 46), S. 93 f.
- 31) Die Zahl der Milchverarbeitenden Betriebe ist von ca. 1100 im Jahr 1965 auf ca. 240 im Jahre 1977 geschrumpft. Vgl. dazu auch Perspektivplanredegørelsen 1972-1987 (PP II). Bilag IV: Landbrug og skovbrug, København 1973, S. 65.
- 32) Nach Møllgaard, J.: a.a.O., S. 56/57. In Jütland wurden allein 1968 bis 72 acht Zusammenschlüsse registriert, in die 30 Betriebe einbezogen wurden, von diesen wurden 12 im Verlauf der Fusionierungen aufgelassen.
- 33) Vgl. dazu Müller, J.H.: Methoden zur regionalen Analyse und Prognose, Hannover 1973 (= Taschenbücher zur Raumplanung, Bd. 1), S. 54 ff.
- Regionalfaktor (R)
- $$= \frac{b_t}{b_o} : \frac{B_t}{B_o}$$
- $b_{o,t}$ = Beschäftigte in der Region zum Zeitpunkt o bzw. t
- $B_{o,t}$ = Beschäftigte im Gesamtraum zum Zeitpunkt o bzw. t.
- Regionale Unterschiede im Produktivitätsniveau werden bei diesem Verfahren vernachlässigt. S.a. Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung. In: Kyklos 17, 1964, S. 581.
- 34) Durch die Verwaltungsgebietsreform von 1970 war ein direkter Vergleich der beiden Perioden nicht mehr möglich. Vergleiche auch Tabelle 2.
- 35) Im Gegensatz zu der Formel bei Müller, a.a.O., S. 59, wurde die Formel für den sektorspezifischen Standorteffekt genauso geschrieben wie für den allgemeinen Standorteffekt, nämlich
- $$\frac{b_t^i}{b_o^i} : \frac{B_t^i}{B_o^i}$$
- 36) Die Perioden 1958-1971 und 1970-1977 sind nicht unmittelbar vergleichbar, weil sowohl die regionale Gliederung wegen der Verwaltungsreform geändert wurde wie die Branchengruppen Eisen- und Metallindustrie bzw. Transportmittelindustrie zusammengefaßt wurden. Der Trend ist aber nach wie vor deutlich abzulesen.
- 37) So z.B. Gaardmand, A. u. H. Kristensen: Det "skaeve" Danmark: Nye problemer - nye løsninger. In: Byplan 166, 1976, S. 187.
- 38) Vgl. dazu auch: Andersen, H. u.a.: Den regionale struktur i Danmark efter 2. verdenskrig, Århus 1979 (= Kritisk geografi og samfundsplanlægning 5), S. 116 f.
- 39) Herrn Ulf Christiansen, Danish Building Research Institute, danke ich für die freundliche Überlassung von Unterlagen und Manuskripten.
Vgl. Christiansen, U. u. L. Kolind: Interim Report on an Investigation into the Relocation of Business and Industrial Establishments in Denmark, 1960-1975. Danish Building Research Institute, Copenhagen, 1977 (Ms.) sowie Christiansen, U.: Locational trends and policies for the urban production system. Vortragsmanuskript o.J. (1978). Es handelte sich um eine stratifizierte Zufallsstichprobe von ca. 16 % aller Betriebe. Von den befragten 1926 Unternehmen antworteten 1540 (also 80 %) mit insgesamt 2858 Betrieben.
Die in Tabelle 6 aufgeführten Zweigwerksgründungen machen allerdings, wenn man allein die noch existierenden Betriebe einbezieht, nur 19 % aus, denn 21 % der Filialgründungen waren bis 1975 wieder erloschen. 35 % der untersuchten Betriebe wurden als Folge einer totalen Verlagerung errichtet, 31 % neugegründet und 15 % sind Firmen, die schon vor 1961 bestanden. Obwohl die hohe Antwortquote nur eine geringe Verzerrung des random samples erwarten läßt, ist noch keine Schlußfolgerung auf die Grundgesamtheit möglich, da die Stichprobe noch nicht getestet ist.
- 40) Vgl. Nielsen, L.L.: Industriudvikling i Vestjylland, København 1970 (= LPUS orientering 11), S. 15. Hartoft-Nielsen: Krisen og industrien i mindre nordjyske byer. In: Byplan 176, 1978, S. 123-127. Hartoft-Nielsen hat eine Interviewanalyse sämtlicher Industriebetriebe der Orte Fjerritslev, Hadsund, Hurup, Løgstør, Nibe und Vrå in den Jahren 1974 und 1977/78 durchgeführt. Die Arbeitsplätze sind vor allem in den Industriezweigen Nahrungsmittel, Bekleidungs-, Eisen- und Metallwarenindustrie aufgegeben worden, während Maschinen- und Elektroindustrie den stärksten Zuwachs verzeichneten.
- 41) Als Beispiel für die Vielzahl marxistisch orientierter Analysen sei genannt: Hansen, E., B. Lynnerup, L. Drewes Nielsen und Kr. Storgaard: Den regionale udviklingsproces. In: Ulyghed mellem regioner, Esbjerg 1975, S. 106 ff.
- 42) Für die Periode 1958-71 wurden die alten Ämter, für die Periode 1970-77 die neugebildeten Ämter nach der Gebietsreform als räumliche Datenträger gewählt.
- 43) Ein Facharbeiter in Nordjütland bekam nach der Lohnstatistik des Dänischen Arbeitgeberverbandes 1973 81 % des Lohnes, den ein Facharbeiter im Durchschnitt in der Region Kopenhagen erhielt. Zitiert nach: Nielsen, L. Drewes und Kr. Storgaard. Ansætter til en analyse af nogle regionale arbejdsløshedstendenser. Sociologisk institut. København 1976 (Ms.).
- 44) Vgl. Søfelde, J.: Regional udvikling og offentlig planlægning. Danmark 1960-1976, København 1977, S. 91.

- 45) Der Prozentsatz an Arbeitslosen in Dänemark ist rein statistisch sehr hoch, weil er den Anteil der arbeitslosen Vollzeitversicherten an allen Vollzeitversicherten wiedergibt und nicht wie in anderen europäischen Ländern den Anteil aller Arbeitslosen an der gesamten Erwerbsbevölkerung. In Dänemark waren 1975 nur 45,4 % aller Arbeitnehmer vollzeitversichert. Der Anteil der Arbeitslosen in DK an allen Arbeitnehmern betrug 1975 6,0 %. Regional ausgewiesen sind allerdings nur die Prozentzahlen der arbeitslosen Vollzeitversicherten, deren relativ hoher Anteil von 1975 bis 1977 nur deswegen nicht nennenswert gestiegen ist (1975 : 11,1 %; 1977 : 11,4 %), weil sich bis 1977 schon 53,6 % aller Arbeitnehmer haben voll versichern lassen. Vgl.: Miljøministeriet: redegørelsen fra miljøministeren om landsplanlægning 1978, Kopenhagen 1978, S. 28 u. 29. Zur Diskussion der offiziellen Arbeitslosenstatistik vgl. Brøndum, S.: Staten og arbejdskraftmarkedet - en analyse af den statslige arbejdsformidlings fremkomst og funktion i Danmark. Specialopgave. Institut für Statskundskab. Aarhus Universitet 1979, S. 69 ff.
- Die Analyse der Arbeitslosenquoten stützt sich vor allem auf Pedersen, P.O.: Konjunkturudvikling i regionsystemer. Den polytekniske læreanstalts institut for vejbygning samt trafikteknik og byplanlægning. Rapport 3/1975, København, und Hartoft-Nielsen, P.: Krisens regionale gennemslag. En empirisk analyse af det regionale Konjunkturforløb - med særligt henblik på industrien i Nordjylland. Institutet for vejbygning, trafikteknik og byplanlægning, Danmarks tekniske Højskole notat 77-7, København 1977.
- 46) Pedersen, P.O.: a.a.O., S. 44.
- 47) Hartoft-Nielsen, P.: a.a.O., S. 21 und Pedersen, P.O.: a.a.O., S. 21.
Die Konjunkturrempfindlichkeit berechnete Hartoft-Nielsen mit der einfachen Formel
- $$E = \frac{a_{t_1} - a_{t_0}}{A_{t_1} - A_{t_0}}$$
- wobei a_{t_1} bzw. a_{t_0} die regionale Arbeitslosenquote zum Zeitpunkt t bzw. o und A_{t_1} bzw. A_{t_0} die des Gesamttraumes zum Zeitpunkt t bzw. o ist.
- Ist $E = 1$ bzw. 1 , so ist die regionale Konjunkturrempfindlichkeit größer bzw. kleiner als die gesamtwirtschaftliche.
- Vestjylland hatte z.B. folgende Werte: Für die Aufschwungsphasen 1952-54, 1956-65 und 1968-73: 0,96; 1,43; 1,46 und für die Abschwungsphasen 1954-56, 1965-68 und 1973-75: 1,35; 0,93; 1,00.
- 48) Vgl. z.B. Nielsen, Drewes L. u. Kr. Storgaard, a.a.O., S. 2 ff.
- 49) So z.B. Gerlach, K. und P. Liepmann: Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen, dargestellt am Beispiel des ostbayerischen Regierungsbezirks Oberpfalz. In: Jb. für Nationalökonomie und Statistik Bd. 187, 1972/73, S. 16 f.
- 50) Pedersen, P.O., a.a.O., S. 56.
- 51) Von einem gewissen - negativen - Ausgleich spricht auch Illeris, Sv.: Slut med storbyernes vækst? In: Byplan 166, 1976, S. 183. Vgl. zu dem Problemkomplex auch Hartoft-Nielsen, P., a.a.O., S. 22 ff.
- 52) Søfelde, J.: Regional udvikling og offentlig planlægning. Danmark 1960-1976. Fra branchestudier til studier af overordnede og service-mæssige funktioner, København 1977. Besonders übergeordnete Arbeitsfunktionen sind solche, die auf dem obersten Organisationsniveau in bezug auf Informationsaustausch, Planung, Beschlußfassung und Steuerung ausgeführt werden. Die generell übergeordneten Funktionen gelten für ein oberes Organisationsniveau und umfassen Informationsbehandlung, Arbeitsteilung, Koordinierung und Kontrolle (S. 17). Das Validitätsproblem bezüglich der Indikatoren bzw. Berufsgruppen ist erheblich und wird ausführlich diskutiert (vgl. S. 46 ff).
- 53) Søfelde, J.: a.a.O., S. 80: Im Bildungsbereich ist seit 1960 eine erhebliche Expansion zu beobachten (Gymnasien, Universitäten). Von 1961-1971 hat sich die Zahl der Haupt- und Zweigstellen im Bankwesen von 1344 auf 2023 erhöht, während gleichzeitig selbständige Bankunternehmen von 158 auf 79 geschrumpft sind (S. 66).
- 54) 1976 war mit Ausnahme von Vejle Amt der regionale Anteil der Angestellten und Beamten von kommunalen und Amtsbehörden und -institutionen in allen jütländischen Ämtern größer als ihr Anteil an allen Angestellten und Beamten des Landes. Vgl. auch Bidstrup, K.: Danmark - dit og mit, København 1977 (= Dansk byplanlaboratoriums skriftserie 15), S. 38.
- 55) Due, P.: Nedlaeggelse, flytning og etablering af offentlige institutioner m.v. i egnsudviklingsområderne 1965-1974. In: Byplan 163, 1976, S. 92-94; außerdem: Beretning fra Egsudviklingsrådet for tiden fra 1. April 1974 til 31. Marts 1975, S. 8 und 9.
- Als Ursache für den erheblichen Nettozugang in den 3 genannten Ämtern sind zu nennen: Errichtung von weiterführenden Bildungseinrichtungen, Verlegung einer Garnison nach Skive, des Materialkommandos des Heeres nach Hjørring und des Kgl. Grönländischen Handels nach Ålborg. Den entscheidenden Anteil an der Reduktion von Arbeitsplätzen haben Bahn und Telefonwesen.
- 56) Auf eine mathematische Darstellung wird in diesem Zusammenhang verzichtet, doch wird auf die in allen ausführlicheren Statistiklehrbüchern diskutierte Problematik des Verfahrens verwiesen. Im folgenden wird aus Vereinfachungsgründen von Faktorenanalyse bzw. Faktoren (= Hauptkomponenten) gesprochen. Die Faktorenanalyse wurde für ganz Dänemark durchgeführt, in die weitere Analyse wurden dann nur die Faktorenwerte für Jütland einbezogen.
- 57) Da durch die Kommunalreform vom 1.4.1970 nicht nur die Gemeinden in Dänemark drastisch reduziert, sondern auch zahlreiche Verwaltungsgrenzen verlegt worden sind, mußten die Daten für 1960 mit erheblichem Aufwand aggregiert werden. Dies war nur möglich, weil mir Danmarks Statistik umfangreiches Archivmaterial zur Verfügung stellte. Für Auskünfte und Unterstützung danke ich insbesondere Frau Anita Lange.
- 58) Für 1960 sind die Ladungen für Faktor 2 und 3 vertauscht.
- 59) Zu diesem Problemkreis vgl. u.a. Schätzl, L.: Wirtschaftsgeographie I. Theorie, Paderborn 1978 (= Uni-Taschenbücher 782); Butler, F., K. Gerlach, P. Liepmann: Grundlagen der Regionalökonomie, Reinbek b. Hamburg, 1977 oder Schilling-Kaletsch, J.: Wachstumspole und Wachstumszentren. Untersuchungen zu einer Theorie sektoral und regional polarisierter Entwicklung,

- 59) Fortsetzung
Hamburg 1976 (= Arbeitsberichte und Ergebnisse zur wirtschafts- und sozialgeographischen Regionalforschung 1).
- 60) So z.B. Bartels, D.: Raumwissenschaftliche Aspekte sozialer Disparitäten. In: Mitt. d. österr. Geogr. Ges., Bd. 120, II, 1978, S. 235.
- 61) Dies ist im wesentlichen die These von Jepsen, S., a.a.O., S. 14-17.
- 62) Ein Beispiel für viele ist die bereits erwähnte Abhandlung von Hansen, E., B. Lynnerup, L. Drewes Nielsen, Kr. Storgaard, a.a.O., S. 106-108.
Die empirische Analyse ist nur von 1950-1965 geführt, obwohl die Arbeit 1975 erschienen ist. Außerdem arbeiten die Verfasser mit dem Schema "niedrige" bzw. "hohe" organische Zusammensetzung der Industrie", dem die Befunde recht schematisch zugeordnet werden.
- 63) Dazu Mieth, W. in mehreren Beiträgen. Immer noch grundlegend: Die Qualität des Arbeitsmarktes in Abhängigkeit von seiner Größe. In: Industrie und zentrale Orte, Hannover 1969, S. 18 ff. (= Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 49).
- 64) Vgl. Miljøministeren: Redegørelsen fra miljøministeren om landsplanlægning, København 1975, S. 26 u. 27.
- 65) Dieser Zusammenhang ist für die Jahre 1960, 1965 und 1970 mit Hilfe der linearen Regression nachgewiesen worden. Amter mit hohem Urbanisierungsgrad hatten in der beobachteten Periode stärker steigende Investitionsleistungen pro Einwohner zu verzeichnen als solche mit niedrigem Verstärkungsgrad. Vgl. Landsplansekretariat: De kommunale investeringers regionale fordeling, København 1974 (= Publikation nr. 26), S. 20 ff.
- 66) Grauhan, W.-R., W. Linder: Politik der Verstärkung, Frankfurt a.Main 1974, S. 64 ff.
- 67) So z.B. Andersen, I.-E. und J. Lindgaard Pedersen: Simpel vareproduktion, kapitalistisk vareproduktion og danske landdistrikter. In: Sydjysk universitetscenter (Hrsg.): Lokalsamfund-udvikling eller afvikling? Esbjerg 1974, S. 86-103.
- 68) Sehr anschaulich dargestellt von Hansen, L.: Vilkår for landbruget. In: Bondelandets forvandling, København 1964, S. 36 (= Socialpolitisk forenings smaskrifter nr. 33).
- 69) Die dänischen Arbeiten verwenden den Begriff "Produktionsbedingungen bzw. -erfordernisse", in den deutschen Analysen überwiegt "Kapitalverwertungsbedingungen bzw. -erfordernisse".
Die hier benutzte Arbeit von Andersen, H., B. Mørk Iversen, H. Bjerregard Jensen, J. Randerup Lassen, a.a.O., S. 39-74, weist vom Ansatz her weitgehende Übereinstimmung auf mit Hein, W.: Zur Theorie der regionalen Differenzierung kapitalistischer Gesellschaften in der industriellen Revolution. In: G. Zang (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region: Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Frankfurt a. Main 1978, S. 31-58.
- 70) Andersen, H. u.a.: a.a.O., S. 53 ff; bei Hein, W., a.a.O., S. 49, ist der Kapitalverwertungsprozeß des Einzelkapitals im Übrigen sehr viel differenzierter dargestellt.
- 71) "Zyklischer Akkumulationsprozeß" bedeutet z.B. bei Hein, W., a.a.O., S. 54: In der Aufschwungphase werden arbeitsintensive Branchen in die Peripherie verlagert, in der Krise werden sie als erste stillgelegt. Damit wird die Durchschnittsprofitrate erhöht und die Basis für einen neuerlichen Akkumulationszyklus geschaffen.
- 72) Vgl. z.B. Larsen, R.: Egnsudvikling - et led i lokaliseringspolitikken. In: NordREFO. 1972:1, S. 1-7 oder Møllgaard, J.: Egnsudviklingspolitik i 25 år. In: Hvor Kragerne vender - et skrift om egnsudvikling, København 1977, S. 5-14 (= Dansk Byplanlaboratoriums Skriftserie).
- 73) Unterstützungsformen sind: Darlehen an Industrie- und Dienstleistungsbetriebe, Darlehen an Gemeinden zum Bau von Gewerbegebäuden; Zuschüsse an Betriebe in Form von Investitions-, Betriebs- u. Umzugszuschüssen, Zuschüsse an Mitarbeiter und für Untersuchungen und schließlich Kreditgarantien für Betriebe (vgl. z.B. Beretning fra Egnsudviklingsrådet 1977/1978).
- 74) Vgl. Lands-og regionsplanloven - en orientering. Planstyrelsen Februar 1979.
Ausführliche Darstellung zu diesem Themenkreis finden sich bei Monrad Hansen, J. og N. Helberg: Regionplanlægning i Danmark. Magisterafhandling i sociologi, Københavns universitet, København 1977; Flyvbjerg, B.: Evaluering i samfundsplanlægningen. Specialopgave. Geografisk Institut, Aarhus Universitet, Aarhus 1979, v.a. Teil 3, oder Nielsen, V.R.: Plan-systemet. De grundlæggende ideer samt indholdet af de nye planlove. In: Nyt fra planstyrelsen, nr. 7, 1979 (Industrien og den fysiske planlægning).
- 75) Vgl. dazu: Planstyrelsen: Det fremtidige bymønster - et debatoplæg fra planstyrelsen, København 1978 und Planstyrelsen, Miljøministeriet: Rapport om det fremtidige bymønster, København 1979. Zur Einschätzung auch Flyvbjerg, B., a.a.O., S. 208-217.
- 76) Vgl. dazu auch Madsen, Tr.: Bymønstre/Vækstcentre, hvilke vækstparametre fungerer? In: Nyt fra planstyrelsen, nr. 7, 1979, S. 40-50.
- 77) Vgl. dazu und im folgenden: Rapport om det fremtidige Bymønster, a.a.O., S. 61 ff.
- 78) Die Diskussion um eine Wachstumszentrenpolitik ist in Dänemark bisher nicht konsequent geführt worden. Es gab zwar in der bisherigen Regionalpolitik Ansätze zu einer solchen Strategie, so z.B. die Gebietsentwicklung, welche vor allem die Industrieentwicklung in größeren Städten forcierte, aber diese Politik ist nie konsequent und über einen längeren Zeitraum durchgeführt worden. Vgl. dazu z.B. Hartoft-Nielsen, B., S.B. Jensen, J.W. Keldborg, P.O. Pedersen: Erhvervsudvikling i Nordjylland, 1. delrapport. Regionsbeskrivelse. In: Erhvervsudvikling i Nordjylland, 2. udg., Institutet for vejbygning, trafikteknik og byplanlægning. DTH. Lyngby 1977, S. 9 ff (= Rapport).

- 79) Nach den Vorstellungen von Planstyreisen würden etwa 50-60 Gebietszentren auszuweisen sein, in der Publikation des Industrierates (a.a.O., S. 25/26) ist dagegen die Rede von ca. 20-25 industriellen Basisstädten, die ausdrücklich als Wachstumszentren bezeichnet werden. Grundlage ist das Vorhandensein genügender Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen für industrielle Entwicklung. Zu den Wachstumsindustrien vgl. auch Hartoft-Nielsen, 1978, S. 123 ff.
- 80) Vgl. Buttler, F., K. Gerlach, P. Liepmann, a.a.O., S. 81.

1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900

MÜNSTERSCHE GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Herausgegeben von den Hochschullehrern des Instituts für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Wilfrid Bach - Hermann Hambloch - Heinz Heineberg - Ludwig Hempel - Ingrid Henning - Friedrich-Karl Holtmeier - Cay Lienau - Alois Mayr - Karl-Friedrich Schreiber - Ulrich Streit - Peter Weber - Julius Werner

Schriftleitung: Alois Mayr

- H. 1 Alois Mayr: Universität und Stadt. Ein stadt-, wirtschafts- und sozialgeographischer Vergleich alter und neuer Hochschulstandorte in der Bundesrepublik Deutschland. 1979
- H. 2 Hermann Mattes: Der Tannenhäher im Engadin. Studien zu seiner Ökologie und Funktion im Arvenwald. 1978
- H. 3 Friedrich-Karl Holtmeier: Die bodennahen Winde in den Hochlagen der Indian Peaks Section (Colorado Front Range).
Ludwig Hempel: Physiogeographische Studien auf der Insel Fuerteventura (Kanarische Inseln). 1978
- H. 4 Peter Weber (Hrsg.): Periphere Räume - Strukturen und Entwicklungen in europäischen Problemgebieten. 1979

VERLAG FERDINAND SCHÖNINGH, PADERBORN

Anfragen bezüglich Schriftentausch werden erbeten an die Schriftleitung, Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität, Robert-Koch-Straße 26, D-4400 Münster.

